

*Volker Kreuzer*

# **DIE DEMOGRAFISCHE ALTERUNG DEUTSCHLANDS**

## **WOHNQUARTIERE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES UND SELBSTÄNDIGES LEBEN IM ALTER**



Titelblatt:  
Eigene Darstellung unter Verwendung einer Abbildung des  
Altersaufbaus der männlichen Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2001 (BIB 2004: 57)

*Volker Kreuzer*

# **DIE DEMOGRAFISCHE ALTERUNG DEUTSCHLANDS**

## **WOHNQUARTIERE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES UND SELBSTÄNDIGES LEBEN IM ALTER**

Gutachter: Prof. Dr. Volker Kreibich M.A. / Dipl.-Ing. Micha Fedrowitz

Im Juni 2005 vorgelegt von:  
Volker Kreuzer, Gneisenastr. 40, 44147 Dortmund  
Tel. 0231-39980405, E-Mail: volker.kreuzer@udo.edu

Bei der Erstellung dieser Arbeit wurde auf eine geschlechtergerechte Formulierung geachtet.  
Wenn dieser Grundsatz im Einzelfall trotz sorgfältiger Bearbeitung nicht eingehalten worden  
ist, bitte ich dies nachzusehen.

Die vorliegende Arbeit wurde vom Verfasser selbständig und unter ausschließlicher  
Verwendung der angegebenen Hilfsmittel erstellt.

Dortmund, im Juni 2005

Volker Kreuzer

Mein Dank gilt:

Volker Kreibich und Micha Fedrowitz für die Betreuung dieser Arbeit.

Johanna und Tobi für ihre zahlreichen Anregungen und die konstruktive Kritik im Verlauf der Arbeit.

Meinem Vater für seine Unterstützung bei der Korrektur.

Den Kommilitonen von PLAZEBO für die vielen kleinen Anregungen, Hilfen und vor allem den vielen Spaß.

Meinen Eltern, die durch ihre selbstverständliche und uneingeschränkte Unterstützung über all die Jahre mein Studium erst ermöglicht haben.

Ohne diese vielfältige Unterstützung wäre diese Arbeit so nicht möglich gewesen. Danke!



## Inhalt

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>xii</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>xiii</b>
<b>Textkastenverzeichnis</b>	<b>xiv</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>xv</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Problemstellung, Grundannahmen und Ziel der Arbeit	1
1.2 Aufbau der Arbeit und methodisches Vorgehen	5
<b>2 Die demografische Alterung in Deutschland</b>	<b>9</b>
2.1 Die demografische Entwicklung Deutschlands bestimmende Faktoren	9
Gegenwärtige Altersstruktur Deutschlands	10
Fertilitätsgeleiteter Alterungsprozess	11
Mortalitätsgeleiteter Alterungsprozess	12
Zuwanderung als Ausweg aus der Alterung?	13
2.2 Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung Deutschlands	14
2.3 Fazit: Herausforderungen durch die demografische Entwicklung	17
<b>3 Rahmenbedingungen der Lebensphase Alter für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter</b>	<b>21</b>
3.1 Ausdifferenzierung der Lebensphase Alter	21
Differenzierung durch die Lebensphasenverlängerung	22
Junges und altes Alter	23
Schlussfolgerungen	25
3.2 Alltagsgestaltung älterer Menschen	25
Alltagszufriedenheit älterer Menschen	25
Zeitverwendung älterer Menschen	26
Freizeitgestaltung älterer Menschen	27
Schlussfolgerungen	28

3.3	Soziale Netze im Alter	29
	Die Bedeutung von sozialen Netzen im Alter	29
	Bedeutungsverschiebungen in den sozialen Netzen	29
	Schlussfolgerungen	32
3.4	Körperliche Einschränkungen und Gesundheit im Alter	33
	Motorische Fähigkeiten	33
	Seh- und Hörfähigkeit	35
	Kognitive Fähigkeiten	35
	Erkrankungen	35
	Kompensationsmöglichkeiten	36
	Pflegefallwahrscheinlichkeit	37
	Schlussfolgerungen	37
3.5	Mobilität älterer Menschen	38
	Mobilitätskennziffern älterer Menschen	39
	Mobilitätsprobleme	41
	Schlussfolgerungen	43
3.6	Die ökonomische Situation älterer Menschen	44
	Schlussfolgerungen	47
3.7	Wohnmobilität älterer Menschen	48
	Umzugsquoten und Umzugsbereitschaft	49
	Einflussfaktoren auf die Umzugsbereitschaft	50
	Transaktionskosten eines Umzugs als Mobilitätshemmnis	51
	Schlussfolgerungen	52
3.8	Fazit: Die Lebensphase Alter und die sich daraus ergebenden Ansprüche an ein altengerechtes Quartier	52
<b>4</b>	<b>Ziele für die Gestaltung von Wohnquartieren, die ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter ermöglichen</b>	<b>55</b>
4.1	Aufbau des Zielsystems für ein altengerechtes Quartier	55
	Zielsystemaufbau	55
	Leitlinien und Handlungsfelder	56

4.2	Handlungsfelder zur Schaffung altengerechter Quartiere und ihre einzelnen Handlungsziele	59
	Handlungsfeld „Wohnung“	59
	Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“	65
	Handlungsfeld „Nahversorgungs- und Freizeitangebote“	69
	Handlungsfeld „Aktivierung, Unterstützung und Hilfe“	72
4.3	Fazit: Das altengerechte Quartier	74
<b>5</b>	<b>Handlungsbedarf durch die räumliche Entwicklung und die demografische Alterung in unterschiedlichen Quartierstypen</b>	<b>77</b>
5.1	Räumliche Entwicklungstrends und ihre Bedeutung für die Schaffung altengerechter Wohnquartiere	77
	Suburbanisierung	77
	Räumliche Entwicklung des Einzelhandels	81
	Auswirkungen auf altengerechte Wohnquartiere	86
5.2	Großräumige Tendenzen der demografischen Alterung	88
	Gegenwärtige Situation	89
	Vermutete zukünftige Entwicklung	90
	Flächendeckende Alterung mit kernstadtfernen Schwerpunkten	93
5.3	Verschiedene Siedlungstypen mit unterschiedlichen Voraussetzungen im Hinblick auf die Schaffung altengerechter Quartiere	93
	Innerstädtische Altbaugelände	94
	Siedlungen der 50er und 60er Jahre	95
	Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre	96
	Einfamilienhaussiedlungen	97
5.4	Der räumliche Handlungsbedarf durch die dargestellte Situation	98
<b>6</b>	<b>Handlungsmöglichkeiten für die Gestaltung altengerechter Quartiere</b>	<b>99</b>
6.1	Sonderwohnformen für das Alter	99
	Institutionalisierte Wohnformen	100
	Betreutes Wohnen	102
	Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen	104
	Betreute Wohngruppen	110
	Beitrag der unterschiedlichen Wohnformen zum altengerechten Leben	113

6.2	Privatwohnungen für das Alter im Quartier	115
	Wohnen mit Betreuung im Quartier	116
	Nachbarschaftshilfevereine und Nachbarschaftsnetzwerke	119
	Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen im Quartier	120
	Die altengerechte Anpassung der Privatwohnung	122
	Wohnberatung	125
	Soziale Beratung	127
	Beitrag dieser Möglichkeiten zum altengerechten Leben	128
6.3	Handlungsmöglichkeiten für die Handlungsfelder „Öffentlicher Raum“ und „Nahversorgung“	129
	Altengerechte Gestaltung des Öffentlichen Raums	129
	Sicherung einer flächendeckenden Nahversorgung	130
<b>7</b>	<b>Empfehlungen für eine Entwicklungsplanung zur Schaffung altengerechter Wohnquartiere</b>	<b>133</b>
7.1	Integrierte Quartierskonzepte	133
7.2	Leitfaden für eine Quartiersentwicklungsplanung zur Vorbereitung auf die demografische Alterung	140
	Ablaufplan	140
	Akteure	142
	Vorbereitungsphase	142
	Analysephase	144
	Konzeptentwicklungsphase	147
	Umsetzungsphase und Wirkungskontrolle	147
<b>8</b>	<b>Resümee und Ausblick: Die demografische Alterung als Aufgabe für die Raumplanung</b>	<b>149</b>
	<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>155</b>



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Untersuchungsfragen der Arbeit	6
Abbildung 2	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 2001	10
Abbildung 3	Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung in Deutschland	18
Abbildung 4	Pflegefallwahrscheinlichkeit von Altersgruppen	37
Abbildung 5	Wegeanzahl pro Tag in NRW 2002 nach Alter	39
Abbildung 6	Tagesdistanzen in Km pro Tag in NRW 2002 nach Alter	39
Abbildung 7	Wegezwecke 2002 in NRW nach Alter	39
Abbildung 8	Führerscheinbesitz und Pkw-Verfügbarkeit 2002 in NRW nach Geschlecht und Alter	40
Abbildung 9	Verteilung der Altersrente in Westdeutschland 1997	45
Abbildung 10	Probleme und Bedenken bei einem Umzug nach dem 55. Lebensjahr (Westdeutschland)	51
Abbildung 11	Zielsystem für altengerechte Quartiere	56
Abbildung 12	Handlungsfeld „Wohnung“	60
Abbildung 13	Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“	66
Abbildung 14	Handlungsfeld „Nahversorgungs- und Freizeitangebote“	70
Abbildung 15	Handlungsfeld „Aktivierung, Unterstützung und Hilfe“	73
Abbildung 16	Siedlungsstruktur und Interaktionsmuster	78
Abbildung 17	Arbeitsplatzentwicklung zwischen 1993 und 1998 (relativ nach Kreistyp in Prozent)	79
Abbildung 18	Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationen der alten Länder zwischen 1980 und 1996 (absolut und relativ nach Kreistyp)	80
Abbildung 19	Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationen der alten Länder zwischen 1980 und 1996 (absolut und relativ nach Gemeindetyp)	80
Abbildung 20	Verkaufsflächenentwicklung in Deutschland 1950-2010	82
Abbildung 21	Entwicklung der Zahl der Lebensmittelgeschäfte nach Betriebsformen 1961 bis 1997	83
Abbildung 22	Siedlungsdispersion und Entmischung	86
Abbildung 23	Standorte der kleinen und großen Lebensmittelgeschäfte in Basel Stadt 2003	87
Abbildung 24	Anteil der 80jährigen und Älteren 1997 an der Gesamtbevölkerung in Prozent	88
Abbildung 25	Anteil der über 75jährigen an der Gesamtbevölkerung in NRW 2002	89
Abbildung 26	Relative Veränderung des Anteils der über 75jährigen in NRW 2002-2020	90
Abbildung 27	Entwicklung der unter 20jährigen und der über 60jährigen bis 2020	90
Abbildung 28	Absoluter Zuwachs der über 75jährigen 2004 bis 2015	92
Abbildung 29	Bisherige und geschätzte Entwicklung des Altenquotienten 1990 bis 2020 nach siedlungsstrukturellen Kreistypen	92
Abbildung 30	Neue Betreute Wohnanlagen pro Jahr	102
Abbildung 31	Typische Anpassungs- und Hilfestufen im Altersverlauf	133
Abbildung 32	Schematische Darstellung möglicher räumlicher Arbeitsbereiche	138
Abbildung 33	Idealtypischer Ablaufplan eines integrierten Quartierskonzeptes	140
Abbildung 34	Ablauf eines integrierten Quartierskonzeptes	141
Abbildung 35	Mögliche Akteure eines Quartierskonzeptes	142

Abbildung 36	Bevölkerungsanalyse	145
Abbildung 37	Analyse der sozialen Angebote	145
Abbildung 38	Nahversorgungsanalyse	145
Abbildung 39	Analyse des Öffentlichen Raums	146
Abbildung 40	Wohnungsbestandsanalyse	146

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Bevölkerungsentwicklung in Deutschland von 1950 bis 2050	16
Tabelle 2	Altenquotient 65 im Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland	16
Tabelle 3	Zeitverwendung von vollzeiterwerbstätigen Personen und Rentnerinnen und Rentnern 2001/2002 in Stunden und Minuten je Tag (Montag bis Sonntag)	26
Tabelle 4	Prognose der ab 60jährigen in Deutschland nach dem Familienstand (Anteile in Prozent)	30
Tabelle 5	Prognose der Bevölkerung ab 65 Jahren in Privathaushalten nach Haushaltstypen (in Prozent der Altersgruppe)	31
Tabelle 6	Frauen der Geburtsjahrgänge 1935-1967 nach der Zahl der geborenen Kinder in Westdeutschland (Anteile in Prozent)	31
Tabelle 7	Mobilitätskennziffern nach Altersgruppen	40
Tabelle 8	Nettoeinkommen der Personen ab 65 Jahren nach Familienstand und Geschlecht pro Monat 1995 in NRW	45
Tabelle 9	Bruttovermögen von Rentner- und Pensionärshaushalten in NRW 1998	46
Tabelle 10	Mobile westdeutsche Haushalte in der Gruppe der 55 bis 75jährigen	48
Tabelle 11	Ausstattungsängel von Wohnungen älterer Menschen 1993 (65 Jahre und älter)	61
Tabelle 12	Wege und Distanzen im Einkaufsverkehr 1976 bis 1998	84
Tabelle 13	Vergleich der Gruppe der ab 60jährigen 1999/2020 nach siedlungsstrukturellen Kategorien	91
Tabelle 14	Beitrag von Sonderwohnformen zum altengerechten Leben	114
Tabelle 15	Wohnformen von Mensch ab 65 Jahren	115
Tabelle 16	Gegebenheiten der normalen Privatwohnung für das Leben im Alter	115
Tabelle 17	Eigentumsstruktur des Wohnungsbestandes 1993	124
Tabelle 18	Hauptsächliche Wirkungsbereiche von Handlungsmöglichkeiten des altengerechten Lebens im Bestand	128
Tabelle 19	Bausteine zur Gestaltung eines altengerechten Quartiers	136

## Textkästenverzeichnis

Textkasten 1	Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen in Köln: „Haus Mobile“	106
Textkasten 2	Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen in Hannover: „Gemeinsam statt einsam“	108
Textkasten 3	Betreute Wohngruppen des Verein „ambet“ in Braunschweig	112
Textkasten 4	Wohnen mit Betreuung zu Hause in der Gemeinde Germering - das Projekt „Simba“	117
Textkasten 5	Selbstorganisiertes Gemeinschaftliches Wohnen im Quartier in Rotterdam/Niederlande	120
Textkasten 6	Gemeinschaftliches Wohnen im Quartier zur Integration älterer Migranten	121
Textkasten 7	Strukturelle Wohnungsanpassung in einer Bielefelder Baugenossenschaft	123
Textkasten 8	Altenhilfe, Wohnberatung und Nachbarschaftshilfe in der Freien Scholle eG in Bielefeld	126
Textkasten 9	Seniorenbüros zur kleinräumigen Beratung in Dortmund	127
Textkasten 10	Freiraumgestaltung im Bremer Stadtteil Vahr	129
Textkasten 11	Nachbarschaftszentrum „Meinolfstraße“ der Baugenossenschaft Freie Scholle eG in Bielefeld	131
Textkasten 12	Quartierskonzept der Glückauf Wohnungsgesellschaft mbH in Lünen	134

## Abkürzungsverzeichnis

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAT	British American Tobacco
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BauO NRW	Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbauordnung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
DM	Deutsche Mark (1 DM = 0,51129 Euro)
EAE85/95	Empfehlungen für die Anlage von Erschließungsstraßen der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen von 1985, ergänzt 1995
eG	Eingetragene Genossenschaft
ExWoSt	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
FRAME	Forschungsprojekt „Freizeitmobilität älterer Menschen“
GdW	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
GfK	Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
KDA	Kuratorium Deutsche Altershilfe
Kfz	Kraftfahrzeug
ILS NRW	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen
InWIS	Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum
MIV	Motorisierter Individualverkehr
NILEG	Norddeutsche Immobiliengesellschaft mbH
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
Pkm	Personenkilometer
Pkw	Personenkraftwagen
SOEP	Sozioökonomisches Panel (Repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland seit 1984, erhoben durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin)
VdW	Verband der Wohnungswirtschaft



## 1. Einleitung

Im südbrandenburgischen Großräschen eröffnete am 1. März 2005 das nach eigenen Angaben erste Senioren-Kaufhaus Deutschlands. Präsentiert werden unter anderem speziell geschnittene Kleidungsstücke, Telefone mit extra großen Tasten oder ein quadratisches Lupenglas, mit dem das Fernsehbild vergrößert werden kann. (Vgl. WEBSITE SENIORENAUSSTATTER) In Singen am Bodensee und Schwelmstedt in Hessen sind spezielle Gefängnisse für ältere Häftlinge eingerichtet worden, die sich hier nicht gegen jüngere Insassen zur Wehr setzen müssen. Aufgrund geringer Fluchtgefahr sind die Sicherheitsstandards niedriger, die ärztliche und seelische Betreuung dafür intensiver. Die Arbeitsangebote und Sozialprogramme sind auf ältere Menschen angepasst, anstatt Kursen zur Erlangung des Hauptschulabschlusses gibt es Physiotherapie zur Erhaltung der körperlichen Fitness. Das Land Niedersachsen prüft ebenfalls die Einrichtung eines Gefängnisses für ältere Häftlinge, da die Zahl der Häftlinge im Seniorenalter steigt. (Vgl. WEBSITE DEUTSCHE WELLE und WEBSITE ZDF) Der Fertighaushersteller Kampa bietet eine neue Wohnserie an: „Kampa 50plus“. Die Häuser seien „speziell für ein aktives und bequemes Wohnen in der zweiten Lebenshälfte konzipiert, ... perfekt auf das Leben zu zweit zugeschnitten. In den meisten Varianten eingeschossig, kompakt und dabei höchst komfortabel...“ (WEBSITE KAMPA AG).

Drei unterschiedliche aktuelle Beispiele aus Deutschland, die eines verbindet: Die agierenden Akteure berufen sich ausdrücklich auf die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands und sehen ihre Maßnahmen als Reaktionen darauf an. Geprägt sein wird diese Bevölkerungsentwicklung über die nächsten Jahrzehnte durch einen Rückgang der Anzahl junger Menschen bei gleichzeitiger Zunahme älterer Menschen. Das Land befindet sich damit in einem Prozess der „demografischen Alterung“. Diese historisch bisher einmalige Situation stellt eine wesentliche Grundvoraussetzung und damit auch Herausforderung für unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert dar, für die es Lösungen zu entwickeln gilt. Die genannten Beispiele sind dabei ein kleiner Ausschnitt in dem weiten Spektrum der Reaktionen und des Umgangs mit der demografischen Alterung. Diese Arbeit setzt sich mit einer raumplanerischen Sichtweise auf die demografische Alterung auseinander. Dabei sollen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie die räumlichen Voraussetzungen der Kommunen auf die demografische Alterung vorbereitet werden können. In dieser Einleitung wird zunächst eine kurze Darstellung der Problemstellung, Grundannahmen und des Ziels der Arbeit gegeben, anschließend werden der Aufbau und das Vorgehen erläutert.

### 1.1 Problemstellung, Grundannahmen und Ziel der Arbeit

Wenn die Alterstruktur einer Bevölkerung dergestalt im Umbruch ist, dass ein immer größerer Anteil der Bevölkerung zu den älteren Menschen zählt, dann muss die Gesellschaft Strategien entwickeln, wie sie auf diese veränderten Strukturen reagiert. Dabei werden sich in vielen Bereichen grundsätzlich neue Aufgaben stellen. Im Mittelpunkt der Diskussionen stehen zunächst meistens die intergenerativen Sozialversicherungen, deren Finanzierung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer schwieriger wird. Die demografische Alte-

rung wird aber viel weitergehende Folgen haben und Maßnahmen erfordern, welche auch die räumliche Umwelt betreffen. „Und sicher ist somit auch, dass es nicht nur eine Aufgabe von Politik und Finanzwelt, Ärzten, Altersforschern und deren Werbeagenturen sein kann, sich jetzt mit unserem demografischen Wandel auseinander zu setzen, sondern dass auch und vor allem die Architekten und Stadtplaner Lösungen erarbeiten müssen für den Umbau unserer Gesellschaft“ (SZ vom 20.1.2005). Diese Arbeit soll aufzeigen, wie diese Lösungen auf kommunaler Ebene aussehen können. Damit soll ein Beitrag zur Diskussion über mögliche Strategien zum Umgang mit der demografischen Alterung geleistet werden. Zugleich soll das Themenfeld auch ein Stück weiter für die Raumplanung geöffnet werden. Die Arbeit basiert also auf folgender grundlegenden Frage:

*Wie kann im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung auf eine zunehmend älter werdende Bevölkerung reagiert werden?*

Um diese Frage zielführend bearbeiten zu können, ist allerdings eine weitergehende Präzisierung und Einschränkung nötig. Als wesentliche Aufgabe einer alternden Gesellschaft erscheint es, dem großen Anteil der älteren Menschen als ein wesentlicher Bestandteil dieser Gesellschaft ein Leben zu ermöglichen, dass so lange wie möglich selbstbestimmt und selbstständig geführt werden kann.

Dabei bedeutet Selbständigkeit den Erhalt einer eigenständigen Lebensführung. Dies drückt sich wesentlich in der Führung eines eigenen Haushaltes aus und betrifft damit grundlegende Dinge vom Einkauf und der Essenzubereitung, über die Haushaltspflege und die organisatorische Bewältigung des Lebens. Es gehört zum Altersverlauf, dass der menschliche Körper zunehmenden Einschränkungen unterliegt, die ein selbständiges Leben gefährden. Durch den räumlichen, baulichen und institutionellen Kontext kann ein selbständiges Leben allerdings unterstützt oder zusätzlich gefährdet werden. So wird beispielsweise ein kleiner Lebensmitteladen in fußläufiger Entfernung zur Wohnung, der über einen barrierefreien Weg erreichbar ist, dazu beitragen, dass ein älterer Mensch weiterhin selbständig seine Einkäufe tätigen kann. Schließt dieser Laden hingegen, oder stellt sich der Weg als zu gefährlich oder unbequem für ältere Menschen heraus, so ist die selbständige Lebensweise akut gefährdet. Die Gegebenheiten sollten also darauf ausgerichtet sein, ein selbständiges Leben so lange wie möglich zu gewährleisten. Wenn ab einem gewissen Zeitpunkt trotzdem kompensatorische Hilfe und Unterstützung zum Leben notwendig werden, so sollte diese sich immer nach einem „Minimalprinzip“ richten und primär dem Gedanken der „Hilfe zur Selbsthilfe“ folgen.

Mit dem Verlust der Selbständigkeit droht auch immer der Verlust der Selbstbestimmung einherzugehen. Dabei bedeutet Selbstbestimmung gemäß den eigenen Wünschen und Interessen zu handeln, also für sich selbst zu entscheiden. Dies betrifft die Gestaltung des Tagesablaufs ebenso wie organisatorische Fragen des Lebens. Es obliegt der Selbstbestimmung, wie die Tagesgestaltung aussieht und die Wohnung eingerichtet wird, was und wann gegessen wird, welcher Pflegedienst und welche persönlichen Betreuerinnen und Betreuer ausgewählt werden. Auch bei der Selbstbestimmung können im Altersverlauf Grenzen erreicht werden. So ist es beispielsweise für Demenzpatienten schwer, ihre Interessen zu artikulieren. Sowohl nahe Angehörige als auch betreuende Personen können bei entsprechendem Wissen und

Feingefühl aber auch hier noch aus der nonverbalen Kommunikation und dem entsprechenden Vorwissen heraus die Bedürfnisse erkennen und ihnen mindestens zum Teil nachkommen.

Die Angst vor dem Verlust der Selbständigkeit und Selbstbestimmung begründet häufig die Furcht vor dem Alter und drückt sich explizit in dem Wunsch nach der eigenen Wohnung im Alter aus. So ist es mittlerweile unstrittig, dass es der Wille fast aller älteren Menschen ist, so lange wie möglich weitestgehend selbstbestimmt und selbständig in vertrauter Umgebung zu leben (vgl. u.a. BMFSFJ 2001: 254, BMFSFJ 2002: 103, KREMER-PREISS ET AL. 2003: 8). „Der ältere Mensch möchte seine selbständige Lebensweise in der Wohnung unter allen Umständen erhalten“ (SAUP 1999: 48). So ist es nur folgerichtig, dass „zu hause wohnen bleiben‘ ... eines der Paradigmen der kommunalen Sozialpolitik und der Wohnungswirtschaft“ ist (BRECH 2004: 39).

Neben diesen sozialpolitischen Erwägungen sprechen allerdings auch ökonomische Gründe dafür, ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen. So erscheint es kaum möglich, die gegenwärtig üblichen Betreuungs- und Pflegekonzepte lediglich in die Zukunft fortzuschreiben: „Das Angebot an Pflegeplätzen müsste sich in den nächsten 50 Jahren mehr als verdoppeln. Bereits für einen Zeitraum von zehn Jahren entstünden zusätzliche Kosten für Investitionen und Pflege von rund 40 Milliarden Euro“ (KREMER-PREISS ET AL. 2005: 7). Es gilt also auch vor dem Hintergrund drohender finanzieller Belastungen älteren Menschen ein möglichst langes eigenständiges Leben im Alter zu ermöglichen. Neben einer offensichtlichen Aufgabenstellung für die Altenhilfe, prägen aber dabei auch die räumlichen, baulichen und institutionellen Gegebenheiten wesentlich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter. Eine bereits näher konkretisierte Fragestellung, die aber ebenfalls noch einmal weiter präzisiert wird, lautet daher:

*Wie kann im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung einer zunehmend älteren Bevölkerung ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter ermöglicht werden?*

Demografische Entwicklungstrends wie die Alterung der Bevölkerung werden häufig zunächst einmal auf großräumigeren Ebenen wahrgenommen, letztlich äußern sie sich aber doch sehr konkret auf den kleinräumigen Ebenen „vor Ort“. So verhält es sich auch bei der demografischen Alterung. Für die ältere Bewohnerschaft kommt für die Verwirklichung eines möglichst langen selbstbestimmten und selbständigen Lebens dem unmittelbaren Lebensumfeld eine sehr große Bedeutung zu. Der Lebensmittelpunkt verlagert sich mit zunehmendem Alter in die eigene Wohnung und die Wohnumgebung. Hier in den Wohnquartieren der älteren Menschen müssen die Voraussetzungen gegeben sein, um ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter führen zu können. Das Wohnquartier kann dabei in kleineren Gemeinden das ganze Dorf oder die ganze Kleinstadt umfassen. In größeren Städten umfasst es Teilbereiche der Stadt, die als zusammengehörige Raumeinheit erkennbar sind. Abgrenzungen können dabei administrativen Grenzen folgen, sind aber beispielsweise auch durch soziale Verhältnisse und Beziehungen geprägt.

Es gilt festzustellen, welche Anforderungen sich an die Wohnquartiere stellen, um ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen. Dies wird

sich umfassend über die Bereiche des Wohnens, des Wohnumfelds, der Infrastruktur, aber auch des Managements erstrecken und dabei auch grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung betreffen. Daraus resultiert die letztlich zentrale Fragestellung, die in dieser Arbeit beantwortet werden soll:

*Wie kann im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung älteren Menschen ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Wohnquartier ermöglicht werden?*

Dabei ist es zunächst wichtig, klarzustellen, welche Anforderungen ein Wohnquartier erfüllen sollte, um ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter weitestgehend zu ermöglichen und damit als altengerecht im Sinne dieser Arbeit eingestuft werden zu können. Wenn diese Anforderungen als ein sehr wichtiger erster Schritt definiert sind, kann in einem weiteren Schritt versucht werden, darzulegen, wie es gelingen kann, diese Anforderungen zu erreichen. Dabei ist sowohl die gegenwärtige Situation als Ist-Zustand von Belang als auch die bereits praktizierten und in der Erprobung befindlichen Handlungsmöglichkeiten. Da die Voraussetzungen als der Ist-Zustand von Quartier zu Quartier zu unterschiedlich sind, liegt der Fokus der Arbeit auf den Handlungsmöglichkeiten. So soll die Beantwortung der folgenden zwei Teilfragen zur Beantwortung der zentralen Fragestellung führen:

*Welche Anforderungen stellen sich an Wohnquartiere, damit sie ein möglichst weitgehend selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter ermöglichen?*

*Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, diese Zielanforderungen zu erreichen?*

Mit den Ergebnissen dieser Arbeit soll vor allem Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, im Rahmen ihrer Stadtentwicklungsplanung auf die demografische Alterung in Form der Gestaltung von altengerechten Wohnquartieren reagieren zu können. So wird ein ausdifferenziertes Zielsystem für altengerechte Quartiere geboten, dass für jeweils eigene und kommunalspezifische Handlungsstrategien herangezogen und gegebenenfalls abgewandelt werden kann. Zudem stellt ein abschließender Leitfaden dar, wie ein Planungsprozess für die Entwicklung altengerechter Quartiere vor Ort ablaufen kann, wobei mit dem Zielsystem bereits ein wichtiger Baustein dazu geliefert wird und dargestellte Einzelbausteine zur Zielerreichung wichtige Anregungen liefern können. Somit lautet das Ziel dieser Diplomarbeit:

*Ziel der Arbeit ist es, in einem Zielsystem darzulegen, welche Anforderungen Wohnquartiere erfüllen müssen, um ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen. Gemeinsam mit einem vorgeschlagenen idealtypischen Planungsablauf für die Entwicklung von altengerechten Quartieren soll Kommunen damit ein Handlungsleitfaden zur konkreten Reaktion auf die demografische Alterung gegeben werden.*

## 1.2 Aufbau der Arbeit und methodisches Vorgehen

Gemäß den zwei Teilfragestellungen lässt sich die Arbeit auch grob in zwei Teile untergliedern. Im ersten Teil steht die Entwicklung eines Zielsystems für die Herstellung altengerechter Wohnquartiere im Vordergrund, der zweite Teil wiederum zeigt Möglichkeiten auf, wie diese Ziele erreicht werden können und formuliert einen Vorgehensvorschlag. Abbildung 1 gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Untersuchungsfragen, die den einzelnen Kapiteln zugrunde liegen.

Kapitel 2 skizziert zunächst den zukünftigen demografischen „Entwicklungskorridor“ mit den markanten drei Ausprägungen der „Alterung“, „Schrumpfung“ und „Internationalisierung“ Deutschlands. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Alterung der Gesellschaft. Es soll deutlich gemacht werden, wie es zur demografischen Alterung der Bevölkerung kommen wird und wie diese aussieht. Von den Prognosewerten bezieht sich dieses Kapitel in erster Linie auf die 10. KOORDINIERTER BEVÖLKERUNGSVORAUSBERECHNUNG DES STATISTISCHEN BUNDESAMTS AUS DEM JAHR 2003. Das Kapitel vertieft somit die Problemstellung der demografischen Alterung und unterstreicht damit den Handlungsbedarf.

Um ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter ermöglichen zu können, gilt es zunächst einmal, die Lebensphase Alter und die sich darin befindlichen Menschen mit ihren gegenwärtigen und vermutlich zukünftigen Merkmalen und Anforderungen zu analysieren. Dies geschieht in Kapitel 3. Die Anforderungen an ein altengerechtes Quartier stützen sich schwerpunktmäßig auf die Erkenntnisse aus diesem Kapitel, dessen Inhalt sich entsprechend vielfältig darstellt. So wird auf die Differenzierung der Lebensphase Alter mit den sich daraus ergebenden Unterschieden eingegangen, auf die Alltagsgestaltung älterer Menschen, die Bedeutung und vermutliche Entwicklung in den sozialen Netzen, die körperlichen und gesundheitlichen Entwicklungen im Alterungsprozess, das Mobilitätsverhalten älterer Menschen, die ökonomische Situation der älteren Menschen und die gegenwärtige Umzugsbereitschaft. Dabei ist zu beachten, dass Altern ein vielfältiger Prozess ist, der körperliche, psychische, soziale und gesellschaftliche Vorgänge umfasst, die sich gegenseitig beeinflussen, aber auch unabhängig voneinander entwickeln. Hinzu kommen gesamtgesellschaftliche Phänomene, die in die Lebensphase ausstrahlen und diese beeinflussen. Daher ist es schwierig, unter Umständen auch gefährlich, der Gruppe der alten Menschen allgemeingültige Charakteristika zuzuschreiben. Trotzdem sollen, unter kritischer Beachtung dessen, für das Leben im Alter wichtige Entwicklungen und Gegebenheiten dargestellt werden. Dabei steht das räumliche Umfeld, Wohnquartier und Wohnung, im Vordergrund. Die Bedeutung dieses Umfeldes für die Menschen im Alter soll unterstrichen werden und die Ansprüche daran im Hinblick auf ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter aufgezeigt werden. Entsprechend den verschiedenen Teilaspekten, der sich aus dem Alter ergebenden Ansprüche und Voraussetzungen, basiert dieses Kapitel auf einer umfangreichen Literaturanalyse, frei verfügbaren Daten und verschiedenen aktuellen Untersuchungen. Einen wichtigen Ausgangspunkt bilden dabei immer wieder die so genannten „Altenberichte“ der jeweils zu einem Themenkomplex gebildeten Sachverständigenräte der Bundesregierung (vgl. BMFSFJ 1998, BMFSFJ 2001, BMFSFJ 2004).

Abbildung 1 Untersuchungsfragen der Arbeit	
Kapitel 1 - Einleitung	
Kapitel 2 „Demografische Alterung“	<p>Wie sieht die zukünftige demografische Entwicklung Deutschlands aus und welche grundsätzlichen Herausforderungen lassen sich daraus ableiten?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie sehen die bestimmenden Faktoren der Entwicklung aus und wie verlässlich sind sie?</li> <li>• Wie sieht demnach die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung aus?</li> </ul>
Kapitel 3 „Rahmenbedingungen der Lebensphase Alter“	<p>Wie stellen sich „die alten Menschen“ gegenwärtig und vermutlich in naher Zukunft dar? Welche Rahmenbedingungen und Anforderungen in Hinblick auf ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter ergeben sich daraus?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie stellen sich Unterschiede innerhalb der Lebensphase Alter näher dar?</li> <li>• Wie und wo verbringen die älteren Menschen ihren Alltag?</li> <li>• Welche Bedeutung haben die sozialen Netze im Alter und welche Veränderungen gibt es in diesen Netzwerken?</li> <li>• Wie sehen die körperlichen und gesundheitlichen Veränderungen im Alter aus und welche Anforderungen stellen sich daraus?</li> <li>• Wie verhält es sich mit der Mobilität älterer Menschen, insbesondere im Hinblick auf zurückgelegte Distanzen und Verkehrsmittel?</li> <li>• Wie verhält es sich um die ökonomische Situation älterer Menschen?</li> <li>• Wie stellt sich die Umzugsbereitschaft älterer Menschen dar?</li> </ul>
Kapitel 4 „Zielanforderungen an das altengerechte Quartier“	<p>Welche Anforderungen muss ein Wohnquartier erfüllen, um ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter weitgehend zu unterstützen und somit als altengerecht bezeichnet werden zu können?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In welche einzelnen, möglichst handhabbaren Einzelbausteine lassen sich diese Anforderungen unterteilen?</li> </ul>
Kapitel 5 „Räumliche Gegebenheiten im Hinblick auf altengerechte Quartiere“	<p>Wie verhält sich die räumliche Entwicklung zu den Anforderungen an altengerechte Wohnquartiere und ergeben sich aus einer unterschiedlich ablaufenden demografischen Alterung besondere Handlungsanlässe?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie verhält sich der prägende räumliche Entwicklungstrend der Suburbanisierung und was für eine Bedeutung bekommt er vor dem Hintergrund der demografischen Alterung?</li> <li>• Wie verläuft die demografische Alterung in unterschiedlichen Teilräumen Deutschlands?</li> <li>• Wie sehen kleinräumige Voraussetzungen für die Schaffung altengerechter Quartiere aus?</li> </ul>
Kapitel 6 „Handlungsmöglichkeiten“	<p>Was für Möglichkeiten gibt es, Wohnquartiere altengerecht zu gestalten?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche bestehenden Handlungsmöglichkeiten und Beispiele gibt es, um möglichst viele Einzelanforderungen an ein altengerechtes Quartier zu erfüllen?</li> </ul>
Kapitel 7 „Altengerechte Quartiersplanung“	<p>Wie kann ein Planungsprozess für die altengerechte Anpassung von Wohnquartieren, von der Analyse bis zur Umsetzung, aussehen?</p>
Kapitel 8 - Resümee und Ausblick	

Quelle: Eigene Darstellung

Im folgenden Kapitel 4 wird aus den Erkenntnissen des Kapitels 3 ein normatives Zielsystem für den räumlich-institutionellen Kontext auf der Wohnquartiersebene abgeleitet, das für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter erfüllt werden sollte. Mit der Aufstellung dieses Zielsystems wird ein wichtiger Baustein für die zukünftige Entwicklung von Strategien für die Reaktion auf die demografische Alterung gegeben, denn bei der Zielformulierung handelt es sich um einen wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil für jede Planung. Maßnahmen ohne zugrundeliegende Zielsysteme werden zwar einzelne Schwierigkeiten beseitigen, bleiben dabei aber in der Summe nur ein Flickwerk. „Wer nicht weiß, was er will, wird verlieren. Seine Reise wird von irgendwoher nach nirgendwohin gehen“ (SCHÖLLER 1990 nach SCHOLLES 2001: 139). Die Zieldefinition dient als Formulierung eines zukünftig gewollten Zustands. Dabei gehören Ziele zur Wertebene der Planung, es handelt sich bei ihnen um normative Entscheidungen, wobei sich die wertenden Ziele auf gegebene Sachverhalte beziehen. Normative Ziele verknüpfen also Sach- mit Wertdimensionen. (Vgl. SCHOLLES 2001: 139) Damit stellt das im Rahmen dieser Arbeit entwickelte Zielsystem einen Vorschlag dar, der für jeden Einzelfall als Grundlage für die Entwicklung und Diskussion eines eigenen, spezifischen Zielsystems dienen soll. Diese Entscheidungen können durch das vorgeschlagene Zielsystem nur möglichst weitgehend unterstützt werden, die normativen Entscheidungen müssen durch die verantwortlichen Gremien vor Ort geschehen.

Das aufgestellte Zielsystem stellt ausdifferenziert die verschiedenen Anforderungen an ein altengerechtes Quartier dar. Neben der Ableitung von Ergebnissen aus dem Kapitel 3 wird zur weiteren Begründung und Vertiefung auf zusätzliche Literatur und Richtlinien zurückgegriffen, die in der Praxis angewandt werden. Insbesondere gilt dies für die einzelnen Handlungsziele als unterste Ebene des Zielsystems, beispielhaft genannt seien dafür die DIN-Normen für das Barrierefreie Bauen.

Kapitel 5 stellt den prägenden räumlichen Entwicklungstrend in Form der Suburbanisierung mit seinen Auswirkungen auf die Zielansprüche an ein altengerechtes Quartier dar. Die Darstellung des Verlaufes der demografischen Alterung in unterschiedlichen Teilräumen Deutschlands zeigt auf, in welchen Teilräumen Handlungsbedarf entstehen wird. Eine Kurzbeachtung unterschiedlicher kleinräumiger Voraussetzungen in Form von verschiedenen Siedlungstypen rundet die Analyse der räumlichen Gegebenheiten als Handlungsvoraussetzung ab. Eine stärker ins Detail gehen Analyse ist aufgrund der Vielschichtigkeit der räumlichen Voraussetzungen im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, vielmehr liegt der weitere Schwerpunkt auf dem Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten.

Dafür werden in Kapitel 6 zunächst verschiedene Maßnahmen dargelegt, mit denen die Ziele für ein altengerechtes Quartier erreicht werden können. Es werden verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, bei der jede Einzelmaßnahme einer eigenen, detaillierten Umsetzungsstrategie bedarf, die in dieser Arbeit nicht vertiefend dargestellt werden können. Vielmehr wird ein Überblick gegeben, und die Wirkungsmöglichkeiten werden eingeschätzt. Es wird auf verschiedene gute Praxisbeispiele zurückgegriffen, die begleitend zu den verallgemeinerten Erläuterungen diese Maßnahmen zusätzlich veranschaulichen. Zurückgegriffen wird für das Kapitel auf eine Reihe dokumentierter und untersuchter Beispiele und Handlungsstrategien

sowie auch auf noch in der Erprobung befindliche Maßnahmen. Die vorgestellten Handlungsmöglichkeiten orientieren sich an den im Kapitel 4 aufgestellten Zielen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf der breitenwirksamen Anwendbarkeit im Bestand liegen.

Im Kapitel 7 wird basierend auf den vorher erarbeiteten Erkenntnissen dargestellt, wie integrierte Quartierskonzepte für die Gestaltung altengerechter Quartiere aussehen können. Auf Grund der vielen unterschiedlichen Anforderungen, die sich vor Ort stellen, können dabei keine allgemeingültigen und schematischen Handlungsempfehlungen gegeben werden. Vielmehr soll vermittelt werden, wie ein individueller Planungsprozess vor Ort aussehen sollte, was zu beachten ist und welche Handlungsansätze sich anbieten. Dafür wird zunächst die Grundidee von integrierten Quartierskonzepten vorgestellt, die verschiedene Maßnahmen kombinieren und mit denen ein altengerechtes Quartier erreicht werden soll. Darauf folgend wird ein Leitfaden für den genaueren Ablauf der Entwicklung eines solchen Quartierskonzeptes für altengerechte Wohnquartiere gegeben. Sowohl der Leitfaden als auch die Handlungsmaßnahmen können dabei nur als Orientierungsrahmen für konkrete Planungen vor Ort dienen, die jeweils den individuellen Gegebenheiten angepasst werden müssen.

Abschließend wird ein Resümee über die Arbeit gezogen. Dabei wird auch ein Ausblick auf die Relevanz der Thematik in der Raumplanung und in der Stadtentwicklung gegeben, sowie weiterer Forschungs- und Handlungsbedarf aufgezeigt.

## 2 Die demografische Alterung in Deutschland

Die Bevölkerungszahl eines Landes und die genaueren Strukturen der Bevölkerung wie die Alterszusammensetzung, die Geschlechterverteilung, die Familienstände, Nationalitätenzusammensetzung oder Kinderzahlen befinden sich in ständiger Veränderung. Diese Veränderungen zu erfassen, zu beschreiben und durch Verhaltensmuster wie Kinder haben, heiraten oder sterben zu erklären, ist Aufgabe der Demografie.

Die Bevölkerungswissenschaft versucht die demografischen Befunde dann in den Kontext der gesellschaftlichen Verhältnisse zu stellen, um weitergehende Erkenntnisse zu erlangen (vgl. BfB 2004: 7). Da demografische Prozesse in enger Verbindung mit sozialen, ökonomischen, räumlichen und politischen Belangen stehen, erfolgt des Weiteren in Fachdisziplinen entsprechender Wissenschaften eine Auseinandersetzung mit der demografischen Entwicklung und ihren Folgen. So auch in den interdisziplinären Raumwissenschaften. „Demografische Entwicklungen sind immer eine der zentralen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung (GÖSCHEL 2004: 18).“

Die Bevölkerung in Deutschland unterliegt zurzeit einem Alterungsprozess, der in den nächsten Jahren zunehmend an Dynamik gewinnen wird. Er tritt flächendeckend in Deutschland auf, wenn auch in einigen Regionen aufgrund von Wanderungsverlusten jüngerer Einwohnerinnen und Einwohner die Alterung eine höhere Dynamik erreicht, als in Regionen mit den entsprechenden Wanderungsgewinnen. Wenn dies auch die Verhältnisse zwischen Jungen und Alten verschiebt, eines ist allen Regionen Deutschlands gemein: Die absolute Zahl alter Menschen wird in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen. Auf die demografische Alterung wird mit einiger zeitlicher Verzögerung eine ganz Deutschland umfassende Bevölkerungsabnahme folgen. Die heute bereits ausgiebig diskutierten Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland und dem Ruhrgebiet werden dann weitaus größere Gebiete Deutschlands umfassen, von denen sich, wenn überhaupt, nur wenige „Wachstumsregionen“ aufgrund von Wanderungsgewinnen absetzen können.

Dieses Kapitel vollzieht die demografischen Entwicklungsprozesse in Deutschland anhand der Geburten und Sterbefälle, als natürliche Bevölkerungsentwicklung, sowie der Außenwanderungsprozesse nach. Mit Hilfe der Betrachtung dieser statistischen Merkmale und ihrer Dynamik soll die Alterung als wesentliche demografische Veränderung der näheren Zukunft deutlich gemacht werden, sowie die damit verbundenen Herausforderungen angerissen werden.

### 2.1 Die demographische Entwicklung Deutschlands bestimmende Faktoren

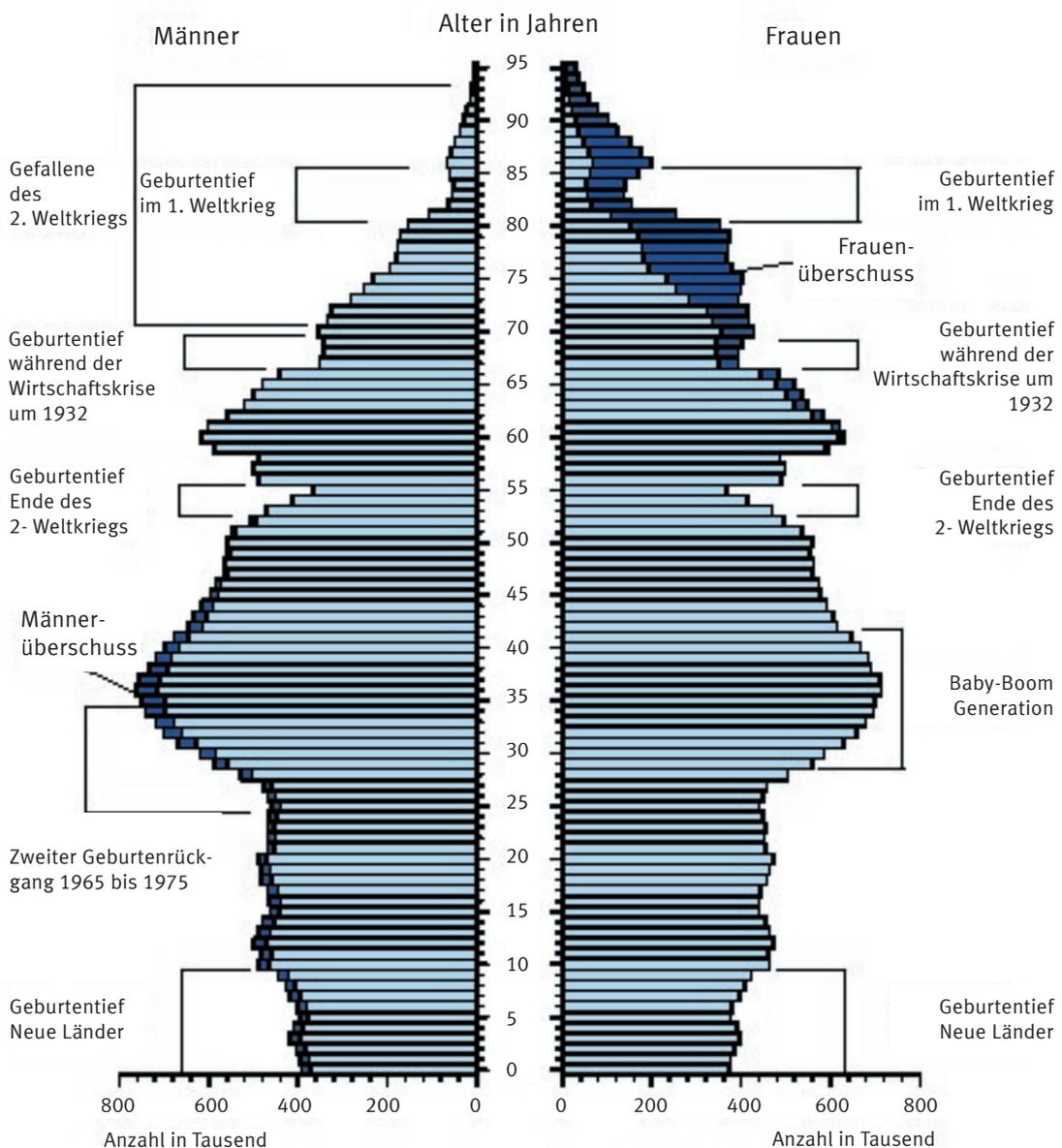
Die gegenwärtige Altersstruktur ist die unverrückbare Ausgangssituation für die zukünftige demografische Entwicklung, welche durch die demografischen Ereignisse Fertilität, Mortalität und Mobilität beeinflusst wird. Die Fertilität wird dabei durch die durchschnittliche Kinderan-

zahl pro Frau und die Altersstruktur der Mütter im gebärfähigen Alter bestimmt, die Mortalität durch die Lebenserwartung und die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten, sowie die Mobilität durch das Wanderungsvolumen, die Alterstruktur der Zu- und Fortziehenden und deren Verweildauer.

### 2.1.1 Die gegenwärtige Altersstruktur Deutschlands

In der Altersstruktur eines Landes spiegelt sich dessen Geschichte wieder. So lassen sich auch in der Altersstruktur Deutschlands die besonderen historischen Einflüsse der letzten 100 Jahre noch heute ablesen. Dies zeigt die hohe „Trägheit“ demografischer Entwicklung, die sich nur sehr langsam und langfristig ändern lässt. Abbildung 2 zeigt den Altersaufbau Deutschlands im Jahre 2001 und weist den markanten Ein- und Ausbuchtungen die wesentli-

Abbildung 2 Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 2001



Quelle: Eigene Darstellung nach BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 2004: 57

chen historischen Ereignisse zu. Auf den ersten Blick besonders auffallend ist die so genannte „Baby-Boom-Generation“, geboren in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts und heute ungefähr zwischen 35 und 45 Jahren alt. Sie stellen die zahlenmäßig stärksten Jahrgänge in der heutigen Bevölkerung. Auf diese „Boom-Generation“ folgt ein deutlicher Einbruch in den Bevölkerungszahlen, der so genannte „Zweite Geburtenrückgang“, in dessen Folge sich die Geburtenjahrgänge auf einem relativ stabilen, wenn auch niedrigen Niveau einpendeln, bevor das Geburtentief in den neuen Ländern erneut zu einer Verkleinerung der Jahrgänge führte.

In den älteren Jahrgängen lassen sich noch deutlich die Auswirkungen der Weltkriege ablesen. Sowohl das Geburtentief um das Ende des 2. Weltkrieges, hier die um die 55 Jahre alten Menschen, und auch die Gefallenen des 2. Weltkrieges, die sich auf der männlichen Bevölkerungsseite deutlich stärker niederschlugen. Hier kommt es auch zu einer Überlagerung mit dem Geburtentief des 1. Weltkrieges. Somit sind die ältesten Bevölkerungsjahrgänge in Deutschland zurzeit noch verhältnismäßig klein.

### 2.1.2 Fertilitätsgeleiteter Alterungsprozess der Bevölkerung

Auf Seiten der Fertilität beeinflussen zwei Faktoren die demografische Alterung. Zum einen die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau, zum anderen die Altersstruktur der sich im gebärfähigen Alter befindenden Frauen, die potentiellen Mütter.

Zur Bestandserhaltung, also dem Ersatz der Elterngeneration, müssten in Deutschland von 1000 Frauen eines Geburtsjahrgangs bis zu ihrem 49. Lebensjahr wiederum 1000 Mädchen geboren werden. Die dafür nötige Anzahl von Kindern pro Frau ändert sich im Laufe der Zeit, da auch die Sterblichkeit in diese Rechnung mit einfließt. Gegenwärtig wären 2,08 Kinder nötig, um einen einfachen Ersatz der Bevölkerung zu erreichen (vgl. BiB 2004: 19). Tatsächlich werden in Deutschland seit Mitte der 70er Jahre durchschnittlich nur ungefähr 1,4 Kinder pro Frau geboren. Mit diesem stabil niedrigen Geburtenniveau reproduziert sich eine Elterngeneration nur zu ungefähr 67% (vgl. BiB 2004: 21). Die Folge ist ein langfristiger Rückgang der Bevölkerungszahlen, der bei einem gleich bleibenden Geburtenniveau kontinuierlich anhalten wird.

In Krisenzeiten unterliegen die Geburtenziffern starken Schwankungen. So führten die Weltkriege, aber auch die Weltwirtschaftskrise zu großen Rückgängen bei den Geburten. Auf Krisen mit geringen Geburtenzahlen folgen in der Regel aber auch wieder kurzfristige Geburtenanstiege, durch Nachholeffekte als Reaktion auf die gesellschaftlichen Umstände. Die Bevölkerungswissenschaft nennt dies „Timing-Effekt“. Ein solcher Effekt hat mit zum ausgeprägten Geburtenhoch nach dem 2. Weltkrieg beigetragen. Dieses Hoch wurde allerdings auch wesentlich mitgeprägt durch eine Euphoriestimmung der Bevölkerung in den Zeiten des Wirtschaftswunders, in Kombination mit einer Wertewelt, welche die Familie sehr hoch hielt, was sich zum Beispiel auch in der hohen Heiratsneigung ausdrückte. Darauf führt die Bezeichnung „Golden Age of Marriage“ für diese Zeit zurück (vgl. MAI 2003: 19). Mitte bis Ende der 60er Jahre begann der Zweite Geburtenrückgang, häufig auch als „Pillenknicke“ bezeichnet. Er erfasste ganz Europa relativ gleichzeitig, beginnend im Norden, über den Westen letztlich auch Südeuropa (vgl. BiB 2004: 22). Wesentlich war und ist dabei der steigende

Anteil kinderloser Frauen. Während die Anteile von Frauen mit zwei bis drei Kindern nur sehr langsam zurückgehen, sinkt insbesondere die Zahl der Einzelkinder und der Frauen mit mehr als drei Kindern. Dies kann als eine Polarisierung in der Gesellschaft interpretiert werden, indem sich entweder für eine Familie oder generelle Kinderlosigkeit entschieden wird (vgl. BiB 2004: 25ff). Die Ursachen für diesen Trend sind verschieden und vielschichtig, wobei die Einführung moderner Antikonzeptiva wohl eher Mittel zum Zweck war. Konkreter genannt werden können Kinderkosten, fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein hohes Selbstverwirklichungsstreben. In der Bevölkerungswissenschaft wird versucht, dass dauerhafte Unterschreiten des Reproduktionsniveaus bei den Geburtenziffern genauer zu erklären. So zum Beispiel durch HERWIG BIRG und anderen mit der „Biographischen Theorie der demographischen Reproduktion“ (BIRG ET AL. 1991), welche, sehr stark verkürzt dargestellt, die niedrige Geburtenziffer im Wesentlichen auch auf die genannten Ursachen zurückführt.

Der zweite wesentliche Aspekt für die demografische Alterung ist die Altersstruktur der Frauen im gebärfähigen Alter. Die Abbildung 2 bietet hier wiederum einen guten Überblick. Die geburtenstarken Jahrgänge sind dabei, aus dem gebärfähigen Alter herauszuwachsen, ohne sich vollständig reproduziert zu haben. Die nachwachsenden Altersjahrgänge sind deutlich kleiner. In der Folge werden die verkleinerten Jahrgänge bei anhaltend niedrigen durchschnittlichen Kinderzahlen immer weniger Kinder zur Welt bringen. „Die Entscheidung ca. eines Drittels der letzten Generation, keine Kinder zu haben, wird die demografische Entwicklung dieses Landes auf mindestens 100 bis 120 Jahre prägen“ (GÖSCHEL 2004: 21), denn der Ausfall von circa einem Drittel nicht geborener Frauen lässt sich nicht innerhalb von zehn oder 20 Jahren korrigieren.

Damit befindet sich die Bevölkerung durch eine deutlich unter dem Reproduktionsniveau liegenden durchschnittlichen Kinderzahl und einer ungünstigen Altersstruktur in einem fertilitätsgeleiteten Alterungsprozess, der von der Basis des Altersaufbaues der Bevölkerung in Deutschland beginnt.

### **2.1.3 Mortalitätsgeleiteter Alterungsprozess**

Die Lebenserwartung in Deutschland ist sehr hoch. So kann ein zwischen 1997 und 1999 in Westdeutschland geborenes Mädchen laut dem Statistischen Bundesamt mit einer Lebenserwartung von 80,7 Jahren rechnen. Gut 120 Jahre früher, 1871-1880, lag diese Lebenserwartung noch bei 38,45 Jahren, knapp 50 Jahre früher, 1952, bei 68 Jahren. (Vgl. BiB 2004: 28ff)

Steigende Lebenserwartung durch Fortschritte in der Medizin, Verbesserung des Gesundheitssystems sowie veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen kann auf zwei wesentliche Ausprägungen zurückgeführt werden: Eine Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit oder auf eine Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeit in den höheren Altersklassen. Eine Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit führt dabei zunächst zu einer Verjüngung der Bevölkerung. Sie tritt, wie auch in Deutschland, normalerweise zeitlich zuerst ein und sorgt für ein Bevölkerungswachstum. Mittlerweile hat die Säuglings- und Kindersterblichkeitsrate in Deutschland, wie in allen westeuropäischen Ländern, einen kaum mehr zu re-

duzierenden Wert erreicht, denn mehr als 99% der Neugeborenen erreichen mittlerweile das Alter von 20 Jahren (vgl. BiB 2004: 45).

In der Regel lässt sich verallgemeinern, dass die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung einer Bevölkerung bis auf etwa 70 Jahre, auf eine Reduktion der Säuglings- und Kindersterblichkeit zurückzuführen ist. Darüber hinaus gehende Fortschritte beruhen eher auf einem Rückgang bei der Alterssterblichkeit. (Vgl. MAI 2003: 29) Auch die weiterhin steigende Lebenserwartung in Deutschland ist mittlerweile auf eine Abnahme der Sterbewahrscheinlichkeit im Alter zurückzuführen. 86,9% aller gestorbenen Männer in Westdeutschland im Zeitraum 1997/99 hatten ein Alter von mindestens 60 Jahren erreicht, bei Frauen waren es sogar 93%. Immerhin 70,9% bzw. 84,5% wurden mindestens 70 Jahre alt, und noch 41,9% bzw. 63,1% hatten 80 Jahre erreicht. In den letzten Jahrzehnten sind diese Werte kontinuierlich gestiegen, die Menschen werden also immer älter. (Vgl. MAI 2003: 253)

Die Abnahme der Sterblichkeit in den höheren Altersstufen und damit eine längere Lebensphase stellt neben dem Geburtenrückgang einen weiteren wichtigen Faktor bei der Alterung der Gesellschaft dar. Deutschland befindet sich damit neben dem fertilitätsgeleiteten auch in einem mortalitätsgeleiteten Alterungsprozess.

#### 2.1.4 Zuwanderung als Ausweg aus der Alterung?

Mit der zunehmenden Wahrnehmung des demografischen Wandels in Deutschlands, wird in den Medien und der Politik verstärkt über Zuwanderung gesprochen, gerade auch um eine Überalterung der Gesellschaft zu verhindern. Diese Hoffnungen beruhen darauf, dass überwiegend junge Menschen mit einer zunächst höheren Fertilitätsrate zuwandern und überwiegend ältere Menschen Deutschland wieder in Richtung ihrer alten Heimat verlassen. So wurde auch die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung in den letzten 30 Jahren durch ein positives Wanderungssaldo aufgefangen.

Die Hoffnungen auf Migration sind allerdings einzuschränken, da die demografische Alterung in Zukunft eine solche Dynamik erreicht, dass sie durch Zuwanderung nicht mehr aufgefangen werden kann. Bereits anhand der achten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wurde 1994 dargelegt, dass der Effekt von niedrigen Geburten- und Sterberaten auf die Alterung größer ist als der von Wanderungen (vgl. MAI 2003: 37). Nur eine sehr hohe Zuwanderung junger Menschen mit einem dauerhaft höheren Geburtenniveau als die deutsche Bevölkerung hätte tatsächlich einen größeren Effekt auf die Altersstruktur. Die durchschnittliche Geburtenzahl bei den ausländischen Frauen liegt allerdings nur noch minimal höher als bei den deutschen Frauen und damit ebenfalls deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveaus. Zuwanderer passen sich in ihrem Reproduktionsverhalten sehr schnell dem Verhalten der aufnehmenden Bevölkerung an. (Vgl. MAI 2003: 53f)

Die Unmöglichkeit, demografische Alterung durch Zuwanderung aufzuhalten, zeigen auch die Untersuchungen der UN POPULATION DIVISION im Rahmen ihrer Weltbevölkerungsprojektionen. Im Rahmen der Studie „Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations?“ wurde 2000 ermittelt, dass für eine Erhaltung des Verhältnisses der Bevölke-

rung im Rentenalter zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2050 eine jährliche Zuwanderung von 3,4 Millionen Menschen nach Deutschland nötig wäre. Zwischen 1995 und 2050 würde sich die Zahl der Einwanderer auf insgesamt 188.500 Millionen summieren (vgl. UNPD 2000: 39). Nicht nur weil diese Zahlen weit über dem Durchschnitt der letzten 50 Jahre von 200.000 Zuwanderern liegt, ist es offensichtlich, dass es sich dabei nur um rein theoretische Überlegungen handeln kann.

Nichtsdestotrotz wird Zuwanderung auch in Zukunft ein wichtiger Aspekt für die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands sein und mit einem Beitrag dazu leisten, die Alterung abzuschwächen, da vor allem junge Erwachsene wandlungswillig sind und gleichzeitig viele ausländische Staatsbürger im Alter auch wieder in ihre Heimat zurückkehren (vgl. BiB 2004: 52). Die Bedeutung der Zuwanderung zeigt allein die Zahl der jährlichen Zuzüge an, die mittlerweile die Zahl der im Inland geborenen Personen übersteigt. So wurden 2001 in Deutschland 734.475 Kinder geboren, während im gleichen Zeitraum 879.200 Menschen nach Deutschland zogen. Gleichzeitig waren allerdings auch 606.500 Fortzüge aus Deutschland zu verzeichnen. (Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2003B: 67, 75) Das Wanderungsvolumen ist also wesentlich höher als die Zahlen der Wanderungssaldi zunächst vermuten lassen. Das Zusammenspiel weiterer Zuwanderung bei gleichzeitiger Schrumpfung der deutschen Bevölkerung wird zu einer zunehmenden Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland führen. 2002 umfasste die ausländische Bevölkerung in Deutschland 7,3 Millionen Personen, was ungefähr 8,9% der Bevölkerung entspricht (vgl. BiB 2004: 47). HERWIG BIRG kommt zu der Vorhersage, dass 2050 ungefähr 19 Millionen zugewanderte Personen und ihre Nachfahren in Deutschland leben werden, was einem Anteil von ungefähr 28% entsprechen wird (vgl. BIRG 2003: 104). Die bereits heute bestehenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden sich dabei weiter verstärken, da der Zuwanderung in Ostdeutschland nur eine sehr geringe Bedeutung zukommt. Insgesamt wird der Umgang mit der Zuwanderung, die Integration der Zuwanderer und das Zusammenleben aus verschiedenen Kulturkreisen stammender Personen eine wichtige und vor allem unvermeidbare Zukunftsaufgabe für Deutschland sein.

## 2.2 Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

Die Prognosen der Bevölkerungsentwicklung können insgesamt als relativ genau angesehen werden, wobei aber größere gesellschaftliche Umbrüche jede Vorausberechnung veralten lassen können. Ein Beispiel dafür wäre der „Einigungsknick“ bei den Geburtenzahlen in den neuen deutschen Ländern nach der Wiedervereinigung, der in seiner Wirkung auf die Geburtenraten stärker war als jede andere Krise der letzten 100 Jahre in Deutschland. Insgesamt sind Bevölkerungsvorausberechnungen jedoch sehr präzise, wie auch es MANFRED BRETZ (2001) in seiner Untersuchung „Zur Treffsicherheit von Bevölkerungsvorausberechnungen“ für die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes in den letzten fünf Jahrzehnten nachgewiesen hat. Der Bevölkerungswissenschaftler HERWIG BIRG schreibt dazu, „Bevölkerungsprognosen und –projektionen haben sich in den letzten Jahrzehnten als erstaunlich genau erwiesen“ (BIRG 2003: 89) und zeigt dafür mehrere Beispiele auf. Das bereits erwähnte „Phänomen der demographischen Trägheit“ (BIRG 2003: 100) hilft dabei, Prognosen

genau zu halten, wobei mit der Länge der Prognose auch deren Genauigkeit abnimmt. Ebenso leidet die Genauigkeit, umso kleiner die räumlichen Einheiten sind, für welche die Prognosen vorgenommen werden.

Wie bereits deutlich geworden ist, sind die Faktoren Fertilität, Mortalität und Migration im Zusammenspiel mit der Altersstruktur für die Bevölkerungsprognose entscheidend. Während die Altersstruktur gegeben ist, müssen zu den anderen drei Faktoren Annahmen gemacht werden. Dabei gilt die natürliche Bevölkerungsentwicklung als sehr gut prognostizierbar (vgl. MÄDING 2000: 3), wobei die Mortalität noch wesentlich genauer als die Fertilität vorhergesagt werden kann. Die größte Unbekannte bei Bevölkerungsprognosen sind die Wanderungen. Daher werden bei den gängigen Bevölkerungsvorausberechnungen unterschiedliche Projektionen vorgenommen, die sich vor allem bei den Annahmen der Wanderungsgewinne unterscheiden. Die Bandbreite dieser unterschiedlichen Vorausberechnungen bildet einen „Korridor“, innerhalb dessen die Bevölkerungsentwicklung zu erwarten ist. Von den unterschiedlichen Projektionen wird diejenige als „Prognose“ bezeichnet, der man den höchsten Grad an Wahrscheinlichkeit beimisst. (Vgl. BIRG 2003: 88)

In dieser Arbeit wird sich in erster Linie auf die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 2003 gestützt. Die mittlere Variante 5 dieser Vorausberechnung geht von einem jährlichen Zuwanderungsgewinn von 200.000 Menschen und einer steigenden Lebenserwartung aus, die leicht unter der durchschnittlichen Steigerungsrate der letzten 30 Jahre liegt (2050 bei 81 bzw. 87 Lebensjahren). Auch wenn sich die unterschiedlichen Untersuchungsergebnisse der Varianten der hier zitierten und auch weiterer Quellen aufgrund unterschiedlicher Annahmen bei den drei erwähnten Komponenten der demografischen Entwicklung leicht unterscheiden, so sind die grundsätzlichen Entwicklungslinien doch bei allen Vorausberechnungen klar ablesbar. Das Ziel dieses Kapitels ist das Verständnis der auf uns zukommenden demografischen Entwicklungen, nicht eine erschöpfende Diskussion der in den Bevölkerungswissenschaften diskutierten einzelnen Möglichkeiten im Detail. Daher soll an dieser Stelle nicht jede Prognose bis ins Detail wiedergegeben werden, sondern sich auf die allgemein anerkannte 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2003 konzentriert werden.

Die zukünftige demografische Entwicklung Deutschlands ist vor allem durch eine Bevölkerungsabnahme und eine Veränderung der Altersstruktur gekennzeichnet. In der Folge weiterhin anhaltender Wanderungsgewinne aus dem Ausland, wird zu dem der Anteil von Migrantinnen und Migranten sowie ihren Nachfahren zunehmen. Somit kommt es zu den drei markanten Ausprägungen des Schrumpfens, Alterns und Internationalisierens der Bevölkerung.

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die bisherige und erwartete Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Nach den Vorausberechnungen wird es demnach in den nächsten Jahren noch zu einem leichten Anstieg der Bevölkerungszahlen kommen. Erst ab 2012 beginnt der Bevölkerungsrückgang. Grund für diese zeitliche Verschiebung sind ausschließlich Wanderungsgewinne, welche die bereits seit 1970 unter dem Bestandserhaltungsniveau liegende Fertilitätsrate noch ausgleichen.

Jahr	Insgesamt	unter 20 Jahre	20 bis 65 Jahre	65 Jahre und älter
1950	69.346.200	22.104.000	40.492.800	6.749.400
1960	73.146.800	22.111.000	42.565.700	8.470.100
1970	78.069.400	24.490.000	42.799.800	10.779.600
1980	78.397.400	22.257.500	43.975.900	12.164.000
1990	79.753.300	18.410.200	49.431.000	11.912.100
2000	82.259.600	18.353.100	50.212.500	13.694.000
2010	83.066.200	15.524.300	50.953.300	16.588.700
2020	82.822.100	14.552.300	50.050.800	18.219.000
2030	81.220.300	13.926.700	45.678.200	21.615.400
2040	78.539.400	12.873.700	42.880.100	22.785.600
2050	75.117.300	12.093.700	40.783.300	22.240.200

Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTISCHES BUNDESAMT 2003A: 42 und 2003B: 58 (Daten ab 2010: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

Wie die Tabelle 1 zeigt, wird schon von 2000 bis 2010 die Altersgruppe der unter 20jährigen um fast drei Millionen Menschen abnehmen. Wie bereits erwähnt, wird ab 2012 auch die gesamte Bevölkerungszahl abnehmen, die weitaus größte Dynamik wird dieser Bevölkerungsschwund allerdings erst ab ungefähr 2040 annehmen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge beginnen in die Sterbephase überzugehen.

Damit wird dann allerdings auch die Alterung der Bevölkerung nicht mehr fortschreiten, sondern es durch eine gleichmäßigere Verteilung der Bevölkerung in den Altersjahrgängen mittelfristig wieder zu einer leichten demografischen Verjüngung der Bevölkerung kommen. Denn wie auch Tabelle 1 zeigt, kommt vor der Schrumpfung die Alterung. Bereits bis zum Jahre 2010 wird es zu einem Anstieg der über 65jährigen um fast drei Millionen Menschen kommen, bis 2020 noch einmal um fast zwei Millionen und bis 2030 wiederum um mehr als drei Millionen. Im Vergleich zum Jahre 2000 werden dann knapp acht Millionen Menschen mehr in Deutschland leben, die 65 Jahre oder älter sind. Damit werden sie mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung stellen.

Ähnlich dynamisch ist die zu erwartende Entwicklung bei der hochaltrigen Bevölkerung, die 80 Jahre oder älter ist. Im Jahr 2001 liegt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe noch bei 3,9%. Bereits 2010 wird er auf 5% angestiegen sein, im Jahr 2030 bei 7,3% stehen und letztlich

Jahr	Altenquotient	Jahr	Altenquotient
1910	9,8	2010	32,6
1939	13,1	2020	36,4
1950	16,2	2030	47,3
1970	24,6	2040	53,1
2000	26,8	2050	54,4

Quelle: Eigene Darstellung nach BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 2003: 59, STATISTISCHES BUNDESAMT 2003A: 32 (Daten ab 2010: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

2050 einen Anteil von über 12% an der Bevölkerung erreichen (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2003A: 31).

Der Altenquotient zeigt die Verschiebungen in der Altersstruktur besonders gut auf. Dieser bildet das Verhältnis der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren zu 100 Personen von 20 bis 64 Jahren ab. Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Vergangenheit und die in der mittleren Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung prognostizierte Entwicklung in der Zukunft.

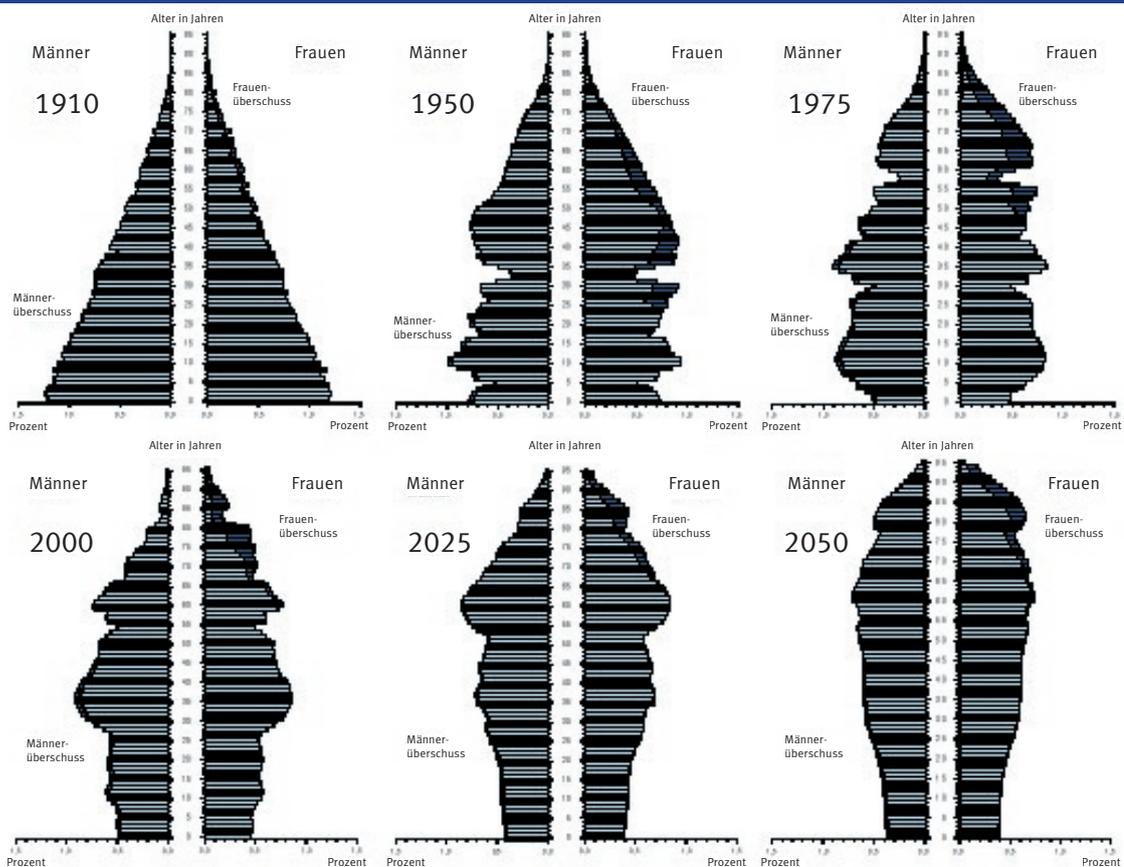
Kommen im Jahr 2000 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter noch 26,8 ältere Menschen, so sind es 2010 schon 32,6 Ältere, bis 2020 kommen statistisch schon auf weniger als drei Menschen zwischen 20 und 64 Jahren eine Person, die über 64 Jahre alt ist. Mit einem Altenquotient von 53,1 wird dann 2040 ein „alter Mensch“ auf zwei 20 bis 64jährige kommen.

### 2.3 Fazit: Herausforderungen durch die demografische Entwicklung

Wie in diesem Kapitel dargestellt wurde, befindet sich Deutschland in einem fertilitäts- und mortalitätsgeleiteten Alterungsprozess. Das Verhältnis von alten zu jungen Menschen durch Zuwanderung auf dem heutigen Niveau zu halten, ist unmöglich. Nichtsdestotrotz wird Zuwanderung in der Zukunft eine verstärkte Bedeutung zukommen, auch vor dem Hintergrund der Schrumpfung. Diese wird die gesamtdeutsche Bevölkerung in knapp zehn Jahren erfassen. „Wir werden weniger, älter und bunter“ (KLEMMER 2003: 22). Deutschland steht somit vor einer Entwicklung, für die es bisher keine historischen Vorbilder gibt. Die sich mittlerweile seit 30 Jahren auf einem sehr niedrigen, deutlich unter dem für eine Reproduktion notwendigen, Niveau befindlichen Geburtenraten führen langfristig zu einer Umkehrung von der „klassischen“ Bevölkerungspyramide im Altersaufbau zu einer Form, die einer Urne gleicht (vgl. Abbildung 3). Die kommenden Jahrzehnte werden dabei eine besondere Umbruchphase darstellen. Der abrupte Geburtenrückgang in Folge des 2. demografischen Wandels führt in dieser Übergangsphase zunächst zu besonders vielen alten Menschen, den geburtenstarken Jahrgängen, denen stark verkleinerte Jahrgänge folgen. Sobald die geburtenstarken Jahrgänge in die Sterbephase übergehen, wird es in der entsprechenden Folge zu starken Schrumpfungprozessen kommen, aber auch wieder zu einer sprunghaften Bevölkerungsverjüngung. Trotzdem wird es sich weiterhin um eine „alte Gesellschaft“ handeln, wenn auch nicht so extrem, wie in den Jahrzehnten zuvor. Dieser Übergang wird etwa ab 2060 abgeschlossen sein, wenn der entscheidende „Bruch“ in der Alterspyramide herausgewachsen ist, der bei den Geburtsjahrgängen Anfang der 70er Jahre verortet ist.

Für die nahe bis mittlere Zukunft gilt es also, mit Bevölkerungsabnahme, Internationalisierung und vor allem Alterung als demografischen Wandel umzugehen. Dieser Prozess des Wandels befindet sich bereits im Gange und verfügt über eine hohe Eigendynamik und Kontinuität. Da es sich aber um sehr langfristige Prozesse handelt sowie die mittel- bis langfristige demografische Entwicklung absehbar ist, bietet sich dadurch auch die Chance einer Vorbereitung auf die eintretenden Veränderungen und die teilweise Steuerung der Folgen. Eine besondere Aufgabe wird dabei den Kommunen zukommen müssen, wobei gerade auch

Abbildung 3 Entwicklung des Altersaufbaus der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Eigene Darstellung nach BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 2003: 60 (Daten 2025, 2050: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

hier die zurückliegende wirtschaftliche Entwicklung und die Lage der öffentlichen Haushalte große Restriktionen darstellen.

Der Anstieg des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund wird eine verstärkte Integrationsleistung abverlangen. Die Bevölkerungsabnahme wiederum verlangt Konzepte für den Umgang mit vorhandener Infrastruktur, die angemessene Versorgung der Bevölkerung und den Umgang mit vermehrten Wohnungsleerständen.

Der Trend zur alternden Gesellschaft wird in einem Papier des BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN und des BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG als „gesamtgemeinschaftlich und gesamtwirtschaftlich wohl der bedeutsamste Prozess des demographischen Wandels“ bezeichnet (BMVBW 2004: 8). Betroffen sein werden die Bereiche Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit sowie besonders augenfällig die sozialen Sicherungssysteme. Als Reaktionen auf den demografischen Wandel wird es gelten, auf die Entwicklung des demografischen Prozesses einzuwirken, ebenso aber auch auf die Auswirkungen zu reagieren. Einfluss auf die langfristige demografische Entwicklung haben in erster Linie familienpolitische Maßnahmen, die in weiten Teilen durch die Bundespolitik bestimmt wird<sup>1</sup>. Eine familienfreundliche Politik und Stadtgestaltung auf kommunaler Ebene könnte diese unterstützen. Aber „die demographische Alterung läuft ab wie ein Uhrwerk, ihre zentralen Konsequenzen

sind die Bevölkerungsschrumpfung und die Internationalisierung der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands durch Einwanderungen sowie die daraus folgenden Integrationsprobleme. Die demographische Alterung kann durch politische Maßnahmen nicht mehr abgewendet werden“ (Birg 2003: 114).

Diese Arbeit setzt sich in erster Linie mit den Auswirkungen der demografischen Alterung auseinander. Auf die kommunale Ebene heruntergebrochen, stellt sich die Anforderung, alten Menschen möglichst lange eine selbständige und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dies wird vor dem Hintergrund des rückläufigen Hilfpotentials durch weniger jüngere Menschen ebenso wichtig, wie aus den zunehmend stärker unter Belastung stehenden sozialen Sicherungssystemen. Professionelle Unterstützung und Hilfe im Alter wird für viele nicht oder nur eingeschränkt bezahlbar sein. Dies gilt insbesondere für institutionalisierte Unterbringung in Heimen, die schon immer nur für einen kleinen Teil der alten Menschen in Frage kam und zudem auch äußert unbeliebt ist. Es gilt also, die räumlichen Gegebenheiten darauf vorzubereiten, ein langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter nicht zu behindern, sondern zu unterstützen. Dabei kommen dem altengerechten Wohnraum und Wohnumfeld, dem Zugang zur infrastrukturellen Versorgung, den Freizeit- und Betreuungsangeboten wichtige Funktionen zu. Ebenso werden die Altenhilfestrukturen oder das Zusammenleben von Alt und Jung Aufgaben sein. Im folgenden Kapitel wird näher auf die Menschen in der Lebensphase Alter eingegangen. Dabei sollen Rahmenbedingungen geklärt werden, Anforderungen und Potenziale der alternden Menschen im Hinblick auf die Wohnung und das Wohnquartier geklärt werden.

---

<sup>1</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder sieht die Erhöhung der Geburtenzahlen in Deutschland als eine strategische Aufgabe ersten Ranges. Die Bundesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, bis zum Ende des Jahrzehnts das familienfreundlichste Land Europas zu werden. (Vgl. WAZ vom 13.04.2005)



### 3 Rahmenbedingungen der Lebensphase Alter für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter

Im vorangegangenen Kapitel wurde die zu erwartende demografische Entwicklung skizziert. Dabei ist deutlich geworden, dass die demografische Alterung in Deutschland voranschreitet. In der Vorbereitung auf diese Entwicklung wird es gelten, für den einzelnen Menschen ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter zu ermöglichen. Dafür müssen die gegebenen Rahmenbedingungen bekannt sein, unter denen es gilt, auch in der Lebensphase Alter ein solches zu führen. In diesem Kapitel werden dazu die Spezifika dieser Lebensphase herausgearbeitet. Dabei ist zu beachten, dass altern ein vielfältiger Prozess ist, der körperliche, psychische, soziale und gesellschaftliche Vorgänge umfasst, die sich gegenseitig beeinflussen, aber auch unabhängig voneinander entwickeln. Hinzu kommen gesamtgesellschaftliche Phänomene, die auch in diese Lebensphase ausstrahlen und sie beeinflussen. Daher ist es schwierig, unter Umständen auch gefährlich, der Gruppe der alten Menschen allgemeingültige Charakteristika zuzuschreiben. Trotzdem sollen, unter kritischer Beachtung dessen, für das Leben im Alter wichtige Entwicklungen und Gegebenheiten dargestellt werden, wobei das räumliche Umfeld, Wohnquartier und Wohnung, im Vordergrund stehen. Die Bedeutung dieses Umfeldes für die Menschen im Alter soll unterstrichen werden und die Ansprüche daran im Hinblick auf ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter aufgezeigt werden.

#### 3.1 Ausdifferenzierung der Lebensphase Alter

Aus der gerontologischen Forschung ist bekannt, dass Altersbilder eine große Wirkung auf das individuelle Alter haben. So konnten in jüngsten Studien deutliche Zusammenhänge zwischen der Lebensdauer und dem persönlichen Altersbild nachgewiesen werden (vgl. STAUDINGER 2003: 36). Vor diesem Hintergrund sind die zwei sich häufig gegenüberstehenden, gegensätzlichen gesellschaftlichen Altersbilder von Interesse. Zum einen negative, defizitorientierte Bilder, die mit Schlagwörtern wie „Krankheit“, „Einsamkeit“ oder „Hilfsbedürftigkeit“ charakterisiert werden können. Hierin drückt sich nicht zuletzt das noch bis in die 60er Jahre vorherrschende Defizitmodell aus, welches von umfassenden Leistungsminderungen im Alter ausgeht. Neben dem Nachlassen körperlicher Fähigkeiten wird dabei auch explizit von einem Abbau geistiger Leistungsfähigkeit ausgegangen (vgl. WACHAUF 1999: 16), was mittlerweile in der Wissenschaft als umfassend widerlegt gilt (vgl. Kapitel 3.4). Über lange Zeit waren vor dem Hintergrund der Jugend als Leitmotiv defizitorientierte Bilder vorherrschend. Noch heute „... dominieren bei den Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen nach wie vor undifferenzierte oder häufig auch negativ getönte Altersbilder“ (vgl. MFJFG 2002: 39). In diesem Zusammenhang sei auch die in den 60er Jahren entwickelte „Disengagement-Theorie“ erwähnt. Ausgehend von der Annahme, dass Menschen nach einem ruhigen Lebensabend trachten, wird dabei angenommen, dass sie im Alter Verantwortung und Verpflichtungen abgeben wollen. In der Folge wird die Anzahl gesellschaftlicher und sozialer Aktivitäten und Kontakte mit zunehmendem Alter abgebaut, was wiederum auch den gesellschaftlichen Erwartungen, insbesondere der jüngeren Generationen, entspricht, denen auf diese Art und Weise Raum zur

Entwicklung geboten wird. (Vgl. WACHAUF 1999: 18)

Die „Disengagement-Theorie“ unterlag schwerer Kritik, als Gegenmodell entstand die „Aktivitätstheorie“. Diese geht davon aus, dass das Selbstkonzept des Individuums stark mit den Rollen verbunden ist, die es in der Gesellschaft ausfüllt. „Wohlfühlen“ ist dabei untrennbar verbunden mit Aktivität in den entsprechenden Rollen. Fehlt die Eingebundenheit in soziale Strukturen und Aufgaben, dann ist Unzufriedenheit die Folge. (Vgl. WACHAUF 1999: 19) Die „Aktivitätstheorie“ ist auch ein Ausdruck des dem negativen und defizitorientierten Altersbild als Gegenpol gegenüberstehenden positiven, produktivitätsorientierten Bild. Hier werden die leistungsstarken, souveränen, gesunden, aktiven und vollkommen selbständigen Alten propagiert.

Die beiden skizzierten Altersbilder als „Extrempositionen“ lassen sich nicht pauschal als „wahr“ oder „falsch“ beurteilen. Sie lassen sich mit Sicherheit auf einen „wahren Kern“ zurückführen, sind aber gerade in der Verallgemeinerung als subjektives Urteil über eine große Gruppe „der Alten“ meistens unmöglich. Denn „die Alten“ sind durch eine große Verschiedenartigkeit geprägt, zu der unterschiedliche Biographien, Lebensbedingungen, Interessen und Kompetenzen älterer Menschen beitragen. Die Differenzierung des Alters drückt sich dabei auch darin aus, dass diese handelnde Akteure unterschiedliche Bewältigungsstrategien und Erlebnisformen des Alters besitzen.

### 3.1.1 Differenzierung durch die Lebensphasenverlängerung

Die Lebensphase des Alters umfasst mittlerweile in der Regel eine sehr lange Zeitspanne, die sich gegenwärtig durch eine Ausweitung in das hohe und das junge Alter ausdrückt. Gemeint ist damit, dass die Lebensphase Alter zum einen einer „Entberuflichung“ ausgesetzt ist. Zunehmend wird früher aus dem Berufsleben ausgetreten, im Jahr 2000 lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Nordrhein-Westfalen bei etwa 60 Jahren (vgl. MFJFG 2002: 59). Könnte es hier zukünftig, bedingt durch die demografische Alterung und abnehmende soziale oder persönliche finanzielle Absicherung, auch zu Veränderungen kommen, so gelten heute im Berufsleben immer noch zunehmend Jüngere als alt und haben geringere Beschäftigungschancen. Ein Ausdruck des weiterhin vorherrschenden Defizitmodells beim Betrachten des Alterns, der den früheren „Altersbeginn“ begünstigt. Zu mindestens, wenn man den Zeitpunkt der Berufsaufgabe als Beginn des Alters nimmt, wie es in der Gerontologie üblich, wenn auch nicht unkritisch ist. Zum anderen kommt es durch die steigende Lebenserwartung zu einer Verlängerung des Alters, durch die es zu einer Zunahme der hochaltrigen Bevölkerung kommt. Steigende Lebenserwartungen bei gleichzeitig sinkendem Berufsaustrittsalter haben also zu einer enormen Ausweitung der Lebensphase Alter geführt, die mittlerweile durchaus 30 Lebensjahre umfassen kann und damit ein Lebensabschnitt von erheblicher Dauer ist.<sup>2</sup>

Allein die lange Dauer der Lebensphase Alter bedingt bereits eine zunehmende Ausdifferenzierung der Gruppe der alten Menschen. So können mittlerweile innerhalb der Gruppe unter-

<sup>2</sup> Die durchschnittliche Laufzeiten der Versichertenrente ist seit 1960 von rund zehn auf sechzehn Jahre gestiegen (vgl. MFJFG 2002: 61).

schiedliche Kohorten festgestellt werden. Das Kohortenmodell in der sozialwissenschaftlichen Altersforschung besagt, dass die Bedürfnisse und Verhaltensweisen alter Menschen in starkem Maße von ihren bisherigen Lebenserfahrungen abhängen. Diese Lebenserfahrungen sind durch die besonderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt, in denen die Alterskohorte gelebt hat. Ein Unterschied kann so zwischen den heute über 70jährigen und Menschen, die 55 bis 70 Jahre alt sind, festgestellt werden. Erstere wurden noch wesentlich mitgeprägt von der Weltwirtschaftskrise, dem 2. Weltkrieg und der Nachkriegszeit, die auch im Wohnbereich mit Einschränkungen und Entbehrungen verbunden waren. So sind ihre Ansprüche noch bescheidener, sie wissen zum Beispiel innenliegende WCs, Badezimmer oder fließendes warmes Wasser zu schätzen. Jüngere Alte zwischen 55 und 70 Jahren haben zwar ebenfalls noch Kriegs- und/oder Nachkriegszeit erlebt, konnten aber im Westen Deutschlands als junge Erwachsene die Fortschritte des Wirtschaftswunders in vollen Zügen genießen. Arbeitslosigkeit war selten, und man hat hohe Ansprüche an die Wohnverhältnisse entwickelt. Interviews in derselben Siedlung von Bewohnern derselben Wohnungstypen haben dies bestätigt. Ältere ertrugen Unzulänglichkeiten eher klaglos, während die Jüngeren aus ihrer Unzufriedenheit keinen Hehl machten. (Vgl. NARTEN 1999: 93) Die sich im Laufe der Biographie entwickelten und durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kohorten mitbestimmten Lebensstile, werden also mit in die Lebensphase Alter übernommen. In den letzten Jahren verstärkt auftretende „neue“ Wohnformen für das Leben im Alter, z.B. „Alten-Wohngemeinschaften“, können auch als Ausdruck eines Kohorteneffekts angesehen werden. Zunehmend mehr ältere Menschen sind im Verlauf ihrer Wohnbiographie bereits mit „neuen Wohnformen“ in Kontakt gekommen. Dies fördert die Bereitschaft und erhöht die Wahrscheinlichkeit, auch im Alter auf neue Wohnformen zurückzugreifen. Hinzu kommt der immer stärker vorherrschende Pluralismus von Lebensformen auch im Alter. Verhielten sich alte Menschen durchaus schon immer unterschiedlich voneinander und lebten noch nie in der einen spezifischen Lebenslage oder verfolgten den einen typischen Lebensstil, so wird sich dies in Zukunft noch verstärken, wenn zunehmend von Individualisierung und Pluralisierung gekennzeichnete Kohorten die Lebensphase Alter erreichen. (Vgl. TESCH-RÖMER 1999: 213)

### 3.1.2 Junges und altes Alter

Die lange Lebensspanne des Alters, lässt zur besseren Handhabung der differenzierten Lebensphase eine Untergliederung nahe liegend erscheinen. Mittlerweile hat sich eine Zweiteilung des Lebensabschnitts Alter in die „jungen Alten“, gerne auch als „neue Alte“, und die „alten Alten“ oder auch „Hochbetagten“ etabliert. In phasenspezifischen Bildern wird von der dritten und vierten Lebensphase gesprochen (vgl. BMFSFJ 2001: 66 oder auch STAUDINGER 2003: 35).

Mit den „jungen Alten“ sind dabei meistens die Menschen in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren nach der Berufsaufgabe gemeint. Idealtypisch verfügen sie über ausreichende finanzielle Ressourcen und einen guten Gesundheitszustand. Einschränkungen sind noch kaum spürbar, es besteht die Möglichkeit eines aktiven, selbstbestimmten Lebens. Es bietet sich die Gelegenheit neuer Aktivitäten in Hobbys, gesellschaftlich-politischer Betätigung, Bildung oder beruflichen Tätigkeiten. Die bereits beschriebenen Kohorteneffekte begünstigen ein

solches neues Alter. Eine gute Ausstattung mit gesundheitlichen, materiellen, sozialen, kulturellen und zeitlichen Ressourcen zeichnet insgesamt ein positives Bild der „jungen Alten“, die immer stärker auch als Zielgruppe der Wirtschaft erkannt werden. Das „neue Alter“ ist damit ein existierendes Gegenbild zu defizitorientierten Altersbildern. Möglich wurde diese Lebensphase entscheidend durch die steigende Lebenserwartung mit kompensierbaren körperlichen Einschränkungen, aber gleich bleibenden oder gar sinkendem Berufsaufgabalter sowie einer gegebenen finanziellen Absicherung. Als Folge zunehmender auftretender Probleme durch die demografische Alterung, werden die „jungen Alten“ mit den ihnen unterstellten zeitlichen Ressourcen und Kompetenzen zunehmend als eine potentielle „Ressource“ für bürgerschaftliches Engagement unter einem „Produktivitätsblickwinkel“ gesehen. „Für das 3. Alter besteht die Herausforderung in der Schaffung von mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation“ und man „...muss Möglichkeiten vorsehen, dass alte Menschen sich produktiv einbringen können“ (STAUDINGER 2003: 36).

Abgegrenzt werden davon die „alten Alten“ in der „vierten Lebensphase“, die vor allem unter der Perspektive der zunehmenden Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in die Aufmerksamkeit gelangen. Als Hochaltrige oder Hochbetagte gelten Personen, deren Lebensalter über der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt. Damit sind heute im Allgemeinen Menschen mit mehr als 80 Lebensjahren gemeint, vereinzelt wird auch die Altersgrenze von 75 Jahren herangezogen. Ungefähr in diesem Bereich zwischen 75 und 80 Jahren beginnen die Menschen, sich auch in der Selbsteinschätzung als „Alt“ einzuschätzen (vgl. NAEGELE ET AL. 2000). In der Hochaltrigkeit treten die Einschränkungen des Alters zunehmend zu Tage, die entweder kompensiert werden können oder zu Einschränkungen von Aktivitäten führen. Es „...steht im 4. Alter würdevolle Integration durch Schutz und Unterstützung bei wachsender Abhängigkeit und Pflegebedürftigkeit im Vordergrund“ (STAUDINGER 2003: 36). Für den Einzelnen ist der Übergang von der dritten in die vierte Lebensphase im Normalfall sehr langsam und fließend. Diesen Übergang aber zu gestalten, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die sich für den Einzelnen im Alter stellen. Es gilt sich rechtzeitig darauf vorzubereiten und die äußeren Lebensbedingungen den Bedürfnissen entsprechend anzupassen.

Bei aller Verständlichkeit, defizitorientierte Altersbilder aufzubrechen, sollte nicht vergessen werden, dass neben Möglichkeiten und Chancen im Alter auch Restriktionen und Einschränkungen stehen. Man unterliegt im Verlauf des Alters vielfachen körperlichen und seelisch-geistigen Leistungsveränderungen. Gerade mit hohem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit eines Lebensabschnittes mit einer stark eingeschränkten Lebensführung. Diese auszublenden würde der Wirklichkeit nicht gerecht. Jeder Lebensphase sollten also besondere Fähigkeiten, aber auch Einschränkungen zugebilligt werden, denn „das Alter ist kein Zustand, sondern ein Entwicklungsprozeß“ (LORENZ 1994: 16). CLEMENS GEISSLER, Vorsitzender der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zum 2. Altenbericht, beschreibt es so: „Niemand sollte im Blick auf die persönliche Lebens- und Wohnsituation in der Phase des Alters weder nur auf Gewinne (die mobilen ‚jungen Alten‘) noch nur auf vermeintliche Verluste (die pflegebedürftigen ‚Hochbetagten‘) schauen. Vielmehr kommt es darauf an, in die Lebenspläne diese beiden Dimensionen des Altwerdens einzubeziehen, im Jungsein und im Älterwerden“ (BMFSFJ 1998: 2).

### 3.1.3 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch

Die Lebensphase Alter ist ein Lebensabschnitt, der einen großen Teil des Lebens und der Bevölkerung umfasst. Dabei herrscht auch in diesem Lebensabschnitt eine Vielfalt von Lebenslagen und Lebensstilen vor. Eine Verallgemeinerung auf das „Alter“ ist daher nicht möglich, eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig. Auch die alten Menschen unterliegen einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess, der sich auch aus Kohorteneffekten ergibt. Eine Unterteilung der Lebensphase Alter in zwei Phasen erscheint sinnvoll. Die Gestaltung des Übergangs zwischen den Phasen ist dabei eine wichtige Aufgabe, denen sich der Einzelne zu stellen hat. Eine bewusste Vorbereitung bereits im jungen Alter darauf, kann im späteren hohen Alter zur Steigerung der Lebensqualität beitragen. Daher gilt es bereits bei den Jüngeren die Auseinandersetzung mit dem eigenen Alterungsprozess und den daraus erwachsenen Ansprüchen, aber auch Möglichkeiten, zu forcieren. Zudem stellen die jungen Alten in den Wohnquartieren eine wertvolle potentielle „Ressource“ für bürgerschaftliches Engagement dar, welches eventuell gerade vor dem bewussten Hintergrund des eigenen Alterns aktiviert werden kann. Bei den Älteren hingegen spielen zunehmend die Einschränkungen eine wichtige Rolle. Hier gilt es, auf diese Einschränkungen einzugehen und sie möglichst zu reduzieren, um so ein weitgehend selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu ermöglichen.

## 3.2 Alltagsgestaltung älterer Menschen

Im Laufe des Alterns verändern sich die Strukturierung des Tagesablaufs und die für verschiedene Tätigkeiten verwendete Zeit. Durch eine Berufsaufgabe werden Zeitressourcen frei, die neu verteilt werden können und müssen. Von Interesse sind in diesem Zusammenhang die nachgegangenen Tätigkeiten und Interessen der Menschen, die Gestaltung ihres Alltags. Die reine Erfassung von Tätigkeiten liefert alleine allerdings noch keinen Zugang zur Zufriedenheit mit der Alltagsgestaltung. Ein mit Tätigkeiten ausgefüllter Tag kann durchaus als sinnlos empfunden werden, während ein mit wenigen Aktivitäten ausgefüllter Tag mit einem hohen Maß an Zufriedenheit verbunden sein kann.

### 3.2.1 Alltagszufriedenheit älterer Menschen

Untersuchungen haben insgesamt eine hohe Zufriedenheit älterer Menschen hinsichtlich der Zeiteinteilung und der Gestaltung des Alltags ergeben (vgl. BMFSFJ 1998: 28). Deutlich wird aber auch, dass die Risiken des Alterns, körperliche Einschränkungen, gesundheitliche Belastungen und Verluste in den sozialen Netzwerken sich unmittelbar auf die Alltagsgestaltung auswirken und nicht selten auch mit einer Abnahme vertrauter Tätigkeiten einhergehen. Damit ist ein hoher Einfluss auf die Zufriedenheit verbunden, „denn die seelische Situation hilfsbedürftiger oder pflegebedürftiger Menschen ist in hohem Maße von den Möglichkeiten beeinflusst, trotz eingetretener Einschränkungen des Gesundheitszustandes Tätigkeiten ausführen und Interessen verwirklichen zu können, die für die eigenen Identität und für das Lebensgefühl zentral sind“ (BMFSFJ 1998: 27). In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die im vorherigen Kapitel kurz dargestellte „Aktivitätstheorie“ verwiesen, die von einem zufriedenen Altern durch körperliche und soziale Betätigung ausgeht. Die räumliche, soziale

und infrastrukturelle Umwelt sollte also ein selbständiges Leben im Alter gerade auch im Hinblick auf vielfältige Freizeitaktivitäten hin unterstützen, um ein selbstbestimmtes und persönlich sinnerfülltes Leben zu führen. Denn, „solange sich Möglichkeiten bieten, Einbußen der Gesundheit, vor allem aber Einschränkungen der Selbständigkeit einigermaßen zu kompensieren ..., sind deren Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit dem Alltag sowie auf die erlebten Belastungen im Alltag geringer“ (BMFSF 1998: 28).

### 3.2.2 Zeitverwendung älterer Menschen

Die Zeitbudgeterhebungen des Statistischen Bundesamtes (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2003) geben Aufschluss über die Zeitverwendung in verschiedenen Lebensabschnitten. Tabelle 3 zeigt die Unterschiede zwischen vollzeiterwerbstätigen Personen und Rentnerinnen und Rentnern. Wie zu erwarten, sinkt die tägliche Zeitverwendung für „Erwerbstätigkeit, Bildung, Weiterbildung“ stark ab. Dafür gewinnt neben „Schlafen, Essen, Körperpflege“ insbesondere der Bereich „Sport, Hobbys, Spiele, Mediennutzung“ von durchschnittlich 3:17 Stunden auf 4:57 Stunden, ebenso gewinnt der Bereich „Kontakte, Unterhaltungen, Veranstaltungen“ leicht an Bedeutung. Besonders auffallend ist allerdings die Zunahme der „Unbezahlten Arbeit“. Zu dieser zählen neben der Haus- und Gartenarbeit sowie Einkaufen auch „Pflege, Betreuung“ und „Ehrenamt und informelle Hilfen“ (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2003c: 8).

Im Bereich der privaten Hilfeleistungen werden im Durchschnitt zweieinhalb Stunden von den 60 bis 70jährigen eingesetzt. Damit liegen sie deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung mit eindreiviertel Stunden (vgl. BURZAN 2003: 5). Dies weist auf eine im Sinne der „Aktivitätstheorie“ und vor dem

**Tabelle 3** Zeitverwendung von vollzeiterwerbstätigen Personen und Rentnerinnen und Rentnern 2001/2002 in Stunden und Minuten je Tag (Montag bis Sonntag)

	Vollzeiterwerbstätige Personen	Rentnerinnen und Rentner
Schlafe, Essen, Körperpflege	10:31	11:53
Erwerbstätigkeit, Bildung, Weiterbildung	5:40	0:11
Unbezahlte Arbeit	2:36	4:46
Kontakte, Unterhaltung, Veranstaltungen	1:56	2:14
Sport, Hobbys, Spiele, Mediennutzung	3:17	4:57

Quelle: Eigene Darstellung nach STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2003c: 8

Hintergrund der demografischen Alterung geführten Diskussion hin. Zunehmend wird „die Frage aufgeworfen, ob es sich eine Gesellschaft überhaupt noch leisten kann, die vorhandenen Zeit- und Kompetenzressourcen Älterer ungenutzt zu lassen“ (NAEGELE ET AL. 2000). Die bisher prägende Komponente der „Aktivität“ Älterer als sozialpolitische Aufgabe eines zufriedenen Alterns wird damit um den Aspekt der „Produktivität“ erweitert. Besonders die „jungen Alten“ mit den ihnen unterstellten Potentialen an Zeit und Kompetenzen zur Unterstützung des Gemeinwohls im Rahmen gesellschaftlicher Verantwortung, treten dabei in das Zentrum des Interesses. Sie sollen verstärkt ehrenamtliche und unentgeltliche Aufgaben übernehmen, insbesondere bei Hilfstätigkeiten „von Alten für Alte“, die vor dem Hintergrund zunehmenden Unterstützungsbedarfs besonders wünschens- und unterstützenswert erscheinen. Vor dem Hintergrund der demografischen Alterung mit dünner werdenden Unterstützungsnetzen (vgl.

Kapitel 3.3), Pflegekräftemangel und den zu erwartenden finanziellen Belastungen dadurch, ist die Förderung und Unterstützung solcher Aktivitäten richtig. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass wie erwähnt, die ältere Generation bereits einen nicht unerheblichen Anteil an Hilfeleistungen übernimmt. Hinzu kommt der Bereich des ehrenamtlichen Engagements, in dem ältere Menschen bereits heute auch schon aktiv sind. Immerhin 26% aller Menschen über 60% sind laut dem Freiwilligensurvey 1999 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend freiwillig engagiert (vgl. BRENDGENS ET AL. 2001: 221). Laut Befragungen im Auftrag des Freizeit-Forschungsinstituts der British American Tobacco (BAT) zu den Freizeitaktivitäten von Personen im Ruhestand, hat sich der Anteil derjenigen, die in ihrer Freizeit ehrenamtliche Tätigkeiten „täglich“ oder „häufig“ übernehmen, von elf Prozent im Jahr 1983 auf 17 Prozent im Jahr 1997 erhöht (vgl. OPASCHOWSKI 1998: 127). Ältere Menschen übernehmen also bereits zunehmend Verantwortung und Aufgaben.

### 3.2.3 Freizeitgestaltung älterer Menschen

Ältere, nicht mehr erwerbstätige Menschen verbringen im Schnitt weniger als drei Stunden außer Haus (vgl. SAUP ET AL. 1997: 7). JÜRGEN FRIEDRICHS (1990) beschreibt die Beziehung von Lebensalter und Aktionsräumen von Stadtbewohnern in verschiedenen Lebensphasen als umgekehrte U-Kurve. Von dem sehr kleinen Aktionsraum in der Kindheit, über die größte Ausdehnung im Jugendalter, bis er in Abhängigkeit von Beruf und Kindern unterschiedlich stark wieder abnimmt, um im Alter schließlich wieder sehr klein zu sein. „Die Wohnung oder das Haus sowie das angrenzende Nachbarschaftsgebiet werden zu den wichtigsten räumlich-sozialen Kontexten, in denen sich der Alltag älterer Menschen abspielt“ (vgl. SAUP ET AL. 1997: 8).

Das Forschungsprojekt „Freizeitmobilität älterer Menschen“ (FRAME) untersuchte die Freizeitaktivitäten älterer Menschen. Unter anderem wurde mit Hilfe einer standardisierten Befragung von 4.500 Personen zwischen 60 und 101 Jahren deren Freizeitaktivitäten und Verkehrsmittelwahl ermittelt (vgl. KASPER ET AL. 2003: 1). Festgestellt wurde dabei, dass eine breite Mehrheit der älteren Menschen in ihrer Freizeit außerhäuslich aktiv ist. So waren sie durchschnittlich 439 Mal im Jahr freizeitaktiv außer Haus unterwegs. Selbst die nur wenig außerhäuslich Aktiven sind dabei bis auf wenige Ausnahmen zwar seltener, trotzdem aber regelmäßig und nicht nur sporadisch aktiv. Dabei ist die Bandbreite der außerhäuslichen Aktivitäten groß, durchschnittlich liegt sie bei 12 von 23 erfragten Aktivitätsarten. (Vgl. KASPER ET AL. 2003: 4)

Auch die Befragungen zu Freizeitaktivitäten von Menschen im Ruhestand im Auftrag des Freizeit-Forschungsinstituts der BAT ergaben eine große Bandbreite von Tätigkeiten, die zunächst überwiegend auf die Wohnung bezogen sind. Von den zehn am häufigsten genannten „täglichen“ oder „häufigen“ Aktivitäten, war nur „Spaziergehen“ eine explizit außerhäusliche Tätigkeit. Betrachtet man die gesamte Bandbreite der Antworten, so fallen aber doch eine ganze Reihe von außerhäuslichen Aktivitäten auf. So spielen „Ausflüge in die nähere Umgebung“ (42%), „Besorgungen machen“ (40%), „Freunde, Verwandte besuchen“ (34%), „Sport treiben“ (30%), „Ausgehen“ (28%), „Einkaufsbummel“ (27%), „Café- und Restaurantbesuche“ (26%), „Stammtische“ (18%), „Tagesausflüge“ (18%), „Ausstellungen und Vorträge“

(17%), „Kaffeekränzchen“ (16%) und „Theater- sowie Konzertbesuche“ (13%) eine Rolle (vgl. OPASCHOWSKI 1998: 128). Die Freizeitaktivitäten, die gerne „häufiger“ unternommen würden, werden klar vom „Reisen“ (52%) angeführt. Interessanterweise folgen aber „Tagesausflüge“ und „Theater-, Konzertbesuche“ (jeweils 23%) noch vor der „Beschäftigung mit den Enkelkindern“ (21%), die gleich häufig wie „Café- und Restaurantbesuche“ sowie „Freunde, Verwandte besuchen“ genannt werden. Von den 15 meistgenannten Antworten, waren außer der „Beschäftigung mit den Enkelkindern“ und „das tun, wozu man gerade Lust hat“ alles Aktivitäten, die explizit außerhalb stattfinden (vgl. OPASCHOWSKI 1998: 129). Außerhäusliche Freizeitaktivitäten nehmen also nicht nur eine große Bedeutung ein, sie würden auch gerne noch häufiger ausgeübt werden. Dem stehen aber anscheinend Hindernisse entgegen, welche diese Aktivitäten verhindern. Auch wenn die genauen Gründe dafür nicht klar sind, lässt sich doch vermuten, dass auch die räumlichen Gegebenheiten dazu ihren Beitrag leisten.

### 3.2.4 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch

„Alltag im Alter heißt vor allem Wohnalltag. Die Umwelt des alltäglichen Lebensvollzugs im Alter ist die Wohnung und das Haus sowie das nahe Wohnumfeld“ (SAUP 1999: 44). Wenn sich aber auch ein größerer Zeitanteil des Leben in die eigene Wohnung verlagert, vor allem bedingt durch die Berufsaufgabe, so nehmen doch außerhäusliche Aktivitäten weiterhin eine wichtige Funktion ein. Dabei spielt eine große Bandbreite von Freizeitaktivitäten eine Rolle, die ausgeübt werden. Für die Alltagszufriedenheit ist es dabei wichtig, dass den gewünschten und gewohnten Tätigkeiten im Alltag nachgegangen werden kann. Im Sinne eines selbstbestimmten und selbständigen Lebens im Alter, ist es von Bedeutung, dies zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, festzuhalten, dass gerade außerhäusliche Tätigkeiten gerne häufiger ausgeübt werden würden. Dies lässt den Rückschluss zu, dass dem gegenwärtig Hindernisse entgegenstehen, die sich auch dadurch ergeben, dass Einschränkungen, die auf die Lebensphase Alter zurückzuführen sind, nicht kompensiert werden können.

Neben dem Freizeitbereich nehmen aber auch das ehrenamtliche Engagement und die Hilfeleistungen für andere Personen eine wichtige Rolle bei den älteren Menschen, vor allem den jüngeren Alten, ein. Dieser Einsatz trägt im Sinne der Aktivitätstheorie zum Wohlbefinden der älteren Menschen bei und bekommt vor dem Hintergrund der demografischen Alterung auch eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung. Es gilt also, diese Aktivitäten zu fördern und zu unterstützen.

Für die Aspekte der Freizeitgestaltung und des Engagements, übernimmt im Sinne des selbstbestimmten und selbständigen Lebens die räumliche Ebene des Quartiers eine besondere Bedeutung. Hier muss der räumliche und institutionelle Kontext die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung auch bei körperlichen Einschränkungen gewährleisten und gleichzeitig das Engagement der älteren Menschen im Sinne „produktiver“ Aktivität gefördert werden.

### 3.3 Soziale Netze im Alter

Gesellschaftliche Veränderungen und der damit zusammenhängende demografische Wandel haben auch auf die im Alter wichtigen Sozialen Netze gravierenden Einfluss. Die Bedeutung der sozialen Netze und ablaufende Bedeutungsverschiebungen innerhalb der Netze mit denen sich daraus ergebenden Anforderungen werden im Folgenden kurz dargestellt.

#### 3.3.1 Die Bedeutung von sozialen Netzen im Alter

Soziale Netzwerke beschreiben das Geflecht der privaten Beziehungen der Menschen in der Gesellschaft. Mit zwischenmenschlichen Kontakten, Gesprächen und Besuchen, dem Austausch von Erfahrungen, Rat und emotionaler Unterstützung tragen sie wesentlich zur subjektiv empfundenen Lebensqualität der Menschen bei. Gleichzeitig bieten sie praktische Hilfeleistungen, sei es zum Ausgleich der in Kapitel 3.4 beschriebenen körperlichen Einschränkungen, zur Unterstützung bei technischen Fragen, Reparaturen oder Verwaltungsangelegenheiten. Damit ermöglichen oder erleichtern sie das selbständige Leben im Alter und sind gerade für ältere Menschen von zentraler Bedeutung für die subjektive und objektive Lebensqualität, wie auch die von der Bundesregierung eingesetzten Kommissionen zur Erstellung des Zweiten und Dritten Altenberichts hervorheben (vgl. BMFSFJ 1998: 186ff und BMFSFJ 2001: 211ff).

In sozialen Netzwerken sind ältere Menschen aber nicht nur „Leistungsempfänger“, sie leisten auch selber wesentliche Beiträge. Innerhalb der Familie zur Unterstützung der jüngeren Generationen, zum Beispiel bei der Betreuung von Kindern oder mit finanzieller Hilfe. Ebenfalls sehr bedeutend ist die gegenseitige Unterstützung innerhalb der ältesten Generationen, hierbei besonders die Unterstützung der Hochaltrigen durch die jungen Alten. (Vgl. BMFSFJ 1998: 189) Für das Selbstwertgefühl älterer Menschen, und damit auch ein Stück Lebensqualität, dürfen diese sinnstiftenden Hilfeleistungen nicht unterschätzt werden.

Gemeinsam verbrachte Lebenszeit, Freizeitaktivität und gegenseitige Unterstützung sind Wesensmerkmale, die soziale Beziehungen ausmachen und Netzwerke aufbauen. Von großer Bedeutung sind vor allem die familiären Unterstützungsnetzwerke, „als die kleinste soziale Infrastruktur“ (HEUWINKEL ET AL. 1999: 138). Die nahen Verwandten übernehmen die wichtigsten Funktionen im sozialen Netz, insbesondere wenn sie im eigenen Haushalt leben. Damit nehmen die Lebenspartner, gefolgt von den Kindern, die wichtigste Rolle im sozialen Netz ein. (Vgl. BMFSFJ 2001: 211) In der hohen Bedeutung der Haushaltsmitglieder spiegelt sich der klare Zusammenhang zwischen der Unterstützungsleistung und der räumlichen Nähe wider. Hilfeleistungen, gerade wenn sie regelmäßiger notwendig werden, erfordern eine räumliche Nähe. Bestehen Beziehungen über größere Distanzen, so werden Unterstützungsleistungen zunehmend schwieriger bis unmöglich.

#### 3.3.2 Bedeutungsverschiebungen in den sozialen Netzwerken

„Unterstellt man ..., dass sich die derzeit zu beobachtenden soziodemographischen Trends ... fortsetzen werden, so ist eine Verschiebung des Verhältnisses von familiärer hin zu mehr

professioneller Pflege sehr wahrscheinlich“ (MFJFG 2002: 152), resümiert die Landesregierung Nordrhein-Westfalens in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zum „Leben im Alter“. Bei den angesprochenen soziodemografischen Trends handelt es sich um die Alterszusammensetzung der Bevölkerung, Familienstrukturen und eine steigende Erwerbstätigkeit bei Frauen.

Die gegenwärtige und in Zukunft zu erwartende Alterszusammensetzung der Bevölkerung wurde im Kapitel 2 bereits ausführlich dargelegt. Hier sei noch einmal auf den steigenden Altenquotienten hingewiesen (vgl. Tabelle 2). Mit dem abnehmenden Anteil junger Menschen sinkt auch die Anzahl von potentiellen „jungen Helferinnen und Helfern“.

Zur abnehmenden Bedeutung der familiären Netzwerke tragen vor allem veränderte Familienstrukturen bei. Wesentlichen Faktoren für die familiäre Unterstützung sind vor allem die Lebenspartner, Kinder und Generationenzusammensetzung der Haushalte alter Menschen.

Basierend auf den Ergebnissen einer Modellrechnung GERT HULLENS vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (vgl. HULLEN 2003), zeigt Tabelle 4 die Entwicklung der Familienstände 60jähriger und Älterer in Zukunft. Auffallend sind die eindeutigen Trends der steigenden Anteile Lediger, bei zurückgehenden Verheiratetenzahlen. Die nichtehelichen Lebensgemeinschaften können diese Entwicklung zum partnerlosen Leben nur bedingt auffangen. Die gegenwärtig noch sehr hohe Zahl von Witwen, erklärt sich insbesondere aus den sich in den ältesten Generationen befindlichen Kriegswitwen. Dieser besondere Effekt wird sich in den nächsten Jahrzehnten wieder angleichen, was auch den zunächst leichten Anstieg der Verheiratetenzahlen erklärt. Die längere Lebenserwartung von Frauen wird aber weiterhin für einen höheren Anteil verwitweter Frauen sorgen.

Jahr	Männer					Frauen				
	Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden	Nicht-eheliche Lebensgemein.	Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden	Nicht-eheliche Lebensgem.
2000	5,6	77,6	11,4	3,7	1,7	6,8	46,9	39	4,9	2,3
2020	15	64,9	11,1	6,2	2,8	11,1	48,5	30,3	6	4
2040	33,2	48,4	8,7	4,6	5,0	26,3	39	24,3	4,9	5,5

Quelle: Eigene Darstellung nach MAI 2003: 291

In der Prognose der ab 65jährigen in Privathaushalten (vgl. Tabelle 5) spiegelt sich diese Entwicklung wider. Gerade bei den Männern kommt es zu einem Anstieg bei den Alleinlebenden und einen Rückgang der mit einem Partner in einem Haushalt lebenden Männer. Bei den Frauen kommt es aufgrund der herauswachsenden Kriegsfolgen zu einem ähnlichen Effekt wie bei den Familienständen. Der Anteil alleinlebender Frauen nimmt leicht ab, während die Anzahl der mit einem Partner lebenden Frauen in den nächsten zwanzig Jahren zunehmen wird. Die unter dem Schlagwort Singularisierung im Alter diskutierte Entwicklung wird also vor allem die älteren Männer treffen und gibt hier vor dem Hintergrund der potentiellen Unterstützung Anlass zur Sorge.

Tabelle 5 Prognosen der Bevölkerung ab 65 Jahren in Privathaushalten nach Haushaltstypen (in Prozent der Altersgruppe)

Jahr	Männer				Frauen			
	Alleinlebend	Mit Partner	Mit Kindern	Gemeinschaftseinrichtungen	Alleinlebend	Mit Partner	Mit Kindern	Gemeinschaftseinrichtungen
2000	19,1	67,8	11,2	1,8	49,3	33,3	8,8	4,4
2010	23	65	9,2	2,4	45,1	37,3	6	4,5
2020	26,5	58,3	10,3	3,3	43,7	44,2	6,8	5,1
2030	29,4	52,2	10,8	4,3	42	43,8	9,4	5,7
2040	36,2	46,3	8,4	6,1	44,3	41,4	8,9	6,7

Quelle: Eigene Darstellung nach MAI 2003: 288

Tabelle 6 zeigt die sich verändernde Kinderanzahl pro Frau. Auffallend ist die Tendenz zur Kinderlosigkeit und zu zwei Kindern, während es insbesondere bei der Gruppe von drei und mehr Kindern, aber auch bei den Einzelkindern zu einem Rückgang gekommen ist. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass eigener Nachwuchs eine grundsätzliche Entscheidung ist. Ein Grund dafür könnte die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung sein.<sup>3</sup>

Tabelle 6 Frauen der Geburtsjahrgänge 1935-1967 nach der Zahl der geborenen Kinder in Westdeutschland (Anteile in Prozent)

Geburtsjahr	Keine Kinder	Ein Kind	Zwei Kinder	Drei und mehr Kinder
1935	6,7	23,2	11,5	58,6
1940	10,5	23,7	24,4	41,5
1945	13	26,9	29,6	30,5
1950	14,8	27,4	31,6	26,3
1955	19,2	24,4	31,8	24,6
1960	21,3	22,1	32,5	24,1
1965	26,5	20,2	31,8	21,7
1966	27,6	19,9	31,4	21,1
1967	28,6	19,5	31,1	20,6

Quelle: Eigene Darstellung nach BIB 2004: 25

Im sozialen Netz stellen die Lebenspartner und eigenen Kinder die wichtigste Unterstützungsressource dar, insbesondere wenn sie im eigenen Haushalt leben. Der bei den Männern zu erwartende Anstieg und der bei den Frauen auf einem sehr hohen Niveau verharrende Anteil der

Alleinlebenden ab 65 Jahren, sprechen für einen Rückgang potentieller familiärer Unterstützungsnetzwerke. Ebenso der Anstieg der Kinderlosenzahlen, da Kinderlosigkeit zu Lücken im sozialen Netzwerk führt. Kinderlose ältere Menschen haben kleinere Netzwerke als ältere Eltern (vgl. BMFSFJ 1998: 195). Zu beachten ist auch, dass große Distanzen die Unterstützung im Alter erschweren bis unmöglich machen. Gerade bei jungen Erwachsenen ist heute aber eine zunehmende räumliche Flexibilität gefordert, was zu großen räumlichen Distanzen zu den Eltern führen kann. Interessant sind vor diesem Hintergrund die von ANDREAS HOFF dargelegten Ergebnisse des „Alterssurvey 2002“. Dabei wird festgestellt, dass es ein hohes Maß an

<sup>3</sup> Bisher war der geäußerte Kinderwunsch immer deutlich höher als die tatsächlichen Geburtenziffern. Nach der neuesten Befragung liegt der Kinderwunsch aber nur noch bei ca. 1,7 Kindern pro Frau und nähert sich damit dem tatsächlich realisierten Wert von ca. 1,4 Kindern an. (Vgl. BIB 2005: 10)

Kontinuität in der Wohnentfernung zwischen Eltern und Kindern gibt. Es lässt sich kein Trend zur Verringerung der Wohnentfernung mit zunehmendem Alter der Eltern ablesen. (Vgl. Hoff 2003: 23ff)

Gegenwärtig gilt, dass „je höher das Alter der Unterstützungsbedürftigen und je anspruchsvoller die Hilfeleistung ist, desto höher ist der Anteil der helfenden Frauen“ (vgl. BMFSFJ 1998: 188). Nun steigt der Frauenanteil unter den Erwerbstätigen beständig. So waren im Mai 2003 44% der Erwerbstätigen Frauen, im April 1991 lag dieser Wert noch bei 40%. Im selben Zeitraum stieg die Erwerbstätigenquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) um zwei Prozentpunkte auf 59% (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT 2004: 39). Bei steigender Erwerbstätigkeit der Frauen, werden die zeitlichen Ressourcen geringer werden, ältere Verwandte zu betreuen. Eine weitere Einschränkung des potentiellen Helferkreises.

### **3.3.3 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch**

Die familiären Unterstützungsressourcen werden in Zukunft an Bedeutung abnehmen. Dazu tragen die rückläufige Bedeutung von Lebensgemeinschaften, geringere Kinderzahlen, höhere Frauenerwerbstätigkeit und große, berufsbedingte, räumliche Distanzen zwischen Familienmitgliedern bei. Da soziale Netze aber wesentlich zur subjektiven Lebensqualität und mit Hilfeleistungen auch eindeutig zu einem selbstbestimmten und selbständigen Leben im Alter beitragen, müssen die immer unsicherer werdenden familiären Netzwerke zunehmend durch Alternativen ersetzt werden. Rein unter dem Aspekt der Hilfestellung könnte dies durch professionelle und kostenpflichtige Dienstleistungen geschehen. Unabhängig der finanziellen Aspekte, können solche Dienstleistungen Aspekte der emotionalen Unterstützung oder Geborgenheit allerdings nur eingeschränkt leisten. „Das Gefühl der sozialen Integration sowie der Gegenseitigkeit in den Beziehungen bildet eine der wichtigsten Hilfen bei der Verarbeitung von Belastungen, die durch Hilfsbedürftigkeit oder Pflegebedürftigkeit erwachsen“ (BMFSFJ 1998: 27).

Den außerfamiliären Netzwerken des Einzelnen wird daher in Zukunft eine zunehmende Bedeutung zukommen. Der Aufbau solcher Netzwerke obliegt zunächst einmal jedem einzelnen. Wohnform und Wohnlage können dabei aber zum räumlichen Schlüssel für ein wirksames Netzwerk möglicher Hilfe werden. Um außerfamiliäre Netzwerke aufzubauen, bedarf es der Begegnungsmöglichkeit mit anderen Personen. Dazu zählen in erster Linie Freizeitmöglichkeiten, beispielsweise Vereine, Cafés oder Veranstaltungen, aber auch Nahversorgungseinrichtungen oder entsprechende Aufenthaltsbereiche im öffentlichen Raum. Der Zugang zu einer Vielzahl von Möglichkeiten erhöht die Wahrscheinlichkeit der Nutzung und damit des Aufbaues von sozialen Netzen.

Der Aufbau von sozialen Netzen kann zudem durch alten- und sozialpolitische Maßnahmen in einer Stadtteilarbeit gezielt unterstützt werden. Dies kann durch den Aufbau und die Unterstützung von Organisationen geschehen, die bereits einen sehr konkreten Hilfhintergrund haben, so zum Beispiel Tauschbörsen, Selbsthilfegruppen oder -organisationen. Die Aktivierung der Leistungsmöglichkeiten älterer Menschen in den sozialen Netzwerken wird im Rahmen des demografischen Wandels eine wesentliche Aufgabe sein.

Der Aufbau von sozialen Netzen ist vor allem immer auch vom Faktor Zeit abhängig. So muss jeder Umzug als ein Einschnitt in das soziale Netz betrachtet werden, wenn dadurch der übliche Aktionsradius verlassen wird, der sich im Alter häufig auf das Wohnquartier bezieht. Vor diesem Hintergrund müssen Umzüge als umso kritischer eingeordnet werden, desto später sie im Altersverlauf erfolgen. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls von Bedeutung, dass die Zeitbudgetstudien des Statistischen Bundesamtes zeigen konnten, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für Kontakte im Alter bis 70 Jahre zunimmt und erst danach abnimmt (vgl. KÜSTER 1998 nach HEUWINKEL ET AL. 1999: 139). Wenn mit einem Umzug also das Wohnquartier verlassen wird, dann sollte dies möglich frühzeitig geschehen.

Vor dem Hintergrund abnehmender familiärer Netzwerke kommt den „neuen Wohnformen“ für das Alter eine besondere Bedeutung zu. Der Wunsch nach Gemeinschaft mit gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung steht hier häufig explizit im Mittelpunkt. Hier wird bereits durch die Wohnform versucht, ein soziales Netzwerk aufzubauen. Spezielle Wohnprojekte dieser Art können mit ihrem ausgeprägten Gemeinsinn auch sehr positiv in die Nachbarschaft ausstrahlen. Näher wird in Kapitel 6 auf diese Wohnformen eingegangen.

### 3.4 Körperliche Einschränkungen und Gesundheit im Alter

Alterung bedeutet nicht zwangsläufig körperliche Hinfälligkeit, Hilflosigkeit oder Krankheit. Auch ist Alterung ein individueller Prozess, der jeden einzelnen aufgrund spezifischer Vorbedingungen und Lebensweisen anders trifft. Wohl aber führt hohes Alter zwangsläufig zu einer Abnahme körperlicher Leistungsfähigkeit. Ebenfalls sind alte Menschen häufiger krank als junge Menschen, sie leiden häufiger unter mehreren Krankheiten gleichzeitig, was gerade vor dem Hintergrund schon vorherrschender körperlicher Einschränkungen gesteigerte Ansprüche an die Fortführung eines selbständigen Lebens stellen kann. Es ist unstrittig, dass mit fortschreitendem Alter die Wahrscheinlichkeit körperlicher Einschränkungen und der Erkrankung zunehmen (vgl. WACHAUF 1998: 126), besonders betroffen ist dabei die Gruppe der Hochaltrigen. Somit stellen körperliche Einschränkungen und die Gesundheit zentrale Dimensionen im Alter dar. In der Folge der Abnahme körperlicher Leistungsfähigkeit kommt der Wohnung, dem Wohnumfeld und dem Wohnstandort mit zunehmendem Alter eine besondere Bedeutung zur Aufrechterhaltung eines selbständigen Lebens zu. Daher erscheint es ratsam, sich einen kurzen Überblick über die gängigen körperlichen Einschränkungen und Erkrankungen im Alter zu verschaffen.

#### 3.4.1 Motorische Fähigkeiten

Die motorischen Fähigkeiten Ausdauer, Kraft, Schnelligkeit, Koordination und Beweglichkeit lassen im Alter nach. Neben allen anderen Einschränkungen bei Muskelkraft verlangenden Tätigkeiten, insbesondere bei der selbständigen Haushaltsführung, leidet insbesondere auch die körperliche Mobilität und Gehfähigkeit, so verlangsamt sich beispielsweise die Gehgeschwindigkeit. Gerade aber diese Fähigkeiten „sind für ältere Menschen zentral, um ein selbständiges Leben und Wohnen aufrechtzuerhalten“ (SAUP 1997: 11). Die alltäglichen Räume zu nutzen, die Umwelt zu erkunden und Sozialkontakte zu pflegen, all dies ist abhängig von der körperlichen Mobilität. Zudem kommt es bei körperlicher Betätigung im Alter schneller

zu Ermüdungserscheinungen, was die Distanzempfindlichkeit älterer Menschen erhöht. Die Ausdauer bleibt aber auch im Alter noch trainierbar, zum Beispiel durch Spazierengehen oder Schwimmen. Entsprechend kommt diesen sportlichen Aktivitäten eine hohe Bedeutung bei, auch um Bewegungssteifigkeit und Ungelenkigkeit vorzubeugen.

Die grob- und feinmotorische Bewegungskoordination lässt im Alter genauso nach wie der Gleichgewichtssinn. Dies kann unmittelbare Auswirkungen auf die Mobilität haben, da zum Beispiel Radfahren größere Risiken birgt und deutlich erschwert wird. Die allgemeine Sturzgefahr bei alten Leuten steigt ebenfalls, mit der Gefahr schwerwiegender Folgen für die Gesundheit und das Selbstbewusstsein. Auch dies kann sich auf die Mobilität älterer Menschen auswirken. (Vgl. SAUP 1997: 12)

Sensomotorische Fähigkeiten, die Verknüpfung von sensorischen Wahrnehmungsleistungen mit motorischen Verhaltensreaktionen, lassen bereits ab dem 45. Lebensjahr nach, was zu verzögerten Reaktionsgeschwindigkeiten führt. Auf Reize aus der Umwelt wird von älteren Menschen bedächtiger reagiert, als in jungen Jahren. Prompte Reaktionen können nicht mehr so schnell ausgeführt werden wie im jungen Alter. Häufig neigen alte Menschen dazu, ihre Handlungen gerade bei komplexeren Reaktionen genau überwachen zu wollen, was zu einer zusätzlichen Verlangsamung führt. Ein typisches Beispiel dafür stellt die verlängerte „Schrecksekunde“ im Straßenverkehr da. (Vgl. SAUP 1997: 12)

Aus den Veränderungen der motorischen Fähigkeiten resultiert eine steigende Bedeutung des Wohnumfeldes, da sich die körperliche Mobilität einschränkt. Auch das Führen eines Kraftfahrzeuges wird zusehends erschwert, was ebenfalls zu Mobilitätseinschränkungen führt. Das Wohnumfeld wiederum sollte den veränderten motorischen Fertigkeiten angepasst sein. Dies verlangt Barrierefreiheit, Ruhemöglichkeiten und vor allem eine Gestaltung, welche die höhere Gefährdung älterer Menschen im Kontakt mit dem motorisierten Verkehr berücksichtigt. Dafür seien als ein Beispiel die Umlaufzeiten von Ampelanlagen genannt. Insgesamt sollte die Wohnumgebung dazu ermuntern, die alltäglichen Räume zu nutzen, denn regelmäßige körperliche Aktivität kann Einschränkungen vorbeugen und den Alterungsprozess verzögern (vgl. BACKES ET AL. 1998: 91). Dabei spielt auch der Zugang zu Krankengymnastik oder Freizeitsportgruppen eine Rolle.

Der Rückgang der motorischen Fähigkeiten bedingt ebenfalls, dass man häufiger auf Hilfe und Unterstützung im alltäglichen Bereich angewiesen ist, sei es beim Tragen des Einkaufes oder kleineren handwerklichen Tätigkeiten. Hier spielt die alltägliche Unterstützung durch Nachbarn, Freunde oder Verwandte, das soziale Netz, eine Rolle.

Als häufigster Aufenthaltsort verlangt letztlich natürlich auch die Wohnung und das Wohnhaus eine entsprechend barrierefreie Gestaltung, wobei insbesondere Treppen und das Bad kritische Stellen sind. Aber auch eine zu große Wohnfläche, die gepflegt werden muss, kann zur Belastung werden.

### 3.4.2 Seh- und Hörfähigkeit

Seh- und Hörfähigkeit lassen im Alter nach. Zum Sehen wird der Lichtbedarf bereits schon ab etwa 35 Lebensjahren größer, die Blendempfindlichkeit der Augen nimmt ab 40 Jahren zu, ab etwa dem 55. Lebensjahr kommt es zu einer Einengung des Gesichtsfeldes, Sehen in der Dunkelheit wird ab dem sechsten Lebensjahrzehnt schwieriger. Die Scharfstellung von Objekten dauert länger, und die Farbwahrnehmung verschlechtert sich. Strukturelle Veränderungen im Ohr mit nachlassender Hörfähigkeit beginnen bereits im dritten Lebensjahrzehnt. Deutliche Altersschwerhörigkeit, von der insbesondere hohe Töne betroffen sind, setzt allerdings erst ab dem 70. Lebensjahr ein. „Veränderungen in den Wahrnehmungsleistungen wie beim Sehen und Hören vollziehen sich allmählich und werden deshalb im Allgemeinen nicht sofort bemerkt“ (SAUP 1997: 11). Die bereits im mittleren Lebensalter einsetzenden Leistungsvermindierungen werden erst in einem fortgeschrittenen Stadium im Alter realisiert, vor allem wenn der Körper nicht mehr in der Lage ist, sie individuell zu kompensieren. Nachlassende Seh- und Hörfähigkeiten sind besonders im Kontakt mit dem motorisierten Verkehr gefährlich. (Vgl. SAUP 1997: 10f)

### 3.4.3 Kognitive Fähigkeiten

Im Gegensatz zu den bisher aufgeführten körperlichen Fähigkeiten im Alter, gibt es bei den kognitiven Fähigkeiten eine hohe Konstanz bis ins fortgeschrittene Alter. Prinzipiell steht auch alten Menschen jegliche Entwicklungsrichtung der geistigen Veränderung offen, von dem reinen Erhalt über die Aktivierung bis hin zu einer Abnahme der Fähigkeiten. Wesentlich mitbestimmt wird die Entwicklung allerdings durch die im Lebensverlauf erworbenen Fähigkeiten und ein beständiges geistiges Training. Die erfahrungs- und wissensgebundene, kristallisierte Intelligenz bleibt im Alter erhalten. Altersbedingte Schwächen zeigen sich ab dem 7. Lebensjahrzehnt bei den Leistungen, die in hohem Maße von der Kapazität neuronaler Funktionen und Prozesse abhängig sind. Dies betrifft die Lösung neuartiger kognitiver Probleme, die Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung sowie die Konzentration und Aufmerksamkeit. (Vgl. BMFSFJ 1998: 21 und JENNY 1996: 47)

Daraus resultiert, dass es im hohen Alter schwieriger ist, mit neuen Situationen umzugehen. Dies unterstützt die Forderung, Menschen im höheren Alter möglichst keinen Wohnortwechsel zuzumuten. In der vertrauten Wohnung und Wohnumgebung haben ältere Menschen eine funktionierende Alltagsbewältigung entwickelt, die auch individuelle Lösungs- und Kompensationsmöglichkeiten für auftretende Einschränkungen beinhaltet. Mit zunehmendem Alter wird es immer schwieriger werden, diese auch in neuen Umgebungen wieder zu erlernen.

### 3.4.4 Erkrankungen

Im höheren Lebensalter treten abhängig von individuellen Risikofaktoren insbesondere Erkrankungen an Herz und Kreislauf, Störungen des Bewegungs- und Stützapparates, der Hautfunktion, Magen-Darm-Störungen, Störungen des Uro-Genital-Systems und Erkrankungen der Atemwege auf (vgl. BACKES ET AL. 1998: 184). Hinzu kommen im früheren Alter erworbene Krankheiten, die „mitaltern“. „Subjektiv am stärksten beeinträchtigend werden vor allem Erkrankungen des Bewegungsapparates empfunden, weil sie die Handlungsspielräume und

damit die Lebenslage hinsichtlich sozialer Kontakte und Selbständigkeit einschränken“ (BACKES ET AL. 1998: 184).

Insgesamt ist der Grad an Multimorbidität besonders hoch, wie zum Beispiel auch die „Berliner Altersstudie“ belegt. Etwa ein Drittel der Untersuchungsgruppe der 70jährigen und älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer litt unter mindestens fünf mittel- bis schwergradigen Krankheiten (vgl. STEINHAGEN-THIESSEN ET AL. 1996: 155). Folgerichtig besteht im höheren Alter eine verstärkte Nachfrage nach hausärztlicher und fachärztlicher Betreuung. So stehen wiederum nach der „Berliner Altersstudie“ 93% der 70jährigen und Älteren in regelmäßiger hausärztlicher und 60% in fachärztlicher Betreuung (vgl. LINDEN ET AL. 1996: 475). Eine entsprechende Versorgung der älteren Bevölkerung ist also von hoher Bedeutung.

Demenzkrankungen sind die häufigste und zugleich folgenschwerste psychische Erkrankung im Alter, die insbesondere das Nachlassen der kognitiven Fähigkeiten zur Folge hat. Bei den Erkrankten kommt es zu Desorientierung, zunehmender Gedächtnisschwäche, Ziellosigkeit und motorischer Unruhe. Für Angehörige ist dies mit einer hohen emotionalen Belastung verbunden, da sich die Erkrankten in allen Wesenszügen verändern (vgl. BACKES ET AL. 1998: 186). Mit zunehmendem Alter nimmt die Demenzhäufigkeit zu. So liegt sie für schwere und mäßig schwere Demenz im Alter von 70 bis 74jährigen bei 0%, bei den 80-84jährigen bei 11% und bei den 90-94jährigen bei 32% (vgl. BMFSFJ 1998: 25). Im Zusammenhang mit der zu erwartenden Zunahmen der Hochaltrigkeit in Deutschland (vgl. KAPITEL 2.2), stellen sich hier besondere Aufgaben, denen man sich beispielsweise mit der „Landesinitiative Demenz-Service NRW“ annimmt. Im Rahmen dieser Initiative wurde beispielsweise im November 2004 in Dortmund ein Demenz-Service-Zentrum zur Beratung, Schulung und Vernetzung eröffnet (vgl. WEBSITE DEMENZ-SERVICE-ZENTRUM DORTMUND). Eine ambulante Betreuung Erkrankter ist möglich, erfordert aber einen hohen, im Krankheitsverlauf zunehmenden Aufwand.

### **3.4.5 Kompensationsmöglichkeiten**

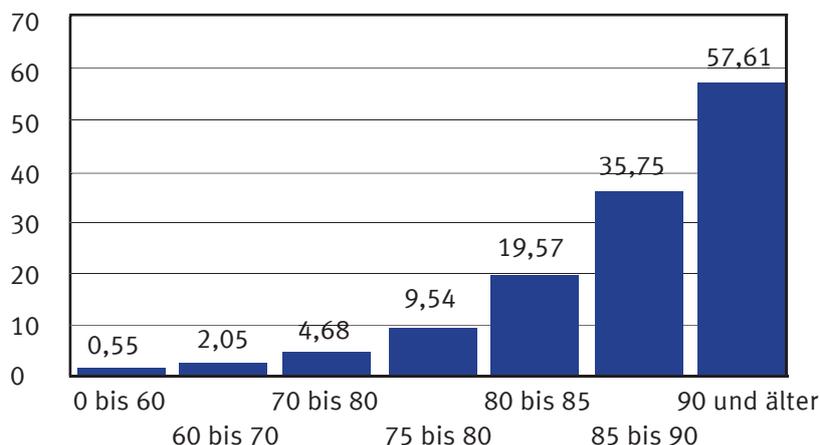
Unabhängig von jeglicher externen Intervention erbringen ältere Menschen eine Vielzahl individueller Kompensationsleistungen. Diese können sich ausdrücken durch körperliche Kompensationsleistungen, wie zum Beispiel den Ausgleich von Leistungsverlusten bei einzelnen Sinnen durch die Schärfung anderer Sinnesorgane. Körperliche Einschränkungen können ebenfalls durch zum Teil technische Hilfsmittel überwunden werden (z.B. Brille oder Hörgerät), Verhaltensanpassung (kein Autofahren zu Hauptverkehrszeiten), bewusste Gestaltung der räumlichen Umwelt (Barrierefreiheit) oder die Inanspruchnahme von Hilfe durch Verwandte, Freunde und Nachbarn oder professionelle (und zu bezahlende) Dienstleistungen.

Die Möglichkeiten und die tatsächliche Kompensationen können sich dabei deutlich unterscheiden. Hier gilt es individuelle Ausgleichsmaßnahmen zu fördern und zu schulen. Der Zugang zu Informationen und Beratung kann hier zentral genannt werden. Denn erst wenn betroffene Personen über die verfügbaren Hilfen zur selbständigen Lebensführung informiert sind, können sie diese auch nutzen.

### 3.4.6 Pflegefallwahrscheinlichkeit

Abbildung 4 zeigt die Wahrscheinlichkeit, in einem bestimmten Alter pflegebedürftig gemäß der Definition der gesetzlichen Pflegeversicherung zu sein. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit an. Insbesondere Hochaltrige ab 80 Jahren sind besonders auf pflegerische

Abbildung 4 Pflegefallwahrscheinlichkeit von Altersgruppen in %



Quelle: Eigene Darstellung nach EICHINGER ET AL. 2002: 30

Wahrscheinlichkeit an. Insbesondere Hochaltrige ab 80 Jahren sind besonders auf pflegerische Hilfen angewiesen. Die Zunahme der Hochaltrigen wird auch zu einer zunehmenden Anzahl von Pflegebedürftigen führen. Waren 1998 noch ungefähr 1,8 Millionen Menschen pflegebedürftig (vgl. BMFSFJ 2001: 82), so gehen Modellrechnungen des Bundesministeriums für Gesundheit für 2010 von bis zu 2,14 Millionen Pflegebedürftigen aus. Für 2030 gehen verschiedene Schätzungen von 2,16 Millionen bis 2,57 Millionen Pflegebedürftigen aus (vgl. BMFSFJ 2001: 87).

Wahrscheinlichkeit an. Insbesondere Hochaltrige ab 80 Jahren sind besonders auf pflegerische Hilfen angewiesen. Die Zunahme der Hochaltrigen wird auch zu einer zunehmenden Anzahl von Pflegebedürftigen führen. Waren 1998 noch ungefähr 1,8 Millionen Menschen pflegebedürftig (vgl. BMFSFJ 2001: 82), so gehen Modellrechnungen des Bundesministeriums für Gesundheit für 2010 von bis zu 2,14 Millionen Pflegebedürftigen aus. Für 2030 gehen verschiedene Schätzungen von 2,16 Millionen bis 2,57 Millionen Pflegebedürftigen aus (vgl. BMFSFJ 2001: 87).

### 3.4.7 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch

Im Hinblick auf umwelt- und raumbezogene Verhaltensweise ergeben sich im Alter insbesondere Probleme, wenn die eigenen Fähigkeiten den Anforderungen der alltäglichen räumlichen-sozialen Umwelt nicht mehr gerecht werden können. Dies betrifft in erster Linie und am schwerwiegendsten Fragen der Mobilität. Über Einschränkungen der motorischen Fähigkeiten, aber auch der Seh- und Hörfähigkeit, wird mit zunehmendem Alter die Fortbewegung zu Fuß erschwert. Auf Hindernisse in der räumlichen Umwelt wird empfindlicher reagiert, und der Kontakt mit dem motorisierten Verkehr wird zunehmend gefährlicher. Aber auch die Fähigkeit, selber ein motorisiertes Fahrzeug zu führen, wird durch nachlassende Sinneswahrnehmung, verlangsamte sensomotorische Fähigkeiten oder individuelle Krankheiten zusehends erschwert.

Da der Mobilität im Rahmen eines selbstbestimmten und selbstständigen Lebens im Alter eine zentrale Rolle zukommt, wird ihr im Folgenden ein ganzes Kapitel gewidmet. Zunächst seien noch zwei zentrale Forderungen genannt, die schon eine Sachverständigenkommission im Auftrag der Bundesregierung im „Zweiten Altenbericht“ 1998 forderte. Zum einen kommt der Ausstattung der Wohnung und des Wohnumfeldes eine unterstützende Qualität zu. Sie sollte barrierefrei sein und prothetische Hilfen bereitstellen, um die Selbständigkeit zu fördern. Zum anderen ist der Anregungsgehalt wichtig, der dazu motivieren soll, das vertraute Tätigkeitsspektrum auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Dies geschieht durch die Möglichkeit, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, sich sicher zu fühlen, ohne größere Schwierigkei-

ten die Wohnung verlassen zu können, um Geschäfte, Angehörige und Freunde zu erreichen. Dies unterstützt die Beibehaltung eines großen Teils des Tätigkeitspektrums. (Vgl. BMFSFJ 1998: 24).

Abnehmende Fähigkeiten können ältere Menschen häufig gut durch ihre Erfahrung in vertrauter Umgebung kompensieren. Vor diesem Hintergrund sind Wohnortwechsel gerade im höheren Alter kritisch zu bewerten, da diese Erfahrungswerte damit wertlos werden. Vorhandene Einschränkungen und die nachlassenden kognitiven Fähigkeiten im Umgang mit neuen Situationen erschweren es dann ungemein, sich in der neuen Umgebung ähnliche Erfahrungswerte aufzubauen.

### 3.5 Mobilität älterer Menschen

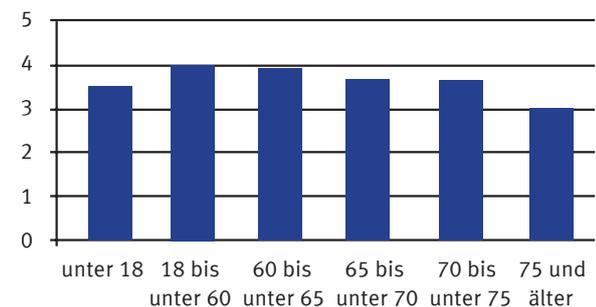
Zwischen Wohnen und Mobilität ist ein untrennbarer Zusammenhang gegeben. Übernimmt die Wohnung die Funktion des Aufenthalts, der Daseins-, Gestaltungs- und Rückzugsmöglichkeit in einem vertrauten und Sicherheit vermittelnden privaten Raum, so kommt der Mobilität die wichtige Bedeutung der Bewegung in, vor allem aber auch über, diesen privaten Raum hinaus in halböffentliche und öffentliche Räume zu. Mobilität bietet die Möglichkeit, Aktivitäten auszuüben. Dabei spielt nicht die Anzahl der zurückgelegte Kilometer oder Wege die zentrale Rolle, sondern die „...Möglichkeiten und Spielräume einer Person, zwischen Zielen, Zeitpunkten, Routen und Verkehrsmitteln wählen zu können“ (FLADE ET AL. 2001: 7). Dies ermöglicht ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben, denn gerade die Mobilität außerhalb der Wohnung bildet eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung sozialer Beziehungen, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, gesundheitliche Betreuung oder Freizeitaktivitäten der unterschiedlichsten Art (vgl. MOLLENKOPF ET AL. 1998: 264). Über einen rein pragmatischen Versorgungsansatz hinaus kommt der Mobilität dabei gerade auch im Alter eine wichtige Bedeutung zu als Quelle neuer Eindrücke, als soziales Bedürfnis nach gesellschaftlicher Teilhabe, persönlicher Freiheit und nicht zuletzt als reflektierter Ausdruck von vorhandener Lebenskraft. Im Umkehrschluss bedeutet der Verlust von Mobilität einen tiefen Einschnitt in das Leben und ist dementsprechend angstbesetzt (vgl. MOLLENKOPF ET AL. 2001: 68f). Als Teil eines selbstbestimmten und selbständigen Lebens kommt dem Aspekt Mobilität also eine wichtige Rolle zu, der wie im Projekt „Erhaltung von Mobilität zur sozialen Teilhabe im Alter“ ermittelt, die Lebensqualität und Zufriedenheit älterer Menschen maßgeblich beeinflusst (vgl. MOLLENKOPF ET AL. 2001: 210).

Mobilität basiert wie jede Kompetenz auf dem Zusammenspiel der individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Ressourcen eines Menschen und den Möglichkeiten sowie Anforderungen seiner Umgebung (vgl. OLBRICH 1990 nach KASPER ET AL. 2003: 1). Der natürliche menschliche Alterungsprozess bringt Veränderungen in den individuellen Fähigkeiten mit sich. Dies macht es notwendig, die strukturellen Mobilitätsbedingungen möglichst an die Fähigkeiten und Bedürfnisse der älteren Menschen anzupassen.

### 3.5.1 Mobilitätskennziffern älterer Menschen

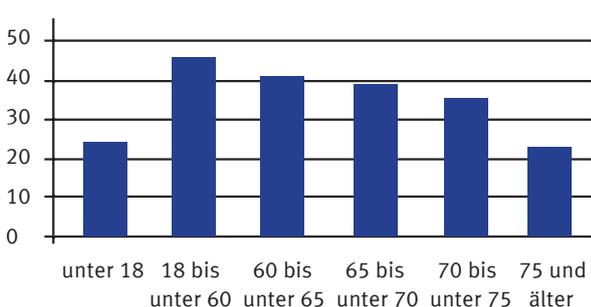
Mit Austreten aus dem Erwerbsleben verbindet sich eine Veränderung im Mobilitätsverhalten alter Menschen. Der Bedeutung von Mobilität entsprechend, hat dies aber zunächst einmal nur wenig Einfluss auf die durchschnittliche Wegeanzahl pro Tag. Dies zeigt für Nordrhein-Westfalen die repräsentative Sonderauswertung „Mobilität in Deutschland“ (vgl. Abbildung 5). Demnach reduziert sich die Wegeanzahl deutlich erst ab dem 75. Lebensjahr. Ähnlich verhält es bei den täglich zurückgelegten Wegedistanzen (vgl. Abbildung 6). Hier ist zwar bereits ab dem 60. Lebensjahr ein Rückgang der zurückgelegten Distanzen feststellbar, besonders deutlich lässt diese aber ebenfalls erst ab dem 75. Lebensjahr nach.

Abbildung 5 Wegeanzahl pro Tag 2002 in NRW nach Alter



Quelle: Eigene Darstellung nach REUTTER 2004: 43

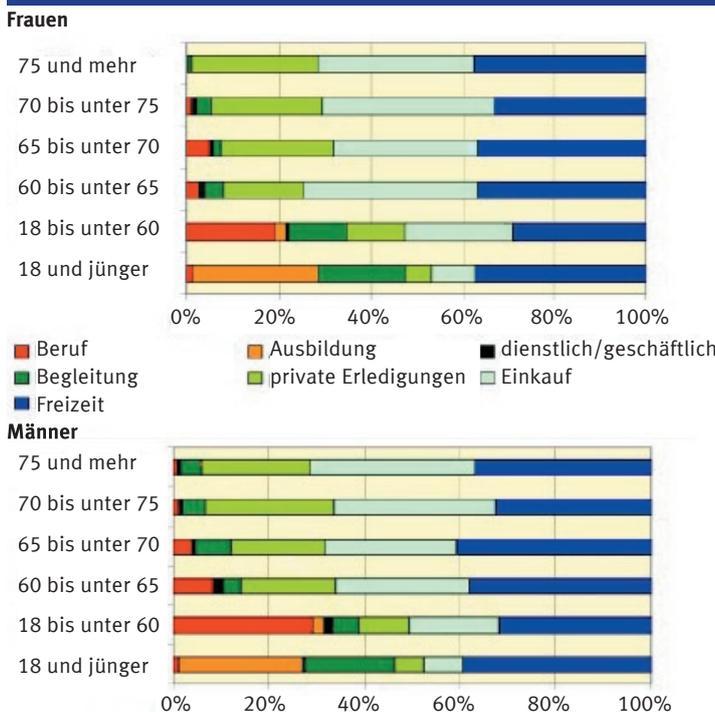
Abbildung 6 Tagesdistanzen in km pro Tag 2002 in NRW nach Alter



Quelle: Eigene Darstellung nach REUTTER 2004: 43

Im Zusammenhang mit der Berufsaufgabe ist die Veränderung der Wegezwecke entscheidender. So fallen die berufsbedingten Wege fort, während Wege, die der Freizeit oder Versorgung dienen, an Bedeutung zunehmen (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7 Wegezwecke 2002 in NRW nach Alter



Quelle: Eigene Darstellung nach Reutter 2004: 44

Korrespondierend zu den zurückgehenden Tagesdistanzen, lässt sich im Alter ab 60 Jahren ein kontinuierlicher Rückgang der längeren Wege feststellen (vgl. Tabelle 7), während der Anteil kurzer Wege zunimmt. So ist die Zahl der täglichen Wege bis einem Kilometer Distanz vom 60. bis 79. Lebensjahr höher als vom 18. bis 59. Lebensjahr. Die Wege im Nahbereich der Wohnung bleiben also wesentlich länger erhalten und nehmen in ihrer Bedeutung zu. Analog dazu nimmt der Anteil der Fußwege im Alter sprunghaft zu, während die per Pkw zurückgelegten Wege abnehmen. Die per öffentlicher Verkehrsmittel bewältigten Wege nehmen erst im späteren

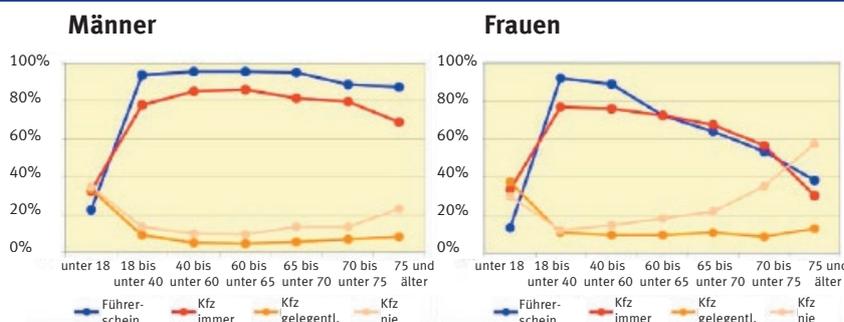
Tabelle 7 Mobilitätskennziffern nach Altersgruppen								
	unter 18 Jahre	18 bis 59 Jahre	60 bis 64 Jahre	65 bis 69 Jahre	70 bis 74 Jahre	75 bis 79 Jahre	80 bis 84 Jahre	85 Jahre und älter
Zahl der Wege/Tag (mobile Personen)	3,2	4,1	3,8	3,6	3,5	3,2	3,0	2,7
Zahl der Wege/Tag bis 1 km Distanz	1,04	0,75	0,84	0,93	0,86	0,78	0,63	0,44
Zahl der Wege/Tag über 5 bis 100 km Distanz	0,23	0,31	0,27	0,23	0,19	0,16	0,10	0,07
Modal Split (Wege)								
zu Fuß	36	18	29	37	41	46	51	52
Fahrrad	16	8	9	10	10	7	6	3
Kraftrad	2	1	1	0	0	0	0	0
Pkw-Fahrer	0	54	39	28	24	18	12	9
Pkw-Mitfahrer	33	9	11	12	9	8	8	11
Öffentlicher Verkehr	13	10	11	13	16	22	23	25

Quelle: Eigene Darstellung nach BRÖG ET AL. 1998 NACH HOLZ-RAU 2002: 199

Altersverlauf zu. Daraus lässt sich schließen, dass für die längeren Wege zunächst weiterhin das vertraute Verkehrsmittel benutzt wird, das in vielen Fällen der Pkw darstellt. Erst wenn dessen Nutzung zunehmend schwieriger wird, beginnt man auf die öffentlichen Verkehrsmittel auszuweichen. Insgesamt gilt die Feststellung von BIRGIT KASPER aus dem Projekt FRAME, „...die Füße [sind] das wichtigste Verkehrsmittel älterer Menschen“ (KASPER ET AL. 2003: 6; Eigene Anmerkung; vgl. dazu auch MOLLENKOPF ET AL. 2001: 205).

Die geringere Nutzung des Pkws im Alter begründet sich aber auch mit der geringeren Verfügbarkeit von Führerscheinen und Autos. Vor allem ältere Frauen ab 60 Jahren besitzen gegenwärtig häufig keinen Führerschein. In der nachfolgenden Alterskohorte der 40 bis unter 60jährigen haben sich die Verhältnisse von Frauen und Männer schon deutlich angeglichen. Somit werden sich in naher Zukunft auch die Verhältnisse bei den älteren Menschen angeglichen haben, was eine insgesamt sehr hohe Verfügbarkeit von Fahrerlaubnissen bedeutet (vgl. Abbildung 8). Allerdings lässt, trotz fast unverändert hohem Führerscheinbesitz im Vergleich zur jüngeren Altersgruppe, ab dem 75. Lebensjahr bei Männern die Kfz-Verfügbarkeit stark nach. Dies stützt die Vermutung, dass mit fort-

Abbildung 8 Führerscheinbesitz und Pkw-Verfügbarkeit 2002 in NRW nach Geschlecht und Alter



Quelle: Eigene Darstellung nach REUTTER 2004: 42

schreitendem Alter trotz Führerscheinbesitz die Pkw-Nutzung deutlich nachlässt. Auch gehen im Alter die mit einem Pkw zurückgelegten mittleren Jahresdistanzen deutlich zurück. Beträgt die mittlere Jahresfahrleistung von 18 bis 55jährigen noch um die 15.000 km, so liegt sie in der Altersklasse 55 bis 65 Jahre nur noch bei ungefähr 11.000 km, bei den 65 bis 70jährigen schon unter 9.500 km, um schließlich bei den über 75jährigen nur noch bei rund 5.400 km zu liegen (vgl. MÄDER 2001: 34).

### 3.5.2 Mobilitätsprobleme

Individueller Grund für die geringer werdende Pkw-Nutzung kann der freiwillige Verzicht aus Sicherheitsbedenken sein. Denn auch wenn ältere Autofahrerinnen und Autofahrer durch ihre Erfahrung, defensives Fahrverhalten und dem Meiden kritischer Situation (keine Fahrten zu Stoßzeiten, Dunkelheit oder ungünstigem Wetter) nachlassende körperliche Fähigkeiten teilweise ausgleichen können, so sind Ältere doch überzufällig häufig Verursachende von Unfällen. Dabei unterscheidet sich die Art von Unfällen markant von denen Jüngerer. Vor allem in Kreuzungs- und Einmündungsbereichen sind sie in Unfälle verwickelt. (Vgl. SCHLAG 2001: 92) Dass ältere Fahrerinnen und Fahrer vor allem in diesen Situationen Probleme haben, wurde auch in wissenschaftlichen Fahrversuchen mit älteren Menschen im Vergleich zu Jüngeren gezeigt (vgl. SCHLAG 2001: 87). Besonders kritisch sind dabei ungewohnte Situationen in unübersichtlichen Knotenpunkten. Insgesamt geschehen drei Viertel der von Älteren verursachten Unfälle dort (vgl. SCHLAG 2001: 92). Neben Sicherheitsbedenken werden aber vor allem unterschiedlichste körperliche Einschränkungen der Grund dafür sein, auf die Kfz-Nutzung zu verzichten, oder verzichten zu müssen (vgl. dazu Kapitel 3.4). Also werden auch zukünftige Ältere einen Punkt im Leben erreichen, an dem die Pkw-Nutzung aus individuellen Gründen nur noch schwer oder gar nicht mehr möglich sein wird.

Aber auch bei der Wahl anderer Verkehrsmittel treten mit zunehmendem Alter Probleme auf. So lassen sich beim Radfahren und Zufußgehen vor allem Schwierigkeiten bei der Querung von Straßen feststellen (z.B. lange Wartezeiten an Ampeln und kurze Räumzeiten für Fußgänger), bei schmalen, beschädigten oder zugeparkten Wegen, bei unattraktive Wegführungen, Unterführungen, fehlenden Orientierungshilfen oder Mischverkehr von Fußgängern, Radfahrern und Inline-Skatern oder ähnlichem (vgl. DRAEGER ET AL. 2001: 45FF). Öffentliche Verkehrsmittel stellen für ältere Menschen für den Mobilitätserhalt häufig ein wichtiges Verkehrsmittel dar. Gerade hier tritt aber auch eine Vielzahl von Problemen auf. Dabei spielen nicht nur körperliche Probleme eine Rolle, denen mit Niederflurfahrzeugen, Fahrstühlen, automatischen Türöffnern und Rolltreppen häufig schon begegnet wurde. Wie Untersuchungen zeigen, stellt ein viel größeres und auch mehr ältere Menschen umfassendes Problem die Orientierung und Information bei der Nutzung dar. Dies umfasst zum Beispiel das Lösen des Fahrscheins, lesen des Fahrplans und Finden des richtigen Bahnsteigs und Zuges. Die umfassende Automatisierung des öffentlichen Verkehrs erschwert, trotz oder gerade auch wegen vielseitiger Gestaltung, deren Nutzung und verbindet Mobilität dabei mit Stress. Gerade der persönliche Ansprechpartner wird hier häufig vermisst. Des Weiteren können Sicherheitsbedenken, hohe Fahrpreise oder mangelnder Komfort (z.B. fehlende Toiletten) zu Problemen bei der Nutzung des Öffentlichen Verkehrs führen. (Vgl. ENGELN 2001: 75FF)

Wenn es bei alternden Autofahrerinnen und Autofahrern zu Problemen beim Führen eines Pkw kommt, können durch mangelnde Erfahrung im Umgang mit Alternativen zur Wegbewältigung die beschriebenen Probleme umso verstärkt auftreten. So kann besonders schnell aus einer vermeintlich „privilegierten“ Gruppe eine besonders benachteiligte Gruppe werden. HEIDRUN MOLLENKOPF und PIA FLASCHENTRÄGER stellen in ihren umfangreichen Untersuchungen in Chemnitz und Mannheim fest, dass es in der Mobilitätsszufriedenheit zwischen autofahrenden und nicht (mehr) autofahrenden Älteren Unterschiede gibt (vgl. MOLLENKOPF ET AL. 2001: 207f). Gerade bei ungünstigen Rahmenbedingungen sind ältere Autofahrerinnen und Autofahrer deutlich zufriedener, denn sie können ihren (Mobilitäts)Bedürfnissen wesentlich besser nachkommen. Aus solchen Erkenntnissen erwächst die Betrachtung des „Automobils als Ressource des Alters“, wie es auch durch den SACHVERSTÄNDIGENRAT DER BUNDESREGIERUNG ZUR LAGE DER ÄLTEREN (BMFSFJ 2001: 257ff) geschieht. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen:

„Besonders wichtig erscheint der Kommission die Feststellung, dass die Bedeutung des Autos für ältere Menschen als sehr hoch angesetzt werden sollte. Die Nutzung des Autos im Alter ist ... wichtig zur Aufrechterhaltung einer selbständigen Lebensführung und zur Pflege von Freizeitinteressen und sozialen Kontakten ... zu einem Gefühl von Autonomie und Unabhängigkeit sowie zur Aufrechterhaltung eines Bildes eigener Kompetenz ... Dem Auto kommen wesentliche kompensatorische Funktionen zu ...“ (BMFSFJ 2001: 257).

Zur Untermauerung dieser Feststellung wird auf die erwähnten Erkenntnisse aus Chemnitz und Mannheim hingewiesen. Des Weiteren wird auf Studien aus den USA verwiesen, die „... sogar Hinweise dafür erbracht [haben], dass die, aus welchen Gründen auch immer, erfolgte Aufgabe des Autofahrens im höheren Lebensalter als kritisches Lebensereignis ... bzw. als Risikofaktor für eine depressive Entwicklung angesehen werden kann ...“ (BMFSFJ 2001: 258). Unter Hinweis auf die vermutlich zunehmende Bedeutung des Autos wird abschließend gefordert, die quantitativ immer stärker ins Gewicht fallende Gruppe der Alten nicht aus dem Auge zu verlieren. Nicht, ohne auf die mögliche „...unterstützende Rolle von Technik (z.B. Navigationssysteme, Systeme zur Distanzregelung, Einparkhilfen, Systeme zur Verbesserung der Fahrdynamik wie Anti-Blockiersystem, Antriebsschlupf-Regelung und elektronische Stabilitätsprogramme)...“ (BMFSFJ 2001: 258) in der Zukunft hinzuweisen.

Vor dieser „autoorientierten Stellungnahme“ und der Hoffnung auf den „Senioren-Pkw“ warnen unter anderem CHRISTIAN HOLZ-RAU ET AL. (vgl. HOLZ-RAU ET AL. 2002: 213ff). Es wird auf die Gefahr verwiesen, aus kausalen Interpretationen eines statistischen Zusammenhangs politische Implikationen abzuleiten, dessen empirische Grundlage eine nichtkausale bzw. auch eine umgekehrt kausale Interpretation zuließe. „Nicht die Aufgabe des Autofahrens führt zu gesundheitlichen Einschränkungen, sondern gesundheitliche Einschränkungen führen zur Aufgabe des Autofahrens“ (HOLZ-RAU ET AL. 2002: 213). Auf die verschiedenen Gegebenheiten in Deutschland und den USA mit einer unterschiedlichen Bedeutung und (siedlungsstrukturellen) Abhängigkeit vom Pkw, gehen CHRISTIAN HOLZ-RAU ET AL. nicht ein, verweisen aber darauf, dass es auch in Zukunft altersbedingte Einschränkungen der Fahrtauglichkeit geben

wird, auch wenn diese eventuell erst später eintreten. Daher kann die Pkw-Verfügbarkeit gerade im Hinblick auf ältere Menschen nicht zum Maßstab gemacht werden (vgl. HOLZ-RAU ET AL. 2002: 214). In ihrer Stellungnahme zum Dritten Altenbericht relativiert auch die Bundesregierung die Feststellungen des Sachverständigenrates: „Bei aller Bedeutung, die dem Automobil auch für die Aufrechterhaltung der Mobilität im Alter zukommt ... ist der mobilitäts-einschränkende Faktor (kein Autobesitz) bei vielen älteren Menschen vorhanden ... Da ... wäre es wünschenswert gewesen, die Kommission hätte gleichfalls eine Aussage über die Gehweg- bzw. Fahrradinfrastruktur getroffen“ (BMFSFJ 2001: 45).

### 3.5.3 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch

Die Möglichkeit auch im Alter mobil und aktiv zu sein ist wesentlich für eine selbstbestimmte und selbstständige Lebensführung im Alter und trägt damit erheblich zur Lebensqualität bei. Mobilität ist dabei nicht gleichbedeutend mit großen zurückgelegten Distanzen oder „Automobilität“. Vielmehr dient Mobilität dazu, gewünschte Aktivitäten auszuüben. Nicht zu unterschätzen sind dabei „Sekundärfunktionen“ der Mobilität, wie gesellschaftliche Teilhabe, persönliche Kontakte auf den Wegen oder individuelle Anregungen, die nicht mit einer „Erreichbarkeit der Älteren“ durch Versorgungsdienste adäquat ersetzt werden können.

Im Alter herrscht eine starke Wohnviertelbezogenheit vor. Dies drückt sich in einer Zunahme der kurzen Wege bei Abnahme längerer Wege genauso aus, wie bei der Verlagerung der Verkehrsmittelnutzung vom motorisierten Individualverkehr hin zur unmotorisierten Verkehrsteilnahme. Auch die Jahresfahrleistung im Pkw nimmt mit dem Alter deutlich ab. „Mit zunehmendem Alter reduziert sich in der Regel der räumliche Aktionsradius einer Person“ (SAUP 1999: 44). Zur Wohnviertelbezogenheit trägt wesentlich die Berufsaufgabe bei, in der Folge verändern sich auch die Wegezwecke, die nun hauptsächlich der Versorgung und Freizeit dienen. Entsprechende Angebote in Wohnortnähe erhöhen also die Mobilität.

Durch die Pkw-Nutzung können ungünstige Versorgungsbedingungen ausgeglichen werden, sobald es allerdings nicht mehr möglich ist, ein Fahrzeug zu nutzen, wirken sich die ungünstigen Rahmenbedingungen umso stärker aus. Zusätzlich verschärft wird dies, wenn bis zu diesem Zeitpunkt nur wenige Erfahrungen mit alternativen Verkehrsmitteln gesammelt wurden. Dabei sollte davon ausgegangen werden, dass im Verlaufe des Alters ein Punkt erreicht wird, an dem die Pkw-Nutzung nur noch eingeschränkt möglich sein wird. Daher sollte eine wohnviertelbezogene Versorgung möglich sein. Hierbei kann sich der unter der Bedingung der Motorisierung gewählte Wohnstandort gerade vor dem Hintergrund funktionaler Trennung und zunehmender Konzentrationsprozessen im Einzelhandel als wenig geeignet erweisen (vgl. Kapitel 5.1). Hier sollte über einen Wohnstandortwechsel nachgedacht werden. Zum anderen sollten im Alter schon frühzeitig andere Verkehrsmittel als der Pkw genutzt werden, um die entsprechenden Nutzungskompetenzen zu erwerben. Ein zu langes alleiniges Beharren auf dem Kfz, womöglich unterstützt durch ein speziellen „Senioren-Pkw“, kann negative Konsequenzen haben. Dazu ist es allerdings auch notwendig, die alternativen Verkehrsmittel Fuß, Rad und ÖPNV auf die Bedürfnisse der Senioren hin zu attraktiveren, wobei gesteigerte Qualität sich dabei für alle Bevölkerungsgruppen vorteilhaft auswirken würde.

Auf keinen Fall sollten alle Hoffnungen oder Bestrebung auf einer möglichst langen Pkw-Nutzung liegen. Wenn das Auto zum Maßstab aller Dinge würde, könnten die fehlenden Verkehrsmittelalternativen und wohnortnahen Daseinsbefriedigungsoptionen in der Folge die nicht (mehr) automobilen älteren Menschen umso härter treffen. Unabhängig davon, ob sie aus finanziellen oder körperlichen Gründen im Verlauf des Alters auf ein Fahrzeug verzichten müssen. Zudem ist für ein ÖPNV-Angebot aus ökonomischen Gesichtspunkten eine gewisse Mindestnachfrage vonnöten, für das die Gruppe der „Nicht-Automobilen“ alleine unter Umständen nicht ausreichend ist. Gerade im ländlichen Bereich, in dem der ÖPNV sehr stark auf die Einnahmen aus den Ausbildungsverkehren angewiesen ist (vgl. UBA 2003: 40f), wird es in Folge des demografischen Wandels und dem Rückgang der Schülerzahlen sowieso schon zu Finanzierungsproblemen des ÖPNV kommen.

### 3.6 Die ökonomische Situation älterer Menschen

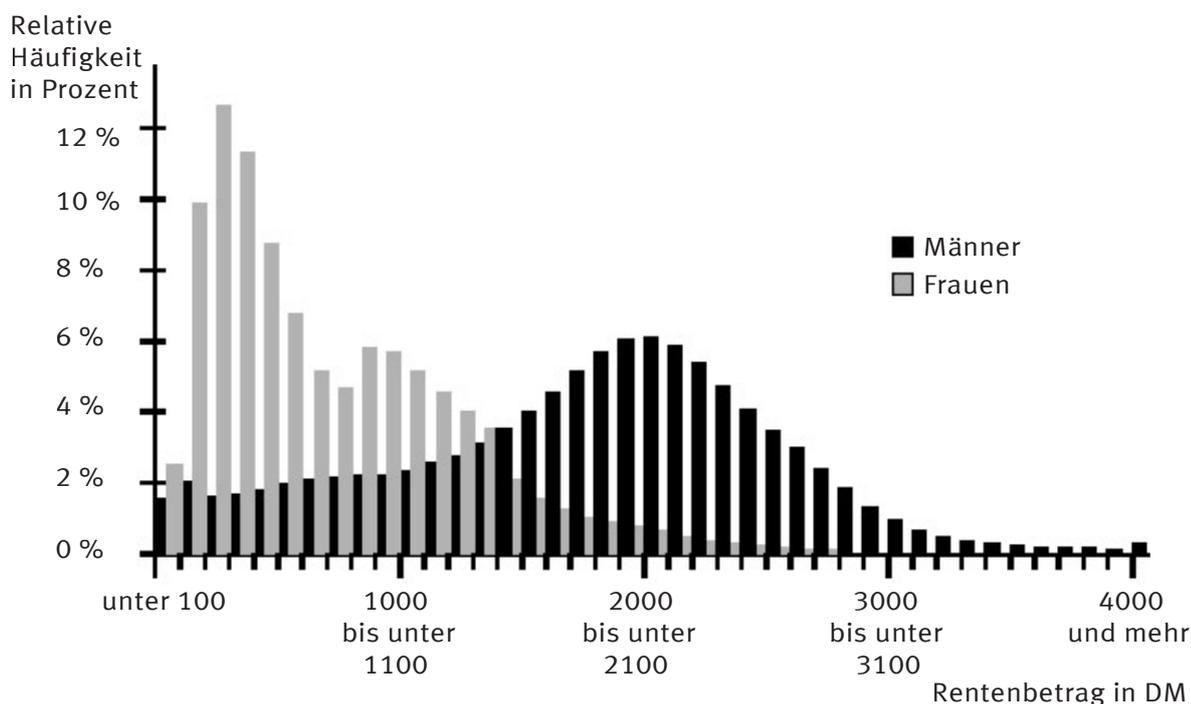
Die Altersgruppe der über 65jährigen verfügt über ein durchaus nennenswertes ökonomisches Potential. Laut Mikrozensus lag das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von Rentnerinnen und Rentnern 1998 bei 3.570 DM, bei Pensionärinnen und Pensionären sogar bei 7.060 DM (vgl. EICHENER 2002: 28). Auch wenn die Durchschnittszahlen den tatsächlichen finanziellen Spielraum der älteren Menschen verfälschen, gab es in den letzten Jahren eine eindeutige Entwicklung. Laut einer Auswertung des INSTITUT FÜR WOHNUNGSWESEN, IMMOBILIENWIRTSCHAFT, STADT- UND REGIONALENTWICKLUNG AN DER RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM (INWIS) hat sich die Einkommenssituation der über 65jährigen in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. So gingen in Nordrhein-Westfalen die Anteile der über 65jährigen, die mit weniger als 1.400 DM pro Monat auskommen müssen von 1991 bis 1999 von 33,5% auf 20,5% zurück. Während auch der Anteil derjenigen mit einem Einkommen zwischen 1.400 DM und 1.800 DM zurückgegangen ist, sind insbesondere die Anteile der mittleren Einkommen zwischen 2.200 DM und 4.000 DM von 19,8% auf 33% deutlich gestiegen. (Vgl. EICHENER 2002: 28f) Hinzu kommt das Vermögen, welches sich im Besitz der älteren Menschen befindet, „die über 60-Jährigen haben 40% des Vermögens in Deutschland“ (GROßHANS: 33). Auf den ersten Blick könnte also der Eindruck entstehen, dass die ökonomische Lage der ältesten Generation beste Chancen bietet.

Das Einkommen älterer Menschen setzt sich in der Regel aus mehreren Quellen zusammen. Den größten Teil nimmt dabei mit ca. 60% des Bruttoeinkommens die Rente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ein (vgl. EICHENER 2002: 29 und MAI 2003: 214). Sie stellt aber als Regelsystem nur eine der häufig genannten drei Säulen der Alterssicherung dar. Die weiteren Säulen bilden Zusatzsysteme wie die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge, im Wesentlichen Lebensversicherungen, Sparkonten und Immobilien. Die unterschiedlichen Quellen des Einkommens von gesetzlichen Renten, Betriebsrenten, Vermögenseinkünften und Transfereinkommen wie Sozialhilfe oder Wohngeld ergeben ein sehr heterogenes Bild des Alterseinkommens. Grundsätzlich gilt aber, „daß das Einkommen im Alter maßgeblich bestimmt wird durch den vorigen Erwerbsverlauf ... und das dabei im Durchschnitt erzielte Einkommensniveau“ (DALLINGER ET AL. 1999: 22). Dies ergibt sich dadurch,

dass die gesetzliche Rente äquivalent zur im Erwerbsleben erreichten finanziellen Einkommenssituation ist.

Nach Angaben des Verbandes der Rentenversicherungsträger bezogen 2000 in Nordrhein-Westfalen die männlichen Versicherten einen durchschnittlichen Rentenzahlbetrag aus der GRV von rund 2.032 DM, während sich die durchschnittliche Versichertenrente von Frauen mit 822 DM nur auf 40,4 Prozent dieses Betrages belief (vgl. MFJFG 2002: 60). Um diese Durchschnittswerte herum gibt es allerdings eine große Bandbreite der Rentenhöhen, wie die Abbildung 9 für Westdeutschland im Jahr 1997 zeigt.

Abbildung 9 Verteilung der Altersrente in Westdeutschland 1997



Quelle: Eigene Darstellung nach DALLINGER ET AL. 1999: 24

Ebenfalls besonders deutlich werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der materiellen Versorgung von Frauen und Männern im Alter, die auf traditioneller Arbeitsteilung von Frauen und Männern im Haushalt beruhen. Frauen unterbrechen oder beenden ihr Erwerbsleben eher für die Kindererziehung oder die Pflege von Familienangehörigen. Darüber hinaus arbeiten sie überwiegend in Branchen mit geringeren Entgelten und sind seltener in Spitzenfunktionen zu finden. (Vgl. MFJFG 2002: 65).

	Männer	Frauen
Verheiratet	3.116 DM	775 DM
Verwitwet	2.686 DM	2.114 DM
Geschieden	2.570 DM	1.850 DM
Ledig	2.962 DM	1.994 DM

Quelle: Eigene Darstellung nach MFJFG 2002: 64

Aussagekräftiger als die Rentenzahlbeträge ist die Betrachtung der Nettoeinkommenshöhe. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede nach Familienstand und Geschlecht. Tabelle 8 zeigt diese für das Jahr 1995 in Nordrhein-Westfalen

auf. Es besteht ein Einkommensgefälle von den Ehepaaren zu den alleinstehenden Männern und von diesen zu den alleinstehenden Frauen. Besonders auffallend sind auch hier die Differenzen zwischen Männern und Frauen, wobei innerhalb der Gruppe der weiblichen Alleinstehenden die geschiedenen Frauen über das geringste Nettoeinkommen verfügten. Auch diese Durchschnittseinkommen bilden sich aus einer weiten Streuung der unterschiedlichen Einkommenshöhen.

Auch beim Vermögen zeigt sich eine große Bandbreite der Verteilung. Liegt das Bruttogeldvermögen der Haushalte in Nordrhein-Westfalen 1998 nach einer Sonderauswertung der Einkommens- und Vermögensstichprobe des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik durchschnittlich bei 57.612 DM (vgl. MFJFG 2002: 64), so verfügen 8,9 Prozent über gar kein Bruttogeldvermögen, mehr als zweidrittel der Älteren über ein Vermögen von weniger als 50.000 DM (vgl. Tabelle 9).

Die Probleme der Altersarmut sind heute weniger drängend als das Armutsrisiko in anderen Altersgruppen und Teilen der Bevölkerung (z.B. im Bereich der Kinderarmut). Dies drückt sich auch im Anteil der Sozialhilfeempfänger aus, der bei älteren Menschen geringer ist als bei der Gesamtbevölkerung. So haben am Jahresende 1999 3,9 Prozent der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen Sozialhilfe in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, bei der Gruppe der Personen über 60 Jahren nur zwei Prozent (vgl. MFJFG 2002: 62). Diese Differenz wird sich auch unter der Annahme, dass der freiwillige Verzicht auf Unterstützung durch Sozialhilfe bei älteren Menschen noch höher ist als bei anderen Altersgruppen nicht schließen. So konnte auch beim Nettoeinkommen älterer Menschen ein Rückgang der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Seniorenhaushalte festgestellt werden. 1985 lagen rund 17 Prozent der Haushalte unter der Armutsgrenze von ca. 1.500 DM für Ehepaare bzw. 1.000 DM für Alleinstehende. 1992 lag dieser Anteil bei elf Prozent, 1995 bei rund acht Prozent (vgl. MFJFG 2002: 65).<sup>4</sup> Drei Prozent der Ehepaare mussten 1995 mit einem Niedrigeinkommen von bis zu 1.800 DM wirtschaften, 21 Prozent der ledigen Frauen, 36 Prozent der geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen und acht Prozent der Witwen mussten mit weniger als 1.200 DM Nettoeinkommen auskommen (vgl. MSFJFG 2002: 66). Hinzu kommen allerdings noch die

Kategorie	Anteil
kein Vermögen	8,5%
weniger als 5.000 DM	11,3%
5.001 bis 10.000 DM	9,8%
10.001 bis 20.000 DM	12,4%
20.001 bis 50.000 DM	23,6%
50.001 bis 100.000 DM	16,4%
100.001 bis 200.000 DM	10,5%
200.001 bis 500.000 DM	keine Angabe
500.000 bis 1.000.000 DM	4,9%
über 1.000.000 DM	keine Angabe

Quelle: Eigene Darstellung nach MFJFG 2002: 64f

<sup>4</sup> 1992 und 1995 bei einer jeweils zugrunde gelegten Armutsgrenze von 1.800 DM bzw. 1.200 DM.

Menschen im armutsnahen Bereich, die durch unvorhergesehene Ausgaben unter die Armutsgrenze gedrückt werden können. Ein permanentes ökonomisches Risiko stellt der Eintritt von Pflegebedürftigkeit im Alter dar, in dessen Folge sich die finanzielle Situation erheblich verschlechtert. So sind auch nach Einführung der Pflegeversicherung 1998 noch ca. 44% aller in stationären Pflegeeinrichtungen lebenden Senioren auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen (vgl. BMFSFJ 2001: 133). Wenn also auch die Altersarmut in den letzten Jahren rückgängig war und Armutsrisiken in anderen Altersgruppen zurzeit eine höhere Aufmerksamkeit verlangen, so darf nicht übersehen werden, dass doch eine nennenswerte Anzahl älterer Menschen mit wenig Einkommen auskommen muss.

Die Frage, wie sich die finanzielle Absicherung im Alter in der Zukunft darstellen kann und wird, gehört sicherlich mit zu den am meisten diskutierten Fragen im Kontext der demografischen Alterung. Auszugehen ist mit Sicherheit von einer Abnahme der Bedeutung der GRV, aber vermutlich auch der betrieblichen Zusatzrenten und einer entsprechenden Zunahme der Bedeutung der Privatvorsorge. Während die geschlechtsbezogenen Unterschiede in der finanziellen Absicherung im Alter vermutlich abnehmen werden, zum Beispiel durch die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, so wird insgesamt die Bandbreite der unterschiedlichen finanziellen Absicherungen größer werden, „die Schere klafft weiter auseinander“. Fraglich ist, wie die zunehmend fragmentierten Erwerbsbiographien mit wechselnden Arbeitsstellen und zeitweiliger Arbeitslosigkeit als Regelbestandteile sich auf die finanzielle Absicherung für das Alter auswirken. Hier werden sich unterschiedliche Möglichkeiten der individuellen Altersvorsorge ergeben, während insbesondere auch die GRV darauf bisher kaum ausgelegt sein dürfte.

### 3.6.1 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Gruppe der Älteren in ihrer Gesamtheit gegenwärtig finanziell vergleichsweise gut gestellt ist, was auch für die Qualität der gegenwärtigen Alterssicherung spricht. Dies schafft Möglichkeiten für das Alter und lässt die ältere Generation auch verstärkt zu einer Zielgruppe der Wirtschaft werden (auch und gerade der Pflege- und Wohnungswirtschaft). Allerdings herrscht auch im Alter eine große Bandbreite bei den ökonomischen Verhältnissen vor, womit letztlich die bereits in den früheren Lebensphasen vorherrschenden Unterschiede in den Lebensabschnitt Alter mit übernommen werden. Die ökonomische Lage im Alter hängt auch wesentlich vom Geschlecht und dem Gesundheitszustand ab. So sind Frauen deutlich schlechter gestellt und eintretende gesundheitliche und körperliche Risiken können ein großes Risiko darstellen. Trotz der insgesamt zurzeit guten finanziellen Absicherung im Alter, wird ein großer Teil der Senioren nicht in der Lage sein, aus seinem Einkommen im Bedarfsfall kompensatorische Dienstleistungen oder Wohnungsumbauten in größerem Umfang zu finanzieren. Auch professionell betreute Wohnformen bis hin zum Pflegeheim, sei es im „Betreuten Wohnen“, „Seniorenresidenzen“ oder weiteren Einrichtungen, dürfte für eine große Zahl der älteren Menschen nicht finanzierbar sein. Ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben sollte also breitenwirksam möglichst wenig von der finanziellen Situation abhängig sein.

### 3.7 Wohnmobilität älterer Menschen

Wenn die eigene Wohnung, das Wohnumfeld oder der Wohnstandort nicht den eigenen Wünschen und Anforderungen gerecht werden, wenn sie sich nicht für ein Leben im Alter eignen und auch nicht mit vertretbaren Mitteln anpassen lassen, dann erscheint ein Umzug ratsam, um dadurch die persönliche Situation zu verbessern. Dabei wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass mit fortschreitendem Alter die Umzugsbereitschaft sinkt, „einen alten Baum verpflanzt man nicht“. Diese Annahme konnte im Rahmen des im Auftrage des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und der Schader-Stiftung durchgeführten Forschungsprojektes „Umzugswünsche und Umzugsmöglichkeiten älterer Menschen“ (vgl. HEINZE 1997) relativiert werden.

#### 3.7.1 Umzugsquoten und Umzugsbereitschaft

So zeigte im Rahmen dieses Forschungsprojektes das InWIS Bochum anhand einer sekundärstatistischen Auswertung des Sozioökonomischen Panels (SOEP) 1984-1993, dass die Umzugsquote bei älteren Haushalten in Westdeutschland zwar niedriger war als bei jüngeren Haushalten, trotzdem aber im Durchschnitt immer noch bei 2,5% pro anno lag. Dabei lag die Quote bei Mieterhaushalten mit 3,6% pro anno deutlich höher als bei Eigentümerhaushalten mit rund 1%. Auch wenn diese Zahlen auf den ersten Blick gering erscheinen mögen, so ergibt sich über einen längeren Zeitraum daraus eine erstaunlich hohe Mobilitätsrate älterer Haushalte. So wird demnach ein zur Miete wohnender Ein- oder Zweipersonenhaushalt zwischen dem 55. und 75. Lebensjahr des Haushaltsvorstandes mit einer Wahrscheinlichkeit von 52,23% umziehen. Umzüge in Alten- oder Pflegeheime wurden dabei nicht einbezogen, eingerechnet allerdings die Sterbewahrscheinlichkeit nach den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes. Für Eigentümerhaushalte ergibt sich bei einer äquivalenten Berechnung, dass mit 23,48% fast jeder vierte westdeutsche Eigentümerhaushalt zwischen dem 55. und dem 75. Lebensjahr noch einmal umzieht (vgl. HEINZE 1997: 16f).

Im Rahmen des Forschungsprojektes führte die GfK Marktforschung 1995 eine Repräsentativerhebung von über 1.000 älteren Haushalten im Alter zwischen 45 und 75 Jahren durch (vgl. HEINZE 1997: 15). Diese Befragung bestätigte die bereits genannte Wohnmobilität älterer Haushalte. Von den 55 bis 75jährigen westdeutschen Mieterhaushalten waren demnach 44,3% bereits schon mindestens einmal umgezogen, weitere 20,8% sind zwar noch nicht umgezogen, aber umzugsbereit. Zusammengekommen also 65,1% der westdeutschen Mieterhaushalte über 55 Jahre, die bereits Mobilität bewiesen haben oder eine entsprechende Bereitschaft bekundet haben. Bei

Tabelle 10 Mobile westdeutsche Haushalte in der Gruppe der 55 bis 75jährigen		
InWIS/GfK-Befragung		
	Mieterhaushalte	Eigentümerhaushalte
Bereits umgezogen	44,3%	16,5%
Nicht umgezogen, aber umzugsbereit	20,8%	13,5%
Mobile Haushalte	65,1%	30%
SOEP 1993		
Umzugswahrscheinlichkeit von Ein- und Zweipersonenhaushalten	52,2%	23,5%

Quelle: Eigene Darstellung nach HEINZE 1997: 17, 19

den Eigentümerhaushalten waren 16,5% bereits umgezogen, weitere 13,5% planten einen Umzug. (Vgl. HEINZE 1997: 19) Es gibt also durchaus eine nennenswerte Umzugsbereitschaft unter älteren Menschen. Von Interesse sind dabei weiterhin Abhängigkeiten zwischen dieser Bereitschaft und weiteren Faktoren, sowie die umzugshemmenden Faktoren.

### 3.7.2 Einflussfaktoren auf die Umzugsbereitschaft

Zunächst auffällig ist die geringere Wohnmobilität von Eigentümerhaushalten. Diese kann auf verschiedene Gründe zurückgeführt werden. Wesentlich ist mit Sicherheit eine hohe Identifikation mit dem Wohnobjekt und dem Wohnumfeld, die, neben einer langen Wohndauer und entsprechenden emotionalen Bindungen, auch aus einer hohen finanziellen Investition resultiert. Nicht zu unterschätzen ist dabei, dass mit dem Wohneigentum häufig ein „Lebensziel“ oder „Lebenstraum“ verbunden ist.

Weiterhin ergab die Untersuchung, „daß Befragte mit hohem Schulabschluß und entsprechendem beruflichen Status eine höhere Umzugsbereitschaft aufweisen als vergleichbare Mieter bzw. Eigentümerhaushalte“ (HEINZE 1997: 31). Da aber unabhängig vom sozialen Status Wohneigentum die Beharrungstendenzen fördert, gilt, dass „...stathöhere Bevölkerungsgruppen – sofern sie zur Miete wohnen – eine höhere Umzugsneigung aufweisen als andere Bevölkerungsgruppen“ (HEINZE 1997: 31). Erklärungsansätze nach HEINZE sind dafür höhere finanzielle Spielräume, die eine Anpassung der Wohnsituation an neue Ansprüche erleichtern und ein hohes Maß an Flexibilität dieser Gruppe, die bereits durch ein Erreichen des entsprechenden Bildungsstandes bewiesen wurde. Eine weitere Erklärung wäre die bewusste Auseinandersetzung mit dem Alter und die Vorbereitung darauf, die in Gruppen mit höherer Bildung eher vorgenommen wird.

Das Wohneigentum wird in Deutschland als Vorsorge für das Alter propagiert. Unter Umständen kann dies zu problematischen Auswirkungen im Alter führen. In der Regel wird Wohneigentum in einer Lebensphase der Familiengründung gebildet und ist dementsprechend angelegt auf ein Leben mit Kindern und die Verfügbarkeit eines Automobils. Im Alter kann dies zu Problemen führen, wenn das Wohneigentum selbst nicht altengerecht ist (zum Beispiel zu große Wohnfläche, fehlende Barrierefreiheit, gerade im Reihenhaus) oder der Wohnstandort ungünstig gelegen ist. Hinzu kommt, dass Wohneigentum auch Folgeinvestitionen nach sich zieht. Die erste große Sanierungsaufgabe etwa 20 bis 30 Jahre nach dem Neubau erfolgt in der Lebensphase Alter und erfordert große finanzielle Investitionen. Ein Wohnungswechsel für die Lebensphase Alter kann sich hier anbieten. Bedingt durch die demografische Entwicklung steht allerdings zu befürchten, dass in kommenden Jahrzehnten für Wohnimmobilien gerade in ungünstigen Lagen keine hohen Preise mehr zu erzielen sind.<sup>5</sup> In diesem Falle könn-

<sup>5</sup> Die Abteilung Immobilienmarkt Research des Forschungsinstituts Feri untersuchte aktuell die Entwicklung von Wohnimmobilienpreisen in 66 deutschen Städten von 1994 bis 2004. Bei freistehenden Einfamilienhäusern war in diesem Zeitraum dabei in 30 der untersuchten Städte ein Wertverlust eingetreten. Dabei beschränkte sich diese Entwicklung nicht nur auf Regionen mit wirtschaftlichen Problemen. In Stuttgart wurde beispielsweise ein jährlicher Wertverlust von 1,8% festgestellt. Dies provoziert verkürzte Aussagen, wie sie die Westfälische Rundschau tätigt: „Die Immobilie als Wertanlage hat ausgedient.“ (Westfälische Rundschau vom 30.03.2005) Die einzigen Städte mit einer jährlichen Wertsteigerung von über vier Prozent waren Bonn und Dortmund mit 4,3% bzw. 4,6%. (Vgl. CAPITAL 8/2005: 104FF)

te die einstige Altersvorsorge zum Hindernis für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter werden.

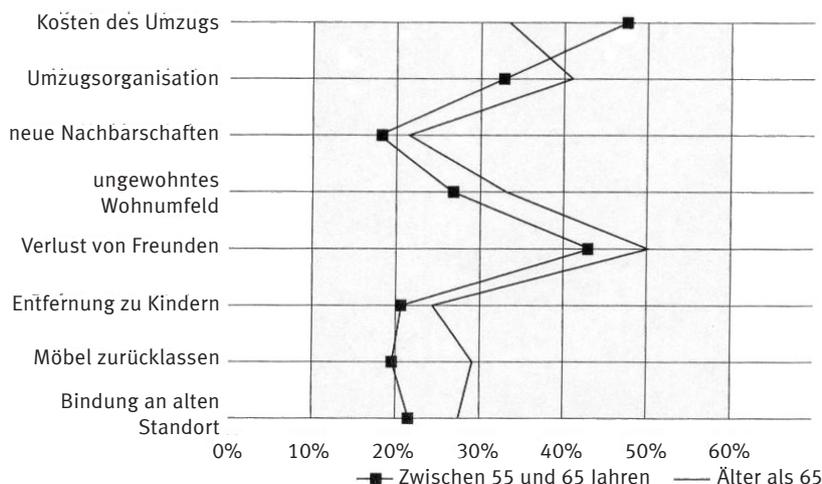
ROLF HEINZE verweist auf die Bedeutung einer frühzeitigen Vorbereitung auf das Wohnen im Alter. „Mit zunehmendem Alter kann die Umzugsbereitschaft immer weniger an konkreten Defiziten – etwa einem als kritisch wahrgenommenen Gesundheitszustand, einem geringen Wohnkomfort u.ä. – festgemacht werden. Umzüge sind dann nicht mehr Ausdruck einer flexiblen Anpassung der Wohnsituation an die eigenen geänderten Bedürfnisse, sondern werden durch ein ganzes Paket an Unzulänglichkeiten erzwungen. Das macht deutlich, wie wichtig eine frühzeitige Umstellung auf das angemessene Wohnen im Alter ist“ (HEINZE 1997: 33). Ein frühzeitiger Wohnungs- und/oder Wohnstandortwechsel, kann durch die Wahl einer für sich bedarfsangepassten Wohnung in der richtigen Wohnumgebung ein langes selbständiges und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen. Dagegen kann ein Beharren in einer weniger geeigneten Wohnung dem entgegenstehen.

Die Intensivbefragungen im Rahmen des Forschungsprojektes haben gezeigt, „wer im Alter noch einmal umzieht, tut dies bewusst mit Blick auf eine altersgerechte Wohnform, d.h. vorsorgend“ (HEINZE 1997: 31). Dass dies anscheinend erfolgreich ist, wird bestätigt durch die hohe geäußerte Wohnzufriedenheit, der seit dem 55. Lebensjahr bereits einmal umgezogenen Haushalte. 56% der Mieterinnen und Mieter hatten demnach nach eigener Einschätzung ihre Wohnsituation verbessert, bei den Eigentümerinnen und Eigentümern sogar 77,5% (vgl. HEINZE 1997: 52). Bei den nachbarschaftlichen Kontakten empfanden 42,2% der Mieterhaushalte eine deutliche Verbesserung, für weitere 45,7% hatten sich die sozialen Kontakte im Wohnumfeld zumindest nicht verschlechtert (vgl. HEINZE 1997: 46). Der Wohnungswechsel hat sich also für die Befragten „gelohnt“.

### 3.7.3 Transaktionskosten eines Umzugs als Mobilitätshemmnis

Jeder Umzug ist mit Belastungen verbunden, die in Relation zu den zu erwartenden Verbesserungen in einer neuen Wohnsituation betrachtet werden. Werden die Belastungen als zu hoch angesehen, dann hemmt dies die Umzugsbereitschaft. Die „Transaktionskosten“ eines Umzugs können unterteilt werden in „harte“ und „weiche Faktoren“. Zu den harten Hemmnissen gehören der finanzielle, organisatorische und administrative Aufwand, der mit einem Umzug verbunden ist. Neben diesen harten Faktoren stellen aber auch weiche Faktoren ein wichtiges Umzugshemmnis dar. So ist die Aufgabe einer Wohnung und eines Wohnumfeldes, mit denen viele Erinnerungen verbunden sind, mit einer hohen emotionalen Belastung verbunden. „Die emotionale Bindung an die Wohnung scheint dabei im Alter ausgeprägter als in früheren Lebensphasen zu sein“ (SAUP 1999: 49). Mit fortschreitendem Alter steigt diese Belastung, wenn vor dem Hintergrund zunehmender Einschränkungen mit der Wohnung zunehmend auch Erinnerungen an eine „glücklichere Vergangenheit“ verbunden werden. Besonders kritisch kann dies nach dem Verlust des Lebenspartners sein. „Wohnentscheidungen, Wohnungs- und Ortswechsel sind hierbei mit besonderer Emotionalität beladenheit [sic] verbunden, weil häufig Kontinuitätsaspekte der eigenen Biographie angesprochen sind...“ (SCHULZ-NIESWANDT: 875).

Abbildung 10 Probleme und Bedenken bei einem Umzug nach dem 55. Lebensjahr (Westdeutschland)



Quelle: Eigene Darstellung nach HEINZE 1997: 97

Auf die Transaktionskosten eines Umzuges wurde auch im Rahmen des Forschungsprojektes „Umzugswünsche und Umzugsmöglichkeiten“ eingegangen. Hier ging es explizit darum, Probleme und Bedenken im Zusammenhang mit einem Umzug und ihre Bedeutung zu identifizieren. Die Abbildung 10 gibt einen Überblick der Ergebnisse nach den beiden Altersklassen der 55

bis 65jährigen und derjenigen, die älter als 65 sind.

Auffallend ist die herausragende Bedeutung des Freundeskreises, aber auch weitere weiche Faktoren nehmen eine wichtige Rolle ein. Deutlich wird, dass mit zunehmendem Alter bei allen weichen Faktoren größere Probleme gesehen werden. Die zunehmende Bedeutung der Möbel kann dabei als ein Indiz für die stärker werdende Emotionalisierung der Wohnung gewertet werden. Auch die Umzugsorganisation als harter Faktor wird mit höherem Alter problematischer eingeschätzt. Interessanterweise nehmen die Bedenken bei der Finanzierungsfrage ab. Möglich wäre die Erklärung, dass im Verhältnis zu anderen Problemen dieses nicht mehr so gravierend erscheint und daher nicht genannt wird. Klar deutlich wird aber, dass mit zunehmendem Alter ein Umzug mit größeren Bedenken und vermuteten Problemen behaftet ist. Dies führt zu verringerter Umzugsbereitschaft.

Eine weitere Erkenntnis ist die Tatsache, dass durch Auseinandersetzen mit dem Wohnen vor dem Hintergrund des Alters sich die Umzugsbereitschaft der Menschen erhöht. So wurde während der Befragungen für das Forschungsprojekt zweimal getestet, ob und wie konkret sich die Befragten einen Umzug für das Alter vorstellen können. Nach den Gesprächen waren die Anteile derjenigen deutlich angestiegen, die sich einen Umzug vorstellen können (vgl. HEINZE 1997: 42). Die Befragten wurden durch die Gespräche zur Auseinandersetzung mit dem Wohnen im Alter und ihrer gegenwärtigen Situation gezwungen. In der Folge wurden ihnen anscheinend vermehrt Probleme bewusst, die in ihrer Situation auftreten können. Sie wurden für die Thematik sensibilisiert und konnten sich in der Folge eher einen Umzug für das Altern vorstellen.

### 3.7.4 Schlussfolgerungen für das Leben im Wohnquartier als älterer Mensch

Die Umzugsbereitschaft älterer Menschen gerade auch im Zusammenhang mit der bewussten Vorbereitung auf den Lebensabschnitt Alter ist keine zu vernachlässigende Größe. Gerade statushöhere Gruppen, insbesondere Mieterinnen und Mieter, kommen für Umzüge in al-

tersgerechte Wohnungen besonders in Betracht. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Bildung der älter werdenden Generationen könnte dieser Zusammenhang neue Perspektiven eröffnen. Auffällig und auch zu erwarten war die große Bindungskraft des Eigentums. Dies ist problematisch, wenn die Eigenheimbestände und ihre Wohnlagen nicht als besonders altengerecht klassifiziert werden können, gleichzeitig in diesen Beständen aber die größten Beharrungstendenzen festgestellt werden müssen.

Es kann ein Zusammenhang zwischen dem Alter und der in einem Umzug vermuteten Probleme festgestellt werden. Dies verweist auf die Bedeutung einer frühzeitigen Auseinandersetzung mit dem eigenen Alter und der Eignung der gegenwärtigen Wohnsituation. In diesem Zusammenhang ist eine verstärkte Aufklärung über das „Wohnen im Alter“ angebracht, um die Menschen für die Problematik zu sensibilisieren.

Sollte die Wohnsituation alternder Menschen eine Anpassung erfordern, so ist eine frühzeitige Anpassung auch deshalb sinnvoll, um die weichen Transaktionskosten abzufedern. Diese werden mit zunehmendem Alter größer, gleichzeitig bietet das junge Alter größere Möglichkeiten seine neue Wohnumgebung kennenzulernen und neue Kontakte zu knüpfen. Des Weiteren können die weichen, wohnstandortbedingten Transaktionskosten abgemildert werden, wenn ein Umzug in unmittelbare Umgebung des vorherigen Wohnstandortes erfolgt. Daher erscheint es wichtig, flächendeckende Angebote an entsprechendem Wohnangebot bieten zu können.

Die Umzugsorganisation als harte Seite der Transaktionskosten lässt sich wesentlich leichter durch äußere Hilfe „entproblematisieren“. Professionelles Umzugsmanagement, das bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung je nach Bedarf unterstützt, wird an verschiedenster Stelle bereits eingesetzt.

### **3.8 Fazit: Die Lebensphase Alter und die sich daraus ergebenden Ansprüche an ein altengerechtes Quartier**

Die Lebensphase Alter ist in ihrem Verlauf mit vielen Veränderungen für den einzelnen Menschen verbunden, in dessen Folge ein zunehmender Bedeutungsgewinn der eigenen Wohnung und des Wohnviertels eintritt. Im Sinne des selbstbestimmten und selbstständigen Lebens übernimmt die räumliche Ebene des Quartiers mit seinen räumlichen und institutionellen Gegebenheiten also eine besondere Bedeutung. Seinen Ausdruck findet diese in den Mobilitätskennziffern der alten Menschen. Längere Wege nehmen ab, ebenso die zurückgelegten Wegstrecken. Der Fortbewegung mit den Füßen kommt die wichtigste Bedeutung zu. Dies darf aber nicht im Sinne der „Disengagement-Theorie“ als Ausdruck eines Rückzuges aus sozialen und gesellschaftlichen Aktivitäten angesehen werden. Ganz im Gegenteil spielen gerade auch außerhäusliche Aktivitäten und der Wunsch danach eine hohe Rolle im Leben alter Menschen. Seien es Freizeitaktivitäten oder gerade auch bei jungen Alten ehrenamtliche Arbeit oder Hilfs- und Unterstützungsleistungen für andere Menschen.

Im Verlauf des Alters muss neben Krankheiten vor allem von körperlichen Veränderungen

ausgegangen werden, die insbesondere motorische und sensorische Funktionen umfassen. In der Folge wird das Führen eines Pkw zunehmend schwieriger, was zu einer Verlagerung auf andere Verkehrsträger und letztlich auch eine höhere Wohnviertelbezogenheit führt. Aber auch bei Fortbewegung zu Fuß, mit dem Rad oder dem öffentlichen Verkehr steigt die Abhängigkeit von den Umweltgegebenheiten an. Hier stellen sich steigende Ansprüche an Barrierefreiheit, klare Orientierung oder Ruhemöglichkeiten. Als besonders kritisch ist auch immer der Kontakt mit dem motorisierten Verkehr, zum Beispiel bei der Straßenquerung, zu beurteilen. Neben Problemen bei der Fortbewegung stellen sich im Altersverlauf durch die körperlichen Veränderungen aber auch weiterer Hilfs- und Unterstützungsbedarf ein. Dieser beginnt bei kleinen Alltagshilfen, das Tragen schwerer Lasten, handwerkliche Tätigkeiten oder Verwaltungsangelegenheiten und geht über hauswirtschaftliche Hilfen letztlich bis zur pflegerischen Hilfe. Ob und wie dies geschieht, hat eine große Bedeutung für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter. Ein großer Teil dieser Hilfsmaßnahmen wird durch familiäre Unterstützungsnetzwerke, vor allen den Frauen, gewährleistet. Gerade bei diesen ist aber in Zukunft mit einer abnehmenden Dichte zu rechnen, die sich auf den Phänomenen der Singularisierung, abnehmenden Kinderzahlen, steigender Frauenerwerbstätigkeit oder größeren räumlichen Entfernungen der Menschen zueinander begründen. Umso wichtiger werden Alternativen für diese Unterstützungsleistungen. Dies kann durch professionelle Dienste erfolgen, was allerdings eine finanzielle Belastung darstellt, die für einen großen Teil der Menschen nicht finanzierbar sein wird. Zumal im so genannten „vorpflegerischen Bereich“ auch nicht auf Unterstützung aus der Pflegeversicherung zurückgegriffen werden kann. Ökonomische Probleme stellen dabei allerdings nur einen Aspekt dar. Soziale Netze übernehmen über zwischenmenschliche Kontakte, Gespräche oder emotionale Unterstützung auch einen wichtigen Beitrag zur subjektiven Lebensqualität, die durch „professionelle“ Dienste kaum geleistet werden können. Also müssen die familiären Netzwerke zunehmend über außerfamiliäre, Nachbarn oder Freunde, ersetzt werden. Dabei spielen Begegnungsmöglichkeiten, gemeinsame Aktivitäten und der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle, um solche Netze aufzubauen. Die steigende Wohnviertelbezogenheit wird hiermit im Alter noch einmal verstärkt.

Die mittlerweile übliche Unterteilung der Lebensphase Alter in junge Alte und Hochaltrige weist auf signifikante Unterschiede hin. Während im jungen Alter noch geringe Einschränkungen vorhanden sind, so nehmen diese im Altersverlauf zu und sind vor allem im hohen Alter beherrschend. Für den Einzelnen leitet sich daraus die wichtige Erkenntnis ab, sich schon im frühen Alter Gedanken um sein höheres Alter zu machen. Dies umfasst besonders die Eignung des Wohnstandortes und der Wohnung. Sollten diese für ein Leben im hohen Alter Mängel aufzeigen, die nicht oder nur schwer kompensiert werden können, dann sollte eine Anpassung der Wohnsituation möglichst frühzeitig erfolgen. Ein Umzug im hohen Alter ist immer ein besonders kritisches Lebensereignis, denn im höheren Alter ist eine Eingewöhnung in neue Situationen schwierig, individuelle Kompensationen von Einschränkungen durch erlernte Erfahrungswerte entfallen, der Aufbau von sozialen Netzen ist schwierig. Frühzeitige Vorbereitung auf das hohe Alter ist daher wichtig für das selbstbestimmte und selbstständige Leben im Alter. Der Wohnsituation und dem Wohnquartier kommt für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter eine sehr hohe Bedeutung zu. Im folgenden Kapitel werden aus den bisherigen Erkenntnissen Zielansprüche für ein altengerechtes Wohnquartier abgeleitet.



## 4 Ziele für die Gestaltung von Quartieren, die ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter ermöglichen

Das vorherige Kapitel hat die Bedeutung des Wohnquartiers für das Leben im Alter unterstrichen. Wie WINFRIED SAUP (1999: 44) es ausdrückt, werden „...die Wohnung oder das Haus sowie das angrenzende Nachbarschaftsgebiet zu den wichtigsten räumlich sozialen Kontexten, in denen sich die alltäglichen Lebensvollzüge älterer Menschen abspielen“. Auf dieser räumlichen Ebene gilt es ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen und zu unterstützen.

An altengerechte Quartiere stellen sich vor diesem Hintergrund eine Vielfalt von Anforderungen, die sich auf unterschiedlichste Handlungsbereiche beziehen und untereinander verknüpft sind. Die Ausführung von RITA SCHNEIDER-SLIWA (2004: 5) im Rahmen der Forschung zur altersgerechten städtischen Umwelt in Basel stellen dies exemplarisch dar: „Das eigene Leben bis zum Schluss selbst gestalten und an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben zu können, sind die Bedürfnisse, die sich hauptsächlich in der Wohnsituation widerspiegeln. Im Alltag bedeutet Eigenständigkeit im Alter eine altersgerechte, eigenständigkeitserhaltende Wohnform, den Ausbau von Versorgungsdiensten, welche das eigenständige Wohnen länger möglich machen, ferner angemessene Freizeit- und Bildungsangebote sowie Kontakte, Selbsthilfeeinrichtungen, Teilnahme am Leben im öffentlichen Raum, Mobilitäts- und Informations- und Beratungsdienste.“ Um die Vielfalt von Anforderungen zu systematisieren und handhabbarer in Hinblick auf konkrete Maßnahmen zu machen, wird in diesem Kapitel basierend auf den bisherigen Erkenntnissen und zusätzlichen Quellen ein Zielsystem zur Erreichung von altengerechten Quartieren im Sinne der Ermöglichung und Förderung eines selbstbestimmten und selbständigen Leben vorgeschlagen.

### 4.1 Aufbau des Zielsystems für ein altengerechtes Quartier

Zunächst wird der Zielsystemaufbau für ein altengerechtes Quartier erläutert, bevor die Leitlinien des Zielsystems dargestellt werden. Auf die für Handlungsmaßnahmen entscheidenden Ebenen der Handlungsfelder und -ziele wird im anschließenden Kapitel 4.2 ausführlicher eingegangen.

#### 4.1.1 Zielsystemaufbau für ein altengerechtes Quartier

Für die Anforderungen an ein altengerechtes Wohnquartier gilt es ebenfalls zunächst, für einen gewollten Zustand ein Planungsziel zu formulieren, bevor Maßnahmen zur Umsetzung entwickelt werden. In dieser Arbeit wird ein Wohnquartier als altengerecht verstanden, wenn es das selbstbestimmte und selbständige Leben im Alter ermöglicht. Basierend auf gegebenem Sachverhalten, stellt dies das normativ festgelegte und zu erreichende Oberziel als gewünschten zukünftigen Zustand dar. Alle weiteren Unterziele sind daraus abgeleitet und dienen der Erfüllung dieses Oberzieles. Die einzelnen Ziele können in unterschiedlichen Beziehungen zu einander stehen und miteinander verknüpft sein. Dabei können sie sich substi-

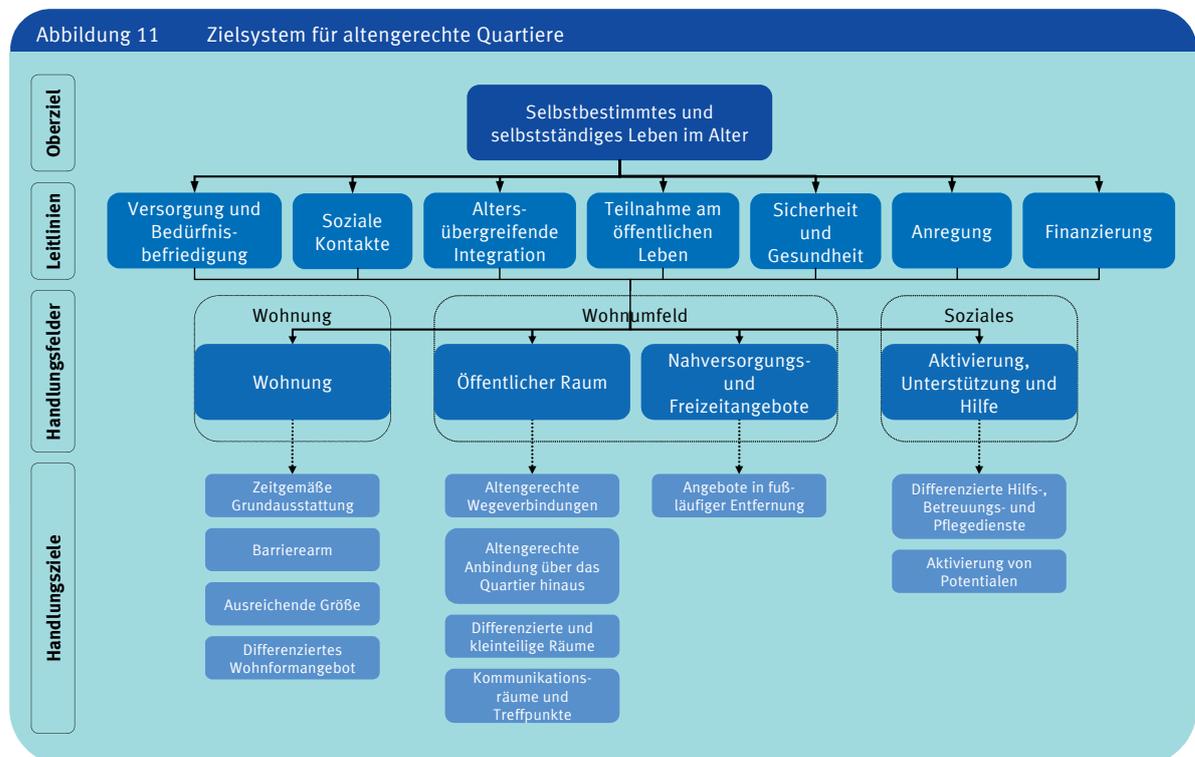
tuierend, komplementär, konkurrierend oder indifferent zueinander verhalten. Das Zielsystem verfügt über mehrere Zielebenen, bei dem mit jeder Ebene der Grad der Operationalisierung und Konkretisierung zunimmt. Dadurch werden die abstrakten und unprüfbaren Zielaussagen möglichst zu konkreten und nachprüfbar Zielen verfeinert.

#### 4.1.2 Leitlinien und Handlungsfelder für altengerechte Quartiere

Zunächst einmal werden für das Zielsystem altengerechter Quartiere Leitlinien für ein solches Wohnquartier dargelegt. Sie bilden das Gerüst der weiteren Zielplanung. Diese qualitativen Zielansprüche formulieren dabei wichtige Anforderungen und stellen eine erste Stufe der Konkretisierung dar. Zielgerichtete Maßnahmen erfordern aber eine weitere Ableitung von Unterzielen. Daher werden in einer weiteren Konkretisierung Handlungsfelder dargelegt, die zur Erfüllung der Leitlinien und damit des Oberziels führen sollen. Die Handlungsfelder haben dabei Einfluss auf die Erfüllung aller Leitlinien, wenn auch in unterschiedlich starkem Maße. In der Folge werden die einzelnen Handlungsfelder gegebenenfalls noch weiter ausdifferenziert in einzelne Handlungsziele, die von primär baulich-technischer, architektonischer, infrastruktureller oder organisatorischer Natur sein können. Einen Überblick über das gesamte Zielsystem gibt die Abbildung 11. Die ausführliche Darstellung der Handlungsfelder erfolgt im Kapitel 4.2.

##### Leitlinien altengerechter Quartiere

Die Leitlinien stellen die erste Form der Konkretisierung des Oberziels dar und basieren auf den bisherigen Erkenntnissen dieser Arbeit. Alle hier dargestellten Leitlinien tragen dazu bei, ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu führen. Dabei bestehen zum Teil



Quelle: Eigene Darstellung

enge Verknüpfungen untereinander, daher können sie nicht völlig unabhängig voneinander betrachtet werden. Bei den Leitlinien handelt sich um die Punkte

- Versorgung und Bedürfnisbefriedigung
- Soziale Kontakte
- altersübergreifende Integration
- Teilnahme am öffentlichen Leben
- Sicherheit und Gesundheit, Anregung und
- Finanzierbarkeit.

Ein altengerechtes Wohnquartier sollte es demnach den Bewohnerinnen und Bewohner im Sinne der *Versorgung und Bedürfnisbefriedigung* ermöglichen, sich mit den nötigen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen und seine Bedürfnisse zu befriedigen. Dies umfasst auch das Bedürfnis nach Freizeitangeboten und geht über die reine Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs hinaus. Dies wird der stärkeren Wohnviertelbezogenheit älterer Menschen gerecht. Kapitel 3.2 zeigt, dass für ältere Menschen eine große Bandbreite von unterschiedlichen, auch außerhäuslichen, Freizeitaktivitäten eine Rolle spielen. Gleichzeitig wurde die Bedeutung von Tätigkeiten zur Interessenverwirklichung für das Lebensgefühl und die Lebenszufriedenheit dargelegt. Wie wiederum Kapitel 3.5 darlegt, kann Mobilität als die Möglichkeit seine Bedürfnisse zu befriedigen definiert werden und dient nicht allein zur Überwindung von Wegedistanzen. Durch die Möglichkeit Aktivitäten ausüben zu können und Bedürfnisse zu befriedigen, wird also Mobilität gewährleistet. Zur Versorgung und Bedürfnisbefriedigung trägt aber auch wesentlich die eigene Wohnung bei. Daher muss auch sie die selbstbestimmte und selbständige Versorgung und Bedürfnisbefriedigung im Alter unterstützen.

In Kapitel 3.3 wurde die Bedeutung *sozialer Kontakte* für das persönliche Wohlbefinden und den Aufbau sozialer Netze als Unterstützungspotential und Alternative zu familiären Netzwerken dargelegt. Der hohen Bedeutung für praktische Hilfeleistungen und der subjektiv empfundenen Lebensqualität entsprechend, sollten soziale Kontakte durch die Gegebenheiten im Wohngebiet gefördert werden. So bilden Begegnungs- und gemeinsame Aktivitätsmöglichkeiten eine zentrale Voraussetzung zum Aufbau sozialer Netze. Dem dient insbesondere auch die *altersübergreifende Integration* älterer Menschen im Quartier, die zudem zur gleichmäßigeren Auslastung infrastruktureller Einrichtungen beiträgt. Ebenso spielt hierbei die *Teilnahme am öffentlichen Leben* eine wichtige Rolle, die zum Aufbau und der Pflege sozialer Netze unerlässlich ist. Darüber hinaus trägt sie auch wesentlich zum persönlichen Wohlbefinden bei und hat somit auch Einfluss auf die *Gesundheit*.

Im Alter stellt *Sicherheit* ein besonderes Bedürfnis dar. Dies ergibt sich zu großen Teilen aus den in Kapitel 3.4 beschriebenen körperlichen Einschränkungen im Alter. Auf diese veränderten Ansprüche muss im Hinblick auf die Minimierung von Unfallgefahren hingewirkt werden. Zusätzlich übernehmen Aspekte der Vertrautheit, der sozialen Kontrolle und Übersichtlichkeit eine entscheidende Rolle für das Sicherheitsgefühl der Bewohner. Über den Sicherheitsaspekt hinaus sollte das Wohnquartier den Gesundheitserhalt der Bewohner unterstützen und mit dazu beitragen, dass die im Alter auftretenden körperlichen Einschränkungen so begrenzt wie möglich in Erscheinung treten.

Das Wohnquartier sollte der Bewohnerin und dem Bewohner zudem geistig-seelische *Anregung* bieten. Im Alter ist es unverändert wichtig, die Sinne und den eigenen Geist anzuregen. Bei entsprechendem Training lassen kognitive Fähigkeiten im Alter nicht oder verzögert nach (vgl. Kapitel 3.4). Anregung trägt zudem viel zum persönlichen Wohlbefinden bei.

Als letzte Leitlinie sei hier der wichtige Punkt der *Finanzierbarkeit* genannt. Im Gegensatz zu den bisherigen Leitlinien, die sich überwiegend komplementär oder indifferent zueinander verhalten, handelt es sich bei der Finanzierbarkeit um eine in der Regel zu den anderen konkurrierende Leitlinie. Es ist aber unerlässlich, dass ökonomisch vertretbare Lösungen gefunden werden, um eine möglichst große Breitenwirkung zu erreichen. Dies begründet sich auf den zunehmenden finanziellen Problemen der öffentlichen Hand und anderer wichtiger Akteure wie auch auf der im Kapitel 3.6 näher erläuterten ökonomischen Situation der älteren Menschen. Finanzielle Überforderung kann ein wesentlicher Grund sein, warum im Alter ein nur noch eingeschränkt selbstbestimmtes und selbständiges Leben geführt werden kann.

Diese qualitativen Leitlinien stellen den Rahmen für das weitere Zielsystem dar. Zur besseren Anwendbarkeit wird das Zielsystem weiter zu Handlungsfeldern mit eigenen Handlungszielen konkretisiert, die zur Erfüllung der Leitlinien beitragen.

### *Handlungsfelder altengerechter Quartiere*

Zunächst lassen sich die Handlungsfelder für altengerechte Quartiere in zwei stärker räumlich ausgeprägte und einen eher sozial geprägten Bereich unterteilen. Für die Handlungsfelder dieser Bereiche lassen sich dadurch die weiteren Handlungsziele und mögliche Maßnahmen, um diese zu erreichen, leichter entwickeln und jeweiligen Akteuren zuordnen.

Ein Kernbereich für das Leben im Alter bildet dabei die eigene *Wohnung*, die ein Handlungsfeld darstellt. Der zentralen Funktion entsprechend, trägt dieser räumliche Bereich über alle Leitlinien wesentlich zum Erhalt eines selbstbestimmten und selbständigen Lebens bei.

Außerhalb der eigenen Wohnung spielt sich das Leben im *Wohnumfeld* des Quartiers ab. Eine weitere Ausdifferenzierung dieses räumlichen Bereiches ist sinnvoll. Zum einen in die im Wohnquartier angebotenen *Nahversorgungs- und Freizeitangebote*, die sich hauptsächlich durch standortgebundene Einrichtungen ausdrücken. Zum anderen in den *öffentlichen Raum*, in denen diese Einrichtungen, aber zum Beispiel auch die Wohnungen eingebettet sind. Dabei übernimmt der öffentliche Raum sowohl die wichtige Verbindungsfunktion innerhalb des Quartiers als auch eine wichtige Aufgabe als Aufenthalts-, Freizeit- und Kommunikationsraum. Damit kommt dem gesamten Wohnumfeld eine wichtige Bedeutung zur Erfüllung der Leitlinien der Versorgung und Bedürfnisbefriedigung, Teilnahme am öffentlichen Leben und der sozialen Kontakte zu. Es trägt allerdings nicht unwesentlich auch zur Anregung, Sicherheit und Gesundheit sowie altersübergreifenden Integration bei, während die Finanzierung auch hier eine konkurrierende Leitlinie darstellt.

Die im sozialen Bereich als Handlungsfeld *Aktivierung, Unterstützung und Hilfe* vereinten Handlungsziele haben durchaus auch räumliche Ausprägungen, werden aber eher durch

Fragen der Alten-, Sozial- und Gesundheitspolitik gekennzeichnet. So kommt dem wichtigen Bereich der Unterstützung und Hilfe die Aufgabe zu, älteren Menschen auch bei eintretenden körperlichen Einschränkungen weiterhin ein möglichst weit- reichend selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Quartier zu ermöglichen. Der Teilaspekt der Aktivierung stellt dabei eine besondere Möglichkeit dar, dieses Ziel auf eine Art und Weise zu erreichen, die sowohl zur Stärkung der sozialen Kontakte beiträgt als auch dem Anspruch der Finanzierbarkeit gerecht wird.

## **4.2 Die Handlungsfelder zur Schaffung altengerechter Quartiere und ihre einzelnen Handlungsziele**

Die einzelnen Handlungsfelder werden im Folgenden detaillierter beschrieben, unter anderem wird der Bezug zu den Leitlinien und dem Oberziel dargestellt. In einem weiteren Schritt werden die Felder in Handlungszielen weiter konkretisiert. Dabei wird versucht, diese Ansprüche zur klareren Handhabung möglichst zu quantifizieren. Während dies beispielsweise bei baulich-technischen Ansprüchen basierend auf Normen und/oder Erfahrungswerten gut möglich ist, müssen sich in einigen Fällen die Ansprüche auf qualitative Aussagen beschränken. Gerade in diesen Fällen stellen sich hohe Anforderungen an die planenden oder ausführenden Personen und Einrichtungen vor Ort. Zu beachten ist weiterhin, dass dieses Zielsystem möglichst allgemein gültig für Wohnquartiere gelten soll und von daher einen gewissen Abstraktionsgrad verlangt.

### **4.2.1. Handlungsfeld „Wohnung“**

Für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter kommt der Wohnung eine wesentliche Bedeutung zu, sie wird „...zum zentralen Aufenthaltsort einer Person, sie wird tatsächlich zum Lebensmittelpunkt, zum räumlich-sozialen Zentrum, in dem sich das alltägliche Leben abspielt“ (SAUP 1999: 45). Ältere Menschen sollten dabei in der Lage sein, in ihrer Wohnung alle erforderlichen Hausarbeiten selbst zu erledigen, auch wenn körperliche Einschränkungen eintreten. Dadurch wird die Unabhängigkeit erhalten und Fähigkeiten trainiert. Der eigene Haushalt ist aber auch darüber hinaus ein emotionsgeladener Ausdruck der eigenen Kompetenz und Kontinuitätsaspekt des eigenen Lebens. Die Wohnung ist nicht nur Handlungs- sonder auch Wahrnehmungs- und Gefühlsraum (vgl. SAUP 1999: 46f). Dem muss sie gerecht werden, damit man sich dort auch im Alter tatsächlich „zu Hause“ fühlt. Es geht also um mehr, als eine möglichst funktionale Gestaltung im Hinblick auf das Alter. Dazu gehört auch die Bedeutung der Wohnung als Raum, in dem soziale Kontakte gepflegt werden können. Empfang, Bewirtung und Beherbergung von Gästen sind unter diesem Gesichtspunkt wichtige Anforderungen, die eine Wohnung erfüllen sollte.

Neben der Unterstützung beim Ausüben alltäglicher Arbeiten im Haushalt – zu der auch die Körperpflege gezählt werden muss - sollte die Wohnung als Kristallisationspunkt des Lebens Ausdruck der eigenen Identität sein können, zudem Anregung bieten und als Kommunikationsraum der Pflege sozialer Kontakte dienen können. Dafür sollte die Wohnung über eine

zeitgemäße Grundausstattung verfügen, möglichst barrierearm sein und eine ausreichende Größe haben.

Die Wohnform kann einen großen Einfluss auf das Leben im Alter haben. Sie ist eine typische und etablierte Maßnahme, um sich entweder auf das Alter vorzubereiten oder auf altersbedingte Veränderungen zu reagieren. Einen Überblick über die verschiedenen Wohnformen und die sich daraus ergebenden Chancen wird im Rahmen des Kapitel 6 gegeben. Ausdrücklich erwähnt sei hier allerdings, dass ein differenziertes Angebot von Wohnformen für das Alter vorherrschen sollten, wobei gerade den „neuen Wohnformen“ für das Alter eine besondere Bedeutung zukommt.

Im Folgenden werden daher eher baulich-technische Ziele für das Handlungsfeld Wohnung näher erläutert. Abbildung 12 gibt einen Überblick über die Ziele im Handlungsfeld Wohnung.

### Abbildung 12 Handlungsfeld „Wohnung“

*Hausarbeiten und Körperpflege sollen so lange wie möglich selbstbestimmt und selbständig erledigt werden können. Zudem soll die Wohnung Ausdruck der persönlichen Identität der Bewohner sein und als Kommunikationsraum dienen können.*

- Zeitgemäße Grundausstattung der Wohnung
- Barrierearme, möglichst barrierefreie Wohnung
- Ausreichende Größe zur persönlichen Gestaltung oder Gästeempfang, ohne bei der Haushaltspflege zu überfordern
- Differenziertes Wohnangebot im Quartier

Quelle: Eigene Darstellung

### *Zeitgemäße Grundausstattung der Wohnung*

Altengerechte Wohnungen sollten möglichst über eine zeitgemäße Grundausstattung verfügen. Die meisten Wohnungen in Deutschland entsprechen zwar diesen Anforderungen, gerade ältere Menschen wohnen allerdings überproportional häufig in unmodern ausgestatteten Wohnungen. Dies erklärt sich aus der vorherrschenden langen Wohndauer von älteren Menschen in der jetzigen Wohnung ebenso, wie aus Kohorteneffekten mit niedrigerem Anspruch an die Wohnungsausstattung.

Eine nicht zeitgemäße Grundausstattung der Wohnung bedeutet allerdings für ältere Menschen ein besonderes Risiko in Hinblick auf ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter. Gemäß der Definition der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zum 2. Altenbericht „Wohnen im Alter“, wird hierbei als zeitgemäß die Ausstattung mit Sammelheizung sowie Bad und WC innerhalb der Wohnung verstanden (vgl. BMFSFJ 1998: 102). Der Gestaltung von Bad und WC kommt im Hinblick auf Sicherheit und Versorgung generell eine erhöhte Bedeutung zu, so dass diese als außerhalb der Wohnung gelegene Lösung nicht als akzeptabel angesehen werden kann. Sammelheizungen wiederum stellen über eine ohne größeren Aufwand zu erreichende Innentemperatur eine entscheidende Wohnkomfortsteigerung im Hinblick auf Arbeits- und Zeitaufwand sowie gegebenenfalls Schmutzentwicklung dar und fördern damit ein selbständiges Leben.

Die aktuellsten vorliegenden Daten aus dem Jahr 1993 weisen entsprechend den Kriterien über 70% der Wohnungen der über 65jährigen als modern aus. Dies entsprach etwa 2,35 Millionen Wohnungen, wobei davon etwa drei Viertel lediglich nicht über eine Sammelheizung verfügten, was als weniger schwerwiegend als die fehlende Ausstattung mit Bad und/oder WC angesehen werden kann. Davon waren 1993 immerhin noch 7% der Wohnungen älterer Menschen betroffen, also immerhin noch ca. 600.000 Wohnungen. Eine Zahl, die etwa genauso hoch war, wie die Zahl der Alten- und Pflegeheimplätze (vgl. BMFSFJ 1998: 94). Dabei waren 1993 noch gravierende Unterschiede zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland festzustellen. Insbesondere die Altbaugebiete in den neuen Bundesländern wiesen noch erhebliche Mängel auf. (Vgl. Tabelle 11 und BMFSFJ 1998: 102f) Es ist davon auszugehen, dass sich die

Tabelle 11 Ausstattungsmängel von Wohnungen älterer Menschen 1993 (65 Jahre und älter)			
	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Ausstattungsmängel („nicht modern“)	ca. 29%	ca. 23%	ca. 58%
keine Sammelheizung („leichte Mängel“)	ca. 22%	ca. 20%	ca. 32%
kein Bad und/oder WC („Substandard“)	ca. 7%	ca. 3,4%	ca. 26%
darunter kein WC kein Bad	ca. 4,8%	ca. 1,5% ca. 2%	ca. 20% ca. 6,4%

Situation hier in den letzten zwölf Jahren deutlich verbessert hat. Generell ist festzuhalten, dass sich der Anteil der gemäß dieser Definition als unmodern eingestuft Wohnungen weiter verringern wird. Für die Minderheit der betroffenen älteren Personen stellen sie allerdings ein großes Problem dar.

Quelle: Eigene Darstellung nach BMFSFJ 1998: 103f

### Barrierearme Wohnung

Ein zentraler Punkt, um trotz körperlicher Einschränkungen weiterhin ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben führen zu können, ist die barrierefreie Ausgestaltung der Wohnung. Ermöglicht wird durch Barrierefreiheit „... die uneingeschränkte Nutzung aller Gegenstände, Gebrauchsgüter und Objekte durch alle Menschen, unabhängig einer körperlichen, geistigen oder visuellen Einschränkung und weitestgehend ohne fremde Hilfe“ (MSWKS 2003: 6). Zu unterscheiden ist zwischen barrierefreien Wohnungen und behindertengerechten Wohnungen. Erstere sind „Universalwohnungen“, die bauliche Mindestanforderungen erfüllen und dazu konzipiert sind, von allen Menschen gleichermaßen benutzt werden zu können. Explizit behindertengerechte Wohnungen sind dagegen „Spezialwohnungen“, die konsequent auf die besonderen Ansprüche ihrer Bewohnerinnen und Bewohner zugeschnitten sind. In den Planungsgrundlagen drückt sich dieser Unterschied in der DIN 18025 für den Wohnungsbau aus. Die DIN 18025 untergliedert sich in den Teil 1, „Barrierefreie Wohnungen für Rollstuhlbenutzer“ und mithin eine behindertengerechte Wohnung, und den Teil 2, der als Standard für die barrierefreie Wohnung im Sinne einer „Universalwohnung“ gelten kann.<sup>6</sup>

Untersuchungen zeigen, dass die größten Probleme älterer Menschen bei der Nutzung der sanitären Anlagen liegen, ebenfalls problematisch ist häufig der Zugang zu den Wohnungen, insbesondere Treppensteigen (vgl. BMFJFS 2002: 107f). Daraus leitet sich der Anspruch nach

einem Zugang zur Wohnung ohne Stufen und Schwellen ab, die auch innerhalb der Wohnung nicht vorhanden sein sollten. Für das Bad bedeutet dies die Forderung nach einer bodengleichen Dusche, Möglichkeiten der einfachen Nachrüstung von Haltegriffen, rutschfesten Belägen, einer nach außen öffnenden Tür, die im Notfall auch von dort entriegelt werden kann. Dies stellt nur einige zentrale Punkte Ausschnitt der Anforderungen dar. Basierend auf der DIN 18025-2 und ergänzend dazu gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Übersichten und Planungshilfen für die barrierefreie Gestaltung speziell für ältere Menschen, die sehr detaillierte Hinweise für die bauliche Gestaltung liefern (z.B. NARTEN 2004). Aus Platzgründen soll darauf verzichtet werden, diese hier detaillierter darzustellen.

Im Neubau lassen sich barrierefreie Wohnungen mittlerweile zu großen Teilen kostenneutral verwirklichen, sei es z.B. bei Türbreiten, Zugangsbereichen, Teilen der Sanitärausstattungen, Fenstern oder Schwellenfreiheit. Für eine Reihe von Ausstattungen sind allerdings Mehrkosten zu veranschlagen, zum Beispiel für die Ausstattung im Sanitärbereich oder zusätzliche Handläufe. Das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW nennt, ohne den Einbau eines Aufzuges, einen finanziellen Mehraufwand der Gesamtbaukosten von 0,5% bis 3% für die Barrierefreiheit nach DIN 18025-2 (vgl. MSWKS 2003: 9). Die Landesbauordnung NRW schreibt seit 2000 bei Neubauten mit mehr als zwei Wohneinheiten vor, dass mindestens die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen (vgl. § 49, Abs. 2 BauO NRW). Entscheidend sind hierbei auf jeden Fall die Kompetenzen und Kenntnisse der jeweiligen Planerinnen und Planer.

Stark vertuernd kann ein Aufzug wirken, der ein durchaus wünschenswertes Qualitätsmerkmal darstellt, allerdings auch nicht unbedingt notwendig sein muss. Die DIN 18025-2 verlangt dementsprechend nicht zwingend einen Aufzug. Die Investitionskosten für einen Aufzug machen zwischen 2% und 12% der Gebäudekosten aus, hinzu kommen die Betriebskosten, welche sich nach einer Untersuchung des Instituts für Bauwesen des Landes NRW durch einen Aufzug um durchschnittlich 1,5 Euro pro qm Wohnfläche und Jahr erhöhen (vgl. MSWKS 2003: 8f). Da die Anzahl der mit einem Aufzug erschlossenen Wohneinheiten für die Kosten entscheidend sind, hat dies mit dazu beigetragen, dass im barrierefreien Wohnungsbau sich der Laubengang als am häufigsten vertretender Erschließungstyp durchgesetzt hat (vgl. BStMI 1995: 18).

Seit 1998 müssen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich alle öffentlich geförderten Mietwohnungen barrierefrei gebaut werden, wobei aus Gründen der finanziellen Belastung ein Aufzug nicht vorgeschrieben ist. Als Mindeststandard wird verlangt, dass

- „der Zugang zum Haus ohne Stufen und Schwellen erreichbar ist
- innerhalb der Wohnungen keine Stufen, Schwellen oder untere Türanschläge vorhanden sind

---

<sup>6</sup> Seit 1997 läuft die Arbeit einer Zusammenfassung und Qualifizierung von unterschiedlichen Normen zur neuen DIN 18030 durch den Normenausschuss „Barrierefreies Bauen“. Im November 2002 wurde der erste Entwurf als DIN 18030-E der Öffentlichkeit vorgestellt. Aufgrund der zahlreichen Einsprüche innerhalb der dreimonatigen Frist (über 130) wurde beschlossen, einen zweiten Entwurf zu erarbeiten und herauszugeben. Ursprünglich für Mitte 2004 geplant, ist dies bisher noch nicht geschehen.

- der Sanitärbereich mit einem bodengleichen Duschplatz ausgestattet ist
- die lichten Türbreiten innerhalb der Wohnungen und von Aufzügen, Haus- und Wohnungseingängen sowie alle Bewegungsflächen und ggf. Rampen, ..der DIN 18025, Teil 2 entsprechen“ (vgl. MSWKS 2003: 7).

Im Neubau sind die Anforderungen an eine barrierefreie Gestaltung also bereits mit einem geringen finanziellen Mehraufwand möglich. Hier sollte eine barrierefreie Ausgestaltung zum generellen Standard werden, was allerdings noch nicht der Fall ist. Darauf wurde auch im Zweiten Altenbericht zum „Wohnen im Alter“ hingewiesen:

„Die Kommission macht darauf aufmerksam, daß trotz vorliegender Erfahrungen...die Umsetzung von barrierefreien Siedlungs- und Bauvorhaben noch keine Selbstverständlichkeit in der kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Alltagspraxis ist. Unter dem sich verstärkenden kurzsichtigen Kosten- und Verwendungsdruck scheint im Gegenteil die Idee der barrierefreien Stadt wieder schwieriger als am Ende der 80er Jahre zu verwirklichen zu sein... (BMFSFJ 1998: 210f).

Weiterhin wird allerdings dem Bestand eine wesentliche Bedeutung zukommen. Hier gilt es, durch Anpassungen im Zuge von Umbauten oder Modernisierungen aktiv zu werden. Durch die Gegebenheiten wird dabei in den meisten Fällen die vollständige Herstellung eines barrierefreien Wohnraumes mit einem sehr hohen bautechnischen und finanziellen Aufwand verbunden sein. Daher ist auch im Vorwort der DIN 18025 ausdrücklich davon gesprochen worden, dass diese im Bestand sinngemäß anzuwenden sei (vgl. NARTEN 2004: 28). Allerdings gibt es auch in diesem Bereich viele kostengünstige Möglichkeiten der Barrierereduzierung. Zudem sollten anstehende Modernisierungsmaßnahmen genutzt werden, um dann kostenneutrale Anpassungsmaßnahmen durchzuführen. Auch im Bestand ist der nachträgliche Einbau von Aufzügen die teuerste mögliche Anpassungsmaßnahme. Gerade bei der im Bestand häufig vorherrschenden Erschließung mit Spännertypen und kostengünstigen zweiläufigen Treppen ohne Treppenauge kann ein Aufzug unter finanziellen Gesichtspunkten kaum nachgerüstet werden.<sup>7</sup> Allerdings gilt auch hier, dass dies nicht notwendig sein muss, da es nicht zwingend darauf ankommt, eine vollständig barrierefreie Wohnung zu erreichen, sondern so viele Barrieren wie möglich abzubauen. Solche barrierearmen Wohnungen können bereits eine große Unterstützung beim selbständigen Leben im Alter darstellen. RENATE NARTEN (2004: 28) schlägt vor, als Maßstab „...sollte der ältere (oder auch jüngere) Mensch dienen, der nach einem Unfall oder nach einem Schlaganfall für begrenzte Zeit auf einen Gehwagen oder einen Rollstuhl angewiesen ist. Für ihn ist es wichtig, nach dem Krankenhausaufenthalt wieder in die eigene Wohnung zurück zu können und nicht über Monate hinweg in einem Heim leben zu müssen. Gerade für ältere Menschen gibt es dann häufig kein Zurück mehr“. Vor diesem Hintergrund ist es nicht entscheidend, wenn auch wünschenswert, die Wohnung innerhalb des Hauses treppenfrei zu erreichen, da sich für einen gewissen Zeitraum das Leben auch auf die

<sup>7</sup> Bei dieser Treppenform ist eine Nachrüstung mit einem Außenaufzug nicht möglich. Dieser würde nur die Zwischenpodeste der Treppe erreichen und wäre somit nutzlos. Ein Einbau müsste also auf der Gebäudeinnenseite des Treppenhauses erfolgen, was nur mit kostspieligen Umbauten möglich wäre.

eigene Wohnung beschränken kann. Unabdingbar ist es aber, innerhalb der Wohnung trotz Einschränkungen weitgehend selbständig leben zu können.

Daher sollten die Wohnungen möglichst barrierearm ausgestaltet sein, im Idealfall barrierefrei. Die vom Land NRW verlangte „Mindestbarrierefreiheit“ sollte dabei als Maßstab dienen. Ergänzend dazu sollten auch im Haus zur Wohnung führende Treppen der DIN 18025-2 entsprechen<sup>8</sup> und die Möglichkeit einer nachträglichen Aufzugsnachrüstung möglichst vorgesehen werden. Eine weiter gehende ergonomisch angepasste Wohnungs- und Gebäudeausstattung ist wünschenswert.

Von entscheidender Bedeutung ist allerdings auch, dass durch eine barrierearme Wohnung keine übermäßige Mietbelastung auftritt. Gerade in der Folge von Modernisierungen können auftretende Mietpreissteigerungen letztlich zu einem gegenteiligen Effekt führen, wenn sie zur Verdrängung der Mieterinnen und Mieter führen. Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer können bauliche Maßnahmen größeren Umfangs gegebenenfalls finanziell ebenfalls stark belasten. Dies gilt analog für die zeitgemäße Ausstattung der Wohnung.

### *Ausreichende Größe*

Zur Unterstützung eines selbstbestimmten und selbständigen Lebens im Alter gehört neben der Barrierefreiheit auch eine angemessene Größe der Wohnung. Im Sinne einer Barrierebeseitigung sollte in allen Räumen genügend Bewegungsfläche vorhanden sein. Auch die Möglichkeit, Hausarbeiten möglichst lange selbständig durchführen zu können, verlangt einige Voraussetzungen an die Wohnungsgröße. So sollte im Bad ein Waschmaschinenstellplatz zur Verfügung stehen und neben ausreichend Bewegungsspielraum auch Platz sein, um z.B. einen Stuhl aufzustellen. Große Küchen sind hilfreich, damit bei eingeschränkter Bewegungsmöglichkeit alle benötigten Küchenutensilien in leicht erreichbarer Höhe untergebracht werden können. Wichtig ist im Küchenbereich auch ein Tisch als Essplatz und zum sitzenden Küchenarbeiten durchführen.

Neben der Haushaltsführung kommt der Wohnung eine wichtige soziale Bedeutung zu. Um dieser gerecht zu werden, sollte die Wohnung Anregungscharakter besitzen und Lebensfreude fördern. Dafür nehmen die persönliche Gestaltung oder auch die eigenen Möbel als emotionsgeladene Gegenstände eine wichtige Rolle ein, wofür der entsprechende Raum benötigt wird (vgl. dazu auch Kapitel 3.7). Die Wohnung übernimmt aber auch eine wichtige Funktion zur Pflege sozialer Kontakte. Daher müssen die Voraussetzungen gegeben sein, um Gäste empfangen zu können, was den entsprechenden Platz und das Mobiliar verlangt, um Gäste bewirten und beherbergen zu können.

Über lange Zeit wurden in der Architektur spezieller Altenwohnungen andere Grundsätze verfolgt. So war die ideale Altenwohnung möglichst klein und hatte breite Türen, keine Schwellen, war über einen Fahrstuhl erreichbar und verfügte über wenig Mobiliar. Die alten

---

<sup>8</sup> Zum Beispiel über beidseitige Handläufe, keine gewendelten Treppen oder Stufenunterschneidungen, ausreichende Beleuchtung und rutschfestes Material verfügen.

Menschen sollten damit möglichst wenig Gefahren ausgesetzt und von jeglicher Hausarbeit entlastet werden. Letztlich wurden sie damit aber auf die reine Fortbewegung reduziert, die Wohnung führte zu Passivität und zur Abnahme sozialer Kontakte. (Vgl. NARTEN 1999: 83 und auch Kapitel 3.1 zu defizitorientierten Altersbildern und der Disengagementtheorie)

Vor diesem Hintergrund sind bei alten Menschen bereits heute 1-Zimmer Wohnungen sehr unbeliebt, weil sie die Ansprüche nicht befriedigen können. Zudem wird ungern im selben Raum geschlafen und tagsüber gewohnt (vgl. NARTEN 2004: 17). Im Rahmen des EXWoSt-Forschungsprojektes „Ältere Menschen und ihr Wohnquartier“ wurde festgehalten, dass für altengerechte Wohnungen ein Raum mehr als die Anzahl der Haushaltspersonen erforderlich ist (BMRBS 1995: 23). Mit ihrer Angabe, dass als Mindeststandard eine 2-Zimmer Wohnung mit einer Wohnfläche von ca. 60 qm angenommen werden sollte, bestätigt RENATE NARTEN dies (vgl. NARTEN 2004: 18). In Zukunft werden vermutlich auch vermehrt 3-Zimmer Wohnungen nachgefragt werden, bei denen das dritte Zimmer als Gäste- oder Hobbyzimmer geschätzt wird. Darauf deuten auch die Umfrageergebnisse des bereits erwähnten Forschungsprojektes der Schader-Stiftung zu den Umzugswünschen älterer Menschen deutlich hin (vgl. HEINZE 1997: 53f).

In neu gebauten Wohnanlagen speziell für ältere Menschen (z.B. „Betreutes Wohnen“) werden so große Wohnflächen häufig nicht finanzierbar sein, wogegen die Miete in den Bestandswohnungen für eine größere Wohnfläche wesentlich eher aufgebracht werden dürfte.

Durch passive Wohnraumvergrößerung in Folge des Auszuges der Kinder oder des Verlassens oder Todes Partnerin oder des Partners, kann es allerdings im Alter auch zu groß gewordene Wohnflächen geben. Haushaltsführung und Unterhalt können dann die körperlichen und finanziellen Möglichkeiten überfordern.

*Differenziertes Angebot von Wohnformen, insbesondere der „neuen Wohnformen für das Alter“*

In den letzten 20 Jahren haben sich verstärkt neue Wohnformen für das Alter entwickelt, die zu einem selbstbestimmten und selbständigen Leben im Alter wesentliche Beiträge leisten, wobei gerade die häufig explizit gemeinschaftliche Ausrichtung hervorgehoben werden muss. Damit haben sie häufig auch positive Auswirkungen auf das gesamte Wohnquartier. Auch wenn ein großer Teil der alten Menschen weiterhin in konventionellen Wohnungen leben wird, so kommt den neuen Wohnformen eine hohe Bedeutung und oft auch hohe Hoffnung zu. Näher eingegangen wird darauf im Kapitel 6.

#### **4.2.2 Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“**

Hinter der Schwelle der Wohnungstür beginnt das Wohnumfeld. Neben den Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen macht dies im Wesentlichen der Öffentliche Raum aus, welcher sich noch weiter ausdifferenzieren lässt in halbprivate, halböffentliche und öffentliche Räume.<sup>9</sup> In seiner Gesamtheit kommt ihm eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen der eigenen Wohnung und potentiellen Zielen im Quartier und darüber hinaus zu. Abhängig davon, wie

gut der öffentliche Raum diese Funktion auch bei gegebenen körperlichen Einschränkungen unterstützt, beeinflusst er die Mobilität des einzelnen Menschen und damit die Möglichkeiten eines selbstbestimmten und selbständigen Lebens. Da im Alter die Füße das wichtigste Fortbewegungsmittel sind, gilt es vor allem die Fußwegeverbindung in einer entsprechenden Qualität auszugestalten.

Zugleich gilt aber auch, „zufußgehen bedeutet nicht nur Überwindung von Entfernungen, es ist ebenso ein geistig, seelisches Erlebnis der Umwelt...“ (PRINZ 1993: 65). Dazu bietet die Fortbewegung, aber auch der bewusste Aufenthalt im öffentlichen Raum die Möglichkeit sozialer Kontakte, der Kommunikation oder auch einfach nur der passiven Teilnahme am Geschehen. „Nicht wenige [ältere Menschen] gehen z.B. täglich zum Supermarkt, nur um auf dem Weg dorthin andere Menschen zu treffen“ (NARTEN 2004: 108; eigene Anmerkung). Dies unterstreicht die besondere Bedeutung des öffentlichen Raumes, welche über die Gewährleistung einer möglichst „reibungslosen“ Raumüberwindung hinausgeht.

Der öffentliche Raum nimmt also eine wichtige Rolle bei dem Erhalt körperlicher Fitness, geistiger Beweglichkeit und sozialer Kontakte ein. Daher sollte er dazu einladen, sich darin fortzubewegen und aufzuhalten, damit er seiner Bedeutung auch gerecht werden kann. Aufenthalt und Bewegung im öffentlichen Raum sollten möglichst angenehm und sicher sein, damit die eigene Wohnung häufiger verlassen wird. Wesentlich sind dabei die Fortbewegung gewährleistenden Fußwegeverbindungen. Zudem kommt der Gestaltung des öffentlichen Raumes im Hinblick auf eine anregende Wirkung und die Unterstützung von sozialen Kontakten und Kommunikationsmöglichkeiten eine hohe Bedeutung zu. „Sicherheit, Schönheit, Anreize, Sitzen... all dies sind Voraussetzungen, um die älteren Menschen zum Gehen zu bewegen. Und erst wenn sie die Füße oder den Rollstuhl vor die Türe setzen, können Versorgungsgänge für ihr ‚alltägliches‘ Leben angegangen werden.“ (MÜNSTERJOHANN 2004: 33) Gerade im Hinblick auf die Umsetzung qualitativer Aspekte, wird immer die besondere Kreativität der planenden Personen und Instanzen verschiedener Disziplinen gefragt sein.

Nicht alle Bedürfnisse und Wünsche werden im Quartier befriedigt werden können. Den Verbindungen über das Quartier hinaus kommt eine wichtige Bedeutung zu, sei es um Erledi-

Abbildung 13 Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“

*Der Aufenthalt und die Bewegung im Freien sollen anregen und dabei angenehm und sicher sein.*

- Sichere Fußwegeverbindungen, insbesondere im Hinblick auf den Kontakt mit fahrendem Verkehr und Barrierearmut, möglichst Barrierefreiheit
- Altengerechte ÖPNV und Radwegeverbindungen über das Quartier hinaus
- Differenzierte und kleinteilige Räume
- Kommunikationsräume und Treffpunkte

Quelle: Eigene Darstellung

<sup>9</sup> Die Abstufungen von „halbprivat“ und „halböffentlich“ werden zur genaueren Differenzierung für Übergangsbereiche zwischen privaten und öffentlichen Räumen benutzt. Beispiele dafür wären die hausinterne Erschließung, Vorgärten oder Wohnwege. Eine einheitliche Definition zur Abgrenzung der Räume gibt es nicht.

gungen zu tätigen, Freunde und Verwandte zu treffen oder Freizeitangebote wahrzunehmen. Daher sollten sowohl die Verbindungen mit ÖPNV als auch die Radwegeverbindungen das Quartier altengerecht mit der weiteren Umgebung verbinden.

#### *Altengerechte Fußwegeverbindungen*

Grundvoraussetzung für eine freie und angenehme Beweglichkeit im Wohnumfeld ist eine sichere Wegegestaltung und -planung. Wie für den barrierefreien Wohnungsbau, gibt es auch für die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes eine DIN-Norm, die DIN 18024-1, welche als Planungsgrundlage herangezogen werden kann.

Als grundlegende Anforderung an sichere Fußwegeverbindungen können zunächst einmal ebene und rutschfeste Bodenbeläge genannt werden, was beispielsweise den Verzicht auf Kopfsteinpflaster bedeuten kann, aber auch gesteigerten Anspruch an die Pflege der Fußwege stellt, da unebene Bodenplatten oder Schlaglöcher Sicherheitsrisiken darstellen und die Fortbewegung einschränken.

Ebenfalls wichtig sind geringe Quergefälle und Steigungen, um die Fortbewegung nicht zu behindern. Nach der DIN 18024-1 sollen barrierefreie Wege möglichst keine Steigung über 3% haben. Beträgt sie zwischen 3% und 6%, so müssen im Abstand von zehn Metern Verweilplätze angeboten werden. Für das Quergefälle sind maximal 2% erlaubt. Sind für eine Höhenüberwindung Stufen notwendig, so müssen nach der DIN 18024-1 zusätzlich auch immer Rampen mit einer maximalen Steigung von 3% angeboten werden. Falls dies nicht möglich ist, so sollten im Sinne einer barrierearmen Gestaltung zumindest beidseitige Handläufe vorhanden sein. (Vgl. NARTEN 2004: 108)

Sichere Fußwegeverbindungen verlangen aber auch eine Mindestbreite der Wege. Da ältere Menschen häufig eine Gehilfe benötigen oder in Begleitung unterwegs sind, ist es für sie besonders wichtig, dass diese eingehalten werden. Die DIN 18024-1 fordert für Gehwege eine Mindestbreite von 150cm. In Sichtweite, höchstens jedoch 18m Abstand, sollten sich zudem mindestens zwei Meter breite und zweieinhalb Meter tiefe Begegnungsflächen befinden. (Vgl. NARTEN 2004: 109) Dies kann allerdings in der Tat nur als Mindeststandard gesehen werden. Basierend auf der EAE 85/95 sollten für Fußwege nach Möglichkeit eine Breite von zwei Metern, auf wichtigen Verbindungen von drei Metern, nicht unterschritten werden (vgl. FGSV 1995 nach BRUNSING ET AL. 1999: 51). Wichtig ist, dass die Gehwege nicht blockiert werden. Insbesondere parkende Autos können hierbei ein Problem darstellen. Für ältere Menschen bietet außerdem die Trennung von Verkehrsflächen eine höhere Sicherheit. Daher sollten Fuß- und Radwegesysteme möglichst getrennt voneinander geführt werden. Unter Sicherheitsaspekten kommt zudem der guten Ausleuchtung der Wege eine hohe Bedeutung zu.

Ruhemöglichkeiten bieten die Gelegenheit, auf längeren Wegen eine Pause einzulegen. Zugleich können sie, bei geschickter Anordnung, als Treffpunkt und Kommunikationsraum dienen. Für längere Wegstrecken kommt bei älteren Menschen auch dem Vorhandensein öffentlicher Toiletten eine besondere Bedeutung zu.

Eine besondere Gefährdung für Fußgänger stellt der Kontakt mit dem motorisierten Individualverkehr dar. Daher gilt es generell, die wenig geschützten Verkehrsteilnehmer Fußgänger besonders zu schützen. Für ältere Fußgängerinnen und Fußgänger gilt dieser Anspruch umso stärker. Die Verkehrsabwicklung und Gestaltung der Verkehrsflächen entscheiden wesentlich über die Mobilität zu Fuß. Eine besondere Barriere stellen stark befahrene Straßen dar. Wohnumfeldbeobachtungen zeigen eindrucksvoll auf, wie ältere Menschen bei Versuchen scheitern, stark befahrene Straßen zu überqueren (vgl. BMRBS 1995: 27). Hier gilt es, ausreichend Querungshilfen an den richtigen Stellen anzubieten, die auch an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst sind. Dies betrifft zum Beispiel die Räumungszeiten an Lichtsignalanlagen, die auch für ältere Menschen ausreichend lang sein müssen, da die Gehgeschwindigkeiten im Alter nachlassen (vgl. BRUNSING ET AL. 1999: 47).

Da durch Lärm- und Schadstoffemissionen ältere Menschen besonders belastet werden und ebenso die Gefährdung durch hohe Fahrzeuggeschwindigkeiten für ältere Menschen besonders hoch ist, empfiehlt es sich Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Wohnquartier durchzuführen.

Fußgängerinnen und Fußgänger sind immer besonders umwegempfindlich, mit eingeschränkten körperlichen Fähigkeiten gilt dies umso mehr. Die Fußwegesysteme sollten daher eine durchgängige und zielgerichtete Wegestruktur haben, bei denen die Hauptwegeverbindungen mit höchster Priorität den aufgeführten Bedürfnissen angepasst werden sollten.

#### *Seniorenfreundlicher ÖPNV und Radwegeverbindungen über das Quartier hinaus*

Es wird immer wieder Gelegenheiten geben, zu denen das Wohnquartier verlassen werden muss oder soll. Sei es, um besondere Erledigungen durchzuführen, Freizeitangebote wahrzunehmen, Freunde oder Verwandte zu besuchen oder einfach nur den Horizont im Alltag zu erweitern. Von daher ist es wichtig, diese Fortbewegung über das Quartier hinaus auch ohne Pkw vornehmen zu können. Dabei spielt sowohl der ÖPNV als auch der Radverkehr eine wichtige Rolle.

Neben der Raumüberwindungsfunktion spricht für das Fahrrad insbesondere auch noch sein Beitrag zum körperlichen Wohlbefinden als sportliche Betätigung. Von daher hat das Radfahren von allen sportlichen Betätigungen eine übergeordnete Bedeutung für die körperliche Betätigung im Alter (vgl. GROßHANS 2001: 37). Für das sichere Radfahren ist vor allem ein möglichst kreuzungsfreier, breiter und selbständig geführter Radweg notwendig. Ein durchgehendes Radwegenetz, gute Ausschilderung und genügend Abstellplätze für die Räder bieten eine zusätzliche Erleichterung bei der Radnutzung.

Der ÖPNV ermöglicht es, die Stadt oder Region wesentlich weitläufiger zu nutzen als mit dem Rad oder zu Fuß. Dadurch stehen dem Menschen wesentlich mehr Nutzungsoptionen des gesellschaftlichen Lebens offen. Für den ÖPNV gilt neben der Forderung nach einem barrierefreien Zugang zu den Verkehrsmitteln, vor allem die in Kapitel 3.5.2 bereits erläuterten Probleme der Orientierung und Information zu lösen. Hinzu kommen Forderungen nach Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit. Gerade beim ÖPNV handelt es sich um eine Aufgabe, für die auf

Quartiersebene nur ein begrenzter Beitrag geleistet werden kann.

#### *Differenzierte und kleinteilige Räume*

Eine ansprechende, Anregung bietende, Gestaltung des öffentlichen Raumes ist wichtig. Dabei gilt es, abwechslungsreiche Räume zu schaffen, die Neugierde zu wecken und zu befriedigen, die Phantasie und Sinne anzuregen, ohne sie zu überlasten. Je kleinteiliger das Wohnumfeld gestaltet ist, je mehr unterschiedliche Dinge auf kurzer Strecke entdeckt und betrachtet werden können, desto interessanter und anregender wird es von älteren Menschen auch bei eingeschränkter körperlicher Mobilität erlebt. Kleinteiligkeit vermittelt außerdem ein Gefühl der Sicherheit und Eingebundenheit. Bäume, Grünpflanzen und Blumen mit ihren Gerüchen und Farben, die sich im Wechsel der Jahreszeiten ändern, können dabei beispielsweise ein Gestaltungselement sein. (Vgl. MÜNSTERJOHANN 2004: 23) Zudem gibt es dann auf kurzer Strecke immer einen guten Grund, stehen zu bleiben oder sich zu setzen, wenn die Kondition nicht mehr reicht, denn viele geben nicht gerne zu, dass die Kraft nicht mehr reicht und daher eine Pause gemacht wird. Das Betrachten einer schönen Blume hingegen stellt eine unverfängliche Situation dar. (Vgl. NARTEN 2004: 110) Außerdem sollen die Räume eine klare Orientierung durch eindeutige Wegeführungen, Orientierungsmarken und Blickbeziehungen zu Orientierungspunkten bieten.

#### *Kommunikationsräume und Treffpunkte*

Der öffentliche Raum übernimmt auch eine wichtige Funktion als Kommunikationsraum und Treffpunkt. Eine angenehme Gestaltung kann die Aufenthaltsqualität steigern und zufällige, spontane oder geplante Kontaktmöglichkeiten fördern. Kontakte entstehen vor allem an Wegekreuzungen, vor Geschäften, öffentlichen Einrichtungen und Haltestellen. Hier lohnt es sich, Treffpunkte zu unterstützen, in dem Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Denn „Bänke sind in der seniorenfreundlichen Stadtplanung in Straßen, auf Plätzen und [in] Parks ein Muss!“ (MÜNSTERJOHANN 2004: 29; eigene Anmerkung). Nicht nur zum Ausruhen, auch zum passiven oder aktiven Teilnehmen am Geschehen oder um Kontakte entstehen zu lassen.

Zur Kontaktaufnahme dienen aber auch Hinterhöfe, Hausflure oder Eingangsbereiche. Diese halböffentlichen Bereiche können Jung und Alt viele Anlässe zur Betätigung und zum Aufenthalt bieten. Solche Orte sind Treffpunkte der Nachbarschaft und daher für ältere Menschen besonders wertvoll. Hier gilt es durch eine geschickte Gestaltung und Steigerung der Aufenthaltsqualität diese Orte zu stärken. (Vgl. NARTEN 2004: 109ff)

#### **4.2.3 Handlungsfeld „Nahversorgungs- und Freizeitangebote“**

Das Angebot von Versorgungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten ist entscheidend für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter und die Teilnahme älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben. Neben der eigenen Versorgung bieten diese Einrichtungen Anlässe, die Wohnung zu verlassen und dabei soziale Kontakte über zufällige und geplante Treffen zu ermöglichen. Damit übernehmen sie auch eine wichtige Funktion bei der Aufrechterhaltung sozialer Kontakte und stellen eine Teilnahme am öffentlichen Leben dar. Es gilt

also, wohnungsnah Angebote mit Gütern und Dienstleistungen zu sichern bzw. zu schaffen und die Entwicklung quartiersbezogener Gemeinschafts-, Freizeit- und Kultureinrichtungen zu fördern.

Die Qualität der Versorgung ist einerseits abhängig von der räumlichen Nähe der Angebote und andererseits von der individuellen Mobilität des Einzelnen. Die Erreichbarkeit zu Fuß sollte dabei nach den Erkenntnissen aus Kapitel 3.5 als Maßstab der Mobilität angesehen werden (vgl. auch NARTEN 2004: 15, MÜNSTERJOHANN 2004: 22). Es sollte also möglich sein, im Quartier in fußläufiger Entfernung den täglichen Bedarf nach Gütern und Dienstleistungen als Grundversorgung zu decken. Zudem haben die Einrichtungen der näheren Umgebung häufig den Vorteil des persönlicheren Kontaktes, der Übersichtlichkeit und einer geringeren Anonymität. Damit kommen ihnen, gerade aber auch Freizeitangeboten, eine wichtige Bedeutung im Hinblick auf das Erleben von Gemeinschaft und die Teilnahme am öffentlichen Leben zu, bei dem auch das Handlungsziel „Aktivierung“ einen wichtigen Beitrag leistet.

Abbildung 14 Handlungsfeld „Nahversorgungs- und Freizeitangebote“

*Es soll eine selbständige und selbstbestimmte Versorgung mit einem möglichst umfassenden Angebot an Gütern und Dienstleistungen sowie die Befriedigung von Freizeitinteressen und dem Bedürfnis nach Gemeinschaft möglich sein.*

→ Angebote von Gütern und Dienstleistungen zur Grundversorgung sowie Freizeitmöglichkeiten in fußläufiger Entfernung

Quelle: Eigene Darstellung

*Versorgungsangebote von Gütern und Dienstleistungen in fußläufiger Entfernung*

Die Möglichkeit, sich in fußläufiger Entfernung mit Gütern und Dienstleistungen versorgen zu können, verlangt nach den entsprechenden Angeboten im Quartier. Wichtig ist dabei, welche Angebote als notwendig angesehen werden und wie groß die „fußläufige“ Entfernung sein darf.

Das von einem breiten Kreis Beteiligter unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW entwickelte „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für ältere Menschen NRW“ nennt als Qualitätsanforderungen für das Wohnumfeld: „Eine selbständige Versorgung ist möglich (Einkauf für den täglichen Bedarf, Arzt/Ärztin, Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, ggf. regelmäßiger Fahrdienst)“ (IAT 2004: 19). Hier wird nicht eindeutig klar, welche Angebote in welcher Entfernung vorhanden sein sollten. MÜNSTERJOHANN empfiehlt Versorgungseinrichtungen des täglichen und mittelfristigen Bedarfs in einer Entfernung bis zu 2.000 Meter (vgl. MÜNSTERJOHANN 2004: 28). PRINZ (1993: 78) nennt als maximal zumutbare Entfernung für den Tagesbedarf von 600 Meter und den wöchentlichen Bedarf von 1000 Meter, die bei der Planung von Fußwegen zu beachten sei, wobei diese Angaben sich nicht explizit auf alte Menschen beziehen. Bei umfassenden Untersuchungen des Geographischen Institut der Universität Basel und dem Baudepartement des Kanton Basel-Stadt zur Situation der städtischen Umwelt im Alter wurden Entfernungen von maximal 150 Meter für Hochbetagte angenommen: „Für einen Hochbetagten bzw. Gehschwachen sind diese Distan-

zen die maximale Zumutbarkeit für die Erledigung des täglichen Einkaufs.“ (SCHNEIDER-SLIWA 2004: 136) Das Ministerium für Bauen und Wohnen NRW hat 1995 in einem Bericht eine Nahversorgung für ältere Menschen in einer Entfernung von 300 Metern empfohlen (vgl. MBW 1995: 24).

Es scheint handhabbar, für die Dinge des täglichen Bedarfs eine maximale Entfernung von 500 Metern festzulegen,<sup>10</sup> für wöchentliche Bedarfe eine Entfernung von 1000 Metern. Bei einer angenommenen niedrigen Gehgeschwindigkeit von 0,7 m/s (vgl. BRUNSSING ET AL. 1999: 47), wären die Dinge des täglichen Bedarfs damit noch in weniger als 15 Minuten erreichbar. Diese Entfernungsangaben können dabei nur als Richtwert angesehen werden. Dafür vorausgesetzt werden müssen zum Beispiel die für das Handlungsfeld öffentlicher Raum genannten Anforderungen, exemplarisch genannt sei hier noch einmal die Barrierewirkung von stark befahrenen Straßen. Sollten diese Entfernungsangaben deutlich überschritten werden, kann es zu Problemen bei der selbständigen Versorgung kommen.

Zur Deckung des täglichen Bedarfs sollte ein Basisangebot von Lebensmitteln und Frischwaren und Zeitschriften durch entsprechende Läden abgedeckt sein. Hinzu kommt die medizinische Versorgung mit einem allgemeinen Arzt und einer Apotheke. Die Möglichkeit eines günstigen Mittagstisches ist ebenfalls sinnvoll. Zusätzlich sollte auch in dieser nahen Entfernung zur Wohnung bereits der Zugang zu einer Grünfläche gewährleistet sein. Für den wöchentlichen Bedarf sollte bereits ein deutlich breiteres Angebot zur Verfügung stehen, der ein größeres Lebensmittelsortiment, Drogeriewaren oder Dienstleistungsangebote wie Frisör, Bank und Post umfasst. Ebenfalls sinnvoll sind Café und Restaurant, eine erweiterte medizinische Versorgung mit Fachärzten oder therapeutischen Angeboten.

Diesem erweiterten Bereich kommt auch auf dem Gebiet der Freizeitangebote eine besondere Rolle zu, wobei im Gegensatz zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen hier wesentlich schwerer Angaben zu Mindestangeboten gemacht werden können. Wünschenswert ist auf jeden Fall ein differenziertes und breites Freizeitangebot in fußläufiger Entfernung. Da sich die ältere Bevölkerung zunehmend heterogener darstellt, ist es schwierig hier genaue Angaben zu machen. Generell gilt die Richtlinie, „umso mehr Auswahl, desto besser“.

„Orte der Begegnung zu schaffen ist ... unerlässlich in der seniorenfreundlichen Stadtplanung“ (MÜNSTERJOHANN 2004: 17). Dafür spielen neben dem öffentlichen Raum gerade auch die Freizeiteinrichtungen eine besondere Rolle. Treffpunkte und Begegnungsstätten können dabei Raum bieten, um Hobbys auszuüben und andere Leute zu treffen. Nicht für alle Menschen sind solche Angebote etwas, sie können aber zum Teil kommerzielle Angebote ersetzen und bieten Treffpunkte und Raum für Aktivität. Hierbei besteht ein Zusammenhang zum Baustein „Aktivierung“.

Auf jeden Fall wichtig sind Grünflächen und Freiräume. Spaziergehen nimmt eine hohe Bedeutung im Alter ein, Grünflächen dienen zudem der Aufnahme sozialer Kontakte und bieten

<sup>10</sup> Der Einzelhandelserlass NRW empfiehlt eine Versorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln des täglichen Bedarfs in einer Entfernung von 10 Gehminuten (vgl. Punkt 2.3.1 Einzelhandelserlass NRW).

Anregung für die Sinne. Da auch für die Naherholungsflächen die räumliche Nähe wichtig ist, bieten sich mehrere kleine Grünflächen besser an als wenige große Grünflächen. Dazu trägt auch die Übersichtlichkeit und Eingebundenheit so genannter „Westentaschen-“ oder „Pantoffelparks“ bei. Zudem können sie wiederum auf längeren Wegstrecken als angenehmer Ruhepunkt dienen. Letztlich sollte möglichst ein Gemisch von wohnungsnahen, vernetzten, kleinen Freiflächen vorhanden sein, die zu einer großen Freifläche führen. Die Überschneidungen zum Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“ sind offensichtlich, daher sollten die dort dargestellten Anforderungen auch hier gelten. (Vgl. MÜNSTERJOHANN 2004: 34f)

#### 4.2.4 Handlungsfeld „Aktivierung, Unterstützung und Hilfe“

Mit zunehmendem Alter können unterstützende Hilfeleistungen notwendig werden, um trotz körperlicher Einschränkungen weiterhin ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Quartier führen zu können. Die dafür möglicherweise notwendigen Hilfeleistungen umfassen dabei eine große Bandbreite. Sie können von einfachen hauswirtschaftlichen Unterstützungsleistungen im Alltag bis hin zur stationären Pflege reichen. Eine Unterstützung mit dem jeweils Notwendigen sollte im Wohnquartier möglich sein. Dies erfordert ein differenziertes Angebot von sozialen Dienstleistungen.

Kapitel 3.3 beschreibt die Veränderungen in den sozialen Netzwerken, in dessen Folgen familiäre Unterstützungsleistungen in ihrer Bedeutung zurückgehen. Daher sind Alternativen dazu notwendig. Professionelle Dienstleistungen können diese Alternative bieten. Allerdings sind sie mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden, der sowohl einzelne Betroffene überfordern kann als auch eine mögliche Leistung des Sozialstaats. Daher gilt es, insbesondere auch alternative Unterstützungsmodelle zu entwickeln. Dabei kommt der Aktivierung von alternativen sozialen Netzen eine Schlüsselrolle zu. Insbesondere die „jungen Alten“ sind dabei bereits in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, da sie über zeitliche Ressourcen und eine breite Vielfalt an Kompetenzen verfügen. Dabei kann ein solches Engagement im Interesse aller Beteiligten liegen. Im Sinne der Aktivitätstheorie sind auch ältere Menschen durchaus interessiert, Verantwortung und Aufgaben zu übernehmen, zumal sie perspektivisch (oder vielleicht auch unmittelbar) davon profitieren. Da es zudem einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen gibt, bietet sich ein großes Selbsthilfepotential, dass es zu aktivieren gilt. Dabei werden keine Pflegeleistungen im Vordergrund des Interesses stehen, für diese werden weiter professionelle Dienste nötig sein. Vielmehr geht es darum, eine Lücke im so genannten vorpflegerischen Bereich zu schließen und dadurch ein weitestgehend selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu ermöglichen.

Daher besteht das Ziel, durch eine Alten- und Sozialpolitik sowohl ein differenziertes Hilfs-, Betreuungs- und Pflegeangebot im Wohnquartier anzubieten, das einen möglichst lebenslangen Verbleib im Quartier ermöglicht als auch die zivilgesellschaftlichen Potentiale zu diesem Zwecke zu aktivieren. Neben Konzepten zu pflegerischen Leistungen kommt dabei insbesondere auch den einfachen Unterstützungsleistungen eine wichtige Bedeutung zu. Ein dichtes Netz der Unterstützungs- und Betätigungsmöglichkeiten sollte als Ziel gesehen werden.

Abbildung 15 Handlungsfeld „Aktivierung, Unterstützung und Hilfe“

*Die notwendige Unterstützung und Hilfe bis zum Lebensende im Wohnquartier. Ältere Menschen können sich gemäß ihren Wünschen und Fähigkeiten betätigen und in die Gesellschaft einbringen.*

- Differenzierte Hilfs-, Betreuungs- und Pflegedienste im Quartier
- Aktivierung von Potentialen älterer Menschen

Quelle: Eigene Darstellung

*Differenzierte Hilfs-, Betreuungs- und Pflegedienste*

Es gilt, auf Quartiersebene ein Angebot an sozialen Dienstleistungen anbieten zu können, der es Menschen auch bei eintretenden körperlichen Einschränkungen möglich macht, dort zu verbleiben und ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu führen. Dabei sollte die Hilfe möglichst erst dort einsetzen, wo durch andere Anpassungen und Erleichterungen keine Selbsthilfe der betroffenen Personen mehr möglich ist. Dies begründet sich darin, dass letztlich jede Hilfe durch andere Personen bereits eine größere Einschränkung des selbstbestimmten und selbständigen Lebens darstellt und eine Überversorgung die Dynamik des Auftretens körperlicher Einschränkungen in der Folge fehlendes „Trainings“ erhöhen kann. Zudem fallen bei professionalisierten sozialen Dienstleistungen immer hohe finanzielle Aufwendungen an.

Hilfen und Unterstützungsleistungen lassen sich unterteilen in hauswirtschaftliche und pflegerische Unterstützungsleistungen. Dabei umfassen die hauswirtschaftlichen Leistungen alle Hilfen im Alltag, die keine pflegerischen Leistungen darstellen. Diese Dienstleistungen können alle Hilfen im Haushalt umfassen, vom Einkauf, der Wohnungs- oder Hausreinigung, Wäsche, Renovierungs- und Instandsetzungshilfen, Kleinreparaturen, Gartenpflege bis hin zu Behördengängen und Begleiddiensten<sup>11</sup>. Ein erweiterter Hausmeister- und Hauswirtschaftsdienst kann hier entscheidend dazu beitragen, im Wohnquartier ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu führen. Bei diesen alltäglichen Hilfen können soziale Netzwerke eine unschätzbare Hilfe darstellen. Wenn diese nicht vorhanden sind, müssen sie durch Dienstleistungsangebote ersetzt werden. Soweit dies nötig ist, sollten die Angebote möglichst differenziert und bedarfsgerecht erfolgen. Gerade für diesen Bereich sollten die sozialen Netzwerke im Quartier gestärkt werden, wie es im folgenden Handlungsziel erläutert wird. „Dienstleistungen für älter werdende Menschen müssen sehr viel breiter gefaßt werden und die Gesamtheit der wohnungsbezogenen Bedürfnisse älter werdender und alter Menschen angemessen berücksichtigen.“ (HEINZE 1997: 64)

Sollten pflegerische Leistungen notwendig werden, so steht zunächst die ambulante Versorgung im Vordergrund, um einen Verbleib zu ermöglichen. Bereits heute ist dies gängige Praxis, und es existiert mittlerweile ein dichtes Netz ambulanter Pflegedienste. Auch wenn in

<sup>11</sup> Streng genommen handelt es sich dabei nicht ausschließlich um hauswirtschaftliche Leistungen. Trotzdem wird der Begriff vereinfachend und zusammenfassend verwendet.

der Folge zunehmender Einschränkungen und/oder Erkrankungen eine verstärkte Betreuung bis hin zur stationären Pflege notwendig wird, so sollte dies im Wohnquartier geschehen. Diese Zielvorstellung wird zum Beispiel auch von der gegenwärtigen Landesregierung von NRW (Stand März 2005) unterstützt, wie vom Städtebauminister Vesper zum Beispiel in seinem Vortrag auf dem GdW-Forum „Wohnen im Alter – Zukunftsthema der Branche“ am 6.12.2004 betont wurde (vgl. WEBSITE GdW). Einrichtungen wie Pflegewohngruppen, Pflegewohnplätze oder Kurzzeitpflegewohnungen können diese Zielvorstellung erfüllen. Dabei steht ein möglichst hoher Grad an Selbstbestimmung und Selbständigkeit immer im Vordergrund.

#### *Aktivierung von Selbsthilfe*

Der Aufbau von sozialen Netzen durch die Aktivierung der Selbsthilfe- und Selbstorganisationspotentiale mit Hilfe alten- und sozialpolitischer Maßnahmen sollte gezielt unterstützt werden. Die verschiedenen Vorteile sozialer Netze können dadurch für eine größere Zahl von Menschen verfügbar werden. Gleichzeitig bietet sich durch die Aktivierung von älteren Menschen für diese die Möglichkeit einer sinnstiftenden Aufgabe, die zum Erhalt geistiger und körperlicher Fähigkeiten beitragen kann. Die Rolle von „Geber und Nehmer“ kann dabei durchaus wechseln und muss nicht starr verteilt sein. Genauso sollte zwar die Aktivierung alter Menschen im Vordergrund stehen, allerdings auch versucht werden jüngere Menschen einzubinden. Für die Nutznießer eines solchen Engagements bedeutet die Unterstützung einen wichtigen Beitrag zum selbstbestimmten und selbständigen Leben. Dabei handelt es sich um kostengünstige Lösungen, die über einen persönlicheren Kontakt auch wesentlich zu höherer Lebensqualität beitragen können als professionelle Dienstleistungen.

Zur Aktivierung im Sinne eines zivilgesellschaftlichen Engagements können zum Beispiel Nachbarschaftsvereine oder Tauschringe beitragen. Dabei kann sehr konkret der Aspekt der gegenseitigen Hilfe, gegebenenfalls gegen eine Gegenleistung, im Vordergrund stehen. Ebenso können auch Freizeitaktivitäten über solche Einrichtungen angeboten werden. Die Aktivierung der Leistungsmöglichkeiten älterer Menschen in den sozialen Netzwerken im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Verantwortung wird im Rahmen des demografischen Wandels eine wesentliche Aufgabe sein. Dabei muss das Ziel der Aktivierung im engen Zusammenhang mit der Unterstützung von Gemeinschaft betrachtet werden, sowohl was die infrastrukturelle als auch organisatorische Seite betrifft.

### **4.3 Fazit**

An altengerechte Wohnquartiere stellen sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Anforderungen, die in diesem Kapitel anhand der Handlungsfelder strukturiert dargelegt wurden. Die verschiedenen Handlungsfelder mit ihren einzelnen Handlungszielen geben dabei die Ansätze zur Ausgestaltung von Wohnquartieren im Sinne eines attraktiven Lebensortes für ältere Menschen, die dort ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben bis ins hohe Alter führen können.

Ausdrücklich soll festgehalten werden, dass es sich bei einem großen Teil der Anforderungen nicht nur um solche handelt, die ausschließlich alten Menschen zu Gute kommen. So ergeben

sich aus zunehmenden körperlichen Einschränkungen im Alter Ansprüche an die Gestaltung des Lebensumfeldes, die auch durch das Merkmal der hohen Qualität gekennzeichnet werden können. Dies betrifft die Gestaltung des Wohnumfeldes, insbesondere des öffentlichen Raumes mit den Fußwegeverbindungen, einer Anregung liefernden und zur Kommunikation einladenden Gestaltung. Auch die Anforderungen an vorhandene soziale Kontakte, eine funktionsorientierende Nachbarschaft und die Erreichbarkeit von Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sind Qualitätsansprüche, die nicht nur von alten Menschen geschätzt werden dürften. Ebenso sind die Anforderungen im Bereich der Wohnung keineswegs lediglich für alte Menschen von Vorteil.

Nicht nur für alte Menschen spielt sich das Leben überwiegend im Wohnquartier ab. Dies betrifft letztlich alle Menschen, die nicht zum Zwecke der Berufstätigkeit oder Ausbildung das Quartier verlassen. Für sie bedeutet die Qualifizierung des Wohnquartiers im beschriebenen Sinne ein Zugewinn an Lebensqualität. Das Alter dürfte hier letztlich keine größeren Bedürfnisunterschiede an das Wohnquartier ausmachen. Erst die fehlenden Möglichkeiten unbefriedigende Zustände aufgrund eigener körperlicher Einschränkungen kompensieren zu können, lassen die fehlenden Qualitäten dann aber zu ernsthaften Einschränkungen und Bedrohungen des selbstbestimmten und selbständigen Lebens werden.

Letztlich geraten allerdings alle vorbeugenden, erleichternden und qualitätssteigernden Maßnahmen bei zunehmenden körperlichen Einschränkungen an ihre Grenzen. Für diesen Fall sind im Quartier Angebote notwendig, die sich speziell an diese Menschen richten. Dies betrifft überwiegend den Bereich der Unterstützung und Hilfe zur Aufrechterhaltung eines weitestgehend selbstbestimmten und selbständigen Lebens. Dabei profitieren aber Menschen mit körperlichen Einschränkungen unabhängig ihres Lebensalters. Ebenso können angebotene Dienstleistungen außerhalb des pflegerischen Bereichs auch unabhängig der eigenen körperlichen Fähigkeiten von Interesse zur Steigerung der Lebensqualität sein.

Von den Qualitäten eines altengerechten Quartiers profitieren also nicht nur ältere Menschen. Insbesondere auch weiteren Gruppen mit einem hohen Wohnviertelbezug und hoher Empfindlichkeit kommt ein „altengerechtes“ Quartier zu gute. Damit erfüllen diese Quartiere zum Beispiel auch wesentliche Kriterien eines „kindgerechten“ Quartiers, was vor dem Hintergrund der demografischen Alterung eine besondere Bedeutung erhält.



## 5. Handlungsbedarf durch die räumliche Entwicklung und die demografische Alterung in unterschiedlichen Wohnquartierstypen

Deutschland ist geprägt von einer Vielfalt von Teilräumen, die sich beispielsweise in der Siedlungsstruktur, den sozio-ökonomischen Strukturen, Gebäudetypologien und städtebaulichen Strukturen oder der Lebenslage der Menschen unterscheiden. Ebenso gibt es Unterschiede bei der Altersstruktur und der weiteren demografischen Entwicklung, vor allem die Dynamik der Entwicklungstendenzen betreffend. Diese Teilräume bilden die Ansatzpunkte zur Entwicklung altengerechter Quartiere, wie sie im vorherigen Kapitel als Ziel beschrieben wurden. Es stellt sich nun die Frage, wie diese unterschiedlichen Voraussetzungen aussehen und wo spezieller Handlungsbedarf liegt. Für die strukturelle Vielfalt von Teilräumen kann es dabei keine einheitlichen Lösungen geben, da die einzelnen Handlungsbedarfe- und -möglichkeiten, die Akteure und Rahmenbedingungen zu unterschiedlich sind. Für jede Region und jede Stadt, jeden Stadtteil und jeder ländlichen Gemeinde bedarf es letztlich einer eigenen individuellen Strategie. Die dafür gegebenen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sollen in diesem Kapitel skizziert werden. Dazu werden die räumlichen Entwicklungstrends festgehalten, welche zur heutigen raumstrukturellen Situation geführt haben und diese auch weiter beeinflussen und damit die Entwicklung altengerechter Quartiere beeinflussen. Die anschließend dargestellte großräumige Entwicklung der demografischen Alterungstendenzen zeigt auf, dass zunehmend auch die kernstadtfernere Bevölkerung von den Alterungstendenzen erfasst wird. Damit werden in vielfältigsten Räumen Strategien zur Entwicklung altengerechter Quartiere gefragt sein. Abschließend wird dazu ein kleiner Überblick über ausgewählte Siedlungstypen gegeben, um diese Vielfalt mit unterschiedlichen Voraussetzungen anzuzeigen, bevor im folgenden Kapitel 6 Handlungsmöglichkeiten vorgestellt werden.

### 5.1 Räumliche Entwicklungstrends und ihre Bedeutung für die Schaffung altengerechter Wohnquartiere

Zentrales Element der räumlichen Entwicklung ist das mit Siedlungsdispersion, Entmischung und Entdichtung einhergehende Phänomen der Suburbanisierung, das seit langem die westdeutsche, und seit der Wende auch die ostdeutsche, Siedlungsentwicklung beeinflusst. Die Entwicklungen im Einzelhandel sind sowohl ein Motor dieser Entwicklung als auch selbst von ihr beeinflusst. Da diese Entwicklungen einen besonderen Einfluss auf altengerechte Quartiere haben, sollen sie zunächst mit ihren Entstehungsgründen und möglichen Auswirkungen kurz skizziert werden.

#### 5.1.1 Die Suburbanisierung

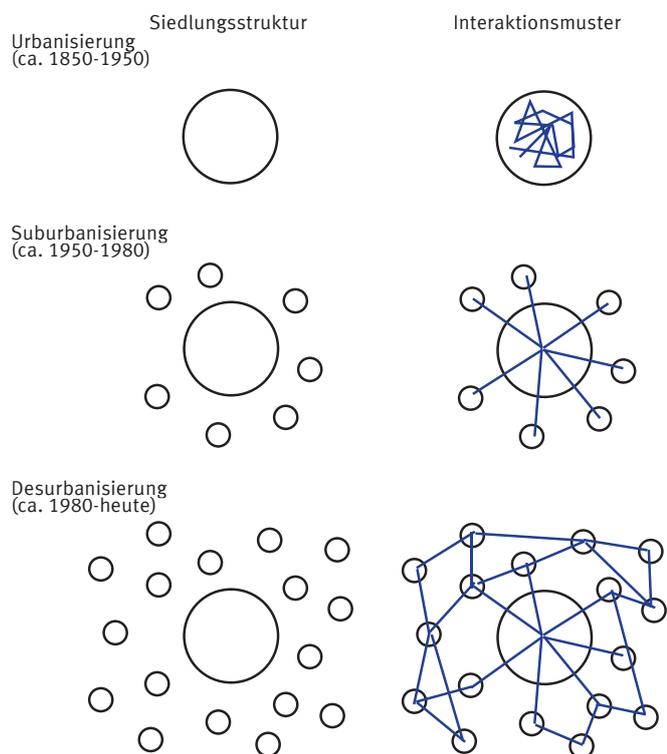
Seit Ende der 50er Jahre stellt die Suburbanisierung ein wesentliches Phänomen der Raumentwicklung im demokratischen Europa dar. Der Prozess der flächenhaften, immer weiter vordringenden Ausdehnung der Siedlungen in das Umland der Städte zieht eine Bedeutungsverschiebung und Dekonzentration bei der Verteilung von Bevölkerung, Arbeitsplätzen und Folgeeinrichtungen nach sich. Gleichzeitig bedeutet dies eine enorme Flächenumwidmung in

Siedlungs- und Verkehrsfläche<sup>12</sup> sowie die Zerschneidung von vorhandenen Natur- und Landschaftsräumen. (Vgl. HESSE ET AL. 1998: 447)

Wesentliche Voraussetzung für die Suburbanisierung war und ist ein abnehmender Raumwiderstand, welcher die Entfernungstoleranzen erhöht. Besonders ausschlaggebend war dabei die zunehmende Massenmotorisierung der Haushalte in Deutschland, die eine individuelle Fortbewegung über größere Distanzen gestattete. So gab es beispielsweise 2004 mit 53,4 Millionen Kfz annähernd doppelt so viele wie 1980 (26,9 Mill.) und rund 70 Mal soviel wie 1950 (0,7 Mill.). Analog stieg auch die Verkehrsleistung des MIV im Personenverkehr von 1992 bis 2002 von 731,5 Mrd. Personenkilometer (Pkm) auf 884,2 Mrd. Pkm, was einer Steigerung von 20,9% entspricht. (Vgl. BMVBW 2004: 141, 217) Dadurch wurde das Verlassen der Städte in das Umland ermöglicht, wo neben einer größeren Naturnähe mit mehr „Licht, Luft und Ruhe“, vor allem die Vorzüge in geringeren Bodenpreisen lagen. Damit war die günstige Fläche greifbar, um den wachsenden Bedarf danach zu befriedigen. Forciert wurden und wird diese Entwicklungen noch durch ideelle und materielle Förderung von staatlicher Seite, beispielsweise steuerliche Eigentumsförderung, Bereitstellung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur oder die Subventionierung der Erschließung neuer Wohngebiete. (Vgl. HESSE ET AL. 1998: 435)

Zunächst wurde die Suburbanisierung vornehmlich durch eine Verlagerung der Wohnbevölkerung in das Umland getragen. Während der Anteil der Wohnbevölkerung in den Verdichtungsräumen nahezu konstant blieb, kam es innerhalb der Stadtregionen zu Verschiebungen. So erfolgte die Ausdehnung der Stadtregionen an ihren Rändern in den Nachkriegsjahren aufgrund einer wachsenden Gesamtbevölkerung zunächst nicht auf Kosten des Kerns, seit ungefähr Anfang der 70er Jahre mit einer langsam stagnierenden Bevölkerungsentwicklung änderte sich dies aber. Die Kernstädte verloren etwa in dem Maße Einwohner, wie die Umlandgemeinden an Bevölkerung zunahm. (Vgl. HESSE ET AL. 1998: 435) Waren lange Zeit wohneigentumsbildende junge Fa-

Abbildung 16 Siedlungsstruktur und Interaktionsmuster



Quelle: Eigene Darstellung nach HESSE ET AL. 1998: 452

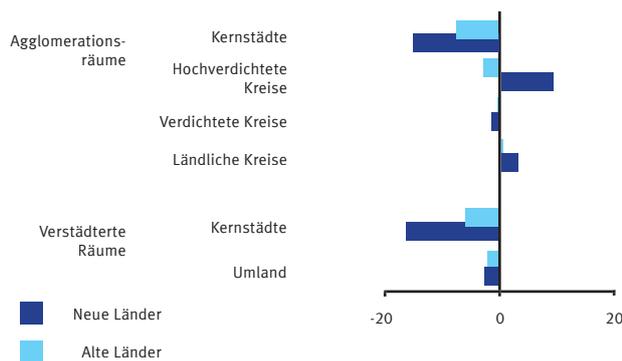
<sup>12</sup> 2003 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 93ha pro Tag zu. Trotz eines leichten Rückgangs zu vorherigen Jahren (1996-2000: 129ha/Tag), stellt dies immer noch einen beachtlichen Wert dar. (Vgl. WEBSITE BBR)

milien die Hauptträger der Suburbanisierung, so lässt sich eine zunehmende Diversifizierung der Haushaltsformen feststellen. Gleichzeitig nimmt der Mietwohnungsbau gegenüber dem Eigenheim eine höhere Bedeutung ein als früher. (Vgl. BRAKE ET AL. 2001: 274)

So lange es sich bei der Suburbanisierung in erster Linie um die Stadt-Umland Wanderung von Wohnbevölkerung handelte, blieb das suburbane Umfeld der Städte immer noch wesentlich von den Kernstädten und den dort vorgehaltenen Angeboten an Arbeitsplätzen, Dienstleistungen, Handel, Freizeit- und Kultureinrichtungen usw. abhängig. Dementsprechend waren die Interaktionsmuster auch primär auf die alten Zentren ausgerichtet (vgl. Abbildung 16).

Es lässt sich allerdings eine zunehmende funktionale Anreicherung des Stadtumlandes feststellen. So ist eine deutliche Suburbanisierung von Arbeitsplätzen zu verzeichnen (vgl. Abbildung 17). Dabei folgen zum einen haushaltsorientierte Dienstleistungen den Verbrauchern, es ist aber auch eine eigenständige Suburbanisierung von Arbeitsplätzen feststellbar, die nicht primär auf die Nähe zur Wohnbevölkerung angewiesen sind. Betriebe des sekundären Sektors bevorzugen dabei schon seit längerem die Verlagerung oder die direkte Neuansiedlung im Umland der Städte.

Abbildung 17 Arbeitsplatzentwicklung zwischen 1993 und 1998 (relativ nach Kreistyp in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach BBR 2000: 54

Neben eventuellen Unverträglichkeiten mit den Wohnstandorten spielt dabei die Verfügbarkeit ausreichender, geeigneter und preisgünstiger Flächen eine wesentliche Rolle. Die Produktionsprozesse wurden in den letzten Jahren enorm beschleunigt sowie räumlich und betrieblich immer weiter aufgeteilt. In der Folge stiegen tendenziell die Flächennachfrage und die Bedeutung der Logistik und dabei insbesondere des Straßengüterverkehrs. Günstige Flächenangebote und gute verkehrliche Anbindungen an das örtliche und überörtliche Straßennetz machen die Randlagen in Stadtregionen für Betriebe des produzierenden Gewerbes von daher attraktiv. Die Kernstädte mit ihren höheren Bodenpreisen und relativen Flächenknappheit gerade an größeren zusammenhängenden Flächen sowie einem zur Selbstblockade führenden starken Straßenverkehr sind dagegen eher unattraktiv. (Vgl. HESSE ET AL. 1998: 438f)

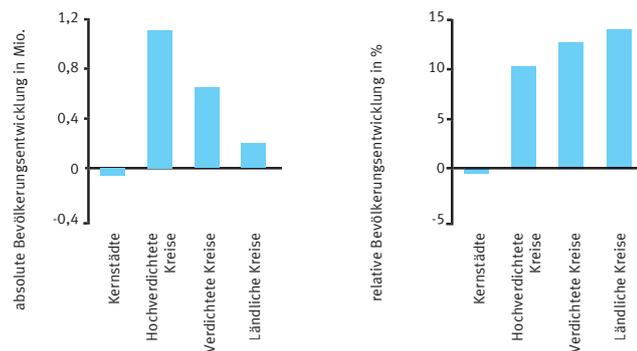
Zunehmend wandern aber auch Büroarbeitsplätze ab, die aufgrund von Führungsvorteilen, Selbstdarstellungsmöglichkeiten und Kundennähe eigentlich als Domäne der städtischen Zentren galten. Doch auch die Betriebe des tertiären Sektors können ihre Ansprüche nach preisgünstigen, verkehrlich gut angebundenen und vom Arbeitsumfeld her attraktiven Standorten im Umland realisieren. Gerade arbeits- und flächenintensive Routineoperationen („back offices“) werden dabei zunächst verlagert. (Vgl. BBR 2000: 53).

Weitere ursprünglich den Zentren vorbehaltene Nutzungen wie Handel, Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen verlagern sich ebenso in das Umland der Städte. Mit der zunehmenden Nutzungsanreicherung des suburbanen Umlandes löst sich die Polarität von Zentrum und Umland zusehends auf. Der suburbane Raum gewinnt aufgrund einer zunehmenden Vielfalt an Nutzungen, die einst den Kernstädten vorbehalten waren, an Eigenständigkeit. So löst ein untereinander vernetztes multizentrisches System in der Stadtregion, welches sich durch spezialisierte Raumnutzung und Arbeitsteilung auszeichnet, die einstigen traditionell auf die Kernstädte ausgerichteten radialen Interaktionsstrukturen durch eine eher netzartig den gesamten suburbanen Raum abdeckende Struktur ab. (Vgl. Abbildung 16 und HESSE ET AL. 1998: 441) Dabei schritt parallel zur kontinuierlichen baulichen Verdichtung der Stadtregionen auch die funktionale Entflechtung voran (vgl. ARING 1999: 50).

Zudem lässt sich feststellen, dass sich die Verstädterung immer weiter von den Kernen entfernt und dabei immer ländlichere Gebiete erfasst werden. Abbildung 18 zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationen der alten Bundesländer, welche die Entwicklungstendenzen zu einer immer weiteren Randwanderung darlegen. Im Bereich der Arbeitsplätze verläuft die Entwicklung ebenso (vgl. dazu z.B. BBR 2000: 54). Zugleich verläuft der Prozess der Verstädterung immer disperser. Vor allem die Umlandgemeinden ohne jede zentralörtliche Bedeutung verzeichnen die stärkste Dynamik im Prozess der Verstädterung (vgl. Abbildung 19). In der Folge wurde für die jüngste Phase des Suburbanisierungsprozesses der Begriff der „Desurbanisierung“ geprägt.

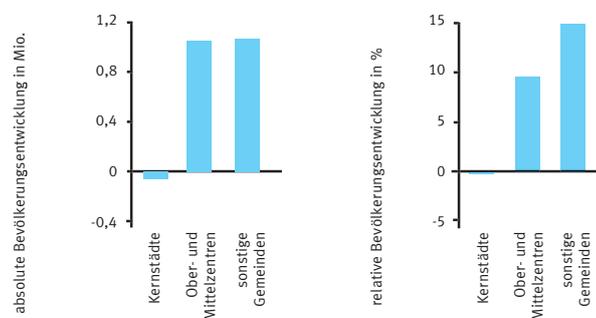
Die durch neuartige Nutzungen und Bebauungen überformte Landschaft widersetzt sich dabei zusehends den herkömmlichen Begriffen von Stadt und Land. Es finden sich Wohnsiedlungen und Einkaufszentren, Dienstleistungsparks, Office-Center, Gewerbe-Komplexe, umfangreiche Verkehrsanlagen und dazwischen Landschaftsreste. THOMAS SIE-

Abbildung 18 Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationen der alten Länder zwischen 1980 und 1996 (absolut und relativ nach Kreistyp)



Quelle: Eigene Darstellung nach HESSE ET AL. 1998: 436

Abbildung 19 Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationen der alten Länder zwischen 1980 und 1996 (absolut und relativ nach Gemeindetyp)



Quelle: Eigene Darstellung nach HESSE ET AL. 1998: 436

VERTS (1997) prägte für diesen Raum den Begriff der „Zwischenstadt“ und beschreibt ihn so: „Eine auf den ersten Blick diffuse, ungeordnete Struktur ganz unterschiedlicher Stadtfelder mit einzelnen Inseln geometrisch-gestaltlicher Muster, eine Struktur ohne eindeutige Mitte, dafür aber mit vielen mehr oder weniger stark funktional spezialisierten Bereichen, Netzen und Knoten“ (SIEVERTS 1997: 15). In Anlehnung an die netzartigen Verknüpfungen der einzelnen Knotenpunkte wurde auch der Ausdruck der „Netzstadt“ geprägt (vgl. OSWALD ET AL. 2003 oder VENTURI 1998). Auffällig bei all diesen neueren Publikationen ist, dass der suburbane Raum nicht mehr nur kritisiert wird. Stattdessen wird er als Tatsache akzeptiert oder sogar als Zukunft des Städtischen angesehen. Dabei steht häufig die Frage nach den Potentialen dieses Raumes und den Möglichkeiten seiner Qualifizierung im Mittelpunkt der Diskussionen. (Vgl. KUHN 2002: 5F)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die siedlungsstrukturelle Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten prägende Sub- oder auch Desurbanisierung sich auszeichnet durch ein zunehmend immer weiter von den Kernstädten entfernendes Gravitationszentrum und die Anreicherung des Umlandes mit vielfältigen Nutzungen. Dabei erfolgt die Siedlungsentwicklung immer disperser und hält sich nur wenig an raumstrukturelle Leitbilder wie der Schwerpunktbildung an Zentralen Orten. Die zunehmende Ausdifferenzierung der Nutzungsstrukturen in den Stadtregionen geht dabei mit einer Fragmentierung durch die Herausbildung hochselektiver Raumnutzungen einher. Es bildet sich eine neue multizentrale Struktur in der Stadtregion heraus, die sich wie ein Netz über die Stadtregion legt und innerhalb dessen die Aktionen der Haushalte stattfinden. Das „regionale Leben“ (ARING 1999: 51) mit großen Aktionsräumen in diesen Stadtregionen setzt die Möglichkeit der schnellen und leichten Entfernungsüberwindung voraus, um die einzelnen Zentren erreichen zu können. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist fast immer der Pkw.

Bevor mögliche Auswirkungen für die Gestaltung altengerechter Quartiere diskutiert werden, sollen zunächst noch die räumlichen Entwicklungen im Einzelhandel dargestellt werden, da diese einen besonderen Einfluss auf die Versorgungsangebote haben und von daher eine wichtige Rolle für das selbstbestimmte und selbständige Leben im Alter spielen. Die räumliche Einzelhandelsentwicklung bleibt von den raumstrukturellen Veränderungen durch die Suburbanisierung weder unberührt, noch ist sie daran unbeteiligt und muss von daher in diesem Kontext betrachtet werden.

### 5.1.2 Räumliche Entwicklung des Einzelhandels

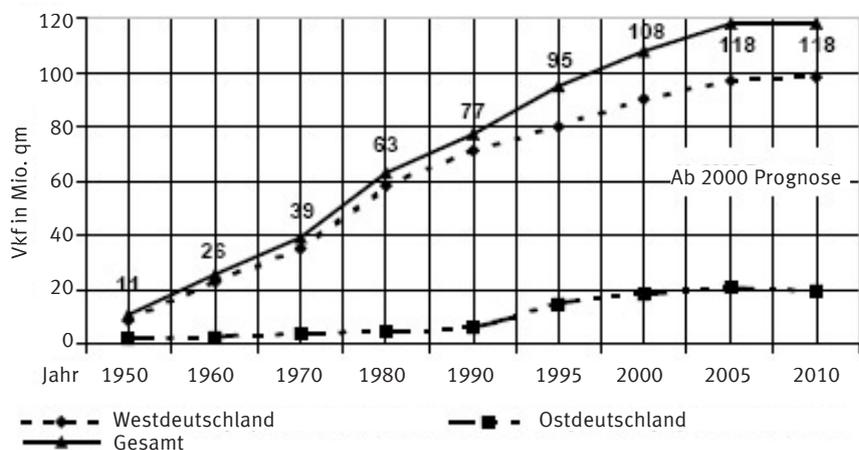
Seit den 60er Jahren des 21. Jahrhunderts unterliegt der Einzelhandel einem verstärkten strukturellen Wandel. Dessen Ursachen sind vielfältiger Natur und wechselseitig miteinander verschränkt, sowohl von der Angebots- wie Nachfrageseite bestimmt, von räumlichen Entwicklungstendenzen unterstützt und zugleich selbst Motor dieser Entwicklungen. Dabei widerspricht die von Handelskonzernen praktizierte oder favorisierte Standortwahl zunehmend den normativen Vorstellungen der räumlichen Planung.

Die generellen Entwicklungslinien im Einzelhandel der letzten Jahrzehnte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Ausweitung der Verkaufsflächen bei gleichzeitigem Rückgang der Flächenproduktivität
- Vergrößerung der einzelnen Ladeneinheiten mit größer werdendem Waren- und Sortimentangebot bei Zentralisierung und Konzentration auf weniger Standorte sowie gleichzeitigem Rückgang der Gesamtzahl der Betriebe
- Übergang von einer mittelständisch-kleinbetrieblichen Struktur zu einer wesentlich durch wenige Großunternehmen bzw. Handelskonzerne geprägten Struktur
- Räumliche Orientierung auf randorientierte Standorte in guter Pkw-Erreichbarkeit (an Durchgangsstraßen, Bundesstraßen, Autobahnen und deren Schnittstellen) und außerhalb bestehender Siedlungsbereiche oder Zentren (vgl. CALLIES 2004: 96, 155f)

Seit den 60er Jahren herrscht in Deutschland ein kontinuierlicher Anstieg der Verkaufsflächenzahlen. Mit der breiten Einführung des Selbstbedienungssystems wurde Verkaufspersonal unter hohem Kapitaleinsatz durch Verkaufsfläche ersetzt, wobei es gleichzeitig zu sinkenden Flächenumsätzen kam. Diese Strategie ist in ihrem Kern bis heute unverändert. (Vgl. CALLIES 2004: 93) Von 1950 bis 2000 hat sich die Verkaufsfläche in Deutschland von 11 Mio. qm auf 108 Mio. qm fast verzehnfacht (vgl. Abbildung 20). Damit verbunden ist ein immer breiter und tiefer werdendes Warenangebot,<sup>13</sup> welches durch größere Verkaufsfläche ermöglicht wurde, diese im Gegenzug aber auch nötig machte, da das sich verbreiternde Warenangebot von den Konsumenten in ihrem Verbraucherverhalten schnell schätzen gelernt und in der Folge eingefordert wurde. Dies kann auch als ein Ausdruck zunehmend differenzierter Konsum- und Lebensstile gesehen werden, in dem der Erwerb und Besitz eines Gutes auch immer mehr Ausdruck der eigenen Individualität und immer weniger ausschließlich der Befriedigung grundlegender Bedürfnisse dient. (Vgl. CALLIES 2004: 125 und HESSE ET AL. 1998: 439)

Abbildung 20 Verkaufsflächenentwicklung in Deutschland 1950-2010

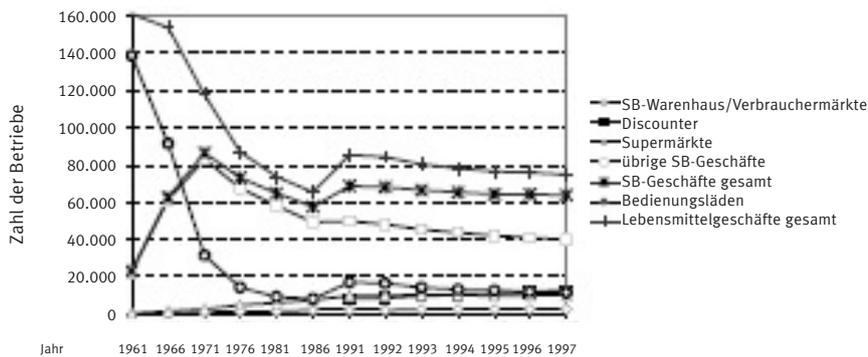


Quelle: Eigene Darstellung nach CALLIES 2004: 93

Obwohl die Verkaufsfläche des Einzelhandels in den letzten Jahren stets zugenommen hat, ist die Zahl der Geschäfte gleichzeitig zurückgegangen. Wie die Abbildung 21 zeigt, ging die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte von über 161.000 in Westdeutschland im Jahr 1961 auf

<sup>13</sup> Allein bei Lebensmitteln konkurrierten von 1996 auf 1997 1.545 neue Produkte um die Aufnahme in die Sortimente des Handels (vgl. EHI 1997 nach CALLIES 2004: 125).

Abbildung 21 Entwicklung der Zahl der Lebensmittelgeschäfte nach Betriebsformen 1961 bis 1997



Quelle: Eigene Darstellung nach CALLIES 2004: 169

mittelgeschäfte sogar von 66.451 auf 43.950 zurück“ (CALLIES 2004: 87). Die durchschnittliche Verkaufsfläche der verbleibenden Geschäfte muss sich dementsprechenden erhöhen, so gelten bei Handelskonzernen 700 bis 1.000 qm Verkaufsfläche als Untergrenze bei der Errichtung eines neuen Supermarktes mit Vollsortiment. Die durchschnittliche Verkaufsfläche von Supermärkten erhöhte sich von 1990 bis 2000 von 691 qm auf 746 qm. (Vgl. CALLIES 2004: 98f)

Auf der Nachfrageseite stellten verbesserte ökonomische Möglichkeiten in Verbindung mit dem technischen Fortschritt wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung des Einzelhandels dar. Zum einen ermöglichten neue Technik der Vorratshaltung in den Haushalten, Kühlschränke und Gefriergeräte, Großmengeneinkäufe, die wiederum nur durch den noch bedeutenderen Fortschritt getätigt werden können, dem Pkw (vgl. CALLIES 2004: 122). Bedingt durch die individuelle Motorisierung und den technischen Fortschritt bei der Ausstattung der Haushalte, bietet sich den Konsumentinnen und Konsumenten des Einzelhandels zunächst einmal ein hoher Freiheitsgrad bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen durch die Möglichkeit der individuellen Anreise und einer erheblichen Entfernungstoleranz. Diese Entfernungstoleranz war und ist eine unabdingbare Voraussetzung für den betrieblichen und standörtlichen Strukturwandel des Einzelhandels. In den Strategieüberlegungen der Unternehmensplanungsabteilungen der Handelskonzerne ist die Motorisierung eine wesentliche Bedingung und tragender Pfeiler der Betriebstypenentwicklung. Diese „Entwicklungen ‚bauen‘ geradezu auf den Niedergang des Arguments Nähe, setzen die Akzeptanz größerer Entfernungen von Anfang an voraus“ (KUTTER ET AL. 1996 nach CALLIES 2004: 169).

Neben den großen Verkaufsflächen legen die Anbieter ebenfalls Wert auf eine große Zahl von Parkplätzen, die den Kunden kostenlos zur Verfügung gestellt werden können. Dabei wird mit Verhältnissen der Verkaufsfläche zur Parkplatzfläche von 1:1, in nicht integrierten Lagen bis hin zu 1:2 oder 1:3 gerechnet (vgl. CALLIES 2004: 157). Da zudem, wie erwähnt, die Flächenproduktivität tendenziell rückläufig ist, entsteht eine Fixierung der Einzelhandelsgeschäfte auf kosten- und verkehrsgünstige Ansiedlungsflächen. Die hohen Bodenpreise in zentraleren Lagen wirken dabei abschreckend, bevorzugt werden nicht integrierte Lagen in mehr oder weniger großer Entfernung zu den gewachsenen Zentren oder Wohnsiedlungsschwerpunkten.

rund 74.600 in ganz Deutschland im Jahr 1997 zurück. Dieser Trend hält weiterhin an, „so ging z.B. alleine in der Dekade von 1991 bis 2001 die Zahl der Supermärkte in Deutschland von 9.433 auf 8.842 und diejenige der traditionellen, tendenziell wohnstandortnah situierten Lebens-

Hier entstehen vor allem an Hauptverkehrsstraßen und deren Kreuzungen neue Versorgungsknoten als eine bewusste Angebotsstrategie. Um die weiteren Einkaufsentfernungen für den Kunden unter individuellen Zeit-Kosten-Mühe-Kalkulationen zu rechtfertigen, wird desweiteren versucht, ein „Alles-unter-einem-Dach-Prinzip“ zu realisieren und verschiedene Angebote an einem Standort zu zentralisieren. Die Folge ist eine räumliche Konzentration und damit eine Reduzierung der Zahl verschiedener Angebotsstandorte. Als preiswerte, auswahlreiche, gut mit dem Auto ohne Parkplatzprobleme zu erreichende Angebotsoption werden diese „neuen Zentren“ von den Kunden gut angenommen. (Vgl. CALLIES 2004: 111F und HESSE ET AL. 1998: 439)

Im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels waren in den letzten Jahren die Discounter die einzige Betriebsform, die durchgängig eine positive Geschäftsentwicklung und wachsende Marktanteile verzeichnet. Ihre Zahl wuchs von 1991 bis 2001 von 7.695 auf 12.280, ihr Anteil an der Gesamtverkaufsfläche verdoppelte sich nahezu von 13,9% auf 27,7% im selben Bezugszeitraum (vgl. EHI 2001 nach CALLIES 2004: 87). Dabei lässt sich auch hier eine Restrukturierung der Filialnetze zugunsten moderner, flächengrößerer Betriebseinheiten mit ausweiteten Einzugsbereichen an autoverkehrsgünstigen Standorten in Randlage beobachten. Aufgegeben werden im Gegenzug ältere Filialen, die in der Regel noch in traditionelleren Geschäftslagen an integrierten Standorten liegen. Im Saldo der Betriebsschließungen und Neueröffnungen kommt es dadurch zu einer Distanzvergrößerung zu den Wohnstandorten. Untersuchungen zeigen, dass die Discount-Unternehmen zurzeit ihre Standortpolitik nach Vorbild von Aldi und Lidl auf die Errichtung größerer Betriebseinheiten in nicht integrierten Standortlagen umorientieren. (Vgl. CALLIES 2004: 88)

Die Konzentration des Einzelhandels auf Standorte in großer Entfernung zu den Wohnstandorten lässt sich in der Entwicklung des Einkaufsverkehrs ablesen (vgl. Tabelle 12). So ist insgesamt eine stark zunehmende Distanz festzustellen, die für die Einkaufsverkehre bei einer rückläufigen Wegeanzahl zurückgelegt wird. Dabei ist eine Verlagerung zuungunsten der Fußwege festzustellen, während insbesondere der MIV stark zulegt. „Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Einkaufsverkehr hauptsächlich durch den Einsatz des privaten

Tabelle 12 Wege und Distanzen im Einkaufsverkehr 1976 bis 1998				
	Anzahl der Wege 1998 (Mrd.)	Distanzen 1998 (Mrd. Pkm)	Entwicklung 1976 - 1998	
			Wege (Mrd.)	Distanzen (Mrd. Pkm)
zu Fuß	9,5	8,9	-3,4	-1,7
Fahrrad	2,6	4,5	+0,3	+0,7
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr (inkl. Stadtbahnen, U-Bahnen)	2,1	13,6	0,0	0,0
Eisenbahn (inkl. S-Bahn)	0,3	6,1	+0,1	+3,1
MIV	10,7	82,4	+1,9	+20,1
Insgesamt	25,1	115,5	-1,0	+22,2

Quelle: Eigene Darstellung nach HOLZ-RAU ET AL. 2002: 210

Kraftfahrzeugs bewältigt wird und insgesamt einen erheblichen Anteil an der gesamten, mit dem Verkehrsträger MIV erbrachten Verkehrsleistung innehat“ (CALLIES 2004: 120).

Es lässt sich feststellen, dass im Einzelhandel eine Ausdünnung und Zentralisierung auf wenige große Standorte stattfindet, die der anwachsenden Verkaufsfläche entsprechend einen größeren Bevölkerungsmantel für die wirtschaftliche Tragfähigkeit benötigen. Die Maschen des Versorgungsnetzes werden dabei zusehends größer, wenn auch im Rahmen des Verdrängungswettbewerbes Neueröffnungen, zurzeit besonders durch Discounter, dies zeitweise kaschieren können. Neben der zurückgehenden Präsenz in der Fläche lässt sich ebenso ein Trend zu nicht in bestehende Zentren oder Wohnsiedlungsschwerpunkte integrierte Lagen feststellen, der in jüngster Zeit vor allem auch durch Discounter vorangetrieben wird. Stattdessen erfolgt eine Orientierung auf randorientierte Standorte in guter Pkw-Erreichbarkeit. Die Folgen dieser Entwicklung sind bereits länger zu spüren. So hat sich aus Gemeinden des ländlichen Raums und den kleinen Ortschaften im suburbanen Umfeld größerer Städte der Einzelhandel punktuell bereits weitgehend oder sogar gänzlich zurückgezogen. Beispielsweise gab es bereits 1992 in Rheinland-Pfalz schon in jeder vierten Ortsgemeinde keine stationäre Einzelhandelseinrichtung mehr, und in Bayern wurde von 1985 bis 1992 ein sprunghafter Anstieg von Gemeinden mit geringem Ladenbesatz festgestellt. Aber auch innerhalb der größeren Städte gibt es ein „Ladensterben“ des traditionellen, inhabergeführten mittelständischen Einzelhandels und, in Folge der Konzentration auf weniger werdende Standorte, immer größer werdende Versorgungslücken im Raum. (Vgl. CALLIES 2004: 170) Die „Ausdünnung von Angebotsstandorten des Einzelhandels hat zur Konsequenz, dass die Wohnbevölkerung zur Deckung ihres (täglichen) Versorgungsbedarfs weitere Einkaufswege auf sich nehmen muß. Eine ‚Deckung des Grundbedarfs innerhalb fußläufiger Entfernung‘...ist vielfach zur Fiktion geworden, selbst dann, wenn die als ‚fußläufig‘ tragbare Entfernung sehr großzügig ausgelegt wird“ (Callies 2004: 171).

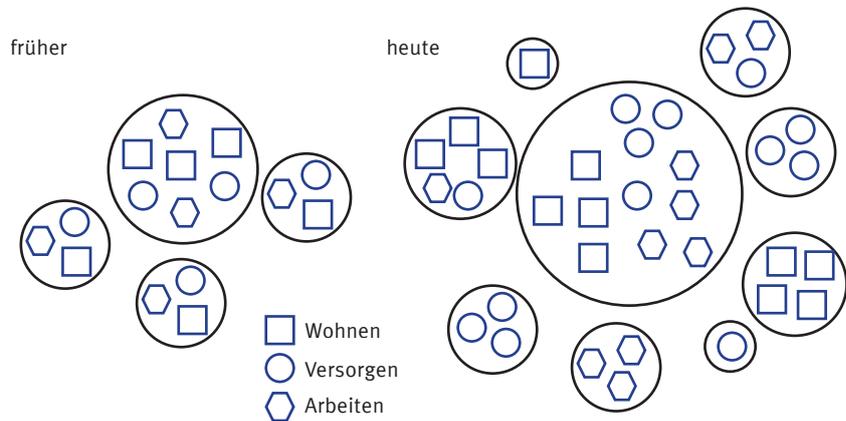
Besonders Leidtragende dieser Entwicklung sind die Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht über einen Pkw verfügen können<sup>14</sup> und daher für die tägliche Versorgung auf den „Laden um die Ecke“ angewiesen sind. In mehrfacher Hinsicht sind sie damit gegenüber den motorisierten Menschen benachteiligt, da sie für das gleiche Aktivitätsprogramm „Einkaufen“ deutlich größere Zeitressourcen einsetzen müssen und in der Regel über eine geringere Wahlfreiheit bei der Versorgungsmöglichkeit verfügen, sowohl was den Einzelhändler als auch die Breite des Waren- und Dienstleistungsangebotes angeht und gleichzeitig dabei häufig auch noch einen Preisnachteil in Kauf nehmen müssen. Besonders dramatisch ist die Entwicklung dabei im ländlichen Raum, wo es immer weniger Siedlungen mit Einzelhandel gibt. Auch in Ostdeutschland ist die Lage prekär, wo aufgrund von fehlenden Planungsinstitutionen, gezielter Ansiedlungspolitik und ungeklärter Grundbesitzverhältnisse Anfang der 90er Jahre ein Wildwuchs nicht integrierter Einkaufszentren entstand, die dem kleinräumig verteilten Handel die Existenzgrundlage entzog.

<sup>14</sup> 2004 verfügten 24% aller Haushalte in Deutschland über keinen Pkw (vgl. WEBSITE STATISTISCHES BUNDESAMT).

### 5.1.3 Auswirkungen auf altersgerechte Quartiere

Durch die individuelle Verfügbarkeit der Haushalte über ein oder mehrere Kraftfahrzeuge und den entsprechenden Ausbau der Verkehrswege, erlangten die Haushalte einen hohen Freiheitsgrad bei der Wahl des Wohnstandortes, des Arbeitsplatzes und letztlich auch der Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten. Damit stellte die Massenmotorisierung die wesentliche Vorbedingung für die Suburbanisierung und generell für die funktionale Entzerrung ehemals räumlich eng verbundener Nutzungen zugunsten großmaßstäblicher, separierter und monostrukturierter Funktionseinheiten dar (vgl. Abbildung 22).

Abbildung 22 Siedlungsdispersion und Entmischung

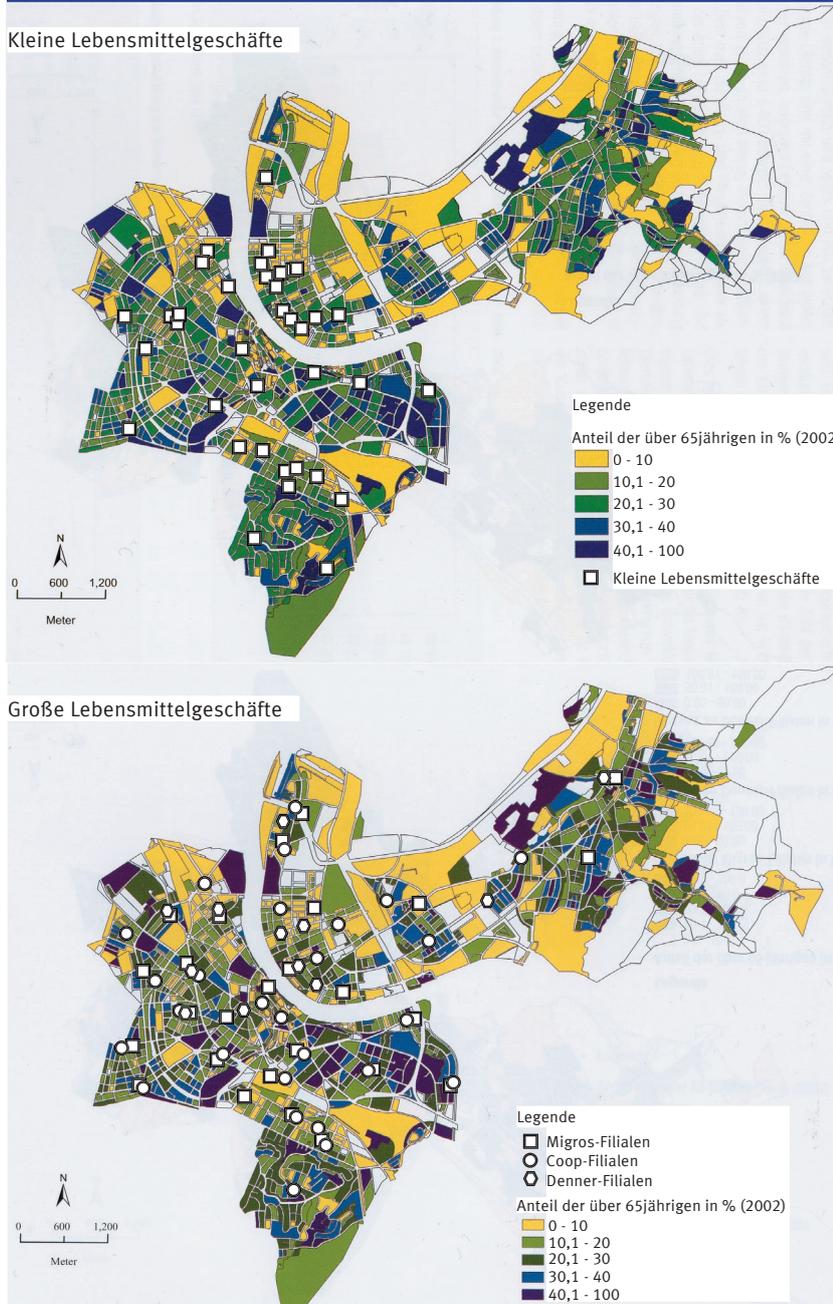


Quelle: Eigene Darstellung nach BOSE 2001: 250

Diese Tendenzen haben im Hinblick auf altengerechte Quartiere gemäß Kapitel 4 in vielfacher Hinsicht Auswirkungen. Die Konzentration von Einzelhandelseinrichtungen sowie der Rückzug aus integrierten Lagen und der Fläche stellen dabei ein unmittelbares und schnell ersichtliches Problem für die Gestaltung altengerechter Quartiere dar, da sie die Zielerfüllung im Bereich der „Nahversorgung“ deutlich erschweren. Die Entwicklungen zielen in erster Linie auf den Großmehrgeneinkauf mit dem Auto an einem auf gute Erreichbarkeit mit dem Pkw ausgerichteten Standort, der mit einer sehr großen Auswahl „alles unter einem Dach“ anbietet. Wünschenswert in Hinblick auf ein altengerechtes Quartier wäre hingegen die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in fußläufiger Entfernung innerhalb des Quartiers, was kleinere und häufigere Einkäufe zulässt, übersichtlich und persönlicher sowie ein zufälliger Treffpunkt und Kommunikationsraum ist. Die realen Einzelhandelsentwicklungen laufen diesen Forderungen gegenwärtig aber deutlich entgegen. Wie problematisch diese Entwicklungen sein können, zeigen die umfassenden Untersuchungen für die Stadt Basel in der Schweiz vom Geographischen Institut der Universität Basel und dem Baudepartement des Kantons Basel-Stadt zur Ist-Situation der städtischen Umwelt im Alter (vgl. SCHNEIDER-SLIWA 2004). Für den Bereich „Nahversorgung“ wurde dabei die Verteilung großer und kleiner Lebensmittelgeschäfte in Zusammenhang mit den Anteilen der über 65jährigen gesetzt. Dabei stellte man fest, dass gerade die Bereiche mit einem hohen Anteil älterer Menschen schlecht versorgt sind. Sowohl die kleinen Lebensmittelgeschäfte als auch die Standorte der großen Lebensmittelgeschäfte fehlen in den Stadtteilen mit einem hohen Anteil älterer Menschen von über 30% fast völlig. (Vgl. Abbildung 23 und SCHNEIDER-SLIWA 2004: 136)

Eine zunehmend disperser ablaufende Suburbanisierung bedeutet durch die Problematik abnehmender Bevölkerungsdichten ein Problem für die Gestaltung altengerechter Quartiere in vielfacher Hinsicht, nicht nur im Bereich der Nahversorgung.<sup>15</sup> Davon betroffen sind alle

Abbildung 23 Standorte der kleinen und großen Lebensmittelgeschäfte in Basel Stadt 2003



Quelle: Eigene Darstellung nach SCHNEIDER-SLIWA 2004: 137, 139

würdig, in wieweit die Ansprüche an ein anregendes Umfeld, kleinteilige und differenzierte öffentliche Räume durch rein monofunktionale Siedlungsstrukturen zu erreichen sind.

Für das „regionale Leben“ in der Stadtregion sind die Bewohnerinnen und Bewohner auf eine

Einrichtungen und Dienstleistungen, die eine kritische Mindestbevölkerungsmenge für ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit benötigen. Dies betrifft beispielsweise den Bereich der differenzierten Hilfs- und Betreuungsleistungen, aber auch die möglichen Angebote differenzierter Wohnformen für das Alter. Aufgrund fehlender „Bevölkerungsmasse“ wird es letztlich sogar schwierig, soziale Kontakte in einem befriedigendem Maße in seinem Wohnquartier wahrzunehmen. Beachtet werden müssen dabei auch die Folgen der demografischen Entwicklung durch Bevölkerungsrückgänge, die unter dem Stichwort „Schrumpfende Städte“ diskutiert werden. Sie können diese Problematiken zusätzlich verschärfen. Zudem kann die Entmischung der Funktionen in der Folge zu einer gewissen „Eintönigkeit“ der Umgebungen führen. Es ist zu mindestens frag-

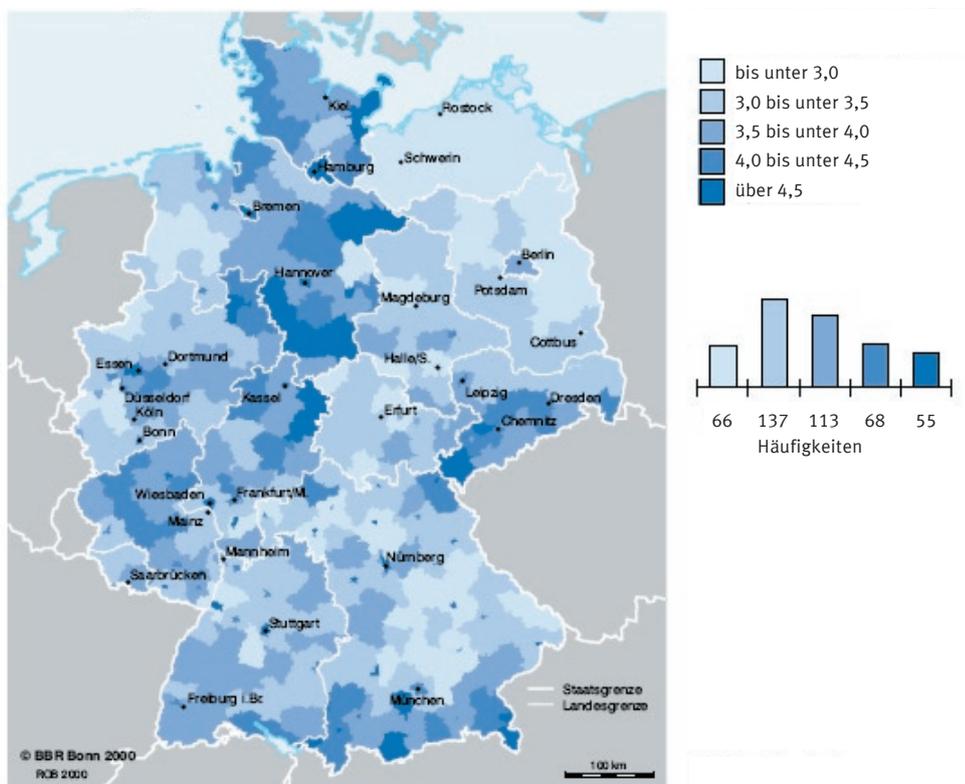
<sup>15</sup> Auf die demografische Alterung gibt es im Einzelhandel Anpassungsvorschläge, die nicht auf eine Verbesserung der Situation hoffen lassen. So beispielsweise, dass Supermärkte mit größeren Verkaufsflächen reagieren müssten, da ältere Menschen weniger beweglich sind als jüngere und daher eine „großzügigere Warenpräsentation“ benötigen. Unangenehmer Nebeneffekt: „Wenn die Flächenproduktivität weiter abnimmt, dann wächst der Druck auf die Mieten.“ (Vgl. HANDELSBLATT vom 11.3.2005).

hohe Entfernungstoleranz angewiesen, die ihnen häufig nur der MIV bieten kann. Menschen, die diese hohen Entfernungstoleranzen nicht aufweisen, haben Schwierigkeiten in der Lebensführung in diesen Räumen. Da bei Menschen im höheren Alter gerade die Entfernungstoleranzen nachlassen und die Bedeutung des näheren Umfeldes steigt, stellen monostrukturierte und großmaßstäblich separierte Nutzungen in geringer Dichte in der Folge ein großes Problem bei der Erfüllung eines selbstbestimmten und selbständigen Lebens im Alter dar, dessen Anforderungen an ein Wohnquartier im Kapitel 4 erläutert wurden.

## 5.2 Großräumige Tendenzen der demografischen Alterung

Ausgehend von der gegenwärtigen räumlichen Ausprägung der demografischen Alterung, wird die zukünftig prognostizierte Entwicklung dargestellt. Dabei erfolgt eine Orientierung an den siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR (2000: 2F). Die Prognosen entstammen oder basieren auf der Raumordnungsprognose 2020 vom BBR, welche unter anderem Bevölkerungsprognosen für Deutschland in feiner räumlicher Differenzierung bis auf Kreisebene durchführt (vgl. IzR 3-4/2004). Dabei soll aufgezeigt werden, wie die demografische Alterung großräumig betrachtet verläuft.

Abbildung 24 Anteil der 80jährigen und Älteren 1997 an der Gesamtbevölkerung in Prozent



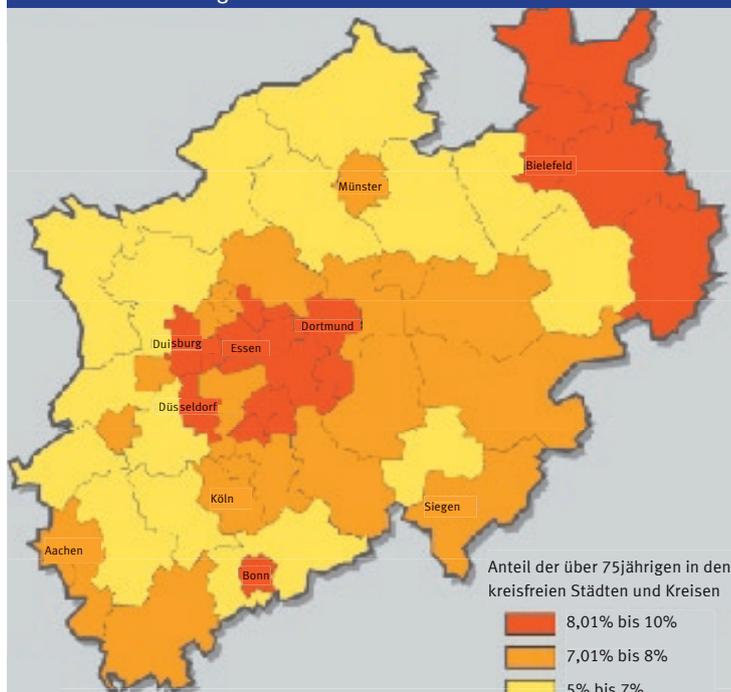
Quelle: Eigene Darstellung nach BBR 2000: 101

### 5.2.1 Gegenwärtige Situation

Einen Überblick über die großräumige Verteilung der über 80jährigen in Deutschland im Jahr 1997 gibt Abbildung 24. Deutlich zu erkennen sind dabei die gegenwärtigen Wohnstandorte mit einem hohen Anteil älterer Menschen. In den alten Ländern herrscht eine deutliche Konzentration dieser Wohnstandorte in den hochverdichteten Regionen vor. Innerhalb der Ballungsräume wiederum haben die Kernstädte eine ältere Bevölkerung als das Umland der Städte. Das städtische Umland profitiert noch von der Suburbanisierung. Vor allem junge Familien waren über lange Zeit ein bedeutender Träger der Stadt-Umland-Wanderung. Folglich trugen diese Wanderungstendenzen zu einer Alterung der Kernstädte bei, die sich auch in einem rascheren und stärkeren Rückgang der Geburtenzahlen ausdrückten<sup>16</sup>. Zugleich bewirkten sie eine Verjüngung des Umlandes. (Vgl. BUCHER ET AL. 1998: 16) Großflächig hohe Altenanteile haben zudem die Zielregionen der Altenwanderungen in Deutschland. Dies sind vor allem die Küstenregionen an Nord- und Ostsee und Regionen im tiefen Süden (Schwarzwald, Bodensee, Alpenvorland), aber auch die Naherholungsgebiete der Agglomerationen (z.B. Sauerland, Hunsrück, Taunus, Odenwald). (Vgl. BBR 2000: 102)

Die neuen Länder sind von wesentlich geringeren Unterschieden geprägt. Auffällig ist vor allem eine stärker fortgeschrittene Alterung im altindustrialisierten Süden gegenüber dem eher agrarisch geprägten Norden. Zudem sind die Kernstädte in ihrer Bevölkerungsstruktur im Vergleich zu den westdeutschen Städten wesentlich jünger. Dies ist eine Folge der Wohnungsbautätigkeit in der ehemaligen DDR, die sich staatlich gelenkt, auf die Städte konzentrierte und somit zu einer im Verhältnis zu Westdeutschland gegenläufigen Wanderungsbewegung junger Familien vom Umland in die Neubaugebiete der Städte führte. (Vgl. BUCHER ET AL. 1998: 19)

Abbildung 25 Anteil der über 75jährigen an der Gesamtbevölkerung in NRW 2002



Quelle: Eigene Darstellung nach REUTTER 2004: 21

Bei einer näheren Betrachtung von NRW im Jahr 2002, zeigt sich auch hier eine Verteilung der über 75jährigen, die sich analog zur beschriebenen Verteilung der älteren Menschen in ganz Westdeutschland verhält (vgl. Abbildung 25). Die Kernstädte weisen gegenüber dem Umland und den ländlichen Regionen einen deutlich höheren

Anteil der über 75jährigen an der Gesamtbevölkerung in NRW 2002. Die Kernstädte weisen gegenüber dem Umland und den ländlichen Regionen einen deutlich höheren

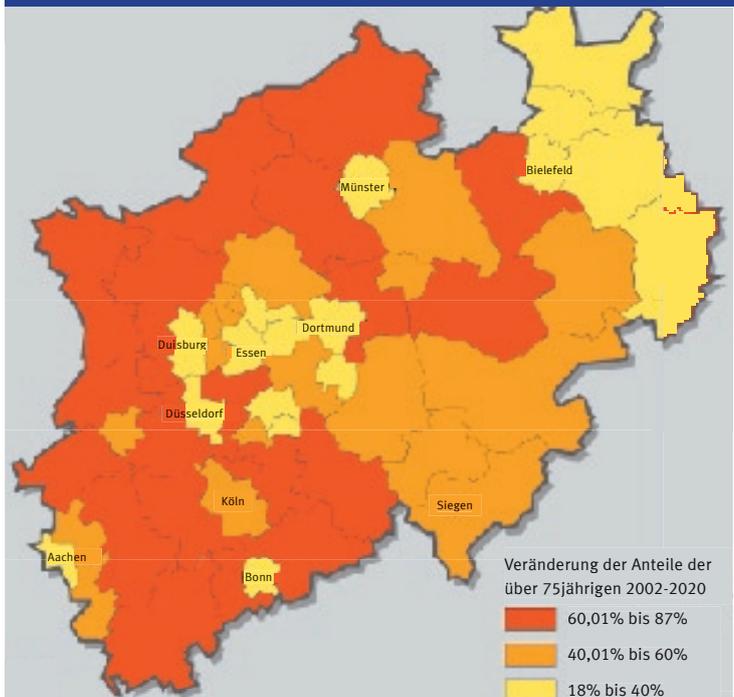
<sup>16</sup> Dies konnten auch die Außenwanderungsgewinne nicht verhindern, von denen vornehmlich die Kernstädte profitieren und die aufgrund der jungen Altersstruktur der Zuwanderer die demografische Alterung verzögern.

Anteil der älteren Menschen auf. Auffallend sind die östlichsten Kreise NRWs zwischen Teutoburger Wald und Weser, die ebenfalls bereits einen sehr hohen Anteil über 75jähriger zu verzeichnen haben. Dies deutet darauf hin, dass diese Region mit vielen Kur- und Heilbädern in landschaftlich reizvoller Lage ein Ziel der Altenwanderung zur Ruhesitzbildung darstellt.

### 5.2.2 Vermutliche zukünftige Entwicklung

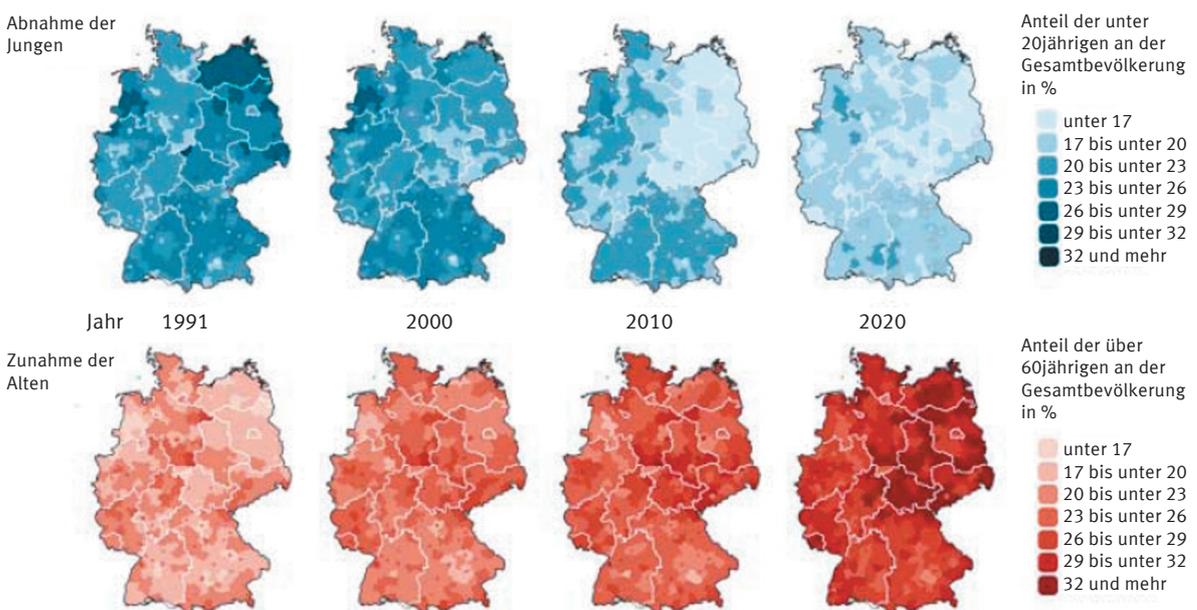
Großräumig betrachtet, wird es in Zukunft zu Verschiebungen bei den Anteilen der alten Menschen kommen. Dabei werden vor allem die bis heute oder vor kurzem noch eher „jungen“ Regionen ihren Abstand zu den „älteren“ Regionen aufholen, sie gar überholen. Abbildung 26 zeigt diese Entwicklung von NRW. Bis zum Jahr 2020 haben die bisher jüngeren Regionen die stärksten Zuwachsraten bei der Veränderung der Anteile der über 75jährigen zu verzeichnen. Einen Überblick über die Entwicklung der unter 20- und über 60jährigen für das gesamte Bundesgebiet gibt die Abbildung 27. Dabei fällt deutlich auf, dass

Abbildung 26 Relative Veränderung des Anteils der über 75jährigen in NRW 2002-2020



Quelle: Eigene Darstellung nach REUTTER 2004: 21

Abbildung 27 Entwicklung der unter 20jährigen und über 60jährigen bis 2020



Quelle: Eigene Darstellung nach BERLIN-INSTITUT 2004: 15

es zu einer alle Räume umfassenden Alterung kommt. Eine übersichtlichere Betrachtung nach unterschiedlichen Raumkategorien bietet die Tabelle 13, sie zeigt die zu erwartende Entwicklung der ab 60jährigen von 1999 bis 2020. Daraus kann festgehalten werden, dass in den nächsten Jahren gerade dünner besiedelte Regionen wesentlich dynamischer altern als die hochverdichteten Regionen. Der ländliche Raum altert stärker als die verstädterten Räume, diese wiederum stärker als die Agglomerationsräume. Innerhalb der Agglomerationen wiederum altert das Umland, vor allem die ländlichen Kreise, deutlich stärker als die Kernstädte. Das ehemals von den Wanderungsgewinnen in Folge der Suburbanisierung profitierende Umland der Kernstädte wird in näherer Zukunft einer besonders starken Zunahme der älteren Bevölkerung unterliegen. In den neuen Bundesländern weicht die Entwicklung ein wenig ab. Hier findet die stärkste Alterung vor allen Dingen kernstadtfern in den ländlichen Kreisen statt, insbesondere ausgelöst durch starke Wanderungsverluste junger Menschen in Kombination mit einer geringen Geburtenrate. (Vgl. BUCHER ET AL. 1998: 35F)

Tabelle 13 Vergleich der Gruppe der ab 60jährigen 1999/2020 nach siedlungsstrukturellen Kategorien

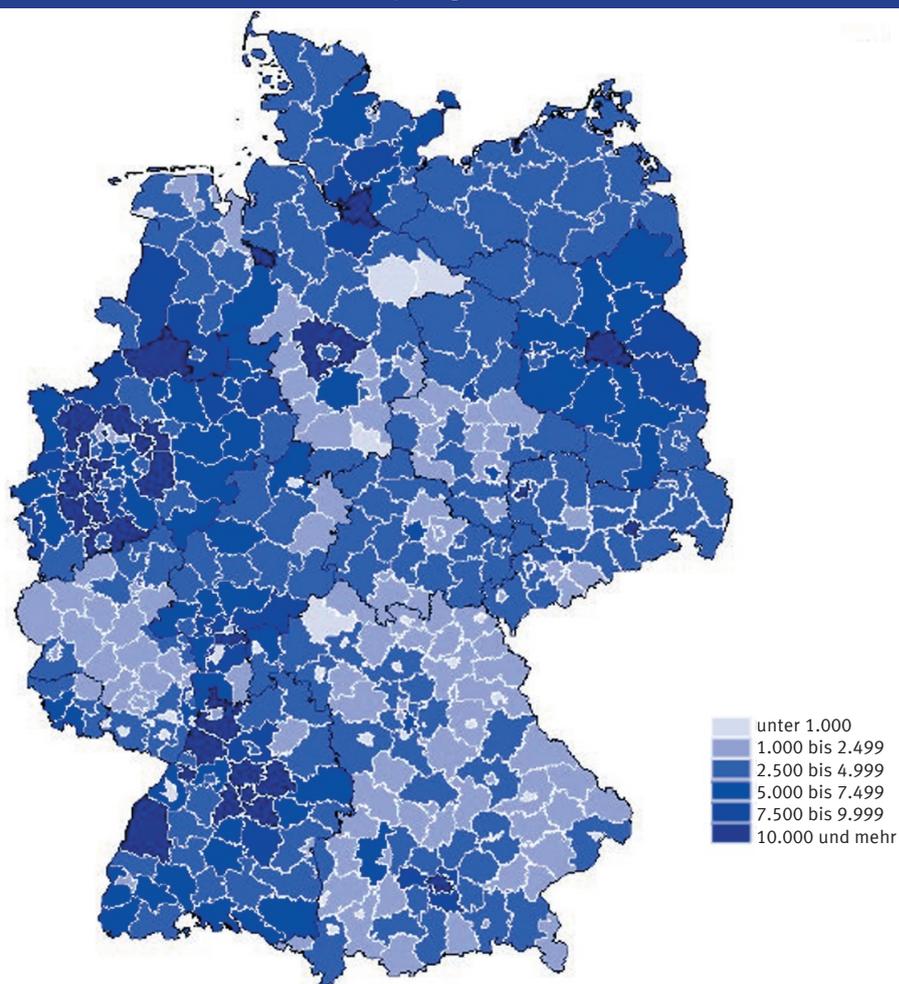
Siedlungsstrukturelle Kategorie	Zahl (in 1.000) 2020	relative Veränderung in % 1999/2020	Anteil an der Bevölkerung in %		regionale Anteile in %	
			1999	2020	1999	2020
<i>Agglomerationsräume</i>	12.054	+22	23	28	52,3	51,6
Kernstädte	5.117	+11	23,5	27,2	46,6	42,5
hochverdichtete Kreise	3.729	+27	22,6	28,3	29,9	30,9
verdichtete Kreise	2.065	+32	23,0	29,0	15,9	17,1
ländliche Kreise	1.143	+52	22,0	29,3	7,6	9,5
<i>Verstädterte Räume</i>	8.131	+25	22,9	28,9	34,6	34,8
Kernstädte	1.279	+14	23,7	28,5	17,2	15,7
verdichtete Kreise	4.447	+26	22,6	28,7	54,0	54,7
ländliche Kreise	2.404	+28	22,8	29,8	28,9	29,6
<i>Ländliche Räume</i>	3.167	+28	23,1	30,4	13,1	13,6
höherer Dichte	1.904	+27	23,1	29,6	60,4	60,1
geringerer Dichte	1.263	+29	23,1	31,6	39,6	39,9
<i>Deutschland</i>	23.352	+23,7	23	28,6	100	100

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach SCHLÖMER 2004: 206FF

Gemessen an den Anteilen der ab 60jährigen an der Gesamtbevölkerung, werden die Kernstädte der Agglomerationen also am „jüngsten“ sein. Trotzdem werden auch sie älter sein als heute, lediglich die Zuwächse sind dort geringer. Zudem werden sie in absoluten Zahlen weiterhin für die meisten alten Menschen der Wohnort sein, gefolgt von den verdichteten Kreisen der verstädterten Räume.

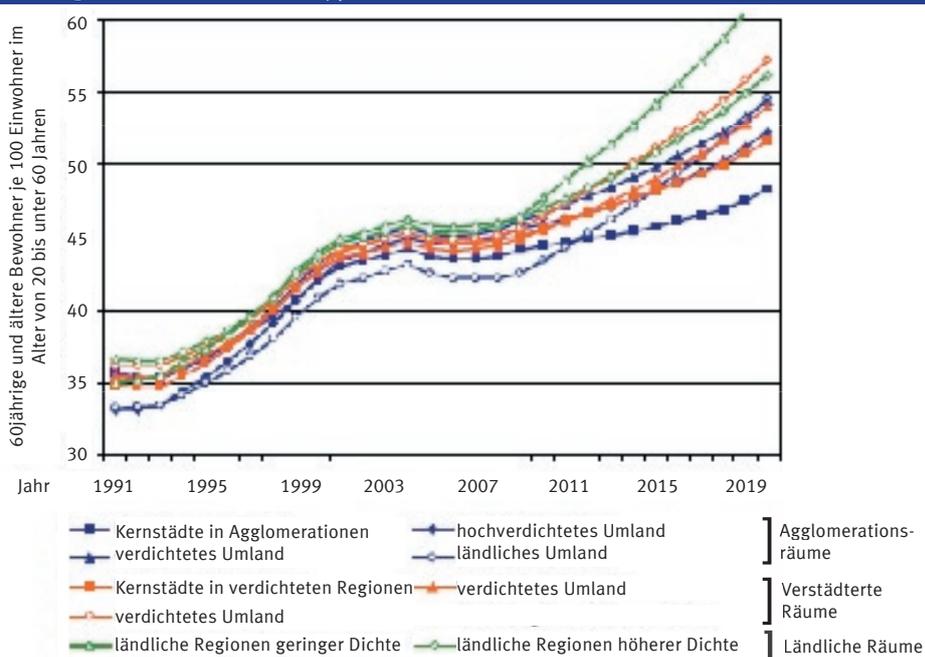
Den absoluten Zuwachs an über 75jährigen nach Kreisen und kreisfreien Städten von 2004 bis 2015 zeigt die Abbildung 28. Die beschriebenen Entwicklungen lassen sich auch in dieser Karte deutlich wiedererkennen. Insbesondere das Umland der Städte erlebt einen stärkeren

Abbildung 28 Absoluter Zuwachs der über 75jährigen 2004 bis 2015



Quelle: Eigene Darstellung nach KLINGENHOLZ 2004

Abbildung 29 Bisherige und geschätzte Entwicklung des Altenquotienten 1990 bis 2020 nach siedlungsstrukturellen Kreistypen



Quelle: Eigene Darstellung nach FLÖTHMANN 2004: 12

Zuwachs an alten Menschen. Im Gegensatz dazu treten wiederum die Kernstädte mit ihren geringen Zuwächsen deutlich hervor.

Abbildung 29 zeigt die geschätzte Entwicklung des Altenquotienten nach einer Berechnung des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld für Deutschland nach den siedlungsstrukturellen Kreistypen. Besonders auffällig tritt auch hier hervor, dass ab etwas 2010 die Kernstädte nur noch geringe Steigerungen aufweisen und bei einer reinen Betrachtung des Altersquotienten die jüngsten Teilräume darstellen. Im Gegensatz dazu zeigen vor allem die ländliche Räume, aber auch das Umland der Städte eine starke Dynamik. Ländliche Räume geringer Dichte werden demnach 2020 mit Abstand am meisten Menschen über 60 Jahren im Verhältnis zu den 20 bis unter 60jährigen aufweisen.

### 5.2.3 Flächendeckende Alterung mit kernstadtfernen Schwerpunkten

Der demografische Alterungsprozess, der vor allem in Folge der Wanderungsverluste in den letzten Jahrzehnten zunächst die Kernstädte betraf, dringt immer weiter in das Umland der Städte vor und erfasst alle Regionen, wenn auch teilweise zeitlich versetzt. Dabei kommt es überall zu einer Zunahme der älteren Bevölkerung. Mit abnehmender Dichte wird die demografische Alterung allerdings umso dynamischer verlaufen. Bis 2020 werden das Umland der Städte und insbesondere der ländliche Raum stark überaltert sein, während sich die Kernstädte jünger als diese präsentieren. Trotzdem bleibt die demografische Alterung gerade aber auch für die Kernstädte eine wichtige Aufgabe, denn auch diese Bereiche altern stark, und absolut werden hier immer noch die meisten älteren Menschen leben. Aber, „nachdem in den vergangenen Jahrzehnten das Umland der Großstädte fast ausschließlich als Region der Familien mit kleinen Kindern angesehen wurde, wird allmählich erkennbar, dass der demographische Alterungsprozeß ... nun auch die typischen Familienregionen im Umland erreichen wird“ (BMFSFJ 1998: 226).

Es lassen sich also keine siedlungsstrukturellen Typen ausschließen, es wird nötig sein, für alle Bereiche eigene Lösungsstrategien zu entwickeln. Dabei stehen die Regionen unter verschiedenen Vorzeichen. Während insbesondere die Kernstädte als „Pioniere“ bereits seit längerem mit der demografischen Alterung umgehen mussten, so kommen auf das städtische Umland und die ländlichen Regionen neue Aufgaben zu, die vor den jeweils individuellen Hintergründen angegangen werden müssen. Im Folgenden soll versucht werden, diese unterschiedlichen Hintergründe, vor denen sich Aufgaben stellen und Handlungsmöglichkeiten ergeben, kurz zu umreißen.

## 5.3 Verschiedene Siedlungstypen mit unterschiedlichen Voraussetzungen in Hinblick auf die Schaffung altengerechter Wohnquartiere

Auf kleinräumiger Ebene betrachtet, unterscheiden sich die Wohnquartiere auf vielfältige Art und Weise. Dies betrifft sowohl die städtebauliche Struktur mit der Gebäudetypologie, dem Verhältnis von Freifläche zur Bebauung, der Lage oder dem Alter und baulichem Zustand, die in der Regel ein Spiegelbild der Entstehungszeit der Siedlung ist. Auch das Angebot an Infra-

struktureinrichtungen unterscheidet sich deutlich, seien es nun die Nahversorgungsangebote von Gütern und Dienstleistungen oder die soziale Infrastruktur. Dabei sind diese Angebote auch immer beeinflusst von der Bevölkerungsdichte und der im Quartier vorherrschenden Mischnutzung. Letztlich unterscheiden sich die Siedlungen aber auch durch ihre Bevölkerungsstruktur. Siedlungen mit geringer Fluktuation, die bei ihrer Entstehung hauptsächlich von etwa gleichaltrigen Menschen in der Familiengründungsphase bezogen wurden, weisen eine homogene Altersstruktur auf, die eine Siedlung ab einem gewissen Zeitpunkt auch gemeinsam „altern“ lässt. Auch die Sozialstruktur der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren ökonomischen Möglichkeiten kann sich deutlich unterscheiden.

Im Folgenden wird ein Überblick über eine kleine Auswahl von Wohnstandorttypen gegeben, wie sie häufig in Deutschland vorkommen. Die einzelnen Typen können dabei nicht detailliert untersucht und dargestellt werden. Vielmehr handelt es sich um kurze Beschreibungen, welche ausschnitthaft die Vielfalt der Raumtypen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Mängeln und Chancen aufzeigen sollen.

### 5.3.1 Innerstädtische Altbaugebiete

Die innerstädtischen Altbaugebiete bestehen überwiegend aus gründerzeitlichen Bebauungsstrukturen aus der Zeit zwischen 1870 und dem 1. Weltkrieg. Sie sind gekennzeichnet durch hohe Bebauungsdichten und Blockstrukturen sowie wenig Frei- und Verkehrsflächen. Bedingt durch ihre Dichte und zentrale Lage, verfügen sie in der Regel über eine gute infrastrukturelle Ausstattung in vielfacher Hinsicht. Zudem sind auch der Anschluss und das Angebot des ÖPNV in den meisten Fällen sehr gut. (Vgl. BMRBS 1995: 29)

In der Dichte und zentralen Lage begründen sich aber auch die Nachteile dieser Siedlungen, die sich im Mangel an Grün- und Freiflächen und der Belastung durch Lärm und weiteren Immissionen ausdrücken. Der motorisierte Verkehr stellt dabei eine besondere Belastungsquelle dar, auch in Form des ruhenden Verkehrs. Bedingt durch die städtebauliche Struktur, gibt es nur wenig Raum für den gesamten Verkehr, also auch Fuß- und Radwege. So kommt es zu umso stärkeren Konkurrenzsituationen und zugewandten Fuß- und Radwegen. Allerdings besitzt die Stadtplanung mittlerweile eine über mehrere Jahrzehnte gewachsene Erfahrung im Bereich der behutsamen Stadterneuerung und der Wohnumfeldverbesserung. Durch diese Maßnahmen hat bereits auch eine deutliche Aufwertung dieser Stadtgebiete und Reduzierung der negativen Aspekte stattgefunden. (Vgl. GROßHANS 2001: 26)

Bedingt durch unterschiedliche Entwicklungen in den letzten Jahren, stellen sich die Altbaugebiete heute allerdings auch äußerst unterschiedlich dar. Zum einen die Gebiete, die in den letzten Jahren eine systematische und starke Aufwertung und damit auch einen Bevölkerungsaustausch erlebten. Diese „gentrifizierten“ Quartiere sind heute Wohnort einer häufig besser situierten Bevölkerung, die teilweise bereits auch schon einen höheren Altersschnitt erreicht hat. In der Regel ist sie dabei finanziell relativ abgesichert. Dem entgegen stehen Altbauquartiere, die nicht in dieser Weise aufgewertet wurden und in denen heute häufig noch größere bauliche Mängel vorherrschen, die insbesondere Heizungs- und Sanitäreinrichtungen betreffen. Die Bevölkerungsstruktur ist zudem durch geringe finanzielle Möglichkeiten geprägt. Häufig

dominieren auch Migrantinnen und Migranten die Quartiere. (Vgl. FRIEDRICHS 1998) Gemein ist aber allen Altbauquartieren, dass sie gerade im Bereich der barrierefreien Ausstattung oft noch große Mängel aufweisen (vgl. BRBS 1995: 31).

Die Wohnungen befinden sich häufig im vermieteten Einzeleigentum, was übergreifende Handlungsansätze erschweren kann. Es gibt aber auch größere Bestände von ehemaligen Werkwohnungen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entstanden sind. Sie sind häufig deutlich im Stadtbild als zusammenhängende Blöcke oder Quartiere nach den jeweils zeittypischen städtebaulichen und architektonischen Ausprägungen erkennbar. Sofern diese Bestände immer noch in der Hand von Wohnungsunternehmen mit einem Interesse an der weiteren Pflege und Fortentwicklung des Bestandes sind, bietet sich hier ein großes Potential für Handlungsmöglichkeiten. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie sich die derzeitigen großen Umwälzungen gerade im Eigentumsbereich der ehemaligen Werkwohnungen auswirken, bei denen große Siedlungsbestände an ausländische Investorengruppen verkauft werden. Davon betroffen sind Mietwohnungsbestände aller Siedlungstypen und Baujahre. (Vgl. GROßHANS 2001: 26)

### 5.3.2 Siedlungen der 50er und 60er Jahre

Siedlungen der 50er und frühen 60er Jahre sind durch niedriggeschossige Mehrfamilienhäuser in Zeilenbauweise geprägt. Geplant und gebaut unter dem Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt, sind sie von weitläufigen Freiflächen durchzogen. (Vgl. MSWKS 2003: 6) Zwar sind diese Grünanlagen über Jahrzehnte häufig sehr ungestaltet geblieben, bieten aber gerade mit ihrem mittlerweile hochgewachsenen Baumbestand große Potentiale. Durch eine Umgestaltung des Freiraums können hier attraktive Freiflächen und Mietergärten oder auch neue Fußwege als Abkürzungen entstehen. Die Weitläufigkeit der Flächen bietet zudem die Möglichkeit der behutsamen Nachverdichtung, beispielsweise mit altengerechten Wohnhäusern, Gemeinschaftshäusern oder weiteren Infrastruktureinrichtungen. Zudem bestehen hier weniger Probleme, genügend Raum für die verschiedenen Verkehrsträger zu finden. (Vgl. GROßHANS 2001: 27)

Bau- und wohnungstechnische Mängel der Gebäude aus der Nachkriegszeit verlangen heute häufig Modernisierungen. Dies betrifft die Grundrisse, fehlende Freisitze und Aufzüge, die Heizungs- und Sanitäreinrichtungen oder auch die Isolierung. Im Hinblick auf eine altengerechte Anpassung bieten sich hier vielfältige Ansatzpunkte, die dadurch gefördert werden, dass große Bestände sich in der Hand von Wohnungsunternehmen befinden, wobei auch hier die Entwicklungen abgewartet werden müssen. (Vgl. MSWKS 2003: 8)

Häufig lebt ein großer Teil der Bevölkerung schon recht lange in den Siedlungen. Dies trägt mit dazu bei, dass dieser Siedlungstyp bereits heute schon häufig eine sehr alte Bevölkerung aufweist und von daher einen hohen Handlungsdruck besitzt. Neben den bereits erwähnten Potentialen, bieten aber auch die gewachsenen Strukturen durch die schon lange in der Siedlung lebende Bevölkerung Chancen im Hinblick auf die Gemeinschaftsstärkung und Festigung sozialer Netze. Außerdem hervorgehoben werden sollten die häufig gut integrierten Stadtlagen, in denen sich die Siedlungen befinden und damit gute Voraussetzungen im Hinblick auf

Infrastrukturausstattung bieten. (Vgl. MSWKS 2003: 7)

### 5.3.3 Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre

Von Mitte der 60er bis zum Ende der 70er Jahre, in Ostdeutschland bis zum Ende der DDR, entstanden Großwohnsiedlungen nach einheitlichen städtebaulichen Konzeptionen. Geprägt durch einen homogenen Charakter der Siedlung und freistehende, hochgeschossige und dominante Gebäude stellen sie die Umsetzung des Leitbilds der Urbanität durch Dichte dar. Häufig bilden sie ganze neue Stadtteile, die komplett errichtet wurden. In Westdeutschland entstanden dabei überwiegend Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus. Von der Lage her unterscheiden sich die Großsiedlungen erheblich. Während einige, vor allem kleinere, Siedlungen in integrierter städtischer Lage entstanden, wurden andere größere Anlagen als neue Stadtteile in wenig integrierten Lagen realisiert. (Vgl. FUHRICH ET AL. 1994: 597ff)

Schon mit Fertigstellung der Siedlungen kam in Westdeutschland Kritik an diesen auf, die sich zunächst vor allem auf fehlende Infrastruktureinrichtungen und zu hohe Mieten konzentrierte. Während diese Mängel beseitigt werden konnten, unterlagen sie in der Folge weiterhin Kritik in Bezug auf eine mangelnde Wohnumfeldgestaltung, vorherrschende Monotonie, fehlende Mischnutzung, zu große Anonymität oder auch bautechnische Mängel. Von den Massenmedien und der breiten Öffentlichkeit wurden die Großsiedlungen schon bald als ein Synonym für einen „inhumanen Städtebau“ gesehen. Dies hat mit dazu beigetragen, Großsiedlungen in den 80er Jahren bereits wieder intensiv in das Blickfeld der Stadtplanung und Stadterneuerung zu rücken. Aufgrund einer Entspannung auf einigen regionalen Wohnungsmärkten sind dort manche Großsiedlungen innerhalb kürzester Zeit in das unterste Segment des regionalen Wohnungsmarkts abgefallen. In der Folge kam es zu Wohnungsleerständen, Vermietungsproblemen und, gefördert durch kommunale Belegungspolitiken, zu sozialen Konflikten. Die Folge war eine sich verstärkende erzwungene ökonomische Segregation, bei der immer Bewohnerinnen und Bewohner diese Siedlungen verließen, wenn sie es konnten und nur neu einzog, wer es nicht vermeiden konnte. So bestehen seit den 80er Jahren auch schon Erfahrungen in der Sanierung dieser Großwohnsiedlungen, die bautechnische Sanierungen, städtebauliche Korrekturen und soziale Programme umfassen. (Vgl. JESSEN 1998: 111ff)

Die in Ostdeutschland zur Reduzierung der Wohnungsnot und als baulich-räumliche Umsetzung der sozialistischen Lebensweise mit Hilfe industrieller Massenfertigung errichteten Großsiedlungen basieren auf der Anordnung von „sozialistischen Wohnkomplexen“ mit ungefähr 4.000 bis 5.000 Einwohnern<sup>17</sup>. Dem wurden gesellschaftliche Einrichtungen wie Schule, Kindergarten, Einzelhandelsgeschäft und Haltestelle des ÖPNV zugeordnet. Die Gebäude selbst waren als Zeilen angeordnet und baugleich, die Erschließung erfolgte über Stiche. Begünstigt durch die freie Verfügbarkeit von Grund und Boden und bedingt durch nötige Gebäudeabstände für die Montageeinrichtungen, entstanden große und undifferenziert gestaltete Grünflächen. Durch die Dominanz dieser Bauform über einen langen Zeitraum finden sich diese Siedlungen in Ostdeutschland auch in vielen Klein- und Mittelstädten. (Vgl. HANNEMANN

<sup>17</sup> Der Einzugsbereich einer 8-Klassenschule (vgl. HANNEMANN 1998: 93).

1998: 91ff)

Häufig kritisiert werden in den ostdeutschen Großsiedlungen die ungenügende soziale und kommerzielle Infrastruktur, weite Distanzen zu den Einrichtungen und die bedrohlichen baulichen Großstrukturen. Dies gilt teilweise allerdings auch für Großsiedlungen in Westdeutschland. Für Ostdeutschland typisch ist die aber in vielen Fällen noch vorherrschende heterogen zusammengesetzte Bevölkerungsstruktur, vor allem in den älteren Großsiedlungen, die als ein Potential angesehen werden kann. (Vgl. GROßHANS 2001: 31)

Neben problematischen Voraussetzungen wie ein schlechtes Image oder eine sozial schwache Bewohnerschaft, bieten sich durch die hohe Bevölkerungsdichte aber auch prinzipielle Vorteile in Form eher tragfähiger Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen. Beispielfähig sei der in manchen Siedlungen eingeeichtete Portierdienst genannt, der durch Präsenz im Eingangsbereich der Gebäude Sicherheit vermittelt und bei kleineren Diensten zu Hand gehen kann. Dieser Service ist zwar in der Regel Bestandteil einer umfassenderen Aufwertungskampagne, kann aber letztlich trotzdem nur aufgrund der hohen Bewohnerdichte pro Gebäude angeboten werden.

#### 5.3.4 Einfamilienhaussiedlungen

Einfamilienhaussiedlungen mit den Gebäudetypen der freistehenden Häuser, Reihen- und Doppelhäuser sowie seltener auch der Gartenhofhäuser sind in der Regel weitläufige und üppig durchgrünte Siedlungen mit einer geringen Bevölkerungsdichte. In der Regel befinden sich diese Siedlungen in den Randlagen der Gemeinden. Gerade aber auch ältere Einfamilienhaussiedlungen befinden sich aufgrund der fortschreitenden Suburbanisierung teilweise schon wieder in innenstadtnaher Lage. Dies betrifft vor allem Siedlungen, die zum Teil schon deutlich vor dem zweiten Weltkrieg entstanden, beispielsweise Gartenstadt-Typologien oder Werkssiedlungen. Aufgrund der integrierten Lagen und den zugrunde liegenden Planungskonzepten unterscheiden sie sich häufig deutlich von den Einfamilienhaussiedlungen, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden. Diese machen den weitaus größeren Teil des Einfamilienhaussiedlungsbestandes aus, begann hier doch erst die große Expansion dieses Siedlungstypes. Aber auch ältere Einfamilienhaussiedlungen der 50er und 60er Jahre befinden sich in der Regel in integrierteren Lagen als spätere Siedlungen.

Während gerade der üppige Grünraum und die in der Regel geringen Belästigungen durch Immissionen als Vorteile gesehen werden können, so liegen die Nachteile in der geringen Dichte und Monostrukturiertheit der Siedlung, die häufig den Pkw-Besitz zur Versorgung verlangt. So ist die Versorgung mit Infrastruktur, gerade auch in fußläufiger Entfernung, nur selten gegeben. Ebenso herrscht in der Regel ein schlechtes Angebot des ÖPNV vor. Dabei ist die Versorgung in ländlichen Lagen noch schlechter als in städtischen. (Vgl. BMRBS 1995: 30)

Meistens handelt es sich bei den Häusern um selbst genutztes Wohneigentum, die Bewohnerinnen und Bewohner verfügen daher zu mindest über einen gewissen ökonomischen Spielraum. Da das Eigentum häufig in der Familiengründungsphase gebildet wurde, ist die Bevölkerungsstruktur daher oft sehr homogen. Da zudem die Fluktuation meist sehr gering

ist, altert mit der Siedlung auch die Bevölkerung. Der Auszug der Kinder aus den Haushalten verstärkt diese homogene Struktur noch und sorgt zudem für eine weiter abnehmende Bevölkerungsdichte. Ein positiver Aspekt können die über eine lange Zeit aufgebauten sozialen Netze im Quartier sein. (Vgl. GROßHANS 2001: 23ff)

Insgesamt stellen Einfamilienhaussiedlungen mit einer älter werdenden Bevölkerung gerade durch die geringe Dichte und Abhängigkeit vom Pkw eine besondere Problemstellung dar, für die umfassende und tragfähige Konzepte, die auch in der Praxis erprobt wurden, bisher fehlen. Vor dem Hintergrund der großen Verbreitung dieser Wohnform<sup>18</sup> erscheinen Handlungskonzepte aber dringend notwendig zu sein. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden demografischen Alterung immer kernstadtfernerer Gebiete, in denen dieser Siedlungstyp dominiert. (Vgl. GROßHANS 2001: 24)

#### **5.4 Der räumliche Handlungsbedarf durch die dargestellte Situation**

Der seit langem dominierende räumliche Entwicklungstrend der Suburbanisierung wird den Umgang mit der demografischen Alterung erschweren. Die im Zusammenhang mit diesem Entwicklungstrend stehenden Entwicklungen im Einzelhandel haben dies deutlich unterstrichen, wenn es um die Sicherung der Nahversorgung als einem Baustein eines altengerechten Quartiers geht. Über geringe Bevölkerungsdichten, eine zunehmende Abhängigkeit vom Pkw und einem „regionalen Leben“ betrifft dies allerdings auch noch weitere Bereiche. Verschärfend hinzu kommt, dass auch als eine langfristige Folge der Suburbanisierung nun die Bevölkerung des städtischen Umlandes stark altert. Gerade hier wird die Kombination von ungünstigen Voraussetzungen, beispielsweise den vorherrschenden Siedlungstypen der Einfamilienhausgebiete, mit der demografischen Alterung besonderen Handlungsbedarf verlangen. Darüber hinaus werden aber auch in den Städten Konzepte zur Entwicklung altengerechter Quartiere benötigt werden. Die folgenden Kapitel sollen Wege aufzeigen, wie auf die demografische Alterung reagiert werden kann, in dem Wohnquartiere ihren Bewohnerinnen und Bewohnern ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben ermöglichen. Dabei werden zunächst einmal weitgehend unabhängig von den Siedlungstypen Möglichkeiten betrachtet, die bereits erprobt sind oder werden. Wenn auch eine Vielzahl der Beispiele einem eher städtischen und verdichteterem Kontext entstammen, so kann die Übertragung auf andere Siedlungstypen durchaus möglich sein und neue Wege aufzeigen.

---

<sup>18</sup> Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 1998 besaßen 29,1 % der Haushalte in Westdeutschland ein Einfamilienhaus, in Ostdeutschland immerhin 20,1 % (vgl. MÜNNICH 1999: 211).

## 6. Handlungsmöglichkeiten für die Gestaltung altengerechter Quartiere

Dieses Kapitel soll mögliche Wege aufzeigen, um die in Kapitel 4 erläuterten Ziele für ein altengerechtes Quartier zu erreichen. Dafür werden verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, die in den letzten Jahren erprobt wurden und zur Zielerreichung beitragen können. Jede Einzelmaßnahme bedarf dabei der eigenen, detaillierten Umsetzungsstrategie, die hier nicht vertiefend dargestellt werden kann. Vielmehr geht es darum, einen Überblick zu geben und die Wirkungsmöglichkeiten einzuschätzen. Neben den verallgemeinerten Erläuterungen dieser Maßnahmen werden meistens noch gute Praxisbeispiele vorgestellt, welche die möglichen Handlungsansätze veranschaulichen sollen. Zunächst wird auf spezielle Wohnformen für das Alter eingegangen, da sie explizit versuchen, Anforderungen für ein altengerechtes Leben zu erfüllen. Dabei kombinieren sie die Aspekte des altengerechten Wohnraums mit Aspekten der Hilfe, Betreuung und Pflege genauso wie mit der sozialen Integration und dem Gemeinschaftsgedanken. Daher erscheint es lohnenswert, sich zunächst mit diesen Wohnformen auseinanderzusetzen. Dabei werden die „traditionellen“ Heimwohnformen ebenso kurz erläutert wie neue Wohnformen für das Alter. Eine zusammenfassende Beurteilung im Hinblick auf die Beiträge zu einem altengerechten Leben erfolgt nach Vorstellung der Sonderwohnformen für das Alter. Darauf folgend wird sich mit dem „normalen“ Wohnungsbestand in den Wohnquartieren und der Frage auseinandergesetzt, wie das Leben in den Privatwohnungen altengerecht gestaltet werden kann. Hier wird auf Erkenntnisse aus den neuen Wohnformen für das Alter zurückgegriffen und Möglichkeiten von deren Übertragungen auf den normalen Wohnungsbestand vorgestellt. Weitere ergänzende Maßnahmen, die sich vornehmlich den Bereichen „Öffentlicher Raum“ und „Versorgungs- und Freizeitangebote“ aus dem Zielsystem für ein altengerechtes Quartier widmen (vgl. Kapitel 4.2.2 und 4.2.3), werden anschließend, wenn auch in geringerem Umfang, vorgestellt. Im abschließenden Kapitel 7 wird dann versucht, aus den vorherigen Erkenntnissen darzustellen, wie integrierte Quartierskonzepte für die Gestaltung altengerechter Quartiere aussehen können.

### 6.1 Sonderwohnformen für das Alter

Die Wahl der Wohnform kann einen großen Einfluss auf das Leben im Alter haben und stellt mithin eine typische Maßnahme dar, um auf altersbedingte Veränderungen zu reagieren. Traditionellerweise stellten für lange Zeit die institutionalisierten Wohnformen der Heime unter den Aspekten des altengerechten Wohnraums, der Versorgung, Unterstützung und Hilfe im hohen Alter die übliche Alternative zur eigenen Wohnung oder dem Leben im Familienverbund dar. Als weitere Alternative dazu entwickelten sich bereits seit Ende der 70er Jahre neue Wohnformen für das Alter, die sowohl versuchten, Vorteile des Wohnens in der Privatwohnung mit denen des Heimwohnens zu kombinieren als auch neue Aspekte wie das gemeinschaftliche Leben in den Vordergrund stellten. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren setzte ein zunehmender „Boom“ in diesem Bereich ein, und auch die Öffentlichkeit interessiert sich mehr und mehr für diese Modelle. Die Gründe dafür sind vielschichtig, wesentlich ist mit Sicherheit ein Kohorteneffekt: Die älteren Menschen von heute und morgen bringen

einen anderen Erfahrungshintergrund mit als die älteren Menschen der letzten Jahrzehnte. Allerdings deutet die Entwicklung und Durchsetzung dieser neuen Wohnformen als in der Regel „von unten“, also den Betroffenen selbst oder deren unmittelbaren Interessenvertretern, auf einen starken Bedarf nach den neuen Wohnformen hin. Im Folgenden wird ein Überblick über die verschiedenen heute möglichen und praktizierten Wohnformen für das Alter gegeben. Dabei werden zur genaueren Darstellung der verschiedenen Modelle, ihrer Organisations- und Entstehungsmöglichkeiten einige gute Praxisbeispiele gegeben. Inwieweit sich aus den verschiedenen Wohnformen Vorteile für ein Leben im Alter im Quartier ergeben und was für Erkenntnisse sich daraus ziehen lassen, wird anschließend diskutiert.

### **6.1.1 Institutionalisierte Wohnformen traditioneller Art**

Unter den Begriff der institutionalisierten Wohnformen fallen Heime oder heimähnliche Wohnformen, die weiter unterteilt werden können in Altenwohnheime, Altenheime und Pflegeheime. Häufig ist die genaue Unterscheidung nicht eindeutig durchzuführen, oft sind auch die verschiedenen Typen in einer Einrichtung kombiniert. Trotz Überschneidungen ist die Unterteilung allerdings sinnvoll, um wesentliche Unterschiede aufzuzeigen. (Vgl. BMFSFJ 1998: 123f)

#### *Altenwohnheime*

Altenwohnheime besitzen geschlossene, kleine Wohnungen und sollen somit eine selbstständige Haushaltsführung ermöglichen. Die Gemeinschaftsangebote sind in der Regel eher gering. Für den Bedarfsfall sind Verpflegung, Betreuung und Versorgung gesichert. Eine besondere Form der Wohnheime sind Wohnstifte, die sich durch höhere Wohnstandards und ein umfassendes, an gehobenen Hotelstandards orientiertes, Serviceangebot auszeichnen. Dies umfasst häufig auch ein besonderes Freizeitangebot mit gesellschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen. Zudem ist häufig eine kommerzielle Infrastruktur integriert. Wohnstifte gehören dadurch zur teuren und exklusiven Form des Altenwohnens. (Vgl. BMFSFJ 1998: 126)

Wohnheime und -stifte besitzen deutliche Parallelen zum Betreuten Wohnen. Den Bewohnerinnen und Bewohnern soll eine möglichst selbstständige Haushaltsführung im Alter ermöglicht werden, in Kombination mit der jeweils notwendigen Hilfe, die abrufbereit zur Verfügung stehen. Gerade die Wohnstifte als marktorientiertes Angebot können als Vorläufer des Betreuten Wohnens angesehen werden, da sie sich schon frühzeitig auf die Nachfrage ihrer Kundschaft eingestellt hatten. Das Eintrittsalter liegt trotzdem überwiegend bei mehr als 80 Jahren. Altenwohnheime werden zunehmend durch Anlagen des Betreuten Wohnens ersetzt oder in diese umgewandelt. (Vgl. BMFSFJ 1998: 126)

#### *Altenheime*

Altenheime liegen in ihrem Angebot von Betreuung und Versorgung zwischen Wohnheimen und Pflegeheimen, die aus den Altenheimen hervorgegangen sind. Die ursprünglichen Heime unterlagen der Kritik, dass Bewohnerinnen und Bewohner mit unterschiedlichen Be-

dürfnissen weitgehend gleich behandelt wurden. So konnte es zu gleichzeitiger Unter- und Überversorgung von Bewohnergruppen kommen. Daher kam es zu einer Ausdifferenzierung der Heimtypen. Das Altenheim ist dabei gedacht für ältere Menschen, die keinen eigenen Haushalt mehr führen können, also hilfsbedürftig sind, aber noch keine Pflege benötigen. Die Wohnbedingungen sind in der Regel großzügiger als in Pflegeheimen. Typisch ist das Angebot eines Einzelzimmers mit Bad aber ohne eigene Kochmöglichkeit. Generell wird die Haushaltsführung den Bewohnerinnen und Bewohnern weitestgehend abgenommen. Insgesamt ist das Altenheim eine Wohnform mit Gemeinschaftsaktivitäten, Betreuungs- und Versorgungsangeboten, die eher auf soziale Alltagshilfen setzen. (Vgl. BMFSFJ 1998: 126)

Die Bedeutung von Altenheimen nimmt deutlich ab. Es werden praktisch keine neuen Altenheime mehr gebaut, und viele bestehende Einrichtungen werden entweder in Pflegeheime oder in Anlagen des Betreuten Wohnens bzw. Wohnheime umgewandelt. (Vgl. BMFSFJ 1998: 124, 126)

### *Pflegeheime*

Pflegeheime sollen die umfassende Pflege, Versorgung und Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner gewährleisten. Die Unterbringung erfolgt in Einzel- oder Mehrbettzimmern, wobei lediglich 39% (West) bzw. 30% (Ost) der Plätze in Einzelzimmern angeboten werden (Stand 1995). Die umfassende pflegerische Versorgung schafft dann ein Wohnangebot, wenn dies in allen anderen Wohnformen nicht mehr erfolgen kann. Unter den Heimangeboten für das Alter nehmen die Pflegeheime die dominierende Stellung ein: 43% aller Heime mit 57% aller Heimplätze sind pflegeorientiert (Stand 1995). (Vgl. BMFSFJ 1998: 125)

Als unselbständigste Wohnform im Alter, stellen Pflegeheime eine unbeliebte Alternative dar, obwohl sie in schweren Fällen der Pflegebedürftigkeit gegenwärtig kaum zu vermeiden sind. Um dies abzumildern, sind verschiedene Entwicklungen und Anstrengungen im Pflegebereich festzuhalten, deren Leitbild als eine stärkere Orientierung auf ein möglichst „integriertes Wohnen“ und weg von einer Sonderform des Krankenhauses beschrieben werden kann. Ziele sind dabei größere Privatheit, Gemeinschaft und die Eröffnung von Handlungsspielräumen für die Bewohnerinnen und Bewohner. So gibt es räumliche Zusammenfassungen von Abteilungen in mehrere Bewohnerbereiche (Wohngruppen), Einzelzimmer mit eigenen Möbeln, soziale Kontaktbereiche, Wohnaktivitäten in Aufenthaltsräumen, hauswirtschaftliche Aktivitäten oder eine (innen-)architektonische Gestaltung nach modernen Gesichtspunkten mit einem Schwerpunkt auf dem Bereich „Wohnen“. (Vgl. BMFSFJ 1998: 125)

Die Entwicklung des Pflegeheimes zu einer Wohnform mit besonderer Betreuung spiegelt sich auch in der Größe und Lage der Einrichtungen wider. Zunehmend werden kleinere Einrichtungen mit maximal 100 Pflegeplätzen in Wohnortnähe anstatt solitärer Großeinrichtungen auf der „grünen Wiese“ eingerichtet. Der Trend zur Dezentralisierung setzt sich in diesem Bereich weiter fort. Zusehends wird versucht, immer kleinere Pflegeeinrichtungen in den Wohnquartieren zu installieren. Dabei werden Verwaltungs- und Versorgungsbereiche ausgelagert und für eine größere Anzahl der kleinen Pflegeeinrichtungen zentral organisiert. Diese Pflege-

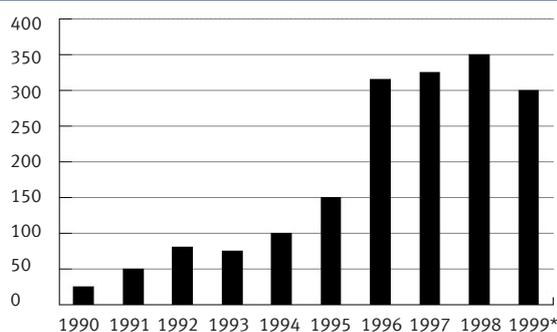
Wohngruppen oder auch betreute Wohngemeinschaften werden separat beschrieben. (Vgl. BMFSFJ 1998: 125)

Sonderformen innerhalb der Pflegeheime sind Heime für demenzkranke Alte und Hospize für die professionelle Sterbebegleitung todkrank Menschen. Diese sind keine Heime im herkömmlichen Sinne und benötigen besonders geschultes Personal, eine spezielle Ausstattung und intensive Betreuung. Auch bei Einrichtungen für demenzkranke Personen geht der Trend dabei eher zu kleineren, dezentralen Einrichtungen. (Vgl. BMFSFJ 1998: 125f)

### 6.1.2 Betreutes Wohnen

Mitte der 80er Jahre trat das neue Wohnmodell des „Betreuten Wohnens“ auf und erreichte in den 90er Jahren, vor allem angetrieben durch die Bauwirtschaft, einen regelrechten Boom (vgl. Abbildung 30). Streng genommen stellt das Betreute Wohnen keine eigene Wohnform dar. Vielmehr ist der entscheidende Punkt gerade die Entkopplung der Wohnform von der Betreuungsleistung. Betreutes Wohnen bietet die Möglichkeit selbständig in einer eigenen, vollständigen Wohnung zu leben und trotzdem bei Bedarf Hilfe und Unterstützung zu erhalten. Im Verlauf zunehmender Abhängigkeit, passt sich die Betreuungsleistung an, während die Wohnung gleich bleibt. Dabei wird eine Grundversorgung, die immer vergütet werden muss, um eine flexible, je nach Bedarf abzurufende und zu bezahlende Betreuungsleistung, häufig als Module, ergänzt. (Vgl. BMFSFJ 1998: 112)

Abbildung 30 Neue Betreute Wohnanlagen pro Jahr



\* Fertiggestellte Anlagen und bekannte Planungen bis August  
Vor 1990: ca. 500 Projekte

Quelle: Eigene Darstellung nach KREMER-PREISS ET AL. 2003: 94

Das zugrunde liegende Grundprinzip der selbständigen Wohnung und Betreuung nach Bedarf wurde und wird mit einer gewissen Euphorie als die ideale Zukunftslösung für das Wohnen im Alter propagiert. Die besondere Faszination liegt dabei wohl darin, dass die Punkte „Selbständigkeit“ und „Sicherheit und Versorgung“ nicht mehr als konkurrierende Punkte verstanden werden, sondern sich die jeweiligen Vorteile der Heime mit denen der eigenen Wohnung kombinieren sollen: So selbständig wie möglich leben und so viel Hilfe wie nötig bekommen.<sup>19</sup>

Unter den Begriff des Betreuten Wohnens werden dabei eine Vielzahl von Einrichtungen gefasst, die auch unter verschiedenen Begriffen firmieren, beispielsweise „Service-Wohnen“, „Wohnen plus“ oder „Begleitetes Wohnen“. Rückschlüsse auf unterschiedliche Angebote lassen sich daraus kaum schließen, die Begriffswahl orientiert sich häufig eher am Vermarktungsgedanken. Untereinander unterscheiden sich Projekte des Betreuten Wohnens in vielen

<sup>19</sup> Nicht außer acht gelassen werden sollte dabei allerdings, dass auch traditionelle institutionalisierte Wohnformen darum bemüht sind, die lange Zeit scheinbar gegensätzlichen Punkte miteinander zu vereinbaren.

Merkmale. Beginnend bei dem Betreuungs- und Serviceangebot, des Verhältnisses von Grund- zu Wahlservice, aber auch Gemeinschaftsausrichtung, Integration, Vertragsgestaltung und der Mischung mit weiteren Einrichtungen. Der Begriff „Betreutes Wohnen“ ist noch weitgehend offen und ungeschützt. „Häufig werden die Projekte so charakterisiert, als ob sie alle Anforderungen an altersgerechtes, selbständiges Wohnen erfüllen würden“ (BMFSFJ 1998: 115).

Zur Schaffung gültiger Mindestanforderungen an Betreutes Wohnen wird an einer DIN-Norm gearbeitet. In einigen Bundesländern wurden Qualitätssiegel unter der Beteiligung verschiedenster Organisationen entwickelt. So 1997 in Baden-Württemberg das „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für Senioren“, 2001 das „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen Sachsen-Anhalt“ und 2004 das „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen“. Letzteres formuliert für die vier Leistungsbereiche „Bauwerk und Umfeld“, „Grundservice“, „Wahlservice“ und „Vertragsgestaltung“ zentrale Anforderungen an Anlagen für das Betreute Wohnen. (Vgl. IAT 2004)

Das zentrale Element der Entkoppelung von Wohnen und Betreuung spiegelt sich auch in den jeweiligen Trägern wider, die sich häufig unterscheiden. Bei den Betreuungsverträgen herrschte lange Zeit eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf den rechtlichen Status. Die Koppelung von Mietverträgen an Betreuungsverträge sorgte für rechtliche Unsicherheit, die durch zwei Gerichtsurteile mittlerweile relativ klargestellt wurde. Diese besagen, dass es sich bei den Betreuungsverträgen im Betreuten Wohnen um normale Dienstleistungsverträge handelt, die nach dem Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu behandeln sind. Damit können Dienstleistungsverträge nur für eine Dauer von maximal zwei Jahren abgeschlossen werden. (Vgl. NARTEN 2004: 64) Aufgrund der großen Bandbreite der Einrichtungen ist ebenfalls im Einzelfall zu entscheiden, ob das Betreute Wohnen unter das Heimgesetz fällt, was erhebliche Konsequenzen im Hinblick auf bauliche Gestaltung, Betreuungspersonal und Bewohnermitbestimmung hätte.

Betreutes Wohnen unterliegt einer Einschränkung der Entkoppelung von Wohnen und Betreuung. So ist eine gewisse räumliche Nähe der Wohnungen zu einem Betreuungsstützpunkt vonnöten, um die Versorgung im Bedarfsfall zu gewährleisten. Prinzipiell ist es dabei möglich, Wohnungen in einer Wohnanlage zusammenzufassen oder eingestreute Wohnungen in anderen Wohnlagen oder Einrichtungen zu unterhalten. Bei den meisten Projekten handelt es sich aber um eine Zusammenfassung von Wohnungen in einer Anlage, häufig auch in Kombination mit anderen Einrichtungen, beispielsweise Pflegeheimen. (Vgl. BMFSFJ 1998: 114) Nach einer Untersuchung des Instituts für qualitative Marktforschung, Struktur- und Stadtforschung GmbH „empirica“ sind 35% aller Anlagen heimverbundene Anlagen mit einer Versorgung bis zum Tod, während 26% Anlagen mit einem Servicebüro zur Vermittlung externer Dienstleistungen darstellen. 21% sind in einem Betreuungsstützpunkt integriert<sup>20</sup> und 15% sind Wohnstifte (Stand 1999). (Vgl. NARTEN 2004: 60)

<sup>20</sup> Beispielsweise in eine Sozialstation oder den Stützpunkt eines ambulanten Pflegedienstes.

Trotz allem stellt das „Betreute Wohnen“ eine Sonderwohnform dar, deren Nachfrage wesentlich von den Verhältnissen im normalen Wohnungsbestand abhängt. RENATE NARTEN meint zum Verhältnis der Nachfrage nach Betreutem Wohnen zum Zustand des normalen Wohnungsbestands: „Je besser dieser baulich ausgerüstet ist, je mehr ambulante Dienste zur Verfügung stehen und je besser die alten Menschen in informelle Hilfsnetze und funktionierende Nachbarschaften eingebunden sind, desto weniger Interesse zeigen sie an einem Umzug in eine Sonderwohnform“ (NARTEN 2004: 61).

URSULA KREMER-PREIß (2000) vom Kuratorium Deutsche Altershilfe resümiert für Betreutes Wohnen in Anlagen, dass die Hoffnungen auf soziale Integration der Bewohnerinnen und Bewohner nicht in erhofftem Maß erfüllt werden. Nach einer Befragung von ca. 350 Bewohnerinnen und Bewohnern in Betreuten Wohnanlagen Baden-Württembergs kommt etwa die Hälfte der älteren Menschen in die Wohnanlagen, um der Vereinsamung zu entgehen. Trotz Gemeinschaftsräumen und dem Angebot von Gemeinschaftsaktivitäten wird dies Ziel aber nur wenig erfüllt. Eine kleinere Untersuchung von sieben Einrichtungen in Augsburg ergab beispielsweise, dass von den Bewohnerinnen und Bewohnern ein halbes Jahr nach dem Einzug ein Drittel keine einzige Mitbewohnerin und keinen einzigen Mitbewohner kennengelernt hatten. Gegenseitige Hilfeleistungen sind gänzlich unterentwickelt. Ebenso findet Partizipation beim Betreuten Wohnen kaum statt und hat eher den Charakter von Informationsveranstaltungen. Einen Einfluss beispielsweise auf baulich-technische Aspekte haben sie kaum.

Die Grundidee der Entkopplung von Betreuung und Wohnung stößt aber auf positive Resonanz und scheint ein zukunftsweisender Weg für die Unterstützungsleistung der Zukunft zu sein. Es muss aber diskutiert werden, ob dies weiterhin in neuen Anlagen des Betreuten Wohnens durchgeführt werden muss oder ob es nicht Lösungen für den Bestand gibt. So zeigt sich auch eine gewisse Ernüchterung im Markt. Es gibt bereits eine Reihe von Leerständen und Konzepten, die nicht auf die entsprechende Nachfrage stoßen. Es gab bereits finanzielle Zusammenbrüche von Betreibern. (Vgl. KREMER PREIß ET AL. 2003: 96) Das *HANDELSBLATT* berichtete am 28.04.2005 sowohl über verschiedene Anbieter, die keine neuen Angebote mehr lancieren wollen als auch über Mietervereine, die vor überzogenen Erwartungen an das Betreute Wohnen warnen.

### 6.1.3 Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen

Über 25 Jahre nach dem ersten Auftreten als eher „exotische“ Wohnform, erfreut sich das gemeinschaftliche Wohnen im Alter, entweder als Wohngemeinschaften oder als Hausgemeinschaften mit separaten Wohnungen, mittlerweile in Deutschland zunehmender Aufmerksamkeit durch die Öffentlichkeit<sup>21</sup>. Trotzdem ist ihre quantitative Bedeutung noch relativ gering. Nach Schätzungen gibt es derzeit ca. 250 realisierte Projekte in Deutschland und ungefähr die doppelte Anzahl in Planung (vgl. BAUWOHNBERATUNG KARLSRUHE ET AL. 2004: 158), andere Quellen sprechen von ca. 8.000 Bewohnerinnen und Bewohnern (vgl. KREMER-PREISS ET AL. 2003: 25). Damit ist die Entwicklung in Deutschland noch nicht soweit fortgeschritten wie in

<sup>21</sup> Beispielsweise eine durch das Fernsehen mit einer eigenen Serie begleiteten „Senioren-WG“. Titel „Da fängt das Leben an!“ (vgl. WEBSITE MDR).

anderen europäischen Ländern, beispielsweise Dänemark, Großbritannien mit allein 1.400 Abbeyfield-Wohngruppen<sup>22</sup> oder den Niederlanden, wo es bezogen auf die Gesamtbevölkerung etwa fünfmal so viele Projekte gibt wie in Deutschland. Insgesamt wurden Ende der 90er Jahre für die Länder der EU ca. 2.500 Co-Housing-Projekte geschätzt.<sup>23</sup> (Vgl. WEEBER ET AL. 1998: 61 und SINGELENBERG 2000: 14)

Bei den Projekten gibt es eine große Bandbreite von Konzepten. In dieser ausdifferenzierten Projektlandschaft hat jedes Einzelprojekt einen gewissen Unikatcharakter. Ein entscheidender Unterscheidungspunkt ist, ob es sich um altershomogene oder generationenübergreifende Projekte handelt. Ansonsten variieren die Konzepte auch in der Frage der Größe, der Organisationsform, expliziten Zielgruppen (beispielsweise Frauen oder Migranten), Projektentwicklungsmodellen („von unten“ oder „von oben“), Finanzierung, besonderen Zielausrichtungen (beispielsweise ökologisches Bauen und Wohnen) und der gegenseitigen Verbindlichkeiten deutlich. (Vgl. KRICHELDORFF 2004: 161)

Verbindendes Hauptziel der Projekte ist das bewusst gesuchte gemeinschaftliche Zusammenleben. Zwar herrscht auch in anderen Wohnformen für das Alter ein gewisses Maß an Gemeinschaft vor, dort ist es aber eher ein Nebenprodukt des Zusammenwohnens älterer Menschen in einem Gebäude oder einer Wohnanlage. Zudem sind gemeinschaftliche Wohnprojekte auch der ausdrückliche Wille zum selbständigen und selbstbestimmten Leben jenseits einer institutionalisierten Wohnform. So kommt neben der gegenseitigen Verantwortlichkeit auch der Eigenverantwortung und dem Mitspracherecht eine wichtige Bedeutung zu. Die Gemeinschaft dient der Sicherheit sowie gegenseitiger Hilfe und Unterstützung und damit den bereits beschriebenen Vorteilen der sozialen Netze. Zudem wird sich davon aber auch häufig der bewusste Aufbruch in eine neue Lebensphase versprochen, dessen Chancen genutzt werden sollen. Durch neue, gleich gesinnte Personen wird versucht, gemeinsame Aktivitäten und sinnstiftendes Tun zu ermöglichen und einer eventuellen Vereinsamung aktiv vorzubeugen. Die Wohnform stellt dabei ein Mittel zur Eröffnung neuer Handlungsspielräume im Alter dar.

Die gegenseitige Verpflichtung zur Unterstützung reicht von losen Vereinbarungen zur nachbarschaftlichen Hilfe, über gegenseitige Verpflichtungen zur Hilfe bis hin zur Vereinbarung auf gegenseitige Pflege im Bedarfsfall. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bei der Unterstützung in Alltagsdingen eine hohe Bereitschaft vorhanden ist, während die Pflegebereitschaft allerdings sehr stark von den persönlichen Beziehungen abhängig ist<sup>24</sup> (vgl. KRICHELDORFF 2004: 162). Daher wird auch häufig eine Kooperation mit professionellen Diensten angestrebt, welche die Pflege übernehmen oder unterstützen. Dabei wird in einigen Wohnprojekten durch bauliche Maßnahmen bereits spezielle Vorsorge für diesen Fall getroffen. Beispielsweise durch ein spezielles Pflegebad, wie es das Kölner Haus „Mobile“ in der gemeinsamen Gästewohnung eingerichtet hat. Gegenwärtig wird es nur von den Gästen als Bad

<sup>22</sup> Wobei es sich hierbei eher um betreute Wohngruppen (vgl. Kapitel 6.1.4) handelt, die allerdings keine Pflegeleistungen anbieten.

<sup>23</sup> Die genauen Daten zu ermitteln ist sehr schwer, die „Dunkelziffer“ von Wohngemeinschaften vermutlich recht hoch.

<sup>24</sup> Zudem bestehen viele der in der Regel von jungen Alten gegründeten Wohnprojekte noch nicht so lange. Die „Bewährungsproben“ stehen in diesen Fällen noch aus.

genutzt, sollte einmal ein Pflegefall eintreten, so steht dann die aufwendigere Einrichtung innerhalb der Anlage zur Verfügung (vgl. RODEKIRCHEN 2000: 36). Ein weiteres Beispiel sind betreute Wohngruppen, die in das Wohnprojekt integriert sind und im Bedarfsfall den Verbleib innerhalb des Projektes ermöglichen, wenn dann auch unter intensiverer Betreuung.

Durchgesetzt hat sich bei den Projekten das Modell einer Haus- oder Häusergemeinschaft, die sich selbst allerdings häufig trotzdem als „Wohngemeinschaft“ bezeichnet (vgl. MGSFF 2003: 9). Die Bewohnerinnen und Bewohner verfügen darin über abgeschlossene und vollwertige Wohnungen im Gegensatz zu den eher an den Wohngemeinschaften jüngerer orientierten Modellen, in denen sich Bad, Küche und Wohnzimmer geteilt werden. Aber auch bei den Hausgemeinschaften sind Gemeinschaftsräume ein unverzichtbarer Bestandteil. Kern dieser Gemeinschaftsreinrichtungen ist in der Regel ein Gemeinschaftsraum mit Küche, häufig auch Gästezimmer oder -wohnungen für Besucherinnen und Besucher, um den entsprechenden Raum in der eigenen Wohnung zu sparen. Ebenfalls wichtiger Bestandteil sind oft die Freiflächen der Anlage. Es lässt sich allerdings bei den Gemeinschaftseinrichtungen ein Trend zu eher knapper bemessenen Anlagen zu Gunsten der individuellen Räumlichkeiten feststellen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 79) Häufig werden Gemeinschaftsflächen mittlerweile auf den Grundrissen einer normalen Wohnung realisiert, um eine leichtere Nachnutzung zu gewährleisten.

Bei der Projektentwicklung lassen sich zwei Strömungen feststellen. Häufig sind dabei die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner die Initiatoren (Modell „von unten“). Die Gruppe mit der Idee findet sich zusammen, entwickelt ihre Vorstellungen und bemüht sich um Bauträger, Architekten, Finanzierung, Grundstück usw. um das Projekt zu realisieren. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 81) Damit sind die Bewohnerinnen und Bewoh-

#### Textkasten 1

#### Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen in Köln: „Haus Mobile“

Das Projekt des Vereins „Neues Wohnen im Alter“ hatte eine über zehn Jahre andauernde Vorgeschichte, bis 1995 in die konkreten Planungen eingestiegen werden konnte. Über lange Zeit fehlte es an politischer Unterstützung und möglichen Investoren, gerade auch weil es sich um ein selbstorganisiertes Gemeinschaftswohnprojekt handelt, das eine soziale Mischung anstrebt. Daher sollen Wohnungen für unterschiedliche Lebenssituationen und unterschiedliche finanzielle Hintergründe bereitgestellt werden. Schließlich wurde 1998 in einem dicht besiedelten Viertel mit einer guten Infrastruktur, Grünflächen und ÖPNV-Anbindung in fußläufiger Entfernung das Mehrgenerationenhaus „Mobile“ eingeweiht. Es soll den Bewohnerinnen und Bewohnern ein weitestgehend eigenständiges Wohnen bis zum Lebensende in der eigenen Wohnung und dem vertrauten Umfeld ermöglicht werden, auch im Fall eingeschränkter Mobilität oder eintretender Pflegebedürftigkeit. Kontakte und Geselligkeit innerhalb der Gemeinschaft, aber auch in das Quartier, sollen gefördert werden. Das Haus verfügt über 36 Wohnungen mit einer Größe von 36 bis 144 qm, die bis auf Maisonette-Wohnungen für Familien mit Kindern alle barrierefrei sind. Es handelt sich dabei um 13 Eigentumswohnungen, 15 öffentlich geförderte und acht freifinanzierte Mietwohnungen. Es wurde auf eine ökologische Bauweise geachtet. Zurzeit leben 54 Personen aller Generationen im Haus, ungefähr 25% davon sind 60 Jahre und älter. Für die Hausgemeinschaft gibt es einen internen Gemeinschaftsraum, eine Dachterrasse und ein Gästezimmer mit Pflegebad. Ein ehrenamtlich von den Bewohnern betriebenes Nachbarschaftscafé im Haus steht ausdrücklich auch Außenstehenden offen und dient der Integration in das Quartier. Hier werden auch Sonderprogramme und Veranstaltungen angeboten, die das Interesse der Nachbarschaft wecken sollen. Das Projekt wurde als „Zukunftsweisendes Bauprojekt“ gefördert. Die laufenden Kosten für die Gemeinschaftsflächen werden vom Land bezuschusst.

(Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 69f und RODEKIRCHEN 2000)

ner in einer sehr aktiven Rolle bei der Entwicklung und Realisierung der Wohnprojekte. „Die beteiligten älteren Menschen sind nicht nur Konsumenten von Wohn- und Serviceangeboten“ (MGSFF 2003: 4). Dieser Prozess bietet viele Vorteile, wie die Identifikation mit dem Projekt, Verwirklichen eigener Vorstellungen und die Unterstützung der Gemeinschaftsbildung, beinhaltet aber auch Schwierigkeiten. So im Gruppenfindungs- und Projektplanungsprozess. Risiken können hier sowohl durch die fehlende Erfahrung der Gruppe entstehen als auch die noch immer vorherrschende Zurückhaltung von Kooperationspartnern, die für Finanzierung, Bau, Grundstücks- bzw. Häuserkauf usw. nötig oder hilfreich wären. Hier liegen große Problembereiche für Wohnprojekte. So kommt es in der Regel zu sehr langen Planungszeiten, die sich durchaus über mehrere Jahre hinziehen können. Dies schreckt Interessenten ab und kann zu einem Motivationsverlust und hoher Fluktuationsrate bei den Gruppenmitgliedern führen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 74)

Es gibt aber auch die Projektentwicklung „von oben“. Die Initiative geht dabei von einem Träger oder einer Initiative aus, die wesentliche Planungsschritte übernehmen. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden entsprechend der Konzeptidee ausgewählt und werden so weit bei der Planung beteiligt, wie der Träger es entscheidet. Vorteil dieses Modells ist mit Sicherheit die schnellere Planungszeit durch eine „professionelle“ Durchführung, die eine breitere Durchsetzung dieser Wohnform unterstützen könnte. Auf der Strecke bleiben können dabei die positiven Effekte durch ein von der Bewohnergruppe selbst initiiertes Projekt, da sie gerade nur noch zu „Konsumenten“ werden. Es gibt allerdings auch Zwischenformen dieser beiden Modelle, zum Beispiel trägerinitiierte Projekte, bei denen die Bewohnerinnen und Bewohner umfassend an der Konzeptentwicklung beteiligt werden. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 82)

Bei der Realisation solcher Wohnprojekte kommt es ganz entscheidend auch auf die Wohnungswirtschaft als möglichen Partner an. Häufig steht diese den Gruppen zunächst einmal recht skeptisch gegenüber. So werden die Projekte zunächst einmal als unzuverlässige Partner angesehen, da die Befürchtung von verändernden Gruppenzusammensetzungen während der Planungsphase besteht. Zum anderen können die Mitbestimmungsforderungen der Gruppen den Arbeitsaufwand und Planungsprozess deutlich erhöhen. Dem stehen allerdings nach der Realisierung eines Projektes deutliche Vorteile gegenüber. Genannt werden können

- eine sichere Vermarktung der Wohnungen, da die Bewohnerinnen und Bewohner häufig selbst für die Nachmieter sorgen und die Fluktuation insgesamt sehr niedrig ist,
- eine hohe Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Gesamtprojekt und folglich ein pfleglicher Umgang mit Bausubstanz und Wohnumfeld,
- Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch die selbstorganisierten Projekte (beispielsweise auch in der Schlichtung von Nachbarschaftskonflikten),
- eine positive Ausstrahlung auf das umgebende Wohnquartier, da die Gemeinschaftsaktivitäten häufig ausgeweitet werden.

Nach Aussagen niederländischer Unternehmen wiegen die Vorteile in der Nutzungsphase der Gebäude den höheren Planungsaufwand in der Entstehungsphase deutlich auf. (Vgl. NARTEN 2004: 73f)

Gemeinschaftliche Wohnprojekte stellen eine Wohnform dar, die in sich eine ganze Reihe der Zielvorstellungen für ein altergerechtes Quartier erfüllen können. Dabei kann an erster Stelle die ausdrückliche Ausrichtung auf „Gemeinschaft“ genannt werden. Die Bedeutung von sozialen Kontakten und daraus erwachsenden sozialen Netzen für das Leben im Alter wurde im Verlauf der Arbeit bereits dargestellt und mündeten in die Leitlinie der „Sozialen Kontakte“ im Zielsystem für ein altergerechtes Quartier. In der Folge kann dies positive Auswirkungen für die gegenseitigen Unterstützungsleistungen bieten, Sicherheit vermitteln, anregend sein, die Bewohner zu Aktivitäten und der Teilnahme am (halb)öffentlichen Leben animieren. Hier liegen die ausdrücklichen Vorteile der gemeinschaftlichen Wohnprojekte. Die gemeinschaftlichen Wohnprojekte älterer Menschen in den Niederlanden wurden in der Studie „Vom Idealismus zum Realismus“ (KDA 2000) untersucht. Als „Mehrwert“ des Wohnens in Gemeinschaft werden dabei das aktivere Leben, größere Verbundenheit zum Wohnumfeld, höheres Sicherheitsgefühl und mehr Möglichkeiten des gegenseitigen Kontaktes und der emotionalen Unterstützung gesehen. Alle interviewten Personen hatten freundschaftliche Beziehungen zu einem oder mehreren Mitgliedern der Wohngruppe, insgesamt wird immer eine gute nachbarschaftliche Beziehung empfunden. (Vgl. VAN OVERBEEK 2000: 19)

Wohnprojekte können sich mit ihrer Gemeinschaft, den Einrichtungen und Aktivitäten unterschiedlich stark zu ihrer Nachbarschaft öffnen. Häufig wird eine Integration in das umgebende Wohnquartier besonders angestrebt, was sich gerade auch zur besseren Auslastung der Einrichtungen eines Wohnprojektes ausdrücklich anbieten kann (vgl. KREMER-PREISS ET AL. 2003: 71). Bei-

#### Textkasten 2

#### Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen in Hannover: „Gemeinsam statt einsam“

An der Seniorenakademie Hannover bildete sich 1996 ein Arbeitskreis zum gemeinschaftlichen Wohnen im Alter. Die Mitglieder wollten den letzten Lebensabschnitt nicht in einem Heim verbringen und zudem Einsamkeit im Alter vorbeugen. Durch gegenseitige Unterstützung soll ein möglichst langes Leben in der eigenen Wohnung auch bei körperlichen Einschränkungen ermöglicht werden, wobei im Bedarfsfall auch professionelle Hilfe in Anspruch genommen werden soll. 1997 gründete sich daraus der Verein „Gemeinsam statt einsam“ mit dem Ziel, ein Wohnprojekt in Hannover zu realisieren. Bei regelmäßigen Treffen wurde über das Projekt und die unterschiedlichen Vorstellungen diskutiert. Zudem gab es gemeinsame Freizeitunternehmungen. Auf der Suche nach einem geeigneten Wohnobjekt wurde Kontakt zu vielen Wohnungsunternehmen in Hannover aufgenommen. Die Norddeutsche Immobiliengesellschaft mbH (NILEG) bot schließlich der Gruppe ein komplettes Haus im neuen Stadtteil Kronsberg für die Zeit nach der Expo an. Die Planungen für das viergeschossige Gebäude mit 16 Wohnungen waren allerdings bereits weitgehend abgeschlossen. Trotzdem konnten noch einige grundlegende Änderungswünsche aufgenommen werden, insbesondere der Einbau eines Aufzugs. Zusätzlich wurde eine 2-Zimmer Wohnung im Erdgeschoss in eine Gemeinschaftswohnung umgewandelt, die sowohl als Gemeinschaftsraum wie auch als Gästezimmer dient. Hier finden wöchentliche Gemeinschaftstreffen statt. Seit März 2001 wohnen 22 Menschen in dem Haus. Mittlerweile gibt es weitere Interessenten für das Konzept, die im eigentlichen Haus keine Wohnung mehr bekommen konnten und sich daher in umliegenden Häusern eingemietet haben und trotzdem am Gemeinschaftsleben teilhaben. War die NILEG anfangs dem Projekt und seinen speziellen Wünschen gegenüber noch sehr skeptisch, so änderte sich dies im Zuge der Zusammenarbeit. Heute wird der Vorteil in der verlässlichen und sozial stabilen Zusammensetzung der Mieterschaft gesehen. Dies drückt sich in weiterer Investitionsbereitschaft in das Gebäude des Projektes aus, so soll ein Fahrradhaus errichtet werden. Ausserdem plant die NILEG aufgrund der guten Erfahrungen nun ein weiteres gemeinschaftliches Wohnprojekt für das Leben im Alter in Hannover. Zusammen mit einer Gruppe interessierter älterer Menschen wird ein Neubauprojekt geplant.

(Vgl. NARTEN 2004: 76F und WEBSITE GEMEINSAM STATT EINSAM)

spielsweise seien hier das „Haus Mobile“ in Köln genannt, dessen Nachbarschaftscafé sich ausdrücklich an die Bewohner des gesamten Quartiers richtet oder auch das Wohnprojekt „Gemeinsam statt einsam“ in Hannover. Da in den eigentlichen Gebäuden nicht genug Wohnungen zur Verfügung stehen, sind an dem Konzept Interessierte mittlerweile in Wohnungen in die unmittelbare Nähe des Wohnprojektes gezogen und nutzen dessen gemeinschaftliche Angebote mit. (Vgl. Textkästen 1 und 2)

Wenn der Gemeinschaftsgedanke auch im Vordergrund steht, so wird doch auch in weiteren Punkten bewusst versucht, altengerecht zu planen. So kennzeichnen Wohnprojekte in der Regel trotz aller baulichen und konzeptionellen Vielfalt die folgenden Punkte:

- Standorte mit guter Infrastruktur und Anbindung mit ÖPNV
- Ausbildung der Gebäude- und Wohnungerschließung für zusätzliche Begegnungsmöglichkeiten (Ausbildung von Kommunikations- und Treffpunkten)
- Barrierefreiheit
- Einladend gestalte Gemeinschaftsräume
- Abstufung von privaten, halbprivaten und öffentlichen Flächen (vgl. KREMER-PREISS ET AL. 2003: 76)

Dabei sind die Überschneidungen mit den in Kapitel 4 erläuterten Zielen eindeutig. Da es sich häufig um Neubauprojekte handelt, die bei allen Problemen doch eine relativ hohe Wahlfreiheit bei der Standortsuche besitzen, bieten sich den Projekten selbstverständlich auch gute Voraussetzungen zur Zielerfüllung.

Insgesamt stellen Wohnprojekte als neue Form der Selbständigkeit und Gemeinschaft, die durch gemeinsame Aktivitäten und gegenseitige Unterstützung geprägt sind, eine bewusste und attraktive Alternative für das Leben im Alter dar. Dafür spricht zum einen, dass sich die gemeinschaftlichen Wohnprojekte als Modell von unten in den letzten 25 Jahren durchgesetzt und etabliert haben. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass gegenwärtig Bedarf und Nachfrage größer sind als das Angebot. Dabei ist gerade dort, wo es bereits eine Ballung von Projekten gibt, die Nachfrage besonders hoch. (Vgl. KREMER-PREISS ET AL. 2003: 74) Das Forum Gemeinschaftliches Wohnen in Hannover, ein bundesweites Netzwerk für gemeinschaftliche Wohnprojekte, verzeichnete von 1999 bis 2004 einen Anstieg von 2.000 auf 9.200 Anfragen nach Beratung und Information (vgl. DIE WELT VOM 8.03.2005). Nach dem die Süddeutsche Zeitung von der geplanten Gründung einer Senioren-Wohngemeinschaft berichtete, bekam die Initiatorin in Folge so viele Anfragen, dass schon bald mehr als 100 Interessenten auf der Liste standen. Einzig eine Hauseigentümerin oder ein Hauseigentümer, der bereit ist mehrere Wohnungen an die jungen Alten zu vermieten, fehlt noch. (Vgl. SZ VOM 04.04.2005) Gemeinschaftliche Wohnformen sind also dabei, aus einer Nische für Individualisten hervorzutreten. Dazu trägt eine zunehmende Bekanntheit durch Medienpräsenz bei, zu dem auch prominente Bewohnerinnen und Bewohner solcher Wohnformen beitragen. So beispielsweise der Regierende Bürgermeister von Bremen, Henning Scherf, 66 Jahre alt, der zusammen mit seiner Frau eine Hausgemeinschaft in einem renovierten Gründerzeithaus bewohnt. (Vgl. DER SPIEGEL VOM 09.05.2005).

Gemeinschaftliche Wohnformen können als „Wahlverwandtschaft“ bezeichnet werden, mit der versucht wird die Lebensphase Alter zu begehen. Da neben der Gemeinschaft aber auch die Autonomie der Bewohnerinnen und Bewohner häufig und anscheinend zunehmend wichtiger wird, kann man auch davon sprechen, dass mit Wohnprojekten versucht wird „gute nachbarschaftliche Beziehungen“ herzustellen, die in den normalen Quartiersbezügen zu wenig vorherrschen oder schwieriger zu erreichen sind. Somit stellen diese Wohnformen einen möglichen Weg für neue Unterstützungsarrangements für das Alter dar und sollten daher möglichst gefördert werden, da sie dazu beitragen die dringend benötigten Selbsthilfekräfte in der älteren Bevölkerung zu aktivieren, zu nutzen und zu stärken.

#### 6.1.4 Betreute Wohngruppen

Als Alternative zu traditionellen Wohnformen für hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen rücken seit geraumer Zeit Wohnformen in den Blick, bei denen in kleinen Gruppen in einem gemeinsamen Haushalt und unterstützt von Betreuungskräften zusammengelebt wird. Bei diesen wohngruppenorientierten Betreuungskonzepten leben mehrheitlich etwa sechs bis zwölf Hilfebedürftige in einem gemeinsamen Haushalt zusammen und werden dabei von Betreuungskräften unterstützt.<sup>25</sup> Dieses Betreuungspersonal organisiert den Ablauf des Haushaltes und des Gruppenlebens, weitergehender Hilfebedarf wird durch externe Pflegekräfte übernommen. Die Bewohnerinnen und Bewohner verfügen über einen eigenen Schlaf- und Wohnbereich als individuellen Rückzugsraum. Gemeinsam genutzt werden Räume wie Küche, Wohnzimmer und Bad.<sup>26</sup>

Diese betreuten Wohngruppen, auch betreute Wohngemeinschaften oder Pflegewohngruppen genannt, sind in den ambulanten oder stationären Altenhilfebereich eingebettet und besitzen einen entsprechenden Träger, der die Kompetenzen für Aufbau und Management der Wohngemeinschaft übernimmt. Weiter unterscheiden lassen sich diese meist von jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ambulanter Dienste ins Leben gerufenen Wohngemeinschaften von anderen betreuten Wohngruppen, die an Heime und deren Dienste gekoppelt sind, allerdings dezentral verteilt sind.

Es gibt sowohl Wohngruppen mit einer Rund-um-die-Uhr-Betreuung, die sich an schwer pflegebedürftige Menschen richten als auch Konzepte, die sich an weniger hilfebedürftige Menschen wenden und auf eine permanente Betreuung bewusst verzichten. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 28) Insgesamt stellen betreute Wohngruppen aber vor allem eine Wohnalternative zur stationären Pflege für ältere Menschen mit erheblichem Hilfe- und Pflegebedarf dar. Fast 90% der Bewohnerinnen und Bewohner von Wohngruppen haben einen in der Pflegeversicherung anerkannten Hilfe- und Pflegebedarf, die meisten Wohngruppen richten sich zurzeit speziell an demenziell Erkrankte (vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 29, 42). Je nach Ausrichtungen des Betreuungskonzeptes und des Bedarfs, besteht die Unterstützung entsprechend aus sozialpädagogischer, hauswirtschaftlicher oder pflegerischer Hilfestellung. Betreute

<sup>25</sup> Finanzielle und gruppensdynamische Gründe verlangen eine Mindestgröße von sechs Bewohnerinnen und Bewohnern. Acht bis zehn Personen gelten wiederum als die Obergrenze für eine gut funktionierende Wohngemeinschaft. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 23f)

<sup>26</sup> Es wird in der Regel für zwei Personen ein Bad angestrebt (vgl. NARTEN 2004: 84).

Wohngemeinschaften stellen damit einen deutlichen Unterschied zu den selbstorganisierten gemeinschaftlichen Wohnprojekten dar. (Vgl. WEEBER ET AL. 1998: 59F)

Ziel ist es, in den Wohngemeinschaften den Bewohnerinnen und Bewohnern in einem überschaubaren Rahmen soviel Eigenständigkeit und Selbstbestimmung wie möglich zu bieten. Betreute Wohngruppen haben sich bewusst aus der Vorstellung des „normalen“ Wohnens heraus entwickelt und können als eine weitergehende Ergänzung der ambulanten Pflege gesehen werden, dementsprechend sind die Bewohnerinnen und Bewohner einer Wohngruppe auch Mieter und keine Heimbewohner. „Die Bewohner...sind der ‚Herr im Hause‘, und das Unterstützungspersonal ist der Gast“ (KREMER-PREIß ET AL. 2004: 8). „Zentrales Ziel dieses Wohnkonzeptes ist die Erhaltung einer weitestgehenden Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der Bewohner sowie die Aufrechterhaltung und Wiedergewinnung verloren gegangener Kompetenzen und die Stabilisierung oder Verbesserung des körperlichen und psychischen Befindens innerhalb einer sozialen Gemeinschaft“ (KREMER-PREIß ET AL. 2004: 30).

Die ersten betreuten Wohngruppen wurden bereits in den 80er Jahren in Deutschland eingerichtet, aber erst in den letzten Jahren erlebt diese Wohnform eine große Dynamik. Im Herbst 2003 konnten das KDA 143 betreute Wohngruppen in Deutschland ermitteln, wobei die tatsächliche Zahl allerdings noch wesentlich höher eingeschätzt wird. Über die Hälfte davon wurde erst nach 2000 gegründet. Die Initiative ging dabei fast immer aus dem professionellen Bereich hervor, seien es ambulante Dienste oder speziell dafür gegründete Vereine. Von Angehörigen oder gar Betroffenen gegründete Wohngemeinschaften stellen eine Seltenheit dar. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 21F)

Gegenwärtig konzentriert sich das Angebot in Berlin, Braunschweig und Bielefeld, dementsprechend stellen die drei Bundesländer Berlin, Niedersachsen und NRW alleine fast drei Viertel der ermittelten Wohngruppen. Dies kann auf besonders frühzeitige und engagierte Gruppierungen in den jeweiligen Städten zurückgeführt werden. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 14)

Ambulant betreute Wohngemeinschaften sind in die Wohnquartiere eingestreut und belegen dort normale, wenn auch leicht umgestaltete Wohnungen, die altengerecht sind. Dies ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Verbleib im vertrauten Wohnumfeld. Solche Wohngruppen können von den baulich-räumlichen Aspekten relativ schnell auf- oder auch wieder abgebaut werden, da normale, teilweise zusammengelegte Wohnungen dafür genutzt werden. In der Regel befinden sich betreute Wohngruppen in einem Mehrfamilienhaus (etwa 70%), jede zehnte Wohngruppe befindet sich aber auch in einem Einfamilienhaus (vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 8 UND 25).

Knapp 90% des Angebotes befinden sich derzeit noch im städtischen Raum, nur gut 10% im ländlichen Bereich (vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2004: 25). Dies lässt sich vermutlich auf die relativ junge Entwicklung der betreuten Wohngruppen zurückführen, denn gerade betreute Wohngruppen bieten sich auch für den ländlichen Bereich geradezu an. Die für eine Gruppe notwendige Anzahl von sechs bis zehn Personen dürfte bereits in relativ kleinen Dörfern zusammenkommen. Mit Hilfe der relativ einfachen und flexiblen Organisation könnten hier in ei-

nem Bestandshaus attraktive Alternativen zu einer zentralisierten stationären Versorgung in der nächsten größeren Stadt geschaffen werden. Den Menschen wäre es so möglich, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben. Aber auch für städtische Quartiere stellen betreute Wohngruppen eine zukunftsweisende Form der Pflege dar, die langfristig wesentlich attraktiver erscheint als die Unterbringung in Pflegeheimen.

Dezentrale, kleine Pflegeeinheiten stehen in deutlichem Gegensatz zu der lange vertretenen Ansicht, Pflege ließe sich nur im größeren Rahmen mit ausreichender Personalbesetzung zu vertretbaren Kosten gewährleisten. Pflegewohngruppen als kleine Einheiten nutzen gerade auch die Vorteile der kleinen Einheit, um die ökonomischen Nachteile gegenüber den größeren Heimen auszugleichen. Hauptproblem stellt dabei die Personalausstattung dar. Dies wird dadurch gelöst, dass Betreuungspersonal meistens nicht permanent, sondern nur zu bestimmten, regelmäßigen Zeiten anwesend ist. Häufigkeit und Intensität der Betreuung muss dabei stärker auf den Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner abgestimmt werden, die von dieser individuellen Betreuung aber auch profitieren. Den Bewohnerinnen und Bewohnern bietet sich zudem ein viel größerer Handlungsspielraum für die Alltagsgestaltung und soziale Kontakte zu Mitbewohnern oder Nachbarn und Bekannten, da die kleinen Einheiten sich wesentlich besser in die Wohnquartiere integrieren lassen und eine Pflegealternative im bekannten Umfeld erlauben. Hinzu kommen die wesentlich persönlicheren Gestaltungsmöglichkeiten, wobei die Bewohnerin oder der Bewohner davon profitiert, dass der individuelle Wohnbereich eher größer ist als im Pflegeheim. Dies, obwohl der Flächenbedarf pro betreute Person insgesamt eher geringer

### Textkasten 3

#### Betreute Wohngruppen des Vereins „ambet“ in Braunschweig

1983 wurde durch eine Gruppe junger Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Pflegekräften in Braunschweig der Verein „ambet“ (Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen) gegründet. Die Initiative ging maßgeblich von engagierten Studierenden der Fachhochschule Braunschweig aus, die im Rahmen von Praktika Erfahrungen mit der Betreuung in Heimen machten und diese für unzureichend hielten. Ziel des Vereins ist es, alten Menschen in Braunschweig so lange wie möglich ein weitestgehend selbständiges Leben in häuslicher Umgebung zu ermöglichen. Dafür wurde die Idee der betreuten Wohngruppe entwickelt. Hier sollten die alten Menschen wieder Teil einer Gemeinschaft sein und dabei geistige und seelische Anregung bekommen sowie verloren gegangene Alltagstätigkeiten wiedererlangen. Es wurde ein sozialpädagogisches Betreuungskonzept entwickelt, das in allen Fragen des alltäglichen Lebens die Bewohnerinnen und Bewohner befähigte, ihr Leben so weit wie möglich selbst zu organisieren. Dabei sollte eine ganzheitliche Betreuung erfolgen, bei der die soziale und psychische Befindlichkeit der betreuten Person ebenso ernst genommen wird wie die körperlichen Bedürfnisse. Bei der Gestaltung der Wohngruppen haben Wohnaspekte immer Vorrang vor Pflegeaspekten. Konkreter Anlass zur Gründung der ersten Wohngruppe 1987 war die Arbeitslosigkeit eines Vereinsmitgliedes. Über eine ABM-Stelle wurde die Aufbauarbeit für eine Wohngruppe möglich. Mittlerweile existieren in Braunschweig sieben Wohngruppen sowohl in umgebauten Altbauwohnungen sowie in Neubauwohnungen. Meistens steht ein Zimmer für die Übernachtung von Gästen oder zum Probewohnen zur Verfügung.

Möglich wurde das Projekt durch die engagierten Fachkräfte der Altenhilfe, die Unterstützung durch eine das Konzept fachlich bestätigende Hochschule und eine breite Unterstützung durch die Verwaltung und Politik bis in höchste Ebenen (Dezernent, Oberbürgermeister, Sozialminister). Dadurch kamen auch entscheidende Anstöße, welche die Finanzierung des außerhalb etablierter Strukturen arbeitenden Projektes ermöglichten. Zudem investierten die Vereinsmitglieder sehr viel Engagement und eigene Finanzmittel in den Aufbau der Wohngruppen. Die ABM-Stelle war eine zentrale Voraussetzung zur Verwirklichung der ersten Wohngruppe. Diese war als Modell- und Anschauungsprojekt wiederum sehr wichtig für die Durchsetzung des Modells.

(Vgl. NARTEN 1998 und WEBSITE AMBET)

ist als im Pflegeheim. Das wirkt sich ökonomisch ebenso vorteilhaft aus wie die häufig eher niedrigere bürokratische Organisation. Zudem übernehmen die Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen ihrer Möglichkeiten hauswirtschaftliche Tätigkeiten, beispielsweise Kochen, was die größere Bedeutung der Pflegewohngruppen in Bezug auf die Aktivierung und soziale Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner unterstreicht. (Vgl. BMFSFJ 1998: 123) So bewegen sich die Kostensätze mehrheitlich in den Korridoren der traditionellen stationären Pflege, obwohl es mit einer günstigeren Betreuungsintensität verbunden ist (vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 147). Gleichwohl gibt es aber auch Kritiker, die anmerken, dass es versteckte Subventionen gibt<sup>27</sup> oder einen vermehrten Einsatz von Hilfskräften und der an Selbstausschöpfung grenzende Einsatz der Betreuungskräfte zu künstlich niedrigen Preisen führen. Aber „zunehmend wächst in Fachkreisen der Konsens über das Grundkonzept als einer bedarfsgerechten Wohnalternative für ältere Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf“ (KREMER-PREIß ET AL. 2004: 7).

### 6.1.5 Beitrag der unterschiedlichen Wohnformen zum altengerechten Leben

Die besonderen Beiträge, welche die beschriebenen Wohnformen für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter liefern, lassen sich anhand der benannten Handlungsziele näher darstellen. Ein Überblick über die Beurteilung der Wohnformen zu ausgewählten Zielvorstellungen bietet die Tabelle 14. Die Kategorie „Altengerechte Wohnung“ fasst dabei die Handlungsziele der zeitgemäßen Grundausstattung, Barrierearmut und ausreichender Größe zusammen. Man kann hier auch von den baulichen Grundlagen sprechen. „Hilfe, Betreuung und Pflege“ wiederum spiegelt das entsprechende Handlungsziel aus dem Bereich „Soziales“ wider. Dementsprechend kann auch von sozialen Grundlagen gesprochen werden. Das im Zielsystem gemeinsam beschriebene Handlungsziel „Nahversorgungs- und Freizeitangebot“ wird noch einmal in die zwei Einzelbestandteile aufgetrennt, da sich bei den verschiedenen Wohnformen dort unterschiedliche Schwerpunkte finden, die sich nicht auf beide Bereiche ausdehnen. Zudem muss gerade für diese beiden Bereiche einschränkend gesagt werden, dass der Standort der Wohnung ebenfalls einen wesentlichen Einfluss darauf hat. Trotzdem haben auch die Wohnformen einen gewissen Einfluss darauf, daher werden sie hier mit aufgenommen. Die Bewertung zur Selbstbestimmung und Selbständigkeit soll wiederum diesen wichtigen grundlegenden Aspekt noch einmal betonen. Es kann sich bei den Einteilungen nur um eine verallgemeinernde Darstellung handeln, da in jeder der Kategorien eine große Projektvielfalt vorherrscht. Dementsprechend groß können natürlich auch die Bandbreiten sein.

Ein eindeutiger Vorteil der neuen Wohnformen ist eine weitestgehende Selbstbestimmung und Selbständigkeit der Bewohner, eines der Hauptziele mit denen sie überhaupt entwickelt wurden. Damit grenzen sie sich eindeutig von den Heimformen ab, die zwar ebenfalls bemüht sind, eine Entwicklung in diese Richtung zu vollziehen, letztlich in diesem Punkt aber immer hinter den neuen Wohnformen zurückbleiben werden. Einen Grenzfall stellen dabei die betreuten Wohngruppen dar, bei deren Bewohnerinnen und Bewohnern aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit nur noch eine eingeschränkte Selbstbestimmung und Selbständigkeit möglich

<sup>27</sup> Wie beispielsweise die organisatorische Aufbauleistung durch eine ABM-Kraft im Braunschweiger Beispiel (vgl. Textkasten 3).

**Tabelle 14 Beitrag von Sonderwohnformen zum altengerechten Leben**

		Selbstbestimmung und Selbständigkeit	Altengerechte Wohnung	Hilfe, Betreuung und Pflege	Freizeit	Versorgung
Privat wohnen	Betreutes Wohnen in einer Wohnanlage	■	■	■	□	□
Privat wohnen in Gemeinschaft	Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen	■	■	■	■	□
Pflege wohnen	Betreute Wohngruppen	■	■	■	■	■
	Pflegeheime	□	□	■	□	■
Heime	Altenwohnheime	□	■	■	□	■
	Altenheime	□	□	■	□	■

Großer Einfluss ■      Geringerer Einfluss □

Sehr stark vom Standort bedingt

Quelle: Eigene Darstellung

ist. Trotzdem zielt diese Wohnform explizit darauf ab, den Bewohnerinnen und Bewohnern ein weitestgehend selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu ermöglichen.

Auch im Bereich der Ausgestaltung der Wohnungen kann davon ausgegangen werden, dass die neuen Wohnformen diesen Anforderungen sehr weitgehend entsprechen, da es sich häufig um Neubauten oder Umbauten handelt.<sup>28</sup> Auch die Heimformen erfüllen durchaus viele der technischen Ansprüche, insbesondere im Hinblick auf die Barrierearmut und zeitgemäße Ausstattung. Allerdings lässt gerade das Angebot einer ausreichenden Größe in den meisten Fällen deutlich zu wünschen übrig. Daraus resultiert die schlechtere Einstufung, von denen sich lediglich die Altenwohnheime ein wenig absetzen können.

Im Bereich der Hilfe- und Betreuungsleistung wird davon ausgegangen, dass alle speziellen Wohnformen für das Alter diese erfüllen. Allerdings werden dabei durchaus unterschiedliche Wege beschritten. Während die Heime den Vorteil eines zentralisierten „Komplettprogramm es“ aus einer Hand bieten, gehen die alternativen Konzepte einige andere Wege. Sie setzen vor allem auf die ambulante Hilfe im Bedarfsfall, wie vor allem das Betreute Wohnen oder die gezieltere Unterstützung in der betreuten Wohngruppe. Einen ausgesprochenen Vorteil für das selbstorganisierte gemeinschaftliche Wohnen bietet hier der Gemeinschaftsaspekt. Über die soziale Integration bietet sich hier ein Netzwerk, der für alltägliche Hilfeleistungen von großem Wert sein kann. Weitere Vorteile ergeben sich dabei natürlich auch für den Bereich Freizeit, bei dem der ausgesprochene Gemeinschaftsgedanke von großem Wert ist. Ähnlich gut ist der „Freizeitwert“ wohl nur bei den Betreuten Wohngruppen zu bewerten, wenn auch vor einem ganz anderen Hintergrund. Unter den speziellen Bedingungen der stark unterstützungsbedürftigen Personen wird hier wohl das bestmögliche Angebot in diesem Bereich zur Verfügung gestellt. Dagegen fallen die Angebote in den anderen Wohnformen deutlich ab.

<sup>28</sup> Vereinzelt Berichte über Betreute Wohnanlagen, die nicht den Ansprüchen genügen, sollen hier ignoriert werden.

So in den Heimen, ebenso ist das Angebot im Betreuten Wohnen als schlechter einzuschätzen. Für den Bereich Versorgung wiederum bieten die Heimwohnformen und die Betreuten Wohngruppen eine volle Versorgung an, die allerdings wohl nur eingeschränkt den Kriterien selbstbestimmt und selbständig entspricht. Trotzdem ist eine Versorgung gesichert, während die anderen Wohnformen sehr stark vom Standort abhängig sind. Dort sollte dies zwar auch gewährleistet sein, kann aber nicht wirklich garantiert werden.

## 6.2 Privatwohnungen für das Alter im Quartier

Die beschriebenen neuen Wohnformen für das Alter können einen großen Beitrag für ein altersgerechtes Leben im Quartier leisten. Um allerdings eine weitgehende Versorgung mit altersgerechten Wohnformen zu sichern, wird es nicht ausreichend, nur die neuen Wohnformen zu fördern. Es wird gerade auch gelten, dass altersgerechte Leben in den „normalen“ Privatwohnungen in den Quartieren zu ermöglichen. Leben hier doch über 90 % der Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren (vgl. Tabelle 15). Um dies zu erreichen, gilt es, die Vorteile der neuen Wohnformen für das Alter auf den Bestand auszudehnen. Also, sowohl die baulichen Ziele einer altersgerechten Wohnung zu erreichen als auch die sozialen Grundlagen über eine angemessene Hilfe und Betreuung. Zudem gilt es, eine soziale Integration zu unterstützen, wie es neue Wohnformen durch den Gemeinschaftsgedanken tun. Bewertet man die normale Privatwohnung wie die neuen Wohnformen, so muss festgehalten werden, dass sie zwar dem Ideal der Selbstbestimmung und Selbständigkeit entspricht, die anderen Bereiche allerdings

gerade nicht verallgemeinernd bewertet werden können (vgl. Tabelle 16). Die hier vorgestellten Maßnahmen und Beispiele sollen Möglichkeiten aufzeigen, wie die Übertragung der Vorteile der neuen Wohnformen auf den Bestand erreicht werden kann. Dabei wird auf die baulichen und sozialen Grundlagen ebenso eingegangen wie auf den die soziale Integration fördernden Gemeinschaftsgedanken.

**Tabelle 15 Wohnformen von Menschen ab 65 Jahren**

	Anteil an der Altenbevölkerung insgesamt
normale Wohnungen	ca. 93%
Heime	5,3%
darunter	
Pflegeheime	3,0%
Altenheime	1,6%
Wohnheime/Wohnstifte	0,7%
Altenwohnungen	1,6%

Quelle: Eigene Darstellung nach BMFSFJ 1998: 94

**Tabelle 16 Gegebenheiten der normalen Privatwohnung für das Leben im Alter**

	Selbstbestimmung und Selbständigkeit	Altengerechte Wohnung	Hilfe, Betreuung und Pflege	Freizeit	Versorgung
Normale Privatwohnung		?	?	?	?

Großer Einfluss  Geringerer Einfluss 

Quelle: Eigene Darstellung

### 6.2.1 Wohnen mit Betreuung im Quartier

In den vergangenen Jahren sind Projekte entstanden, die versuchen das Konzept der Entkopplung von Wohnen und Pflege des betreuten Wohnens auf den normalen Bestand zu übertragen. Damit sollten die abgestuften Betreuungsleistungen nicht mehr davon abhängig gemacht werden, in eine Wohnanlage des betreuten Wohnens zu ziehen. Wie bei vielen der neuen Angebote, gibt es auch für dieses eine Reihe unterschiedlicher Namen, beispielsweise „Betreutes Wohnen zu Hause“, „Betreutes Wohnen im Bestand“, „Betreutes Wohnen ohne Umzug“ oder „Dezentrales Betreutes Wohnen“. Das Grundprinzip allerdings ist gleich. Ältere Menschen bleiben in ihrer Wohnung leben und schließen mit einem Anbieter einen Betreuungsvertrag ab. Dieser beinhaltet ein Paket von regelmäßigen Leistungen, die erbracht werden. Dabei wird wie auch in Wohnanlagen des Betreuten Wohnens zwischen Grund- und Wahlleistungen unterschieden. Für die Grundleistungen wird dabei eine Betreuungspauschale geleistet, während die Wahlleistungen bei Bedarf abgerufen werden können und gesondert bezahlt werden müssen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 56F)

Zu den Grundleistungen gehören in der Regel Beratungsangebote zum Leben im Alter, Informationen über Veranstaltungen und Freizeitmöglichkeiten im Quartier und die Organisation von Hilfsdiensten im Bedarfsfall. Bei einigen Projekten gibt es noch weitergehende Angebote, wie die Bereitstellung eines Hausnotrufs oder die Organisation regelmäßiger Treffen aller älteren Menschen. (Vgl. NARTEN 2004: 48) Ein besonders wichtiger Punkt ist die Organisation regelmäßiger Kontaktbesuche in der Wohnung des älteren Menschen, die je nach Projekt zwischen wöchentlichen und monatlichen Besuchen liegen. Durch diese zugehende Beratung kann im Bedarfsfall schnell interveniert werden. Das geschaffene Vertrauensverhältnis hilft dann bei der Einleitung solcher Maßnahmen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 58F)

Häufig werden für einen Teil der Grundleistungen ehrenamtliche Hilfskräfte eingesetzt. Dies betrifft vor allem die regelmäßigen Betreuungsbesuche, so auch in dem in Textkasten 4 dargestellten Beispiel in Germering. Dort findet der Erstbesuch durch eine Fachkraft der Koordinierungsstelle statt. Diese ermittelt die Wohnsituation und genaue Bedarfslage und schlägt darauf eine ehrenamtliche persönliche Betreuerin oder Betreuer für die regelmäßigen Besuche vor. Die weitergehenden Wahlleistungen werden meistens durch professionelle Dienste erbracht. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 60)

Die erhobenen Grundpauschalen liegen in der Regel unter 50 Euro pro Monat. Es wird davon ausgegangen, dass Betreuungspauschalen von über 25 Euro nur schwer zu vermarkten sind. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 61) Dem widerspricht allerdings das sehr gut angenommene Modell in Germering, wobei im Münchener Umland vermutlich von besseren ökonomischen Möglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner ausgegangen werden muss. Hier kostet die monatliche Grundpauschale abhängig von der Anzahl der betreuten Personen und der Pflegebedürftigkeit zwischen 90 und 145 Euro. Trotzdem übersteigt die Nachfrage derzeit das mögliche Angebot, und es wurden auf Wunsch der Bürger Optionsverträge ermöglicht. Diese garantieren im Bedarfsfall eine sofortige Aufnahme in den Betreuungsvertrag und die Teilnahme an Informationsveranstaltungen, ansonsten aber keine Leistungen des Betreuungsvertrages. Allein diese „Versicherung“ auf eine Teilnahme am betreuten Wohnen daheim kostet

monatlich 25 Euro. Die Anzahl der Optionsverträge wurde auf 70 begrenzt. Auch diese Plätze sind bereits ausgeschöpft, und es gibt nun eine eigene Warteliste für die Optionsverträge. (Vgl. SIEMENS 2004: 51)

Bei Befragungen zeigen sich ältere Menschen häufig sehr interessiert an den Modellen des

#### Textkasten 4

##### Wohnen mit Betreuung zu Hause in der Gemeinde Germering - das Projekt Simba

Die Stadt Germering mit rund 36.000 Einwohnern liegt im Münchener Umland. Auf Initiative der Bürgermeisterin startete hier im Herbst 2002 das Projekt Simba (Sicherheit im Alter – betreut zu Hause). Ziel ist es, hilfe- und unterstützungsbedürftigen Menschen ein höchstmögliches Maß an eigenständiger Lebensführung in ihren Wohnungen zu ermöglichen. Dies geschieht durch ein dichtes Netz von Dienstleistungen, das der jeweiligen Lebenssituation der Menschen angepasst ist. Die zu Betreuenden sollen in ein soziales Netz mit persönlichem Charakter eingebunden werden. Die Einrichtung des Angebotes wurde mit allen sozialen Einrichtungen und Diensten in der Stadt abgestimmt. Anbieter ist der Sozialdienst Unterpfaffenhofen-Germering. Der mitgliederbasierte Sozialdienst mit über 3.500 Mitgliedern besitzt einen hohen Bekanntheits- und Akzeptanzgrad innerhalb der Bevölkerung. Hier ist eine Koordinationsstelle mit zwei Mitarbeiterinnen sowie einer ehrenamtlichen Bürokräftin eingerichtet. Angeboten wird ein Betreuungsvertrag, der Grund- und Wahlleistungen garantiert. Zu den Grundleistungen gehören wöchentliche Besuche durch persönliche Betreuer/-innen, Bereitstellung eines Hausnotrufs, Beratungsleistungen, Freizeitinformationen, die Organisation von Dienstleistungen im Krankheitsfall und regelmäßige Treffen aller Vertragsteilnehmer. Die Wahlleistungen umfassen ein breites Angebot pflegerischer, hauswirtschaftlicher und handwerklicher Leistungen. Direkte Ansprechpartner/-in sind die persönlichen Betreuer/-innen, welche die wöchentlichen Besuche durchführen. Zu dieser Person soll im Laufe der Zeit ein engeres Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Bei den Besuchen wird über das Wohlergehen und benötigte Hilfen genauso geredet wie über Freizeitveranstaltungen und auch vollkommen allgemeine, betreuungsunabhängige Themen. Im Bedarfsfall schlägt die Betreuungsperson Hilfen vor oder setzt sich mit der Koordinationsstelle in Verbindung. Die persönlichen Betreuer/-innen arbeiten ehrenamtlich und werden für diese Aufgabe geschult und bei regelmäßigen Treffen fortgebildet. Sie erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 40 Euro pro zu Betreuenden. Die Wahlleistungen werden vom Sozialdienst und seinen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beschäftigten sowie Zivildienstleistenden erbracht. Für einige Leistungen wie den Hausnotruf, Wohnberatung und Sterbebegleitung gibt es externe Partner. Abhängig von der Anzahl der betreuten Personen und Pflegebedürftigkeit fällt für die Grundleistung eine Betreuungspauschale zwischen 95 und 145 Euro an. Monatlich wird eine gemeinsame Veranstaltung für alle betreuten Personen geboten. So werden die Kontakte untereinander gefördert und informative mit geselligen Inhalten verbunden. Dies führte auch zu einer neuen Belebung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Das Interesse an dem Angebot ist sehr groß. Die Zahl der Interessenten übersteigt die Anzahl der möglichen Plätze. Auf Wunsch der Bürger wurden Optionsverträge eingeführt. Für einen monatlichen Beitrag von 25 Euro erhält man die Garantie, im Bedarfsfall sofort einen Betreuungsvertrag zu erhalten. Die bisherigen Vertragspartner äußern sich sehr zufrieden. Der regelmäßige Kontakt mit ehrenamtlichen persönlichen Betreuerinnen oder Betreuern als Ansprechpartner für Fragen und Nöte erweist sich als wichtiger Erfolgsfaktor. Die betreuten Menschen sind froh über den regelmäßigen Kontakt und die Beratung sowie Hilfe, die zentral aus einer Hand koordiniert und organisiert wird. Für das Engagement der Ehrenamtlichen wird eine hohe Identifikation mit der eigenen Stadt sowie der Aufgabe als zentrale Punkte festgemacht, dabei spielt die unmittelbare räumliche Nähe eine wichtige Rolle. Zudem handelt es sich um eine klar beschriebene Aufgabe mit eigenverantwortlichem Arbeiten bei gleichzeitiger Einbindung in ein Team. Bisher stelle es kein Problem dar, ausreichend Ehrenamtliche zur Mitarbeit zu gewinnen. In drei weiteren Gemeinden des Münchener Umlandes ist es geplant, ein ähnliches Modell des Betreuten Wohnens zu Hause zu entwickeln. Hier wird allerdings nicht das gesamte Angebot von einem Dienst übernommen, sondern eine Kooperation verschiedener Anbieter durchgeführt. Es wird aber ebenfalls eine Koordinationsstelle und persönlich betreuende Menschen geben.

(Vgl. SIEMENS 2004 und WEBSITE SIMBA)

Betreuten Wohnens im Quartier. In den Umfragen der Schader-Stiftung in ihrem Forschungsprojekt zur Umzugsbereitschaft älterer Menschen wünschten sich beispielsweise 23,6 % der befragten Mieterhaushalte über 55 Jahre in Westdeutschland und 31,4 % der ostdeutschen Mieterhaushalte eine „normale“ Wohnung mit Dienstleistung für das Alter. Rund 40 % konnten sich diese Wohnform eventuell vorstellen. Für wohnungsnahе Dienstleistungen Geld zu bezahlen, waren mehr als die Hälfte der Befragten bereit. Dabei erwies sich der wöchentliche Hilfsbedarf als wesentlich ausschlaggebender für eine Finanzierungsbereitschaft als täglicher oder nur gelegentlicher Hilfebedarf. (Vgl. HEINZE 1997: 68f, 82ff) Konkrete Angebote werden dann häufig aber nur in geringem Umfang angenommen. Diese Diskrepanz kann ihre Ursache in Informationsmängeln, aber auch der fehlenden Bereitschaft liegen, für prophylaktische Leistungen zu zahlen. Wichtig ist aber wohl auch die Bekanntheit und Akzeptanz des Anbieters, um von vornherein Vertrauen in dessen Angebot zu besitzen. Hier dürfte einer der Erfolgsgründe für das Angebot in Germering liegen. Ein weiterer Grund für den Erfolg dieses Projektes könnte in den Freizeitangeboten liegen. Wie bereits beim Betreuten Wohnen erwähnt, spielt die Hoffnung auf soziale Kontakte eine wichtige Rolle beim Einzug in Betreute Wohnanlagen. Daher sollte es auch bei Angeboten für das Betreute Wohnen im Quartier gesellige Angebote geben. Weiterhin erscheint es wichtig zu sein, möglichst viele Leistungen aus einer Hand anbieten zu können. Zur Vermittlung dieser Lösungen scheint wiederum der persönliche Kontakt über die betreuenden Personen sehr wichtig zu sein. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 62f)

Getragen werden die Angebote von unterschiedlichen Trägern. Häufig stellen Kommunen oder spezielle Vereine bzw. gemeinnützige Organisationen ein solches Angebot. Auch Wohnungsunternehmen bieten im Rahmen ihrer Kundenbetreuung immer häufiger solche Angebote entweder in Zusammenarbeit mit externen sozialen Diensten oder mit dem Einsatz eigenen Personals an (vgl. NARTEN 2004: 44). Ein Problem stellt aber immer die Finanzierung des Angebotes dar. Grundleistungen und Teile der Wahlleistungen werden in vielen Fällen nicht von der Kranken- oder Pflegeversicherung finanziert. Einige gewerbliche ambulante Dienste bieten Betreutes Wohnen im Quartier zu nicht kostendeckenden Preisen an, um damit neue Kunden für ihre Pflegeleistungen zu binden. Das Betreuungsangebot wird in diesem Fall als Akquisitionsleistung kalkuliert. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 62) Ähnlich gelagert ist die Intention bei Wohnungsunternehmen, die solche Dienste teilweise zur Kundenbindung mitfinanzieren. In Genossenschaften wiederum steht der Solidargedanke im Mittelpunkt, wenn alle Mitglieder einen Dienst mitfinanzieren, der nur von einem Teil genutzt wird. Um Kosten gering zu halten, wird häufig versucht, ehrenamtliche Helfer einzubinden. Der Einsatz von ehrenamtlichen persönlichen Betreuerinnen und Betreuern wird dabei in der Fachöffentlichkeit kontrovers diskutiert, da teilweise die Ansicht vertreten wird, dass ehrenamtliche Kräfte den Anforderungen einer regelmäßigen qualifizierten Betreuung nicht gewachsen sind. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 63) Es sprechen aber auch eindeutig mehrere Punkte für den Einsatz von Ehrenamtlichen. Zum einen die finanzielle Seite. Wöchentliche Betreuungsbesuche mit voll bezahlten Fachkräften als Präventivleistungen durchzuführen, würde enorme Kosten verursachen. Da nicht zu erwarten ist, dass dies in größerer Breite von der öffentlichen Hand finanziert wird, müssten die Kosten zu großen Teilen von den älteren Menschen übernommen werden. Dies würde die Akzeptanz senken und auch größere Teile der Bevölkerung von einer

solchen Leistung ausschließen. Ehrenamtlich Betreuende können aber auch bei der Betreuungsleistung Vorteile mit sich bringen. So sind sie in der Regel sehr motiviert und engagiert, was sich wohl auch darin begründet, dass sie ihrerseits ein persönliches Verhältnis zu den betreuten Personen aufbauen, wie es bei professionellen Kräften schwieriger möglich wäre. Zudem dürften ehrenamtliche Betreuerinnen oder Betreuer zur Akzeptanz des Angebotes beitragen.

### 6.2.2 Nachbarschaftshilfevereine und Nachbarschaftsnetzwerke

Um Leistungen günstig anbieten zu können, die nicht von Kranken- oder Pflegekassen finanziert werden, werden häufig Nachbarschaftshilfevereine gegründet, die sich wesentlich auf ehrenamtliche Mitarbeit stützen. Häufig wird diese ehrenamtliche Arbeit mit geringen Aufwandsentschädigungen gewürdigt. Insbesondere für Begleit- und Besuchsdienste ist die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit ausgeprägt. (Vgl. NARTEN 2004: 45) So können den Menschen kostengünstige soziale Dienstleistungen angeboten werden und es werden die Selbsthilfepotentiale in der Bevölkerung geweckt, indem vorhandene Potenziale zur ehrenamtlichen Arbeit genutzt werden. (Vgl. NARTEN 2004: 47)

Nachbarschaftshilfevereine bieten für gewöhnlich gegen einen geringen Monatsbeitrag ihre Leistungen an. Dabei kann es sich um Teilbereiche der im Betreuten Wohnen im Quartier als Grundleistung angebotenen Dienste handeln, also kostenlose soziale Beratung, Vermittlungsleistung, gesellige Veranstaltungen oder Kontaktbesuche. Es werden teilweise aber auch Wahlleistungsangebote für die Mitglieder zu geringen Gebühren angeboten. Ein Nachbarschaftshilfeverein kann den Status einer Gemeinnützigkeit erhalten und auf diese Weise auch Spenden einwerben. Zudem kann angestrebt werden, als Dienststelle für Zivildienstleistende anerkannt zu werden und damit das Leistungsangebot auszuweiten. Solche Vereine benötigen Räumlichkeiten, und es entsteht ein Aufwand zur Vereinsgründung und -führung. Häufig werden Nachbarschaftshilfevereine von Wohnungsunternehmen gegründet, die auf eine enge Bindung des Vereins an das Unternehmen Wert legen. So wird auch auf einen Imagegewinn gesetzt. (Vgl. NARTEN 2004:46f) Ein Beispiel dafür bietet die Genossenschaft Freie Scholle, die einen Nachbarschaftshilfeverein gegründet hat, um ihre Aktivitäten weiter ausbauen zu können (vgl. Textkasten 8).

Nachbarschaftsnetzwerke haben das Ziel, eine stärkere Verbundenheit der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Quartier herzustellen und über größere Kontakte zwischen den älteren Menschen das soziale Netz zu stärken. Im Gegensatz zu den Hilfevereinen steht weniger die gegenseitige Hilfe als der Gemeinschaftsgedanke im Vordergrund. Über die Kontakte soll die soziale Isolation vermieden, gegenseitige Hilfe gestärkt und zudem Informationen besser verbreitet werden können. Ein erfolgreiches Beispiel gibt es dafür in Amsterdam. Dort wurde durch eine Mitarbeiterin einer Wohnungsbaugenossenschaft in mehreren Vierteln ein Nachbarschaftsnetzwerk aufgebaut. Alle Mieterinnen und Mieter der Genossenschaft wurden angeschrieben und zu einem ersten Treffen eingeladen, bei denen über Möglichkeiten für eine Verbesserung der Kontakte zwischen den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels diskutiert werden sollte. Aus diesem Anfang heraus wurden die Netzwerke dann weiterentwickelt, wobei es nicht darum geht, Angebote für ältere Menschen zu organisieren. Dies soll

durch die Menschen selber passieren. Die Selbsthilfepotentiale des Stadtteils sollen aktiviert werden. Wichtig ist ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess, in der die Mitarbeiterin mit den Menschen steht. Für das Netzwerk stehen offizielle Gemeinschaftsräume im Viertel zur Verfügung. Durch das Nachbarschaftsnetzwerk wird also ein Gemeinschaftsaspekt zur Stärkung des sozialen Netzes in das Wohnquartier gebracht. (Vgl. VAN AERSEN 2000: 71FF)

### 6.2.3 Selbstorganisiertes Gemeinschaftliches Wohnen im Quartier

Gemeinschaftliche Wohnprojekte wurden bisher in der Regel räumlich zusammengefasst angelegt. Alle Mitglieder des Wohnprojekts wohnen dabei in einem oder mehreren, direkt beieinander liegenden Gebäuden. Dabei wohnen Menschen, die nicht den Projekten angehören normalerweise auch nicht in diesen Gebäuden. Zudem werden Wohnprojekte häufig in Neubauten oder aufwändigen Umbauten von Bestandsgebäuden realisiert, um den hochspeziellen Anforderungen der Gruppe gerecht zu werden. Von den baulich-architektonischen Konzepten her sind diese Ergebnisse in der Regel sehr beeindruckend und überzeugend. Dem entgegenstehen allerdings die häufig langen Planungszeiten für solche Projekte, bedingt durch eine ganze Reihe von organisatorischen Problemen. Die Finanzierungsfrage stellt dabei einen entscheidenden Aspekt dar, worüber letztlich auch immer die Gefahr besteht, Menschen von einem solchen Wohnprojekt auszuschließen.

Ausgehend von der Suche nach einer preiswerteren Lösung, gab es in den Niederlanden bereits Anfang der 90er Jahre die Überlegung, eine Wohngruppe in Bestandswohnungen zu verwirklichen (vgl. Textkasten 5). Dabei wohnen die Mitglieder des Wohnprojektes im normalen Bestand „verstreut“ in ihren Wohnungen, verbunden sind sie über eine Gemeinschaftseinrichtung und ihre weitestgehend selbst organisierten Gemeinschaftsaktivitäten. Die Gemeinschaftseinrichtungen werden dabei in der Regel auf den Grundrissen einer normalen Wohnung

#### Textkasten 5

#### Selbstorganisiertes Gemeinschaftliches Wohnen im Quartier in Rotterdam/Niederlande

Die örtliche Anlaufstelle für Wohngruppen von älteren Menschen in Rotterdam, der Wohngruppenladen WGW („De Woongroepenwinkel“) entwickelte Anfang der 90er Jahre das Prinzip des Wohnprojektes „De Sleutel“ („Der Schlüssel“). Durch die Nutzung eines bereits bestehenden Wohnkomplexes sollte sich, verglichen mit einem Neubauprojekt, eine weitaus preiswertere Möglichkeit für die Errichtung einer Wohngruppe bieten. Es ergab sich die Möglichkeit in einem Wohnblock der Wohnungsbaugenossenschaft Vreewijk-Lombardijen einige Wohnungen anzumieten. Die Genossenschaft sanierte einen Wohnblock aus den fünfziger/sechziger Jahren mit insgesamt 46 Wohneinheiten altengerecht, unter anderem wurden Fahrstühle eingebaut. Nach der Sanierung ergab sich ein zeitweiliger Leerstand von rund fünfzehn über den Gesamtkomplex verstreuter Wohnungen, die für eine Wohngruppe zur Verfügung gestellt wurden. Da weitere Gebäude im Quartier saniert wurden, sollten dort bei Bedarf weitere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Projektstart war Ende 1995, innerhalb eines Jahres wurde vom Wohngruppenladen mit zunächst 14 interessierten älteren Bewohnerinnen und Bewohnern ein Konzept für die Wohngruppe entwickelt. Diese belegten sukzessive im ersten Projektjahr die Wohnungen, später folgten weitere Mitglieder in frei werdende Wohnungen, so dass heute 26 Wohnungen zur Wohngruppe gehören, die verstreut in einem 46 Wohnungen umfassenden Komplex verstreut sind. Eine leer stehende Wohnung wurde in einen Gemeinschaftsraum umgewandelt. Später kam eine angrenzende weitere Wohnung hinzu, um welche sich die Gemeinschaft intensiv bemüht hatte. Die Gruppe entwickelt viele Gemeinschaftsaktivitäten und weist einen hohen Selbstorganisationsgrad auf.

(Vgl. VAN DEN DOOL 2000)

realisiert, die dann als räumlicher Mittelpunkt des Projektes dienen.

Das Prinzip des verstreuten Wohnprojektes scheint sich dabei zu bewähren und bietet im Wesentlichen folgende Vorteile. Zum einen die im Vergleich zum Neubau bereits erwähnte preiswertere Lösung. Wenn bereits gezielt im Bestand ein Wohnprojekt eingerichtet werden soll, kann es zudem wesentlich leichter sein, in einem definierten Bereich die benötigte Anzahl von Wohnungen zu finden als ein komplett zur Verfügung stehendes, leer gezogenes Gebäude. So ergibt sich als weiterer Vorteil auch die Möglichkeit der flexiblen Erweiterung oder auch Verkleinerung der Wohngruppe. Ebenfalls beachtenswert ist die sprichwörtliche

Integration der Wohngruppe in den normalen Bestand. So wird eine mögliche Isolierung in ein Wohnprojekt von vornherein verhindert, ebenso eine häufig von älteren Menschen nicht gewünschte „Altenghettoisierung“. Bei Bedarf ist für die Gruppenmitglieder so auch eine besonders „elegante und geräuschlose“ Rückzugsmöglichkeit in ihre eigene Wohnung möglich.

Die Vorteile der weitgehenden Integration in ein normales Quartier wurden in Rotterdam in der Folge auch gerade für Wohnprojekte bestimmter sozialer Gruppen erkannt, um deren Integration zu fördern. So wurden Folgeprojekte für ethnische Minderheiten gegründet (vgl. Textkasten 6). Die weitgehende Integration in ein normales Quartier und damit geringere Gefahr des Isolierens und Stigmatisierens wurde dabei kombiniert mit den besonderen Vorteilen des gegenseitigen kulturellen und sozialen Austauschs innerhalb der ethnischen Gemeinschaft.

Allerdings sind Lösungen dieser Art im Bestand sicherlich auch mit Abstrichen verbunden. So werden Neubauten oder weitgehend umgebaute Gebäude, wie bereits erwähnt, von ihrer baulich-architektonisch Gestaltung gerade in Fragen der altengerechten Wohnungsgestaltung, aber auch des unmittelbaren Freiraums oder der Gemeinschaftseinrichtungen wesentlich „komplettere“ Lösungen anbieten. In den Bestand integrierte Wohnprojekte haben dafür den Vorteil der

**Textkasten 6**  
**Gemeinschaftliches Wohnen im Quartier zur Integration älterer Migranten**

Inspiriert vom Erfolg des Projektes „De Sleutel“ wurde auf besonderen Wunsch der javanisch-surinamischen Interessenvertretung eine Wohngruppe für ältere Javaner und Surinamer eingerichtet. Durch das Einstreuen der Wohnungen versprach man sich eine bessere Integration der Migrantinnen und Migranten sowie die Verhinderung einer Ghettoisierung, Stigmatisierung und Isolierung. Zum Projekt „Laurents“ gehören 16 Wohnungen, die gut verstreut in einem Komplex von etwa 100 Wohnungen liegen. Die Wohnungen werden immer in Zweiergruppen vermietet, die auf derselben Etage liegen. Beide Wohnungen werden dabei an Personen derselben ethnischen Gruppe vermietet. Es wird darauf geachtet, dass mindestens eine der Personen sich gut auf Niederländisch verständigen kann und zudem soziale Kontakte nach außen besitzt. Der Gruppe steht ein Gemeinschaftsraum zur Verfügung, der auch als Gebetsraum genutzt werden kann. Nach drei Monaten war die Gruppe bereits ohne viel Mühe integriert.

Das Projekt „Van Waerschut“ in Rotterdam richtet sich an kapverdische Senioren. Hier wurde ein Neubau von etwa 20 Wohnungen mit im Bestand liegenden Wohnungen gekoppelt, zudem gibt es ein Pflegezentrum. So ergeben sich drei unterschiedliche Wohnmöglichkeiten, die alle über denselben Gemeinschaftsbereich verbunden sind. Neubau und Bestand gehören dabei zu unterschiedlichen Wohnungsbaugenossenschaften. Trotzdem gibt es eine Vereinbarung, Bestandswohnungen in der Nähe des Neubaus an ältere Kapverden zu vergeben. In verstreut liegenden Bestandswohnungen sind sie dann doch Mitglieder der Wohngruppe und können sich an den Neubau mit Gemeinschaftseinrichtungen als Zentrum „anlehnen“.

(Vgl. VAN DEN DOOL 2000)

leichteren Finanzierbarkeit, flexibleren Handhabung und weitergehenden Integrationsmöglichkeiten. Ebenso könnte es möglich sein, dass solch verstreute „aktive“ Gemeinschaften positiv in das gesamte Quartier ausstrahlen und zu einer Festigung und Verbesserung nachbarschaftlicher Beziehungen führen. Es stellt sich allerdings die generelle Frage, wie viel räumliche Distanz gemeinschaftliche Wohnprojekte im Bestand vertragen, gerade im Hinblick auf ein fortgeschritteneres Alter. In Fragen der baulichen Gestaltung sollten zudem die Bestandswohnungen den formulierten Anforderungen an ein altengerechtes Wohnen gerecht werden.

Insgesamt handelt es sich aber um eine unterstützenswerte Wohnform für das Alter als Weiterentwicklung bisheriger gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Vor allem für Wohnungsunternehmen mit größerem und konzentriertem Bestand bietet sich hier ein Ansatzpunkt. Da von diesen sowieso vermehrt Gemeinschaftsräume und Nachbarschaftstreffs eingerichtet werden, würde es sich anbieten, diese in die Verwaltung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten zu geben. Das könnte die Nutzung dieser Einrichtung verbessern und eventuell Verwaltungskosten senken. Zudem würde man einen relativ engagierten und verlässlichen Partner innerhalb seines Gebäudebestandes bekommen. Im Gegenzug müssten altengerechte Wohnungen in relativer Nähe zur Gemeinschaftseinrichtung zur Verfügung gestellt werden.

Ebenfalls könnte es für bestehende oder geplante gemeinschaftliche Wohnprojekte in einem „geschlossenen“ Gebäude(komplex) interessant sein, in den umliegenden „Bestand“ zu expandieren. Das „Hauptgebäude“ des Wohnprojektes bildet dabei den Mittelpunkt mit den Gemeinschaftseinrichtungen, und die Bestandswohnungen können sich an diesen „Kern“ anlehnen. So können die Gemeinschaft flexibel wachsen und schrumpfen sowie die Gemeinschaftskosten gesenkt werden. Auch hier gibt es ein ähnliches Modell bereits in Rotterdam (vgl. Textkasten 6). In Hannover bildet das Wohnprojekt „Gemeinsam statt Einsam“ ebenfalls auf ähnliche Weise den Mittelpunkt für im Umfeld wohnende Gruppenmitglieder. Im Gegensatz zum niederländischen Modell, war dies hier allerdings nicht geplant, sondern ergab sich von alleine aus der großen Nachfrage nach dem Projekt und dem zu geringen Wohnungsangebot (vgl. Textkasten 2).

#### **6.2.4 Die altengerechte Anpassung der Privatwohnung**

Wenn auch die Bedeutung der Wohnung für das Alter insgesamt mittlerweile bekannt ist, so ist die Verbesserung der Wohnverhältnisse immer noch ein zu wenig beachteter Bereich in der Altenhilfe. Aber auch die Wohnungseigentümer und Wohnungsunternehmen sind nach wie vor häufig noch eher zögerlich bei der altengerechten Gestaltung ihrer Bestände. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 34) Dabei stellt die altengerechte Anpassung der Wohnung den ersten und grundlegenden Schritt für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter dar.

Ziel der Wohnungsanpassung ist es, bestehende Wohnungen den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen, um ein weitgehend selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, zunächst die Möglichkeiten der bedarfsgerechten Planung des Neubaus auszuschöpfen. Es sollte zur Normalität werden, Neubauplanungen generell so durchzuführen, dass sie für verschiedene Lebens- und Haushaltsformen wie auch in

Textkasten 7

Strukturelle Wohnungsanpassung in einer Bielefelder Baugenossenschaft

Von der Genossenschaft Freie Scholle eG wurde ein Quartier mit knapp 600 Anfang der 50er Jahre errichteten Wohnungen für eine Modernisierung vorgesehen. Aufgrund der Cityrandlage war die Infrastrukturversorgung gut, die Wohnungen aber wiesen große Mängel auf. So war keine zeitgemäße Ausstattung vorhanden, die Wohnungen wurden mit Kohleöfen beheizt, und die Bäder verfügten über kein Waschbecken, zudem waren die Wohnungen alle sehr klein. Allein 260 der Wohnungen verfügten über weniger als 50 qm Wohnfläche. Im Rahmen der Modernisierungen wurden unter anderem Sammelheizungen eingebaut und auch die Bäder komplett erneuert. Durch die Zusammenlegung von Wohnungen wurden solche mit einer Wohnfläche von 65 bis 70 qm und familiengerechte Wohnungen von etwa 100 qm geschaffen. Da der Bestand sich überwiegend aus dreigeschossigen Gebäuden zusammensetzt, bei denen man auch das Erdgeschoss nicht barrierefrei erreichen konnte, war die Herrichtung barrierefreier Wohnungen schwierig. Um diese trotzdem anbieten zu können, wurden die Erdgeschosswohnungen mit Terrassen ausgestattet, über die im Bedarfsfall ein barrierefreies Erreichen der Wohnungen möglich ist. Weiterhin wurde ein Bestandsgebäude barrierefrei modernisiert und ein barrierefreier Neubau errichtet. Im Neubau, für den ein altes Gebäude abgerissen wurde, konnten 41 mit einem Aufzug erreichbare Wohnungen geschaffen werden. Zudem wurden drei nicht barrierefreie Maisonettewohnungen gebaut. Diese sollen ebenso wie unterschiedliche Wohnungsgrößen dazu beitragen, auch nicht eingeschränkte Menschen für eine Wohnung in diesem Gebäude zu gewinnen. Beim barrierefrei modernisierten Bestandsgebäude wurde der Mittelteil des Gebäudes abgerissen, um einen Aufzug einbauen zu können. So wurden noch einmal sieben weitere barrierefreie Wohnungen geschaffen. Die Erfahrung hat hier aber eindeutig gezeigt, dass es rentabler ist, barrierefreien Wohnraum durch bestandersetzende Neubauten zu schaffen. Zusätzlich wurde in diesem Gebäude ein Nachbarschaftszentrum errichtet. Durch einen Anbau wurden Gemeinschaftsräume für die Quartiersbewohner sowie zwei Gästezimmer geschaffen. Zudem wurden Räumlichkeiten für einen ambulanten Pflegedienst und einen Hebammenverein eingerichtet, die von dort das Quartier versorgen und Veranstaltungen anbieten.

(Vgl. MÖLLER 2004)

verschiedenen Lebensphasen gut gebrauchsfähig sind. Dies würde langfristig zu einer Vergrößerung des altengerechten Bestandes führen. Es gibt allerdings keine Angaben darüber, wie viele Gebäude heute direkt beim Neubau barrierearm oder barrierefrei gestaltet werden. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass es bisher nicht gelungen ist, einem barrierefreien Bauen gemäß der DIN 18025-2 im normalen Wohnungsbau zu einem breiten Durchbruch zu verhelfen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 34, 40).

Für eine Breitenwirkung kann es aber nicht ausreichen, sich alleine auf die Neubaulmaßnahmen zu verlassen. Es muss auch eine altersgerechte Anpassung des bereits vorhandenen Bestandes angestrebt werden. Dabei gibt es zwei grundsätzliche Vorgehensweisen. Zum einen die individuelle und auf die besonderen Problemlagen der jeweiligen Bewohnerin oder des jeweiligen Bewohners ausgerichtete Anpassung der Wohnung. Zum anderen die strukturelle Anpassung eines größeren Bestandes nach Planungsüberlegungen.

Bei der individuellen Wohnungsanpassung wird eine einzelne Wohnung durch normalerweise kleinere bis mittlere baulich-technische Veränderungen angepasst, die meistens unter der Schwelle einer Modernisierung liegen. Sie wird bedarfsorientiert auf Initiative der Bewohnerin oder des Bewohners bzw. dessen Interessen vertretende Personen durchgeführt. Meist liegt dabei bereits ein konkreter Anlass vor, der den Verbleib in der Wohnung gefährdet, da präventive Anpassungsmaßnahmen eher selten sind. Bei der Planung und Durchführung einer individuellen Wohnungsanpassung kommt der im nächsten Unterkapitel kurz dargestellten Wohnberatung eine wichtige Rolle zu. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 33F)

Bei der strukturellen Wohnungsanpassung wird ein größerer Bestand, beispielsweise ein Wohnblock oder auch eine ganze Siedlung, komplett altengerecht hergerichtet. Dies geschieht in der Regel im Zuge einer sowieso anstehenden Sanierung und Modernisierung des Bestandes, um die erheblichen Synergieeffekte zu nutzen. Entsprechend der großflächigen Anpassung, spielt es zunächst keine Rolle, ob die Bewohnerinnen und Bewohner gegenwärtig eine altengerechte Wohnung benötigen. Der gesamte Bestand wird entsprechend der Überlegungen „zukunftsstauglich“ gemacht. Obwohl es sich anbietet, im Zuge anstehender Modernisierungen auch wert auf eine altersgerechte Ausstattung zu legen, wurde in der Vergangenheit doch bei vielen Modernisierungsmaßnahmen leider nicht darauf geachtet. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 33, 40)

Neben kostenneutralen Maßnahmen, die im Zuge der Modernisierungen flächendeckend durchgeführt werden sollten, bietet es sich häufig an, vollkommen barrierefrei hergerichteten Wohnraum aus ökonomischen Gründen nur teilweise herzurichten, um vor allem den Einbau teurer Aufzüge zu vermeiden. Als Strategiebaustein können beispielsweise nur die Erdgeschosswohnungen vollkommen barrierefrei hergerichtet werden. Weiterhin sind „Insellösungen“ denkbar, bei denen durch ergänzenden bzw. ersetzenden Neubau oder durch den barrierefreien Umbau einzelner Gebäude eine größere Zahl barrierefreier Wohnungen geschaffen wird. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die entsprechenden Standorte von ihrer Lage her besonders gut geeignet sind.<sup>29</sup> Ebenfalls bietet es sich an, diese Gebäude dann mit weiteren Einrichtungen zu koppeln, beispielsweise Gemeinschaftsräume für die Quartiersbewohner, aber auch Infrastruktureinrichtungen wie Läden, Ärzte oder Pflegedienste. So lässt sich mindestens ein gewisses Kontingent von barrierefreien Wohnungen im Quartier anbieten. Im Bedarfsfall finden Menschen, die auf eine vollkommene Barrierefreiheit angewiesen sind, so zumindestens innerhalb des vertrauten Quartiers, unter Umständen sogar innerhalb des Gebäudes, ein Angebot. Nach einem vergleichbaren Prinzip ging die Bielefelder Baugenossenschaft „Freie Scholle“ eG vor. Ihr Konzept des „Lebensgerechten Wohnens“, das die Intention der Genossenschaft ausdrückt, Wohnungen für alle Lebensphasen in ihrem Bestand anbieten zu können, sollte so umgesetzt werden. (Vgl. Textkasten 7; zur Bündelung barrierefreier Wohnungen mit einem Nachbarschaftszentrum auch Textkasten 11)

Strukturelle Wohnungsanpassungen eines größeren Bestandes sind nur dann möglich, wenn übergreifende Planungen möglich sind. Dies trifft in der Regel nur dann zu, wenn ein großer Bestand in einer Hand ist. Die Eigentumsstruktur der Wohnungen in Deutschland ist allerdings in hohem Maße privat (vgl. Tabelle 17). So befindet sich ein größerer Teil der Mietwohnungen in Besitz von Einzeleigentümern oder Eigentümergemeinschaften. Hier sind strukturelle Wohnungsanpassungen nur schwer zu bewältigen, die dafür

	Zahl der Wohnungen in Mio.	Anteil in %
Selbst genutztes Eigentum	12,5	39
Private Mietwohnungen	11,2	35
Wohnungsunternehmen	8,5	26

Quelle: Eigene Darstellung nach BMFSFJ 1998: 100

<sup>29</sup> Vergleiche dazu die Anforderungen zum „Wohnumfeld“ in Kapitel 4.

in Frage kommenden Wohnungsunternehmen besitzen lediglich rund ein Viertel der Wohnungen. Zudem macht auch das selbst genutzte Wohneigentum einen großen Anteil des Wohnungsbestandes aus, für die lediglich die Möglichkeit der individuellen Wohnungsanpassung bleibt. So kommt der individuellen Wohnungsanpassung in Deutschland eine größere Rolle zu als in anderen europäischen Ländern, beispielsweise den Niederlanden. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 34F)

Für die Durchführung der individuellen Anpassung nimmt die Wohnberatung eine wichtige Rolle ein. Problematisch ist dabei, dass gerade Bewohnerinnen und Bewohner des selbst genutzten Wohneigentums diese Angebote eher wenig nachfragen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 36) Um hier eine weitergehende altengerechte Anpassung zu erreichen, ist eine weitere Sensibilisierung und Aufklärung der breiten Öffentlichkeit, insbesondere auch der jeweiligen Wohnungseigentümer, gefragt. Auch dabei kommt der Wohnberatung eine wichtige Rolle zu.

### 6.2.5 Wohnberatung

Bei der Wohnberatung handelt es sich um Einrichtungen, die Hilfe und Beratung bei der Verbesserung der räumlichen Wohnverhältnisse leisten. Häufig sind ältere Menschen nicht in der Lage, den Bedarf von Anpassungsmaßnahmen festzustellen oder die notwendige Planung und Durchführung dieser Maßnahmen selbst durchzuführen. Hier kann die Wohnberatung sich einbringen, um den betroffenen Menschen zu helfen, gerade was auch die unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten dieser Maßnahmen angeht.<sup>30</sup> Neben der Anpassung der bisherigen Wohnung gehört aber auch die Information und Aufklärung über die mittlerweile vielfältigen Möglichkeiten der alternativen Wohnformen für das Alter, die häufig nicht oder nur vage bekannt sind. Die Leistungen gehen über reine Beratung hinaus und bieten auch praktische Hilfe, Begleitung und organisatorische Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Anpassungsmaßnahmen oder Umzügen. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 34)

Die Zahl der Wohnberatungsstellen in Deutschland wird auf 200 bis 250 geschätzt, wobei die räumliche Verteilung sehr ungleich ist. Der größte Teil der Beratungsstellen, wohl etwa die Hälfte, befindet sich in NRW und Baden-Württemberg. Damit ist ein flächendeckendes Angebot für ganz Deutschland noch nicht gegeben. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 36) Ein wichtiger Grund dafür sind Finanzierungsprobleme der Beratungsstellen. Aus Akzeptanzgründen ist es äußerst problematisch für die Beratungsleistungen Gebühren zu verlangen. So ist man trotz Versuchen der teilweisen Eigenfinanzierung über weitere Angebote häufig auf öffentliche Mittel der Kommunen oder Länder angewiesen. In NRW werden die Beratungsstellen durch Land, Kommunen und Pflegekassen gemeinsam finanziert. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 48F)

Die Beratungsstellen selbst unterscheiden sich in ihrer Trägerschaft, Mitarbeiterstruktur,

<sup>30</sup> Wobei bereits meist mit geringem Aufwand ein Erfolg erzielt werden kann. Lediglich bei einem Drittel der Anpassungen handelt es sich um bauliche Eingriffe, ansonsten um Ausstattungsveränderungen oder den Einsatz von Hilfsmitteln. Nach einer Statistik der Wohnberatungsstelle München-Milbertshofen waren im Jahr 2003 zu dem 48% aller Maßnahmen mit weniger als 500 Euro Mitteleinsatz durchzuführen. (Vgl. NARTEN 2004: 29F)

organisatorischen Einbindung in andere soziale Dienste, Größe des Einzugsgebiets und den Aufgabenschwerpunkten deutlich (vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003: 44). Ein Beispiel für eine in ein Wohnungsunternehmen integrierte Wohnberatung bietet wiederum die Freie Scholle in Bielefeld (vgl. Textkasten 8). Das dortige Modell bietet den großen Vorteil des Quartiersbezugs und damit einen wesentlich geringeren räumlichen Einzugsbereich als andere Beratungsstellen. Zudem besteht so die bestmögliche Verbindung der Beratungsstelle zum Wohnungseigentümer.

Wohnberatungsstellen bieten für Planung sowohl individueller als auch struktureller Anpassungsmaßnahmen ein ungemeines Potential. Gemeinsam mit den Beratungsleistungen über Wohn- und Unterstützungsformen für das Leben im Alter können sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben in Alter zu fördern. Über die Öffentlichkeitsarbeit bieten sie zudem die Möglichkeit der breiteren Aufklärung über die Belange des Wohnens im Alter. Von daher sind Wohnberatungsstellen ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu altengerechten Quartieren. Das insgesamt noch lückenhafte Netz an Wohnberatungsstellen sollte von daher geschlossen werden und eine Regelfinanzierung der Beratungsleistungen gesichert werden. Vorbild dafür könnte Großbritannien sein, das mit einem geregelten staatlich/kommunalen Finanzierungssystem etwa 250 Beratungsstellen besitzt. Eine staatlich finanzierte landesweite Organisation übernimmt die Koordination der Beratungsstellen. Aufgrund des hohen Anteils selbst genutzten Wohneigentums, kommt der Wohnberatung in Großbritannien für Anpassungsmaßnahmen eine sehr hohe

#### Textkasten 8

#### Altenhilfe, Wohnberatung und Nachbarschaftshilfe in der Freie Scholle eG in Bielefeld

Neben bereits dargestellten baulichen Maßnahmen bietet die Freie Scholle auch Beratungs- und Betreuungsleistungen. Jedes Siedlungsgebiet der Freien Scholle wird von einem Team aus Mitgliederbetreuer/-in, Altenbetreuer/-in und Siedlungswart betreut. Die Mitgliederbetreuung ist für die wohnungswirtschaftliche Seite zuständig, der hauptamtliche Siedlungswart dagegen für Reparaturen und die technische Betreuung der Siedlung. Komplettiert wird das Team durch einen Mitarbeiter der Altenberatung. Seit 1988 hat die Freie Scholle eine eigene Altenberatung und -betreuung für ihre Mitglieder aufgebaut, die mittlerweile fünf Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, drei Nachbarschaftshelferinnen, fünf Zivildienstleistende und eine Bürokräftin umfassen. Die Mitglieder mit Beratungsbedarf werden in ihren Wohnungen aufgesucht und bekommen individuelle Hilfenkonzepte entwickelt. Dies reicht von der Organisation von Hilfsmitteln über die Wohnungsanpassung und Vermittlung von ambulanten Pflegediensten bis zur Beratung bei der Finanzierung dieser Leistungen. Ziel ist es, den Mitgliedern einen möglichst langen Verbleib in ihren Wohnungen zu ermöglichen. Damit werden die Aspekte der Wohnberatung und der sozialen Beratung integriert durchgeführt. Durch die Aufklärungsarbeit in der Genossenschaft herrscht ein hoher Bekanntheitsgrad des Angebotes, die „kurzen Wege“ in der Genossenschaft erleichtern viele Maßnahmen. Die entstehenden Kosten beliefen sich 2001 auf 4,48 Euro pro Wohnung und Monat, die dem Genossenschaftsprinzip entsprechend von allen Mitgliedern getragen werden. Dies wurde von der Vertretersammlung beschlossen und bisher nie in Frage gestellt.

Um einen weiteren Ausbau der Altenarbeit zu ermöglichen, wurde 1990 der Verein „Freie Scholle Nachbarschaftshilfe e.V.“ gegründet. Dieser Verein finanziert sich im Wesentlichen aus Spenden und den Beiträgen seiner 1.600 Mitglieder. Der Verein bietet gegen Gebühr Hilfen im Alltag an, beispielsweise die Übernahme der Hausordnungspflichten, den Einkauf oder die Begleitdienste. Weiterhin unterhält der Verein elf Nachbarschaftstreffs sowie ein Nachbarschaftszentrum (vgl. Textkasten 11).

(Vgl. MÖLLER 2004 und WEBSITE FREIE SCHOLLE)

Bedeutung zu. (Vgl. KREMER-PREIß ET AL. 2003:

### 6.2.6 Soziale Beratung

Altengerechte Wohnungen stellen eine wichtige Basis für ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter dar. Es ist aber ebenso wichtig, für den Bedarfsfall entsprechende Hilfen verfügbar zu machen. Das umfasst zum einen hauswirtschaftliche, technische oder pflegerische Hilfe, ebenso aber auch Information und Beratung bei der Wahrnehmung solcher Angebote. Analog zum Anpassungsbedarf der Wohnungen sind ältere Menschen und ihre Angehörigen oftmals nicht

#### Textkasten 9 Seniorenbüros zur kleinräumigen Beratung in Dortmund

Das zentrale Leitbild der Dortmunder Seniorenpolitik lautet „Solange wie möglich selbständig im Alter leben“. Als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle der Altenhilfe vor Ort werden Seniorenbüros eingerichtet. Zunächst als Modellversuch werden in zwei Stadtbezirken (Hörde und Innenstadt-West) Seniorenbüros mit je zwei Mitarbeiterinnen eingerichtet, die als Anlaufstelle für ältere Menschen dienen. Dabei sollen die Chancen für eine Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren im Quartier genutzt werden, um den älteren Menschen Hilfe anbieten zu können. Durch Kooperation und Koordination der Seniorenbüros soll ein trägerübergreifendes Netzwerk für Altenhilfe in den Quartieren entstehen. Dies umfasst alle gesundheits- und sozialpflegerische Dienste und Einrichtungen, Behörden, Kirchengemeinden, Wohnungswirtschaft bis hin zum Einzelhandel, der Bringdienste für ältere Menschen anbietet. Für die älteren Menschen soll so vor Ort in den Seniorenbüros für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger eine möglichst passgenaue Hilfe angeboten werden können.

(Vgl. STADT DORTMUND ET AL. 2005  
und GILBERT 2005)

über die möglichen Hilfen wie ambulante Pflegedienste oder hauswirtschaftliche Hilfen informiert und mit der erforderlichen Antragsstellung zur finanziellen Unterstützung dafür überfordert. Unkenntnis über die Möglichkeiten, Unsicherheit bei der Finanzierungsfrage oder der Auswahl von Anbietern verhindern so häufig unterstützende Dienste, welche das selbständige und selbstbestimmte Leben fördern könnten. Es gilt also neben der Ergänzung vorhandener Angebote vor allem auch, die Möglichkeiten bekannt zu machen und möglichst passgenau auf den jeweiligen Bedarf zuzuschneiden. Gerade für die Vermittlung sozialer Dienste ist es sinnvoll, dass diese Stelle weitgehend neutral ist und kein Interesse am Verkauf ihrer Dienstleistung hat. Wie auch bei den Wohnberatungsstellen ist es von entscheidender Bedeutung, dieses Angebot bekannt zu machen. Ebenfalls ist eine zugehende Beratung erforderlich, da ältere Menschen Beratungsstellen häufig nur sehr zögerlich aufsuchen. (Vgl. NARTEN 2004: 44)

Ein Beispiel für kleinräumige Altenberatung bietet das seit kurzem bestehende Dortmunder Modellprojekt der Seniorenbüros, die vor Ort die unterschiedlichsten Hilfeangebote koordinieren und vernetzen sollen, um so für die älteren Menschen eine passgenaue Hilfe bieten zu können. (Vgl. Textkasten 9)

Zu den Aufgaben der Beratungsstellen gehören als zentrale Elemente die Ermittlung des individuellen Hilfebedarfs und die Organisation der entsprechenden ambulanten Pflege oder sonstigen, insbesondere hauswirtschaftlichen, Hilfen. Das beinhaltet die Koordination und Vernetzung von Hilfen und ihren Anbietern, Absprache mit Ärzten und Therapeuten, Beratung und Hilfe bei Finanzierungsfragen, Beratung, Hilfe und Begleitung bei Behördenangelegenheiten und Hilfen bei der Organisation von Pflegehilfsmitteln. (Vgl. KREMER-PREIß 2003: 171)

Gerade beim letzten Punkt treten bereits Überschneidungen zur Wohnberatung hervor. Obwohl durchaus unterschiedliche Kompetenzen für diese Aufgaben vonnöten sind, erscheint es diskussionswürdig, ob die Soziale Beratung und die Wohnberatung nicht aus einer Hand angeboten werden sollten und könnten. Ein Beispiel dafür liefert die Freie Scholle mit ihrer Altenberatung für Genossenschaftsmitglieder. (Vgl. Textkasten 8)

### 6.2.7 Beitrag dieser Möglichkeiten zum altengerechten Leben

Die aufgeführten Maßnahmen und Beispiele zeigen Möglichkeiten auf, um für verschiedene Handlungsfelder in ergänzender Weise für ein altengerechtes Quartier die angestrebten Ziele (vgl. Kapitel 4) zu erreichen. Tabelle 18 greift erneut die bereits verwendeten Kategorien auf und zeigt in welchen Bereichen die dargestellten Maßnahmen schwerpunktmäßig wirken. Die Wohnungsanpassung stellt dabei die Schlüsselrolle für eine altengerechte Wohnung dar, die Anpassung wiederum ist zu großen Teilen von einer gut funktionierenden Wohnberatung abhängig. Dies gilt besonders für das selbst genutzte Eigentum, aber auch für Mietwohnungen in verstreutem Privatbesitz.

Bei der Hilfe, Betreuung und Pflege übernimmt die Soziale Beratung eine wichtige Funktion, um Hilfebedarf und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen und zu organisieren. Dabei stößt die Beratungsleistung allerdings insbesondere bei Hilfsleistungen, die nicht über die Krankenkassen oder Pflegeversicherung finanziert werden können, an Grenzen der Vermittlungsmöglichkeiten. Hier können Nachbarschaftshilfevereine über ehrenamtliche und mit Spenden sowie Mitgliedsbeiträgen getragene Angebote eine Versorgungslücke schließen. Integriert in ein betreutes Wohnen im Quartier ließe sich damit eine sehr gute Versorgung auf allen Hilfeebenen gewährleisten. Um die soziale Integration zu stärken und Gemeinschaft zu fördern, bieten sich wiederum Nachbarschaftsnetzwerke für den normalen Bestand an. Gegebenenfalls können diese eine Form annehmen, die dem selbstorganisierten gemeinschaft-

	Selbstbestimmung und Selbständigkeit	Altengerechte Wohnung	Hilfe, Betreuung und Pflege	Freizeit	Versorgung
Normale Privatwohnung	■	?	?	?	?
Wohnen mit Betreuung im Quartier			■	□	□
Nachbarschaftshilfevereine und Nachbarschaftsnetzwerke			■	■	□
Selbstorganisiertes gemeinschaftliches Wohnen im Quartier			□	■	□
Wohnungsanpassung		■			
Wohnberatung		■			
Soziale Beratung			■		

Großer Einfluss	■	Geringerer Einfluss	□
-----------------	---	---------------------	---

Quelle: Eigene Darstellung

lichen Wohnen im Quartier entspricht. Damit wäre neben der Alltagsunterstützung vor allem auch dem Bereich der Freizeitangebote gedient.

Durch die Integration verschiedener Handlungsansätze lässt sich also durchaus ein altengerechtes Leben im Quartier erreichen. Bevor nun Möglichkeiten der integrierten Umsetzung diskutiert werden, soll noch kurz auf einige Maßnahmen zur Zielerfüllung in den Handlungsfeldern des Öffentlichen Raums und der Versorgungsangebote eingegangen werden, da die bisher vorgestellten Maßnahmen für diese Bereiche nur eingeschränkte Lösungen anbieten.

### 6.3 Handlungsmöglichkeiten für die Handlungsfelder „Öffentlicher Raum“ und „Nahversorgung“

Die bisher beschriebenen Handlungsmöglichkeiten decken einen Großteil, aber nicht alle für ein altengerechtes Quartier eingeforderte Ziele ab. Insbesondere fehlen Maßnahmen für das Handlungsfeld „Öffentlicher Raum“, aber auch Vorschläge zum Bereich der Versorgungsangebote. Hierauf ebenso ausführlich einzugehen wie auf die bisher behandelten Aspekte, ist nicht möglich. Allerdings sollen einige Möglichkeiten zumindest kurz angerissen werden, um Handlungsperspektiven aufzuzeigen. Dazu wird sich kurz der altengerechten Gestaltung des öffentlichen Raums und der Nahversorgung gewidmet.

#### 6.3.1 Altengerechte Gestaltung des Öffentlichen Raums

Die altengerechte Umgestaltung des Wohnumfeldes ist eine Aufgabe, die in der Regel in die Hoheit der öffentlichen Hand fällt. Hier erscheinen mögliche Eingriffe im Rahmen einer Wohnumfeldverbesserung am sinnvollsten. Aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Kommunen erscheint es vor allem wichtig, bei anstehenden Maßnahmen im öffentlichen Raum auf eine altengerechte Planung zu achten. In Wohnsiedlungen, die zu großen Teilen in der Hand von Wohnungsunternehmen sind, bietet es sich an, im Rahmen struktureller Anpassungsmaßnahmen ebenso das Wohnumfeld umzugestalten, so wie es beispielsweise in Bremen geschehen ist (vgl. Textkasten 10). Insbesondere Siedlungen der 50er und 60er Jahre mit einem großen Freiraumanteil bieten interessante Möglichkeiten für eine altengerechte Umgestaltung.

Zur genaueren Formulierung der Ansprüche

#### Textkasten 10 Freiraumgestaltung im Bremer Stadtteil Vahr

Die Großwohnsiedlung Vahr wurde in den Jahren 1957 bis 1963 nach dem städtebaulichen Leitbild der durchgrünten und aufgelockerten Stadt errichtet. Dementsprechend durchziehen den Stadtteil weitläufige Grünzüge und ein vom MIV unabhängiges Fußwegenetz. Im Stadtteil leben noch viele Erstbezieher der Siedlung, dementsprechend ist der Anteil älterer Menschen hoch. Ende der 90er Jahre führte das Wohnungsunternehmen ein Modernisierungs- und Aufwertungsprogramm für den gesamten Stadtteil durch. Im Zuge dessen wurde auch der Freiraum umgestaltet. Beispielsweise wurde ein „Oma-und-Enkel-Weg“ angelegt, an dem in lockerer Folge Spielgeräte und Bänke verteilt sind. Trampelpfade über Freiflächen wurden zu Gehwegen ausgebaut und damit Abkürzungen zwischen Wohnbebauung und Einkaufszentrum geschaffen. Themengärten, wie ein Rosengarten, ein Kräutergarten, ein Barockgarten oder zwei Streuobstwiesen, bieten ein abwechslungsreiches und vielfältiges Bild und stehen in Patenschaft von Mieterinnen und Mietern der angrenzenden Häuser.

(Vgl. NARTEN 2004: 111ff)

des altengerechten oder auch der generationenübergreifenden Planung des Freiraums und Öffentlichen Raums gibt es in letzter Zeit vermehrt Anstrengungen. So hat die Forschungs- gesellschaft Landschaftsentwicklung - Landschaftsbau e. V. mit weiteren Partnern im Jahr 2002 den Wettbewerb „Garten der Generationen – Neue Freiräume für Jung und Alt“ organisiert. Es sollten dabei die Anforderungen an Grünflächen und Freiräume für ältere Menschen ermittelt und in Gestaltungsideen umgesetzt werden. Damit wurde das Themenfeld wohnungsnaher Freiräume vor dem Hintergrund des demografischen Alterungsprozesses aufgegriffen. Die Ergebnisse wurden wissenschaftlich ausgewertet und ergänzt durch aktuelle Erkenntnisse als Fachbericht „Freiräume für Generationen – Zum freiraumplanerischen Umgang mit den demographischen Veränderungsprozessen“ (FLL 2003) veröffentlicht. Es ist geplant, die Erkenntnisse mit Hilfe weiterer externer Fachleute wie Gerontologen, Soziologen und Psychologen weiterzuentwickeln. Auf dieser Basis soll in absehbarer Zeit ein Arbeitskreis eingesetzt werden, der allgemein anwendbare Handlungsempfehlungen für die Gestaltung von wohnungsnahem Freiraum unter generationsübergreifenden Aspekten erarbeiten soll. Wichtig ist, dass diese neuen Erkenntnisse bei Maßnahmen im Wohnumfeld miteinbezogen und berücksichtigt werden. (Vgl. SCHULZE-ARDEY 2004: 158f)

### 6.3.2 Sicherung einer flächendeckenden Nahversorgung

Die vor allem auch betriebswirtschaftlich begründete Entwicklung im Einzelhandel wurde im Kapitel 5.1 dargelegt. Diese Trends im Sinne planerischer Zielvorstellungen zu beeinflussen, ist seit längerem ein aktuelles Thema der Stadt- und Raumplanung. Vor dem Hintergrund der demografischen Alterung bekommt sie allerdings eine neue Dynamik. Möglichkeiten zum planerischen Handeln zeigt beispielsweise die Stadt Dortmund mit ihrem seit dem Jahr 2001 aufgestellten „Masterplan Einzelhandel“ auf. Die Stadt verfolgt darin im Rahmen ihrer planerischen Konzeption zur Steuerung der räumlichen Entwicklung des Einzelhandels die Ziele der Stärkung der City und gewachsener Nebenzentren sowie die Sicherung einer flächendeckenden Nahversorgung. Neben einem Gesamtstädtischen Einzelhandelskonzept besteht dazu auch ein Regionales Einzelhandelskonzept mit 18 Nachbarkommunen sowie ein Nahversorgungs- und Sondergebietskonzept. (Vgl. STADTPLANUNGSAMT DORTMUND o. J.: 9ff)

Im Rahmen des Nahversorgungskonzeptes sollen nicht nur räumliche Lücken in der Versorgung aufgedeckt werden, sondern auch klare Prioritäten zugunsten von Standorten getroffen werden, die auch zukünftig noch die Nahversorgung sichern sollen. Dies sind die gewachsenen Nebenzentren und ergänzende Einzelstandorte in integrierter Wohngebietslage. Zum Schutz der Zentren sind so keine eigenständigen Einzelhandelsansiedlungen in Gewerbegebieten erlaubt und einzelne Nahversorgungseinrichtungen sollen sich lediglich am lokalen Nachfragepotential orientieren. Deutliche Überschneidungen mit dem Naheinzugsbereich von Zentren sind ausgeschlossen. (Vgl. STADTPLANUNGSAMT DORTMUND o. J.: 30, 40)

Um eine flächendeckende Nahversorgung zu gewährleisten, werden zunehmend auch alternative Konzepte für eine Nahversorgung diskutiert. Zu ihnen zählen das Kleinflächenkonzept, die Ladengemeinschaft, der genossenschaftliche Ansatz und Bringservices oder rollende Supermärkte. Allen haftet das Problem an, mit hohem Personaleinsatz auf geringer Ladenfläche wirtschaften zu müssen. Zudem sind sie häufig nicht in die größeren Vertriebsketten inte-

Textkasten 11

Nachbarschaftszentrum „Meinolfstraße“ der Baugenossenschaft Freie Scholle eG in Bielefeld

Das Nachbarschaftszentrum ist zusammen mit 29 barrierefreien Wohnungen in einem Neubau von 1996 untergebracht. In einem benachbarten Gebäude befinden sich 65 weitere barrierefreie Wohnungen. Zudem gibt es zwei Wohnungen à 220 qm, die für betreute Wohngruppen zur Verfügung stehen. Bemerkenswert ist das umfassende Angebot für ein Quartier mit circa 11.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, das federführend von der Freien Scholle angegangen wurde, obwohl sich lediglich etwa 900 Wohneinheiten in Genossenschaftseigentum befinden. Neben „üblichen“ Gemeinschaftseinrichtungen betreibt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ein Aktivitätenzentrum als Quartierszentrum mit Café, offener Altenarbeit, Kursangeboten und einem vielfältigen Programm vom Sprachkurs über Kinonachmittage und Gedächtnistraining bis hin zu einer Demenzgruppe. Alleine die AWO verzeichnet monatlich etwa 3.000 Kundenkontakte. Der evangelische Gemeindedienst betreibt von hieraus einen ambulanten Pflegedienst und die Stadt Bielefeld besitzt ein stundenweise besetztes Beratungsbüro des Amtes für soziale Dienste. Zusätzlich hat ein mobiler sozialer Dienst für hauswirtschaftliche Hilfen und die Altenberatungsstelle der Freien Scholle hier ihren Sitz. Zur weiteren Angebotsverbesserung wurde Raum für drei Arztpraxen, eine Praxis für Ergotherapie sowie einen Friseur und einen Bäckerei-Shop geschaffen. Vor Errichtung des Nachbarschaftszentrums wies das Quartier erhebliche Versorgungsmängel vor allem in Bezug auf altengerechten Wohnraum und Altenhilfeeinrichtungen auf. Ursprünglich wollte ein Träger der Wohlfahrtspflege auf dem städtischen Grundstück ein Altenpflegeheim errichten, die Freie Scholle konnte sich mit ihrem Alternivkonzept allerdings durchsetzen. Für die Realisierung des Projektes wurde eine gleichberechtigte Arbeitsgemeinschaft gegründet, an der neben der Genossenschaft die AWO, der evangelische Gemeindedienst, das Dienstleistungszentrum Jugend, Soziales, Wohnen der Stadt Bielefeld und der Freie Scholle Nachbarschaftshilfverein beteiligt waren. Die Planungen begannen 1992, im Jahr 1993 wurde neben dem Baugrundstück ein „Planungsladen“ (Architekturbüro, Sitz der Arbeitsgruppe, Versammlungsort) eingerichtet, um die vor Ort Betroffenen intensiv in die Planungen einzubeziehen.

(Vgl. MÖLLER 2000, KREMER-PREIß ET AL. 2005: 29FF und WEBSITE FREIE SCHOLLE)

griert. Beides wirkt sich in höheren Warenpreisen aus, die zudem mit einem geringeren Angebot einhergehen. Dieses Problem betrifft vor allem das Kleinflächenkonzept, das einen Gegenansatz zu den steigenden Betriebsgrößen im Lebensmitteleinzelhandel darstellen soll. Die Lebensmittel werden hierbei auf relativ kleiner Fläche privatwirtschaftlich angeboten. Der genossenschaftliche Ansatz beruht darauf, dass ein Nahversorgungsangebot gerade nicht rein privatwirtschaftlich angeboten wird. So wird beispielsweise die Ladenfläche sehr günstig zur Verfügung gestellt oder die Miete subventioniert, um ein Angebot aufrechtzuerhalten. Dies kann soweit gehen, dass der gesamte Lebensmittelladen ehrenamtlich betrieben wird. Dabei können sowohl interessierte Wohnungsunternehmen, die öffentliche Hand oder Wohlfahrtseinrichtungen als Förderer auftreten. Bringservices können in der Regel wiederum sehr häufig nicht kostendeckend arbeiten, da ein hoher Personaleinsatz vonnöten ist. Daher sind solche Leistungen dann nur ein Marketinginstrument des anbietenden Kaufmanns. Zudem können Bringdienste immer nur eine reine „Versorgungsfunktion“ übernehmen. Wichtige Nebeneffekte wie ein regelmäßiger Anlaufpunkt, der zum Verlassen der Wohnung animiert und damit Anregungen liefert und zufällige Kontakte provoziert, können damit nicht erreicht werden. Auch rollende Supermärkte, die im regelmäßigen Turnus unterversorgte Gebiete ansteuern, können in der Regel rein privatwirtschaftlich kaum betrieben werden und bieten zudem nur ein geringes Warenangebot an. Zudem ist keine regelmäßige Präsenz vor Ort gegeben. Am zukunftsfähigsten scheint noch die Variante der Ladengemeinschaft. Hierbei tun sich mehrere sonst auf kleineren Flächen vertretende Einzelhändler zusammen, um eine gemeinsame, größere Verkaufsfläche zu mieten. So können beispielsweise Bäcker, Metzger, Gemüse- und

Obsthändler und ein Zeitschriftenhändler gemeinsam eine Ladengemeinschaft bilden und ihr Angebot den Kunden gemeinsam konzentriert anbieten. Ergänzende Angebote wie Dienste der Deutschen Post können eventuell zusätzlich integriert werden. (Vgl. STADTPLANUNGSAMT DORTMUND o. J.: 41F)

Weitere Konzepte werden vor allem auch in den dünn besiedelten, strukturschwachen und peripheren Räumen Ostdeutschlands erprobt. Die weitere Abnahme der Einwohner- und Besiedlungsdichten führen dort zum Erreichen oder Unterschreiten von Tragfähigkeitsgrenzen in unterschiedlichsten Infrastrukturbereichen. Den auftretenden Versorgungsmängeln sowohl in sozialer Infrastruktur, technischer Infrastruktur und dem Handel durch Anpassungsstrategien entgegenwirken zu können, war unter anderem Ziel im Modellvorhaben der Raumordnung „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“. So wurde die Einrichtung von Dorfzentren angeregt, die eine Grundversicherung für wenige Einwohner unterhalb des Grundzentrums gewährleisten sollten. Durch die Kombination öffentlicher und privater Nutzungen an einem Standort sowie die zeitversetzte Nutzung eines Gebäudes sollten die Kosten minimiert und tragfähige Strukturen geschaffen werden. Das Projekt zeigte allerdings Realisierungsschwierigkeiten aus Finanzierungsproblemen und rechtlichen Bedingungen. (Vgl. WEBSITE BBRB)

Ein den Dorfzentren ähnliches Modell wird in Schleswig-Holstein mit den „Markttreffs“ betrieben. Durch sie sollen ländliche Dienstleistungszentren in Dörfern unter 2.000 Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden, die dort die Nahversorgung übernehmen. Die Markttreffs basieren dabei auf drei Säulen: „Kerngeschäft“, „Dienstleistungen“ und „Treffpunkt“. Kerngeschäft ist dabei in der Regel ein Lebensmittelladen, ergänzt dazu sollen möglichst viele Dienstleistungen in dem Markttreff gebündelt werden, um das Angebot zu attraktivieren. Zusätzlich soll der Laden als örtlicher Treffpunkt etabliert werden. Dazu sollen vor Ort aktive Vereine eingebunden werden und ein Treffpunkt gegeben werden. Weitere Angebote, wie beispielsweise Computerkurse sollen zusätzlich für Kundschaft sorgen. Bei Aufbau und Betrieb der Markttreffs gibt es Unterstützung, unter anderem sind vier unterschiedliche Modelle für die Markttreffs vorformuliert. Je nach Umsatzpotential und Schwerpunktsetzung kann auf eines der Modelle zurückgegriffen werden, die sich nach Größe, Führung und Angeboten unterscheiden. (Vgl. WEBSITE MARKTTREFF)

So scheint die Einrichtung von Quartierszentren, in der unterschiedliche Infrastrukturangebote gebündelt werden, als das zukunftsfähigste Vorgehen, um eine Nahversorgung zu gewährleisten. Ein Beispiel dafür liefert die Bielefelder Freie Scholle, die als Wohnungsunternehmen in einer ihrer Siedlungen ein Nachbarschaftszentrum betreibt, in dem verschiedenste Angebote konzentriert werden (vgl. Textkasten 11).

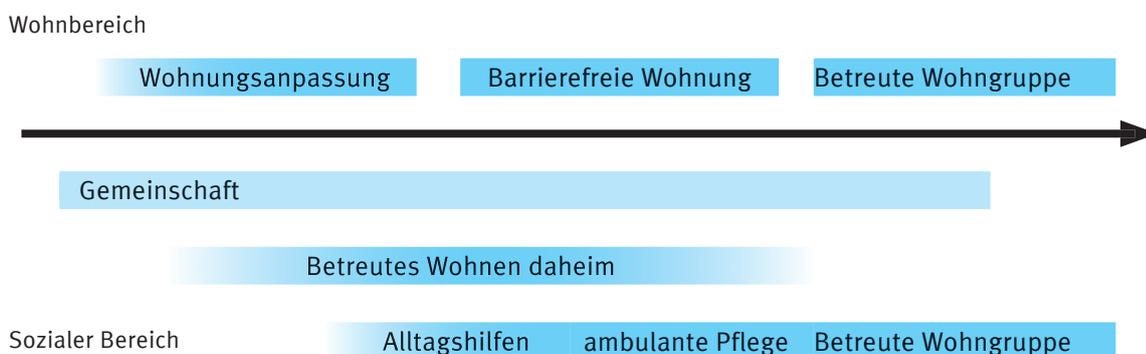
## 7 Empfehlungen für eine Entwicklungsplanung zur Schaffung altengerechter Wohnquartiere

Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen, werden in diesem Kapitel Empfehlungen gegeben, wie altengerechte Wohnquartiere geschaffen werden können. Auf Grund der vielen unterschiedlichen Anforderungen, die sich vor Ort stellen, können dabei keine allgemeingültigen und schematischen Handlungsempfehlungen gegeben werden. Vielmehr soll vermittelt werden, wie ein individueller Planungsprozess vor Ort aussehen sollte, was zu beachten ist und welche Handlungsansätze sich anbieten. Dafür wird zunächst die Idee der integrierten Quartierskonzepte vorgestellt, mit denen ein altengerechtes Quartier erreicht werden soll. Darauf folgend wird ein Leitfaden für den genaueren Ablauf der Entwicklung eines solchen Quartierskonzeptes für ein Wohnquartier vorgestellt. Sowohl der Leitfaden als auch die Handlungsmaßnahmen können dabei als Orientierungsrahmen für konkrete Planungen vor Ort dienen, die jeweils den individuellen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Die zentrale Rolle bei den Planungen wird dabei in der Regel immer den Kommunen obliegen, sie ist die federführende Instanz bei der Planung. In Ausnahmefälle kann diese Rolle von anderen Akteuren übernommen werden, denkbar sind beispielsweise Wohnungsunternehmen, denen ein großer zusammenhängender Bestand gehört.

### 7.1 Integrierte Quartierskonzepte

Wie das vorherige Kapitel gezeigt hat, gibt es eine ganze Reihe von bereits erprobten Einzelmaßnahmen, um die Ziele an ein altengerechtes Quartier zu erfüllen. Für ein integriertes Quartierskonzept ist es allerdings notwendig, verschiedenste Maßnahmen bedarfsgerecht zu kombinieren, um ein weitgehend altengerechtes Quartier zu entwickeln. Neben baulichen Anpassungsmaßnahmen gilt es, ein auf den ersten Blick „unsichtbares“ Netz der Hilfe, Unterstützung und Betreuung über das Quartier zu spannen, die abgestufte Formen der Hilfe anbieten. Abbildung 31 stellt dar, wie ein typischer Altersverlauf durch begleitende Maßnahmen mit einem hohen Grad an Selbstbestimmung und Selbständigkeit in einem altengerechten Quartier verlaufen könnte.

Abbildung 31 Typische Anpassungs- und Hilfestufen im Altersverlauf



Quelle: Eigene Darstellung

So gibt es zum einen die baulichen Rahmenbedingungen für das Handlungsfeld „Wohnung“. Hier steht zunächst die Wohnungsanpassung der existierenden Wohnung an. Bei regulär anstehenden Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sollte unabhängig von den Bewohnerinnen und Bewohnern immer auf eine barrierearme Gestaltung geachtet werden. Sollten diese nicht anstehen bzw. Probleme auftreten oder abzusehen sein, so ist eine individuelle Anpassungsmaßnahme durchzuführen. Damit dürfte bereits ein längerer Verbleib in der Wohnung möglich sein. Wenn bei auftretenden körperlichen Einschränkungen eine barrierefreie Wohnung weiterhin ein weitgehend selbstbestimmtes und selbständiges Leben zulassen würde, so sollte innerhalb des Wohnquartiers eine entsprechende Wohnung zur Verfügung stehen. Dazu muss eine ausreichende Anzahl solcher Wohnungen vorhanden sein. Um vorhandene soziale Netze aufrecht zu erhalten, ist in einem solchen Fall eine möglichst geringe räumliche Entfernung von der ursprünglichen Wohnung anzuraten. Der Umzug innerhalb eines Hauses von einem Obergeschoss in das Erdgeschoss wäre von daher eine gute Lösung. Andererseits bietet ein solcher anstehender Umzug auch die Möglichkeit der Standortverbesserung, in dem die neue Wohnung wesentlich näher an Nahversorgungs- oder Gemeinschaftseinrichtungen liegt.<sup>31</sup> Hier müsste immer im Einzelfall abgewogen werden, beispielsweise danach, wie gut die bestehenden sozialen Netze in der Nahumgebung der alten Wohnung wirklich sind. Wenn ein so hoher Pflege- und Unterstützungsbedarf gegeben ist, dass eine intensivere Betreuung notwendig wird, sollte innerhalb des Wohnquartiers der Umzug in eine Betreute Wohngruppe möglich sein.

## Textkasten 12

## Quartierskonzept der Glückauf Wohnungsgesellschaft mbH in Lünen

Die Glückauf Wohnungsgesellschaft mbH hat Ende der 80er Jahre begonnen, mit einem Maßnahmenbündel älteren Bewohnerinnen und Bewohnern ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen. Anlass für die Überlegungen waren der hohe Seniorenanteil in der Siedlung und die vermehrten Anfragen nach altersgerechtem Wohnraum und flankierenden Dienstleistungen. Ein großer Teil des Bestandes ist um die vorletzte Jahrhundertwende entstanden und bildet die „Alte Kolonie“ und die „Neue Kolonie“ in Lünen-Brambauer. Der Wohnungsbestand sollte nun altengerecht modernisiert und angepasst werden sowie gleichzeitig ein soziales Netzwerk aufgebaut werden. Die einzelnen Handlungspunkte lauteten: Modernisierung im Wohnungsbestand, Bau von barrierefreien Altenwohnungen, Initiierung von Seniorentreffpunkten, Organisation von Mieterfesten, Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen und Öffentlichkeitsarbeit. Der Großteil der Wohnungen wurde den spezifischen Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner angepasst. Zur individuellen Betreuung und Beratung wurde eine eigene Beratungsstelle eingerichtet, die individuelle Lösungen erarbeitete. Obwohl die Kolonien mit zahlreichen begrünten Höfen und gemeinsamen Sitzgelegenheiten bereits nachbarschaftliche Kontakte förderten, wurde auch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur weiteren Gestaltung des Wohnumfeldes eingerichtet. Für die Sozialmaßnahme der „Aktivierenden Betreuung älterer Mitbewohner in Lünen-Brambauer“ wurde ein umfassendes Konzept aufgestellt. Einerseits werden Hilfen und Begleitung angeboten, andererseits ist die organisierte Aktivierung nachbarschaftlicher Hilfe das Ziel. Die Koordinierung dieser Maßnahmen, ebenso die Beratung und Vermittlung von Hilfsangeboten wurde durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durchgeführt, die zum einen durch die Glückauf eingestellt wurden, zum anderen von der AWO über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme kamen. Zusammenarbeit wurde mit den örtlichen Vereinen, Verbänden und Diensten der Sozialfürsorge. Unter anderem wurde der Glückauf Nachbarschaftshilfeverein initiiert, der heute über 900 Mitglieder hat.

(Vgl. SCHAUERTE ET AL. 1998: 117-124 und WEBSITE GLÜCKAUF)

<sup>31</sup> Eine geringe Distanzverkürzung kann im Fall einer Gehbehinderung bereits eine entscheidende Verbesserung darstellen.

Die Betreuten Wohngruppen für den Fall schwerer Pflege- und Unterstützungsbedürftigkeit stellen den Punkt dar, in dem sich Wohn- und Betreuungsformen wieder unmittelbar verbinden. Zuvor stehen bei den sozialen Aspekten des altengerechten Lebens allerdings der Verbleib in einer normalen Wohnung und die dortige Betreuung im Vordergrund. So sollen sowohl die ambulante Pflege als auch die Alltagshilfen ein möglichst selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter ermöglichen. Integriert sind diese Leistungen in einem Angebot des Betreuten Wohnens daheim. Neben dem Vorhalten und organisieren von Hilfen, kommt den regelmäßigen aufsuchenden Betreuungsbesuchen eine wichtige Bedeutung zu, um bereits frühzeitig den Bedarf für Unterstützung zu erkennen. Abschließend kommt der Gemeinschaftsbildung und somit der sozialen Integration und Netzworkebildung eine wichtige Rolle zu. Damit kann der Vereinsamung im Alter vorgebeugt werden und ein weiteres Hilfenetz aufgebaut werden, das unabhängig von den übrigen Angeboten Unterstützung, insbesondere auch emotionaler Art, bietet. Flankierend zu dem abgestuften Hilfesystem und den baulichen Voraussetzungen gilt es Nahversorgungsangebote im Quartier zu sichern und eine altengerechte Umgestaltung des Wohnumfeldes anzustoßen und eine ausreichende ÖPNV-Anbindung des Quartiers zu gewährleisten.

Integrierte Quartierskonzepte, im Sinne der hier dargestellten umfassenden und koordinierten Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern sind in Deutschland selten. Bei den wenigen Beispielen, wo wirklich verschiedenste Maßnahmen koordiniert durchgeführt wurden, handelt es sich um von Wohnungsunternehmen ausgehende Initiativen. So wie in den im vorherigen Kapitel erwähnten Beispielen der Freien Scholle eG in Bielefeld (vgl. Textkästen 7, 8, 11) oder dem hier in Textkasten 12 kurz dargelegten Beispiel in Lünen. Vermutlich kommen mehrere Gründe zusammen, warum gerade einige Wohnungsunternehmen Vorreiterpositionen einnehmen. So dürfte es in deren Interesse sein, den älteren Menschen im Sinne einer „Kundenbindung“ einen möglichst langen Verbleib in ihrer Wohnung zu ermöglichen, zumal es sich um eine gute und gern gesehene Mieterschaft handelt.<sup>32</sup> Weiterhin können Wohnungsunternehmen leichter Angebote aus „einer Hand“ entwickeln, gerade wenn sie einen größeren zusammenhängenden Bestand besitzen, in dem sowieso eine Modernisierung geplant wird. In Zukunft wird es allerdings auch darum gehen, im „normalen“ Bestand, also den Quartieren mit überwiegend Mietwohnungen in Einzelbesitz als auch selbst genutztem Eigentum, Konzepte zu entwickeln.

Tabelle 19 stellt ein Bündel von Maßnahmen dar, die in ihrer Gesamtheit ein altengerechtes Quartier schaffen könnten. Die Auflistung kann dabei nur als ein Rahmen für Maßnahmen betrachtet werden, der immer dem jeweiligen Einzelfall angepasst werden muss. Ein solch integrativer Ansatz bietet den Vorteil einer umfassenden Zielerreichung, bedeutet aber auch den Nachteil eines erheblichen Koordinierungsaufwandes. Wie die Auswahl von benannten möglichen Akteuren aufzeigen, besteht kaum die Möglichkeit der Gestaltung „aus einer Hand“. Vielmehr gilt es, eine Vielzahl von Akteuren einzubeziehen und dabei bestehende

<sup>32</sup> „Sie sind eine gute, gern gesehene, noch ‚pflegeleichte‘ Kundengruppe: überdurchschnittlich zufrieden, standorttreu, geduldig (auch wenn Reparaturen mal dauern); sie beschmierern keine Wände, zerstören keine Fahrstühle, sortieren ihren Müll, gehen pfleglich mit der Wohnung um, kümmern sich um die Nachbarn...und zahlen pünktlich die Miete.“ (GROßHANS 2004: 33)

Tabelle 19 Bausteine zur Gestaltung eines altengerechten Quartiers				
	Aufgabe	Akteure	Aufwand	Sonstiges
<i>Wohnung</i>				
Wohnberatung	Zugehende Beratung bei individuellen und strukturellen Anpassungsmaßnahmen	Kommune, Wohnungsunternehmen, evtl. bestehende Stellen	Gering -Mittel (Mitarbeiter/-innen, Räumlichkeiten)	Sehr hohe Bedeutung als ein zentraler, koordinierender Akteur. Evtl. für mehr als ein Quartier zuständig, aber enge Zusammenarbeit mit der Sozialberatung vor Ort nötig
Wohnungsanpassung		Eigentümer/-in, unter Beteiligung der Wohnberatung	Gering-Hoch	Stark abhängig von Wohnberatung
Barrierefreie Wohnungen		Wohnungseigentümer, Wohnberatung wirkt mit	Hoch (Um-/Neubauten)	Im Rahmen struktureller Maßnahmen herzurichten
Unterstützung gemeinschaftlicher Wohnformen		Wohnberatung	Gering-Mittel (Organisatorische Unterstützung, „Türöffner“)	Greift Selbsthilfepotenziale im Quartier auf
<i>Soziales</i>				
Soziale Beratung	Zugehende Beratung, Koordination und Vermittlung von Diensten. Initiator, Förderer und evtl. Träger weiterer Maßnahmen, um Versorgungslücken zu schließen	Kommune (Altenhilfe), evtl. Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände	Gering-Mittel (Mitarbeiter/-innen, Räumlichkeiten)	Sehr hohe Bedeutung als zentraler, koordinierender Akteur und Ansprechpartner vor Ort. Enge Zusammenarbeit mit Wohnberatung nötig
Alltagshilfsdienste	Träger/Koordinator des Betreuten Wohnens im Bestand	Soziale Beratung, Soziale Dienste	Mittel-Hoch (Mitarbeiter/-innen, Räumlichkeiten)	Enge Zusammenarbeit mit Sozialer Beratung und vorhandenen Dienstleistern
Nachbarschaftshilfvereine	Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten für die Hilfsdienste	ehrenamtliche Strukturen	Mittel-Hoch (Aufbauarbeit, Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten)	Enge Verknüpfung mit Hilfsdiensten und Gemeinschaftsförderung
Gemeinschaftsförderung	Soziale Integration	ehrenamtliche Strukturen	Mittel (Aufbauarbeit, Räumlichkeiten)	Enge Verknüpfung mit Hilfsdiensten und Gemeinschaftsförderung
Betreute Wohngruppen	Stationäre Pflege im Quartier	Soziale Dienste, Pflegeanbieter, Wohlfahrtsverbände, Vereine	Mittel-Hoch (Professionelle Anbieter, Finanzierungs- und Betreuungskonzept notwendig)	
<i>Nahversorgung</i>				
Nahversorgungssicherung	Einzelhandelskonzepte zur Sicherung der Nahversorgung	Kommune (Stadtplanung)	Mittel („normaler“ Aufgabenbereich, Erfolgsaussichten eingeschränkt)	
Angebote schaffen	Aufbau von Angeboten in Bereichen, wo die Nahversorgung zusammengebrochen ist	Kommune, evtl. Wohnungsunternehmen, ehrenamtliche Selbsthilfe	Mittel-Hoch (Räumlichkeiten, Konzeptvorschläge, Zugehen auf Einzelhandel)	
Wohnumfeldgestaltung		Kommune (Stadtplanung, Tiefbauamt, Grünflächenamt...), evtl. Wohnungsunternehmen	Gering-Hoch (Investive Maßnahmen notwendig)	
ÖPNV		ÖPNV-Aufgabenträger	Gering-Hoch	

Quelle: Eigene Darstellung

rungsaufwand bedeutet dies gerade aber auch große Chancen. Unabdingbare Voraussetzung zur Zielerfüllung ist von daher aber auch eine breite Unterstützung eines integrierten Quartierskonzeptes, die sowohl Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, soziale und pflegerische Dienste, Wohnungsunternehmen bis hin zu den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern umfasst.

Aufbau und der Umsetzung eines integrierten Quartierskonzeptes muss in der Hand einer planenden und koordinierenden Stelle liegen, in dem verschiedene Kompetenzen gebündelt werden. Es bietet sich an, die Wohnberatung und die Soziale Beratung zu den wesentlichen koordinierenden und planenden Trägern vor Ort zu machen. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit notwendig sein.

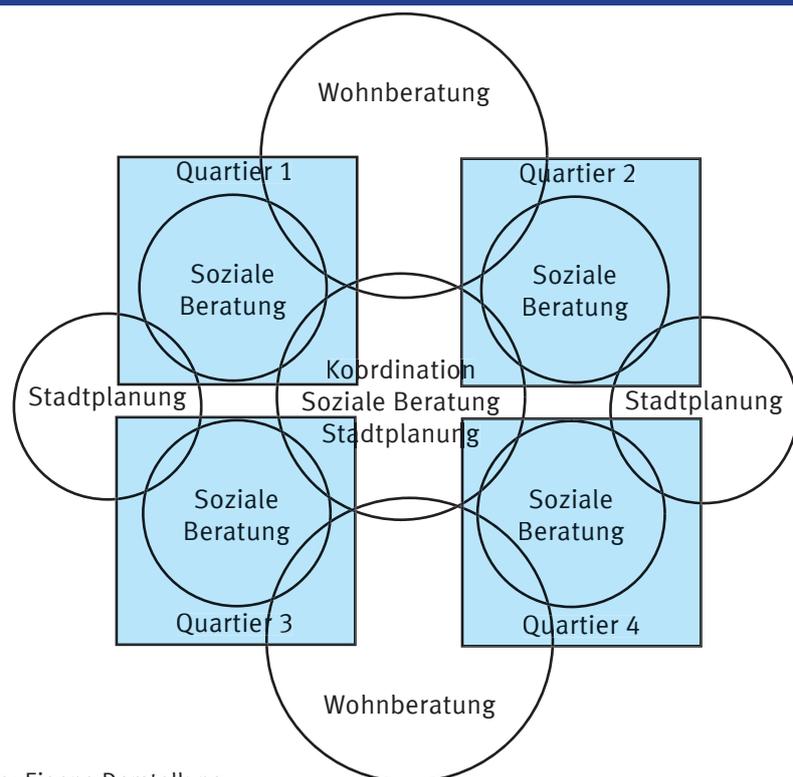
Die Wohnberatung kümmert sich dabei hauptsächlich um die Umsetzung im Handlungsfeld der Wohnung. Dies bedeutet die Fragen der individuellen, aber auch strukturellen Wohnungsanpassung und auftretenden Beratung in diesem Bereich, die Förderung von neuen Wohnformen, Konzeptentwicklung zur Bereitstellung barrierefreier Wohnungen und Wohnraum für betreute Wohngruppen. Der Sozialen Beratung obliegt wiederum federführend die zugehende Beratung und Koordination von Hilfs- und Betreuungsleistungen. Dabei gilt es, sowohl die unterschiedlichen Anbieter einzubinden als auch Versorgungslücken aufzudecken. Für die wichtigen Bereiche der Alltagshilfen und Gemeinschaftsförderung gilt es dabei, im Zusammenspiel mit den jeweiligen Akteuren vor Ort individuelle Konzepte zu entwickeln wie ein Betreutes Wohnen daheim umgesetzt werden kann, beispielsweise durch die Gründung eines Nachbarschaftshilfevereins. Der Bereich der Gemeinschaftsförderung obliegt ebenfalls dem Bereich der Sozialen Beratung. Auch hier wird dem Anstoß eines solchen Prozesses eine große Bedeutung zukommen. Vor Ort sollte die Soziale Beratung als erster Ansprechpartnerin dienen.

Wohnberatung und Soziale Beratung können mit Sicherheit als Kernelemente für die Entwicklung integrierter Quartierskonzepte betrachtet werden. Als dritter wesentlicher Bestandteil für die Entwicklung und Koordination eines integrierten Quartierskonzeptes kann die Kommunalverwaltung mit den Bereichen Stadtplanungsamt, Tiefbauamt und Grünflächenamt in Verantwortlichkeit für die Bereiche des Handlungsfeldes Wohnumfeld angesehen werden. Dies betrifft die altengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums mit den Wegeverbindungen, Freiräumen, differenzierten und kleinteiligen Räumen und auch dem wichtigen Bereich der Nahversorgungssicherung. Hier wäre vor allem für die Entwicklung eines integrierten Quartierskonzeptes die intensive Mitarbeit notwendig, während die spätere Durchführung und Weiterentwicklung des Konzeptes vermutlich mit weniger Aufwand begleitet werden könnte. Sollte die Eigentümerstruktur des Quartiers dergestalt sein, dass ein größerer Teil des Bestandes in der Hand eines Wohnungsunternehmens ist, so sollte dieses Unternehmen ebenfalls angemessen in die Koordinationsgruppe integriert werden. Für einzelne Handlungsziele kann es sich anbieten, weitere Akteure hinzuzuziehen, beispielsweise für den ÖPNV. Ebenfalls sollten ein intensiver Austausch mit weiteren Akteuren vor Ort stattfinden und diese sowohl in Konzeptentwicklung als auch Umsetzung eingebunden werden. Dies können Vereinigungen des Einzelhandels oder Wohnungsbesitzer genauso sein wie Kirche, Wohlfahrtsverbände oder Vereine. Dabei sollte eine Offenheit dieses erweiterten Kreises herrschen. Eben-

falls sollte die Einbeziehung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, um Bedarfe zu ermitteln, aber auch zur Akzeptanz von Maßnahmen und vor allem zur Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen beizutragen.

Von entscheidender Bedeutung ist die räumliche Ausdehnung des Quartiers, für welches ein Konzept entwickelt werden soll. Ein möglichst kleinräumiger Ansatz kommt dabei der Lebenswelt älterer Menschen entgegen. Ebenso wird sich vermutlich eine Mobilisierung des Selbsthilfepotenzials eines Stadtteils in Form von Nachbarschaftshilfe vermutlich am ehesten innerhalb eines vertrauten Umfeldes erreichen lassen, mit denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner auch identifizieren. Dem entgegen stehen die Probleme der ökonomischen Leistbarkeit, die eine gewisse räumliche Mindestausdehnung verlangt, um eine kritische Masse von versorgten Menschen zu erreichen. Diese ist wiederum auch abhängig von der Bevölkerungsdichte und dem Anteil älterer Menschen. Zur effektiveren Gestaltung kann es sich anbieten, Koordinationsleistungen für mehrere Quartiere auf einer größeren räumlichen Ebene für mehrere Quartiere zusammenzufassen. Denkbar wäre beispielsweise, dass die Wohnberatung nur für spezielle Anlässe vor Ort hinzugezogen wird und bei regelmäßigen Sprechstunden im Quartier verfügbar ist. So wäre es möglich, mehrere Quartiere zu betreuen. Ähnlich kann es sich mit begleitenden Beauftragten aus der Stadtverwaltung handeln, die ebenfalls für mehrere Quartiere zuständig sind. Unabdingbar für die kleinste räumliche Einheit vor Ort ist allerdings die Soziale Beratung als „Kümmerer“ und unmittelbarer Ansprechpartner. (Vgl. Abbildung 32 als schematische Darstellung)

Abbildung 32 Schematische Darstellung möglicher räumlicher Arbeitsbereiche



Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Umsetzung von Konzepten für altengerechte Quartiere entstehen Kosten, die sich langfristig rentieren, deren Finanzierung zunächst einmal allerdings problematisch sein kann. So fallen sowohl personelle wie auch investive Kosten an. Auf personeller Seite entstehen vor allem Kosten für die Entwicklung des Konzeptes und die Aufbau- und Koordinationsarbeiten sowie Beratungsleistungen. In diesen Fällen ist zu prüfen, inwiefern diese Kosten durch eine

interne Umverteilung von Zuständigkeiten und Personen geschehen kann. Weiterhin fallen Personalkosten an, wenn versucht wird, ein Betreutes Wohnen im Quartier mit Alltagshilfediensten aufzubauen. Zwar lässt sich dies zum Teil durch Nutzungsgebühren mitfinanzieren, trotzdem fallen durch die Dienste zusätzliche Kosten an. Die Aktivierung ehrenamtlicher Mitarbeit kann hier ebenfalls zur Kostenreduzierung beitragen wie der Einsatz von Zivildienstleistenden. Über gemeinnützige Nachbarschaftshilfevereine lassen sich zudem Spenden und Mitgliedsbeiträge akquirieren, die durchaus von Mitgliedern auch als Solidaritätsbeitrag verstanden werden. Trotzdem wird immer noch eine Finanzierungslücke zu schließen sein.

Neben den Personalkosten fallen allerdings auch investive Kosten an. Dazu zählen auf jeden Fall Räumlichkeiten für die Beratungs- und Koordinierungsstellen sowie die quartiersbezogenen Räumlichkeiten für Gemeinschafts- und Freizeitangebote. Dabei kann es sich anbieten, diesen räumlichen Bedarf an einem Standort im Quartier zu bündeln, um dadurch Synergieeffekte zu erreichen. Zusätzlich kann darüber nachgedacht werden, an solch einem Standort auch weitergehende Angebote zu verwirklichen. Im Falle einer entsprechenden Unterversorgung könnten beispielsweise günstige Räumlichkeiten für ausgewählte Nahversorgungseinrichtungen angeboten werden, barrierefreier Wohnraum oder eine betreute Wohngruppe integriert werden. Auch die räumliche Verortung von weiteren Akteuren der Altenhilfe kann angestrebt werden. Herrichtung und Betrieb eines solchen Quartierszentrums verlangen auf jeden Fall investive Maßnahmen. Dabei muss im Einzelfall geprüft werden, ob ein Bestandsgebäude umgenutzt werden kann, ein Neubau nötig ist oder eine bestehende Einrichtung erweitert werden kann. Denkbar wäre beispielsweise auch die neue Ausrichtung und Umgestaltung bestehender Altenheime zu entsprechenden Quartierszentren. Ebenfalls sollte angestrebt werden, solche Zentren für weitere Zielgruppen des Quartiers zu öffnen. Dies ist sowohl aus integrativen Gesichtspunkten wünschenswert als auch unter dem Aspekt der Auslastung. Dies betrifft Gemeinschaftseinrichtungen ebenso wie die Möglichkeit, weitere quartiersbezogene Einrichtungen zu integrieren. Letztlich ist eine große Spannweite von Möglichkeiten denkbar, wie die räumliche Infrastruktur ausgeprägt sein kann, von „kleineren“ bis hin zu „umfassenden“ Lösungen. Die Bedeutung der entsprechenden Infrastruktur für ein altengerechtes Quartier soll hier allerdings noch einmal deutlich hervorgehoben werden. Wenn sich viele der Leistungen auch wie ein „Netz“ über das Quartieren legen, so bedarf es doch auch der baulichen und räumlichen Gegebenheiten, um dieses Netz zu tragen.

Abhängig von den Gegebenheiten im Quartier sind auch in unterschiedlichem Maße Investitionen im baulichen Bereich zur Anpassung des Wohnungsbestandes und des Wohnumfeldes notwendig. Für den ersten Bereich wird die Finanzierung dabei immer primär bei den Wohnungseigentümern liegen. Neben der Ausschöpfung von Fördermitteln zur Wohnraummodernisierung<sup>33</sup> kann es je nach Bedarfslage und Möglichkeit der Kommune sinnvoll sein, ein kommunales Förderprogramm aufzulegen, um Investitionen und Maßnahmen in diesem Bereich anzustoßen. Der Wohnberatung kommt gerade auch bei der finanziellen Beratungsleistung und „Lotse“ durch die Fördermöglichkeiten eine wichtige Bedeutung zu.

---

<sup>33</sup> Wie beispielsweise die Richtlinie zur Förderung von Wohnraum in Nordrhein-Westfalen (vgl. ModR 2001).

Sollten im Quartier größere Bestände von Wohnungsunternehmen liegen, so können diese ein wichtiger Kooperationspartner bei der Herrichtung eines altengerechten Quartiers werden, da es häufig auch in ihrem eigenen unternehmerischen Interesse liegt, die ältere Bevölkerung in ihren Beständen zu halten. Hier bietet sich die Möglichkeit eines Partners, der sich sowohl durch finanzielles als auch fachliches Engagement beteiligen kann. Zudem verfügen sie über Räumlichkeiten im Quartier, die eventuell genutzt werden können und fungieren als direkter Ansprechpartner zu ihren Mieterinnen und Mietern.

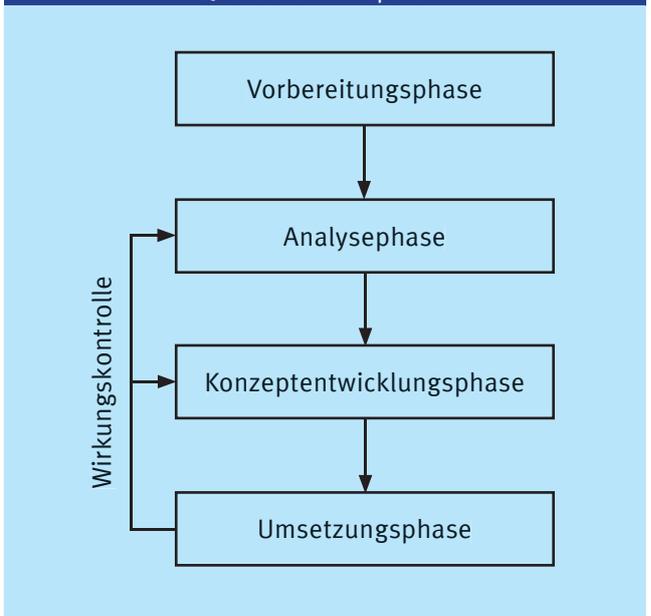
## 7.2 Leitfaden für eine integrierte Quartiersplanung zur Vorbereitung auf die demografische Alterung

Der Leitfaden gibt einen Überblick über den vorgeschlagenen Ablauf einer integrierten Quartiersplanung. Je nach den Gegebenheiten vor Ort kann es sinnvoll sein, vom vorgeschlagenen Ablauf und den Inhalten abzuweichen. Trotzdem soll der nachfolgend vorgeschlagene Leitfaden als Orientierungsrahmen dienen. Zunächst wird der idealtypische Ablauf kurz vorgestellt und auf die wesentlichen Akteure eingegangen, anschließend werden die einzelnen Phasen etwas näher erläutert.

### 7.2.1 Idealtypischer Ablaufplan für eine integrierte Quartiersplanung

Der mögliche Ablauf einer integrierten Quartiersplanung zur Vorbereitung auf die demografische Alterung lässt sich in mehrere Phasen aufteilen. Abbildung 33 gibt einen kurzen Überblick über die unterschiedlichen Ablaufphasen. Eine detaillierte Übersicht liefert die Abbildung 34. Zunächst gilt es, in einer Vorbereitungsphase einen grundlegenden Konsens über die Planungsabsicht herzustellen, eine räumliche Vorauswahl über mögliche Handlungsräume zu treffen sowie relevante Akteure einzubeziehen und daraus eine Arbeitsgruppe für das weitere Vorgehen zu bilden. In der umfangreichen Analysephase wird es gelten, die gegenwärtige Situation im ausgewählten Quartier in Hinblick auf ein altengerechtes Leben aufzudecken. Ausgehend von den speziellen Problemen, Qualitäten und Gegebenheiten gilt es, wesentliche Handlungsbereiche herauszugreifen und für diese Problem- und Themenfelder Handlungskonzepte zu entwickeln. Bei der Konzeptentwicklung wird es dabei auch darum gehen, Prioritäten und Zeithorizonte festzulegen. Anschließend geht es an die Umsetzung der Konzepte, wobei in regelmäßigen Abständen eine Kontrolle der erreichten

Abbildung 33 Idealtypischer Ablauf des integrierten Quartierskonzeptes



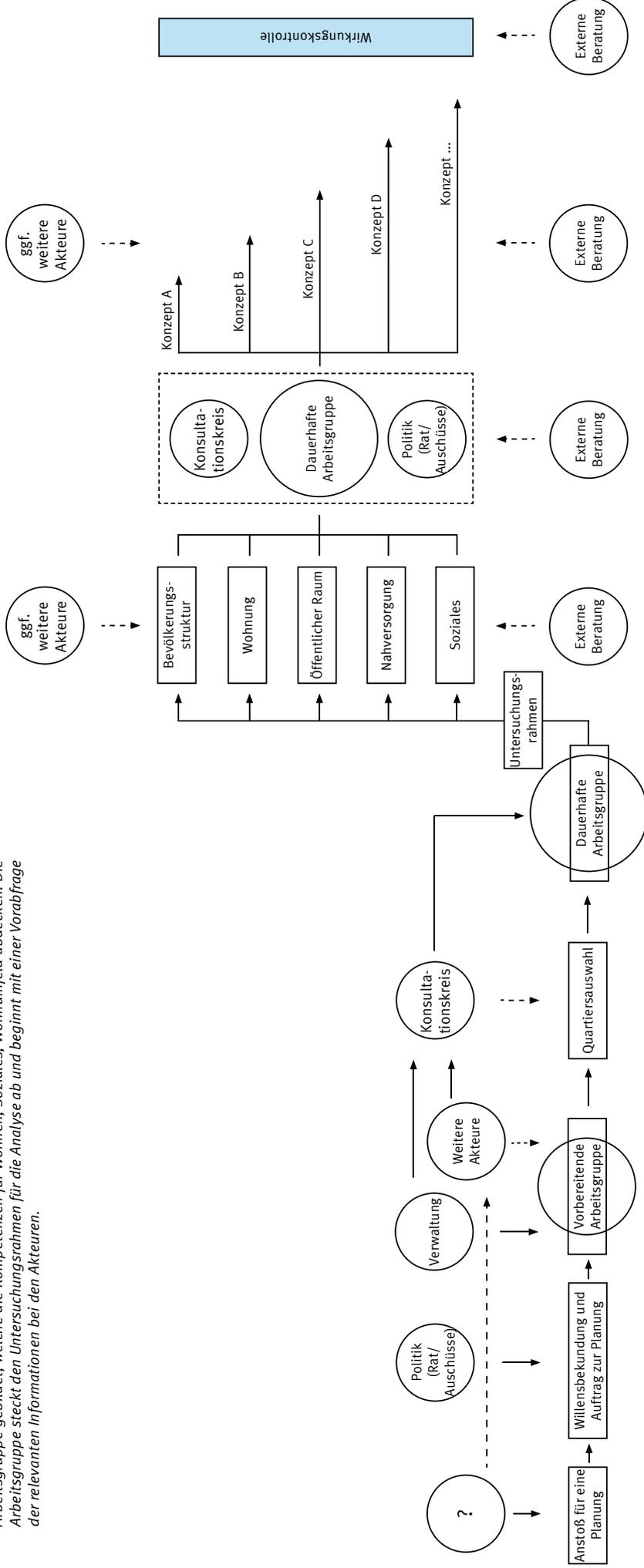
Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 40 Ablauf eines integrierten Quartierskonzeptes

Der Anstoß für die Planungen für altengerechte Quartiere wird von der Politik aufgegriffen und per Ratsbeschluss der Beginn der Planungen beschlossen. Federführend aus der Stadtverwaltung heraus wird eine vorbereitende Arbeitsgruppe gegründet, es können aber auch andere Akteure vertreten sein. Alle weiteren als relevant eingestuften Akteure werden eingeladen, in dem offenen Gremium des Konsultationskreises beratend und mitwirkend tätig zu werden. Die vorbereitende Arbeitsgruppe schlägt unter Mitwirkung des Konsultationskreises und basierend auf einer Voranalyse ein oder mehrere Quartiere für ein integriertes Quartierskonzept vor. Unter Berücksichtigung des ausgewählten Quartiers wird aus der vorbereitenden Arbeitsgruppe und ggf. weiteren Akteuren eine dauerhafte Arbeitsgruppe gebildet, welche die Kompetenzen für Wohnen, Soziales, Wohnumfeld abdecken. Die Arbeitsgruppe steckt den Untersuchungsrahmen für die Analyse ab und beginnt mit einer Vorabfrage der relevanten Informationen bei den Akteuren.

Die Arbeitsgruppe analysiert das Quartier in Hinblick auf Mängel und Potenziale, ggf. unter Beteiligung weiterer Akteure und externer Beratung.

Basierend auf der Analyse wird ein Konzept mit mehreren Bausteinen unter Beteiligung der weiteren Akteure und ggf. externer Beratung entwickelt und beschlossen. Nach festgelegten Zeitintervallen erfolgt eine Wirkungskontrolle durch Externe Beratung, welche die Konzepte in den Konzepten.



Schrittweiser Rückzug der Bereiche Wohnen, Wohnumfeld aus der Arbeit vor Ort. Abruf nur noch bei Bedarf und für Sprechstunden (Wohnberatung).

Dauerhafte Arbeitsgruppe mit den Bereichen Wohnen, Soziales, Wohnumfeld arbeitet vor Ort im Quartier.

Vorbereitungsphase	Analysephase	Konzeptentwicklungsphase	Umsetzungsphase
--------------------	--------------	--------------------------	-----------------

Quelle: Eigene Darstellung

Wirkungen und Maßnahmen erfolgen sollte, um gegebenenfalls Veränderungen in den Konzeptstrategien oder Handlungsschwerpunkten durchführen zu können. Insgesamt handelt es sich dabei um einen Prozess, der vermutlich über einen sehr langen Zeitraum andauern wird.

### 7.2.2 Wesentliche Akteure

Für die Erarbeitung und Durchführung ist ein breites und unterschiedliches Fachwissen ebenso nötig, wie lokalspezifische Kenntnisse und die Zusammenarbeit verschiedenster Institutionen. So wird stadtplanerisches, städtebauliches und architektonisches Fachwissen genauso gefordert wie sozialwissenschaftliche und gerontologische Erkenntnisse oder Erfahrungen aus der Sozial- und Altenarbeit, Altenhilfe und Altenpflege. Um eine systematische Einbeziehung der unterschiedlichen Akteure zu gewährleisten und die Vielzahl der beteiligten Institutionen und Personen zu koordinieren und zwischen ihnen zu vermitteln, erscheint es angebracht, eine unabhängige und externe Moderation einzuschalten. Abbildung 34 zeigt eine Auflistung möglicher Akteure an, die an einem Quartiersentwicklungsprozess beteiligt werden. Dabei ist die Auflistung nicht als abschließend oder verpflichtend zu verstehen. Je nach den örtlichen Gegebenheiten können sich dabei erhebliche Unterschiede ergeben. Ebenso ist es durchaus möglich und häufig vermutlich auch angebracht, externes Fachwissen einzubeziehen. Je nach Größe und Leistungsvermögen der Gemeinden und ihrer Akteure kann der Bedarf danach unterschiedlich ausfallen. Hinzugezogen werden können dabei beispielsweise unabhängige Büros, Gutachterinnen und Gutachter, Forschungseinrichtungen oder Hochschulen.

Abbildung 35 Mögliche Akteure eines Quartierskonzeptes

- Politische Vertretung auf kommunaler Ebene (Gemeinderat und Ausschüsse)
- Seniorenbeirat
- Gemeindeverwaltung (Wohnungs- und Bauwesen, Stadtplanung, Altenhilfe, Gesundheit und Soziales)
- Unabhängige Moderation
- Externe Fachstellen/Begleitforschung
- Träger der Sozial- und Altenarbeit sowie der Altenhilfe und -pflege
- Wohlfahrtsverbände
- Wohnberatungsstelle
- Wohnungsunternehmen
- Vereinigungen und Interessenvertretungen (Einzelhandel und Gewerbetreibende, Hausbesitzer, Mietervereine...)
- Kirchengemeinden
- Lokale Agenda
- Weitere aktive Vereine, Initiativen und Projekte
- Volkshochschule
- Lokale Medien
- Bürgerinnen und Bürger
- ...

Quelle: Eigene Darstellung

### 7.2.3 Vorbereitungsphase

Die Vorbereitungsphase wird mit dem Anstoß zur Entwicklung von Konzepten zur Vorbereitung von Wohnquartieren auf die demografische Alterung beginnen. Dabei sind verschiedenste Möglichkeiten denkbar, aus welchen Richtungen diese Initiativen starten. Möglich wären sowohl Politik oder Verwaltung, Wohlfahrtsträger oder weitere in der Altenhilfe tätigen Organisationen, Wohnungsunternehmen oder aktive Bürgerinnen und Bürger, die ihre Interessen

einbringen wollen. Wesentlich ist allerdings, dass als offizieller Start der Planungen eine klare und übergreifende Willensbekundung von Seiten der Politik in Form des Gemeinderates steht und dieser die Verwaltung zur Erstellung und Mitarbeit von Quartierskonzepten auffordert. Im weiteren Verlauf der Planungen kann es sinnvoll sein, nach Abschluss einer Phase sich jeweils durch den Gemeinderat bzw. die entsprechenden Ausschüsse eine Bestätigung für das geplante weitere Vorgehen einzuholen. Wenn die übergreifende Unterstützung von Seiten der Politik gesichert ist, kann daran gegangen werden, zunächst eine vorbereitende Arbeitsgruppe einzurichten. Es bietet sich an, diese hauptsächlich aus der Verwaltung heraus zu besetzen. Gefragt sind hierbei vor allem die Kompetenzen aus den zuständigen Abteilungen für die Stadtplanung und die Altenhilfe. Soweit in der Gemeinde bereits eine Wohnberatung aktiv ist, kann es sich anbieten, diese ebenfalls bereits mit einzubeziehen. Gegebenfalls sollte bereits auch bei dieser vorbereitenden Arbeitsgruppe externe Unterstützung hinzugezogen werden, um die weiteren Schritte vorzubereiten. Diese sind in der Vorbereitungsphase zunächst vor allem die Quartiersauswahl und -abgrenzung für erste Modellprojekte, die weitere Akteurs-einbindung, Festlegung des weiteren Untersuchungsrahmens und der folgenden Organisationseinheiten.

Die Quartiersauswahl kann nach unterschiedlichen Kriterien geschehen (vgl. auch die einzelnen Analyseschritte). So kann in einem eher pragmatischen Ansatz versucht werden, an bereits bestehende Strukturen anzuknüpfen, um günstige Voraussetzungen aufzugreifen. Es kann aber auch in einer systematischen Voruntersuchung versucht werden, Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf zu identifizieren. Dafür wäre die Festlegung verschiedener und möglichst schnell zur Verfügung stehender Indikatoren notwendig. Zunächst anbieten würde sich dafür eine Analyse des Gesamtgebietes nach der Altersstruktur und der vermuteten weiteren demografischen Entwicklung. Zwar bedeutet alleine eine hohe Anzahl älterer Menschen noch kein Problem, trotzdem lässt sich damit eine erste Einschränkung vornehmen. Weitere Kriterien bei der Voruntersuchung könnten die vorhandene Nahversorgung ebenso wie Einschätzungen des Wohnungsbestandes auf seine altengerechte Gestaltung sein. Sehr interessant wäre aber auch die genauere Beobachtung und Analyse der Wanderungsbewegungen älterer Menschen. Dadurch könnten Hinweise auf besonders problematische Bereiche als Quellgebiete der Wanderung gegeben werden. Umgekehrt könnten so über die Zielgebiete der Wanderung auch anscheinend bereits jetzt besonders geeignete Quartiere für ein Leben im Alter identifiziert werden. Letztlich wird es bei der Vorauswahl vermutlich immer sehr stark auch auf das lokale Erfahrungswissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe ankommen.

Wie erwähnt, ist ein breiter Akteurskreis für eine erfolgreiche Planung und Umsetzung notwendig. Diesen bereits frühzeitig einzubinden, kann für den Erfolg sehr wichtig sein. Der Kreis einzubindender Akteure wird allerdings auch von der Auswahl und Abgrenzung des Quartiers bestimmt sein. Zur Information und Abstimmung bietet es sich an, einen gemeinsamen Konsultationskreis aller von der vorbereitenden Arbeitsgruppe als relevant erachteten Akteure einzurichten. Die Auswahl sollte dabei großzügig ausfallen und der Kreis nicht als geschlossene Gruppe verstanden werden. Dieser Konsultationskreis sollte regelmäßig über den aktuellen Stand der Planungen informiert werden, um durch Transparenz der Tätigkeiten

die notwendige Akzeptanz und Legitimation der Planungen herzustellen. Zudem können weitere Impulse aus der Gruppe heraus aufgenommen werden. Über Zustimmung, Ablehnung oder Verbesserungsvorschläge kann der Konsultationskreis sich in die Planungen einbringen. Insbesondere bei den Phasenübergängen sollten diesem Gremium die Zwischenergebnisse und die weiteren geplanten Schritte präsentiert werden und die Möglichkeit zur Diskussion und zu Verbesserungsvorschlägen eingeräumt werden.

Für die weitergehende Analyse des ausgewählten Quartiers muss der genauere Untersuchungsrahmen, die zu verwendenden Methoden und ein Zeithorizont festgelegt werden. Sobald klar ist, welche Informationen benötigt werden, kann festgestellt werden, ob diese bereits verfügbar sind oder neu erhoben werden müssen. Es kann sich anbieten, einen aufgestellten Kriterienkatalog mit benötigten Daten in breiter Streuung den als relevant ermittelten Akteuren und dabei vor allem den unterschiedlichen Verwaltungsabteilungen zukommen zu lassen. In einem standardisierten Fragebogen kann dann abgeprüft werden, zu welchen Kriterien Datengrundlagen und Informationen vorhanden sind, zur Verfügung gestellt werden können und wie aktuell diese Informationen sind. Diese Vorgehensweise verlangt eine hohe Kooperationsbereitschaft, für die eine weitgehende Unterstützung der relevanten Akteure von Nöten ist. Während die kommunale Verwaltung durch Beschlüsse des Rates dazu noch verpflichtet werden kann, so gilt dies nicht für weitere Akteure und unterstreicht die Bedeutung eines transparenten und einbindenden Planungsprozesses.

Ebenfalls zur Vorbereitungsphase gehört es, aus der vorläufigen Arbeitsgruppe eine Dauerhafte zu machen, die sich federführend um die weiteren Planungen kümmert. Dabei sollen die drei wesentlichen Handlungsfelder „Wohnung“, „Soziales“ und „Wohnumfeld“ durch entsprechende Fachkompetenz abgedeckt werden. Diese Arbeitsgruppe müsste vor Ort im Quartier arbeiten und dort auch die entsprechenden Sozial- und Wohnberatungen anbieten, sowie eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Für die Dauer der Analyse- und Konzeptentwicklungsphase kann es sich anbieten, externe Unterstützung hinzuzuziehen, die auch spätere Wirkungskontrollen durchführt.

Parallel sollte in der Vorbereitungsphase mit einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit begonnen werden, in denen die lokalen Medien eingebunden werden. So kann über die anstehenden Planungen informiert, Akzeptanz hergestellt und weitere Impulse aufgegriffen werden.

#### **7.2.4 Analysephase**

Zweck der Analysephase ist es, die gegenwärtige Lebenssituation älterer Menschen im Quartier im Hinblick auf die Ziele nach einem altengerechten Quartier darzustellen und sichtbar zu machen. Dabei sollen sowohl die speziellen Qualitäten als auch die Defizite aufgezeigt werden und basierend auf einer relativen breiten Erhebungs- und Sondierungsphase dann die prioritären Handlungsbereiche aufgezeigt werden, für die im folgenden dann Konzepte und Handlungsstrategien zu entwerfen sind.

Die Analyse sollte analog zu den dargelegten Handlungsfeldern geschehen, also die Berei-

Abbildung 36 Bevölkerungsanalyse

- > Demografische Situation und Entwicklung
- > Einschätzung der Sozialstruktur
- > Ausländeranteil
- > Familienstände und Haushaltsgrößen

*Fragestellungen:*

*Handelt es sich um ein Quartier mit einer alten Bevölkerung? Ist die Altersstruktur besonders homogen? Wie hoch sind die Selbsthilfepotenziale? Gibt es stabile soziale/familiäre Netze? Gibt es besondere Problemkumulationen, beispielsweise Einkommensarmut? Gibt es einen hohen Anteil von älteren Migrantinnen und Migranten?*

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 37 Analyse der sozialen Angebote

- > Unterstützungsdienstleistungen
- > bestehende Seniorenarbeit
- > Pflegeplätze
- > lokal aktive soziale Dienste
- > aktive Vereine, Organisationen oder Institutionen

*Fragestellungen:*

*Wie sehen die Angebotsstrukturen im Bereich der Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen aus? Welche kommerziellen und ehrenamtlichen Akteure sind aktiv? Wie sieht die ambulante und stationäre Pflegeversorgung aus? Gibt es Betreute Wohngruppen? Sind Angebote für die regelmäßige Unterstützung vorhanden, beispielsweise betreutes Wohnen im Bestand?*

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 38 Nahversorgungsanalyse

- > Einzelhandel
- > Dienstleistungen
- > Freizeit, Kultur und Sport

*Fragestellungen:*

*Wie ist das Angebot zur Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in fußläufiger Entfernung? Wie ist das Angebot im Bereich Freizeit, Kultur und Sport im Quartier?*

Quelle: Eigene Darstellung

che „Wohnung“, „Öffentlicher Raum“, „Nahversorgung“ und „Soziales“ abdecken. Zudem gilt es, die Bevölkerungsstruktur im Hinblick auf besonderen Handlungsbedarf zu analysieren.

Die Abbildungen 36 bis 40 geben einen Überblick über die verschiedenen Analysebereiche mit den einzelnen Teilpunkten von Interesse. Dabei gilt es aufzuzeigen, inwieweit das Quartier von der demografischen Alterung erfasst wird, Einschätzungen über das Selbsthilfepotenzial zu geben und sich aus der Sozial- und Bevölkerungsstruktur ergebende besondere Problemkonstellationen aufzuzeigen. Die Untersuchung des Wohnungsbestandes, des Öffentlichen Raums, der Nahversorgung und der sozialen Angebote soll sowohl die Abweichung des Bestandes von den anvisierten Zielen aufzeigen, als auch die besonderen strukturellen Voraussetzungen für Eingriffe und Konzepte. Dabei gilt es allerdings auch, besondere Chancen und Potenziale darzustellen. Dies können beispielsweise anstehende Sanierungsmaßnahmen sein, die beeinflusst werden können oder auch besondere Wohnformen für das Alte, die einen möglichen Anknüpfungspunkt für weitere Maßnahmen im Quartier bilden können. Die Abbildungen 36 bis 40 listen

die vermutlich wichtigsten Aspekte und die dazugehörigen leitenden Fragestellungen bei einer solchen Analyse auf. Diese Aufzählungen dürfen nicht als verpflichtend oder abschließend angesehen werden, sondern müssen den jeweiligen spezifischen Gegebenheiten angepasst werden.

Wie bereits erwähnt, sollte zunächst versucht werden, auf vorhandene Informationen zurückzugreifen. Besonders die Gemeindeverwaltung und eventuell vorhandene Wohnungsunternehmen können dabei als die wesentlichsten Quellen angenommen werden. Die Spannweite der vorhandenen Informationen kann dabei von der Bevölkerungsstatistik über Einzelhandelskartierungen bis hin zu vorhandenen Angeboten der Altenhilfe gehen. Je nach Aktualität können allerdings Nacherhebungen nötig sein. Für viele Bereiche werden keine aktuellen Informationen vorliegen, hier gilt es selbst die notwendigen Analysen durchzuführen. Je nach Analysegegenstand bieten sich dafür Gespräche mit Experten, Ortsbegehungen, teilnehmende Beobachtungen, Kartierungen und Erhebungen an. Besonders wichtig ist es, auch die Meinungen und Einschätzungen vor allem der älteren Bewohnerinnen und Bewohner zu erfahren. Als Betroffene können sie

#### Abbildung 39 Analyse des Öffentlichen Raums

- > Städtebauliche Struktur
- > Städtebauliche Qualität
- > Freiflächen
- > ÖPNV-Angebot
- > Radverkehrsinfrastruktur
- > altengerechte Wegeverbindungen
- > besondere Immissionen oder Belastungen

##### Fragestellungen:

*Welche Voraussetzungen bietet die Städtebauliche Gestaltung des Quartiers? Bieten die Räume durch eine differenzierte Gestaltung Anregung im täglichen Leben? Bieten sich Kommunikationsräume und Treffpunkte? Ist der Aufenthalt im Öffentlichen Raum angenehm? Sind ausreichend Freiflächen vorhanden und diese entsprechend gestaltet? Sind die Wege im Quartier altengerecht und die wichtigen Einrichtungen problemlos zu erreichen? Ist die ÖPNV-Anbindung und Radwegeinfrastruktur ausreichend und auch für alte Menschen attraktiv? Gibt es besonders störende oder belastende Immissionen?*

Quelle: Eigene Darstellung

#### Abbildung 40 Wohnungsbestandsanalyse

- > Eigentümerstruktur
- > Gebäudetypologie (Einfamilienhäuser/Geschosswohnungsbau, Geschossigkeit, Alter)
- > Ausstattungsqualität
- > bauliche Mängel
- > Grad der Barrierearmut
- > Barrierefreie Wohnungen
- > Unterschiedliche Wohnformen für das Alter
- > Geplante Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen

##### Fragestellungen:

*Inwieweit kann der Wohnungsbestand als „altengerecht“ bezeichnet werden? Wo liegen besondere Mängel, die angegangen werden müssen? Stehen genügend barrierefreie Wohnungen und andere alternative Wohnformen im Quartier zur Verfügung? Bieten diese weitere Anknüpfungspunkte? Gibt es durch die Eigentümerstruktur direkte Ansprechpartner für größere Wohnungsbestände (Wohnungsunternehmen)? Bestehen bereits Planungen oder Überlegungen zu größeren baulichen Maßnahmen, auf die steuernd eingewirkt werden kann?*

Quelle: Eigene Darstellung

wichtige Hinweise auf Mängelsituationen und Bedarfslagen in allen Bereichen geben. Neben standardisierten Befragungen bieten sich dafür vor allem Einzelgespräche aber auch Informations- und Beteiligungsveranstaltungen an. Ebenso erscheint es sehr sinnvoll, wenn die Arbeitsgruppe zu Beginn der Analysephase bereits in Räumlichkeiten im Quartiers arbeiten würde, um vor Ort präsent zu sein. Je nach Aufgabenstellung kann es zudem sehr sinnvoll sein, für Teile der Analyse externes Fachwissen hinzuzuziehen.

### 7.2.5 Konzeptentwicklungsphase

Aus den Ergebnissen der Analyse muss die Konzeptentwicklung erfolgen. Dabei geht es darum, die aufgedeckten Mängel zu beseitigen und vorhandene Chancen aufzugreifen. Es gilt dabei festzulegen, welche Ziele erreicht werden sollen und in welchem Zeitrahmen dies geschehen soll. Unter den Voraussetzungen eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten müssen im Hinblick auf die Konzeptentwicklungen Prioritäten gesetzt werden. Je nach der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs, der Größe und Schwierigkeit von Maßnahmen und den sich bietenden Gelegenheiten sollten die Konzepte mit unterschiedlichen Zeithorizonten für die Umsetzung geplant werden. Beispielsweise kann es sinnvoll sein, zunächst nur die Hauptwegeverbindungen im Wohnquartier barrierefrei herzurichten und erst im Verlauf weiterer anstehender Maßnahmen nach und nach die weiteren Wege herzurichten. Ein wesentlicher Bereich bei der Konzeptentwicklung wird auch die Aufgabe sein, Finanzierungsmöglichkeiten für die Maßnahmen aufzudecken. Für die Entwicklung von Teilkonzepten wird die Zusammenarbeit mit externen Fachleuten unabdingbar sein, beispielsweise für den Bereich des ÖPNV. Auch in der Konzeptentwicklungsphase ist eine enge Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren wichtig. Gerade auch, um deren Potentiale im Hinblick auf ein altengerechtes Quartier zu aktivieren.

Die möglichen Handlungskonzepte sollten dabei auf jeden Fall die Einrichtung von Beratungsstellen zu den Themen des Wohnens und der Sozialen Hilfe umfassen. Desweiteren sind Strategien für die Wohnungsanpassung, Wohnumfeldmaßnahmen, Nahversorgungssicherung, Gemeinschaftsstärkung oder der Infrastrukturschaffung denkbar.

### 7.2.6 Umsetzungsphase und Wirkungskontrolle

Die Umsetzung der Maßnahmen zu einem altengerechten Quartier wird ein langer Weg sein, der einen stetigen Prozess verlangt. Dabei werden vor allem die vor Ort agierenden Akteure gefragt sein. Nach einer gewissen Zeit und der erfolgten Umsetzung kann dabei ein schrittweiser Rückzug von Teilen der Arbeitsgruppe möglich sein. Gerade die Soziale Beratung wird als Ansprechpartner und Koordinator der Hilfe- und Gemeinschaftsleistung allerdings in einer Mindestpräsenz unverzichtbar bleiben. Wichtig ist ein während der Umsetzung anhaltender stetiger Informations- und Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit und insbesondere auch des Konsultationskreises. Ebenso sollte ein stetiger Fachaustausch über die Grenzen der Gemeinden hinweg erfolgen. In regelmäßigen Abständen sollten Wirkungskontrollen der Maßnahmen und entsprechend Analysen und Korrekturen in den Konzepten erfolgen. Dazu kann es ratsam sein, auf externe Gutachterinnen und Gutachter zurückzugreifen.



## 8. Resümee und Ausblick:

### Die demografische Alterung als Aufgabe für die Raumplanung

Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten wird geprägt sein durch einen Rückgang der Anzahl junger Menschen bei gleichzeitiger Zunahme älterer Menschen. Die Grundsteine für diese Entwicklung wurden über eine lange Zeit gelegt und werden aufgrund der demografischen Trägheit und unveränderten Trends zu einem nicht mehr aufzuhaltenden demografischen Alterungsprozess führen. In den nächsten Jahrzehnten wird dieser Prozess Deutschland – wie auch fast alle anderen Industrieländer – trotz einiger regionaler Unterschiede flächendeckend prägen. Somit wird diese historisch bisher einmalige Situation der demografischen Alterung eine wesentliche Herausforderung für unsere Gesellschaft im 21. Jahrhundert sein.

Diese Herausforderungen müssen in vielen gesellschaftlichen Handlungsfeldern bewältigt werden, dabei wird es kaum Ausnahmen geben. Zentrale Aufgabe wird es sein, älteren Menschen ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter und damit „Normalität“ zu ermöglichen. Es sprechen mehrere Gründe dafür, dass dies eine wesentliche Voraussetzung sein wird, um die Herausforderung des demografischen Wandels zu bewältigen. Diese sollen zunächst noch einmal kurz genannt werden. So wird eine zunehmende Alterung bei gleichzeitig rückläufigen familiären Unterstützungssystemen unter den Bedingungen der heute üblichen Betreuungs- und Pflegekonzepte eine enorme zusätzliche finanzielle Belastung bedeuten. Umso länger über Alternativkonzepte älteren Menschen ein selbständiges Leben im Alter ermöglicht werden kann und dadurch finanzielle Belastungen verhindert oder reduziert werden können, umso stärker wird auch die gesamte Gesellschaft profitieren. Gerade vor dieser ökonomischen Betrachtungsweise kommt auch der Aktivierung der Selbsthilfepotentiale und der Eigenverantwortung der Bevölkerung im Hinblick auf die demografische Alterung eine entscheidende Rolle zu. Dazu muss auch die soziale Integration der älteren Bevölkerung gezählt werden, gerade vor dem Hintergrund rückläufiger familiärer Netze.

Neben den ökonomischen Gründen sprechen allerdings auch sozialpolitische Argumente eindeutig für ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter. So ist es mittlerweile unstrittig, dass es der Wille fast aller älteren Menschen ist, so lange wie möglich weitestgehend selbstbestimmt und selbständig in vertrauter Umgebung und sozial integriert zu leben. Weiterhin ist es für eine Gesellschaft, bei der die älteren Menschen einen immer größer werdenden Anteil ausmachen aber auch unerlässlich, diesen ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu ermöglichen und weitgehend in das soziale Leben zu integrieren. Es erscheint fast als eine überlebenswichtige Aufgabe für eine alternde Gesellschaft, dass sie einen Großteil der Bevölkerung nicht ausschließt und dessen Potentiale nicht ungenutzt lässt.

Werden die demografischen Entwicklungstrends häufig zunächst einmal auf nationaler Ebene wahrgenommen, so wird doch gerade den Kommunen eine wichtige Rolle bei der Begegnung dieser Herausforderung zukommen. Bilden sie doch die unmittelbare Lebensumwelt der zu-

nehmend älteren Bewohnerschaft, so gilt es hier Konzepte und Strategien zu entwickeln, um diese Bewohnerschaft weitgehend einzubinden und ihr ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu ermöglichen. Bei der Verwirklichung dieses Ziels kommt dem unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen eine große Bedeutung zu. Der Lebensmittelpunkt verlagert sich mit zunehmendem Alter in die eigene Wohnung und die Wohnumgebung. Der gesteigerten Bedeutung des Wohnquartiers entsprechend, gilt es vor allem hier anzusetzen, um ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen.

Um dies zu erreichen, gilt es ein Bündel von Anforderungen zu erfüllen, die ausführlich in Kapitel 4 dargelegt wurden. Dies beginnt bei den Wohnungen, die altengerechten Ansprüchen genügen müssen. Im Bereich des Wohnumfeldes ist die Ausdifferenzierung des Begriffes „altengerecht“ deutlich komplexer. So gilt es auch hier, Ansprüche an Barrierearmut zu erfüllen, die Gestaltungsanforderungen verlangen darüber hinaus aber auch ein anregendes sowie Lebensqualität und Wohlbefinden steigerndes Wohnumfeld. Ebenso wichtig ist es aber auch, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, aber auch das Freizeitangebot im Quartier zu sichern. Begleitend dazu gilt es, ein abgestuftes Hilfe- und Betreuungskonzept im Wohnquartier zu etablieren, das beginnend von kleineren Hilfsmaßnahmen im Alltag bis hin zur Pflege reicht. Wenn es gelingt wie in Kapitel 7 beschrieben, die baulich-architektonischen Bedingungen der Wohnung und des Wohnumfeldes in Kombination mit einer ausreichenden Nahversorgung sowie einem abgestuften Hilfs- und Betreuungskonzeptes, das auch die Stärkung sozialer Netze bedeutet, zu realisieren, so wäre bereits ein großer Beitrag zur Bewältigung der demografischen Alterung getan. Von einer weitreichenden Umsetzung dieser Zielansprüche ist man allerdings noch deutlich entfernt. Wie in Kapitel 5.1 dargelegt wurde, tragen gegenwärtige räumliche Entwicklungstrends wie eine anhaltende Sub- oder gar Desurbanisierung oder die Entwicklungen im Einzelhandel eher noch dazu bei, die Situation weiter zu verschlechtern.

Es gibt allerdings bereits eine ganze Reihe von Versuchen und Einzelmaßnahmen, um ein möglichst langes selbstbestimmtes und selbständiges Leben im Alter zu ermöglichen, wie im Kapitel 6 gezeigt wurde. Vieles hat noch Pioniercharakter oder befindet sich in einer Erprobungsphase. Es gilt, diese Ansätze aufzugreifen, zu kombinieren, aufeinander abzustimmen und miteinander zu vernetzen, um im Zusammenspiel altengerechte Wohnquartiere zu realisieren. Beispiele für solche integrierten Quartierskonzepte sind noch selten. Weitestgehende Ansätze gehen von Wohnungsunternehmen aus, die für ihre zusammenhängenden Bestände und deren Bewohnerinnen und Bewohnern Konzepte für einen möglichst langen Verbleib in der Wohnung entwickeln.

Dabei übernehmen die Wohnungsunternehmen, vor allem aus Gründen der Kundenbindung, für ihre Siedlungsbestände die Aufgabe der Analyse, Planung, Koordinierung und Umsetzung. Dies geschieht aus Eigeninteresse und in weitgehender Eigenverantwortung. So begrüßenswert dies auch ist, der überwiegende Anteil des Siedlungsbestandes befindet sich nicht in der Hand von Wohnungsunternehmen, die ein solches Vorgehen betreiben. Eine übergreifende und auf das Wohnquartier ausgerichtete Handlungspolitik kann hier federführend nur durch die Handlungsinstanz der öffentlichen Hand geschehen. Die Hoffnung auf eine selbständige

Regulierung erscheinen nicht vielversprechend. Somit wird es zur Aufgabe der Kommunalentwicklung, Konzepte zur Herstellung altengerechter Quartiere als Reaktion auf die demografische Alterung zu entwickeln. Wie das Vorgehen bei einer solchen Planung aussehen könnte, wird im Kapitel 7 dieser Arbeit skizziert. Dabei wird das Zusammenspiel verschiedener Fachbereiche verlangt, um ein erfolgreiches Quartierskonzept umsetzen zu können. Vor allem ist ein intensives Zusammenspiel von Stadtplanung und Altenhilfe dabei erforderlich. Berührt werden aber noch weitere Aspekte, beispielsweise der Freiraumplanung, des Tiefbaus oder des Wohnungswesens. Zudem kommen die außerhalb der Kommunalverwaltung stehenden Akteure. Vielleicht war es gerade auch die Komplexität der Anforderungen einer solchen Planung, die weitergehende Ansätze bisher ebenso verhindert hat, wie die fehlende Erfahrung mit der neuen Aufgabe. Gerade auf das Zusammenspiel der Stadtplanung mit der Altenhilfe wird es aber ankommen, um integrierte Quartierskonzepte realisieren zu können.

Im Ergebnis einer zusammenfassenden Entwicklungsstrategie, „Demografischer Entwicklungsplanung“, wären die in dieser Arbeit skizzierten altengerechten Wohnquartiere ein wichtiger Bausteine. Ihre Qualitäten würden nicht nur älteren Menschen zugute kommen, sondern alle Bewohnerinnen und Bewohner könnten letztlich davon profitieren, insbesondere auch Familien und Kinder. In diesem Sinne stellen altengerechte Quartiere somit auf mehrfache Art und Weise eine Strategie dar, um auf die demografische Alterung zu reagieren.

Zunehmend scheint das Bewusstsein für die Bedeutung des Themas zu wachsen. So sehen nach einer Befragung aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister deutscher Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern durch die Bertelsmann Stiftung, bei einer Rücklaufquote von etwa 45%, mehr als 70% das Thema als wichtig oder sehr wichtig für die eigene Kommune an, aber nur etwa 30% sehen es gegenwärtig ausreichend oder vollkommen ausreichend behandelt (vgl. BERTELSMANN STIFTUNG 2005: 8). Die Tatsache, dass es sich bei der demografischen Alterung um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt, die letztlich jede einzelne Person auch sehr persönlich treffen wird, dürfte zu einer grundsätzlichen Bereitschaft, sich der Herausforderung auf kommunaler Ebene anzunehmen, beitragen. Gerade unter den als Entscheidungsträgern wichtigen Parteien und ihren Vertreterinnen und Vertretern auf kommunaler Ebene sollte somit ein grundlegender Konsens darüber herstellbar sein.<sup>34</sup> Damit hat die Aufgabenstellung der demografischen Alterung einen entscheidenden Vorteil gegenüber anderen ebenfalls wichtigen Handlungsfeldern, die über keinen breiten Konsens und Unterstützung verfügen bzw. im parteipolitischen Widerstreit „zerrieben“ werden.<sup>35</sup> Bei einer insgesamt rückläufigen Bevölkerungszahl dürften zudem auch die älteren Menschen einer zunehmenden Wertschätzung unterliegen. Altengerechte Wohnquartiere könnten bereits für junge Alte ein entscheidender Grund zum Bleiben oder auch Zuziehen werden. Gerade für Städte könnte sich auf diese Art und Weise vielleicht wirklich so manche Hoffnung auf eine „Reurbanisierung“ zumindest in kleinem Umfang realisieren lassen.

<sup>34</sup> Der Altersdurchschnitt in den Kommunalparlamenten und bei den Entscheidungsträgern dürfte ebenfalls begünstigend wirken.

<sup>35</sup> Beispielhaft genannt seien Bereiche wie Lokale Agenda, Umweltschutz, Soziale Stadt oder die Integration von Migrantinnen und Migranten.

Es erscheint also durchaus erfolgversprechend, auf die Entwicklung kommunalpolitischer Handlungskonzepte für die demografische Alterung als Investitionen in die Zukunft der Kommunen zu drängen. Zur Erleichterung dieser Konzeptentwicklung steht in dieser Arbeit ein entwickeltes Zielsystem für altengerechte Quartiere zu Verfügung, das für die Konzeptentwicklung auf kommunaler Ebene als Vorlage für eine Zieldiskussion verwandt werden kann. Ebenso bietet die Arbeit mit dem dargelegten integrierten Quartierskonzept ein Handlungsmodell an, um altengerechte Quartiere zu entwickeln. Der Vorschlag ist dabei bewusst nicht als „endgültige Lösung“ dargestellt, sondern als ein Prozessmodell mit Handlungsmöglichkeiten zur Erhaltung der Selbstbestimmung und Selbständigkeit für die älteren Quartiersbewohnerinnen und –bewohner. Es wird gelten, diesen Vorschlag gerade auch in interdisziplinärer Zusammenarbeit und im „Praxisversuch“ zu erproben und weiterzuentwickeln.

Hier bieten sich demnach viele Möglichkeiten für die Weiterarbeit mit diesem Themenkomplex. Neben der Zusammenarbeit mit den im Bereich der Altenhilfe tätigen Disziplinen, bieten sich aber auch viele Anknüpfungspunkte für bereits gegenwärtig im Bereich der Raumplanung behandelten Themenspektren. Beispielhaft genannt seien Einzelhandelskonzepte und die Nahversorgungssicherung, altengerechter ÖPNV oder stadtgestalterische Aufgaben. Für das Organisationsmodell und die Prozessstrukturen eines integrierten Quartierskonzeptes wäre es interessant, die Erfahrungen aus dem Bund-Länder-Programm der „Sozialen Stadt“ und die mögliche Übertragbarkeit zu überprüfen. Ebenso interessant wäre die Untersuchung siedlungsstruktureller Leitbilder der Gegenwart und Vergangenheit im Hinblick auf ihre Tauglichkeit für den Umgang mit der demografischen Alterung. Eine Untersuchung der Wanderungsbewegungen älterer Menschen könnte interessante Aufschlüsse über die Eignung von verschiedenen Wohnquartierstypen für ein Leben im Alter geben. Eine kombinierte Untersuchung dieser Wanderungsströme, vor allem auf kleinräumiger Ebene, mit einer genaueren Analyse der Quell- und Zielgebiete der Wanderungen mit den in dieser Arbeit als Zielsystem ausformulierten Anforderungen an ein altengerechtes Quartiers, könnte die formulierten Ansprüche zusätzlich untermauern oder eventuell auch in Teilbereichen relativieren. Für den Ablauf einer integrierten Quartiersentwicklungsplanung wiederum könnte es sehr hilfreich sein, ein Beobachtungssystem aufzubauen, das kleinräumige Entwicklungsprozesse abbildet. Dadurch könnten problematische Gebiete, möglichst frühzeitig, identifiziert werden, die Analysephase unterstützt werden und eine begleitende Wirkungskontrolle während der Umsetzungsphase leichter stattfinden. Weiterhin wäre es untersuchenswert, wie die aus der demografischen Alterung auf einer größeren räumlichen Ebene Beachtung finden sollten. So wäre es denkbar einen „Masterplan Alterung“ auf gesamtstädtischer Ebene zu entwickeln, der beispielsweise bei einem Aufstellungsverfahren für einen Flächennutzungsplan hinzugezogen wird.

Von besonderem Interesse wäre es weiterhin, die drei zentralen Aspekte der demografischen Entwicklung – Alterung, Schrumpfung, Internationalisierung – im Zusammenhang und im Hinblick auf die Stadtentwicklung und Raumplanung zu betrachten. Eröffnen sich doch im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen neue wichtige Handlungsfelder. Im Bereich der „Schrumpfung“ werden diese auch bereits intensiv diskutiert und haben sich schon in vielen Modellprojekten und auch der Praxis etabliert. In diesem Hinblick scheint gerade das Thema

der „Alterung“ noch nicht in einem so umfassenden Maße „entdeckt“ worden zu sein. Hier gilt es anzusetzen und insbesondere auch die Zusammenhänge der Entwicklungen zu bearbeiten. Beispielhaft genannt seien die Zusammenhänge der Schrumpfung mit der Alterung über die Problematik der Versorgungsstrukturen oder zwischen Migration und Alterung, die sich in den Fragestellungen zum Umgang mit älteren Migrantinnen und Migranten niederschlagen. Das Thema des „Stadtumbaus“ sollte damit durchaus in einem umfassenderen Maße verstanden werden als es häufig der Fall ist.

In der Entwicklung zusammenfassender Handlungsstrategien für die demografische Entwicklung, in dem die Alterung eine wichtige Rolle spielt, liegt also eine wichtige Zukunftsaufgabe der Stadtentwicklung und somit für die Raumplanung. Es gilt, sich dieser interdisziplinären Herausforderung zu stellen. Zugute kommt dabei, dass man sich noch am Anfang der Entwicklung befindet, die erst in etwa zehn Jahren eine sehr starke Dynamik erreichen wird. Somit bleibt noch ein wenig Zeit, um Konzepte und Strategien zu entwickeln sowie zu erproben und mit Maßnahmen zu beginnen. Diese Zeit gilt es allerdings auch zu nutzen.



## Quellenverzeichnis

### Literatur

AERSSSEN, LISBETH VAN 2000

**PROJEKTBEISPIEL FÜR „NORMALE“ WOHNQUARTIERE: ORGANISATION VON SOZIALEN NETZWERKEN FÜR ÄLTERE BEWOHNER IN AMSTERDAM.** IN: KURATORIUM DEUTSCHER ALTERSHILFE (HRSG.): WOHNEN IN GEMEINSCHAFT. DOKUMENTATION DES DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN EXPERTEN-WORKSHOPS. KÖLN: SELBSTVERLAG: 71-74.

ARING, JÜRGEN 1999

**NUTZUNGSMISCHUNG? JA, ABER... EMPIRISCHE BEFUNDE ZUR BEDEUTUNG DES LEITBILDES „NUTZUNGSMISCHUNG“ IM ALLTAG.** IN: BRUNSSING, JÜRGEN; FREHN, MICHAEL (HRSG.): STADT DER KURZEN WEGE. ZUKUNFTSFÄHIGES LEITBILD ODER PLANERISCHE UTOPIE? DORTMUND: DORTMUNDER VERTRIEB: 50-68.

BACKES, GERTRUD; CLEMENS, WOLFGANG 1998

**LEBENSPHASE ALTER. EINE EINFÜHRUNG IN DIE SOZIALWISSENSCHAFTLICHE ALTERNSFORSCHUNG.** WEINHEIM, MÜNCHEN: JUVENTA VERLAG.

BAUWOHNBERATUNG KARLSRUHE; SCHADER-STIFTUNG (HRSG.) 2004

**NEUES WOHNEN FÜRS ALTER. WAS GEHT UND WIE ES GEHT.** FRANKFURT/MAIN: ANABAS-VERLAG.

BBR - BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2000

**RAUMORDNUNGSBERICHT 2000.** BONN: SELBSTVERLAG.

BiB - BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 2004

**BEVÖLKERUNG. FAKTEN – TRENDS – URSACHEN – ERWARTUNGEN: DIE WICHTIGSTEN FRAGEN.** WIESBADEN: SELBSTVERLAG.

BiB - BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG 2005

**EINSTELLUNGEN ZU DEMOGRAPHISCHEN TRENDS UND BEVÖLKERUNGSRELEVANTEN POLITIKEN. ERGEBNISSE DER POPULATION POLICY ACCEPTANCE STUDY IN DEUTSCHLAND.** WIESBADEN: SELBSTVERLAG.

BSTMI - BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN 1995

**WOHNEN OHNE BARRIEREN.** MÜNCHEN: BROSchUR.

BERLIN INSTITUT - BERLIN-INSTITUT FÜR WELTBEVÖLKERUNG UND GLOBALE ENTWICKLUNG (HRSG.) 2004

**DEUTSCHLAND 2020. DIE DEMOGRAFISCHE ZUKUNFT DER NATION.** BERLIN: SELBSTVERLAG.

BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.) 2005

**AKTION DEMOGRAPHISCHER WANDEL. KOMMUNEN UND REGIONEN IM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL – BÜRGERMEISTERBEFRAGUNG 2005.** GÜTERSLOH: SELBSTVERLAG.

BIRG, HERWIG; FLÖTHMANN, JÜRGEN; REITER, IRIS 1991

**BIOGRAPHISCHE THEORIE DER DEMOGRAPHISCHEN REPRODUKTION.** FRANKFURT/MAIN: CAMPUS-VERLAG.

BIRG, HERWIG 2003

**DIE DEMOGRAPHISCHE ZEITENWENDE. DER BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA.** MÜNCHEN: C.H. BECK.

BMFSFJ - BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 1998

**ZWEITER ALTENBERICHT. WOHNEN IM ALTER.** DRUCKSACHE 13/9750 DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

- BMFSFJ - BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 2001  
**DRITTER ALTENBERICHT. ALTER UND GESELLSCHAFT.** DRUCKSACHE 14/5130 DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS
- BMFSFJ - BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 2002  
**VIERTER BERICHT ZUR LAGE DER ÄLTEREN GENERATION IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: RISIKEN, LEBENSQUALITÄT UND VERSORGUNG HOCHALTRIGER – UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DEMENZIELLER ERKRANKUNGEN.** DRUCKSACHE 14/8822 DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS
- BMFSFJ - BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND 2004  
**MODELLPROGRAMM „SELBSTBESTIMMT WOHNEN IM ALTER“.** KURZFASSUNG UND AUSBLICK. BONN: BROSCHUR.
- BMRBS - BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (HRSG.) 1995  
**WOHNEN IM ALTER – ZUHAUSE IM WOHNQUARTIER. FORSCHUNGSVORHABEN DES EXPERIMENTELLEN WOHNUNGS- UND STÄDTEBAUS.** BONN: SELBSTVERLAG.
- BMVBW - BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN 2004 (HRSG.)  
**VERKEHR IN ZAHLEN 2004.** HAMBURG: DEUTSCHER VERKEHRS-VERLAG.
- BMVBW - BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND WOHNUNGSWESEN; BBR - BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG 2004  
**HERAUSFORDERUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS FÜR DIE RAUMENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND.** O.O.: BROSCHUR.
- BOSE, MICHAEL 2001  
**RAUMSTRUKTURELLE KONZEPTE FÜR STADTREGIONEN.** IN: BRAKE, KLAUS; DANGSCHAT, JENS; HERFERT, GÜNTER (HRSG.): SUBURBANISIERUNG IN DEUTSCHLAND. AKTUELLE TENDENZEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 247-260.
- BRAKE, KLAUS; DANGSCHAT, JENS; HERFERT, GÜNTER 2001  
**SUBURBANISIERUNG IN DEUTSCHLAND.** IN: BRAKE, KLAUS; DANGSCHAT, JENS; HERFERT, GÜNTER (HRSG.): SUBURBANISIERUNG IN DEUTSCHLAND. AKTUELLE TENDENZEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 273-279.
- BRECH, JOACHIM 2004  
**WIR WERDEN IMMER ÄLTER – SIND DIE RICHTIGEN FRAGEN SCHON GESTELLT?** IN: BAUWOHNBERATUNG KARLSRUHE; SCHADER-STIFTUNG (HRSG.): NEUES WOHNEN FÜRS ALTER. WAS GEHT UND WIE ES GEHT. FRANKFURT/MAIN: ANABAS-VERLAG: 38-46.
- BRENDGENS, ULRICH; BRAUN, JOACHIM 2001  
**FREIWILLIGES ENGAGEMENT ÄLTERER MENSCHEN.** IN: PICOT, SYBILLE (HRSG.): FREIWILLIGES ENGAGEMENT IN DEUTSCHLAND. ERGEBNISSE DER REPRÄSENTATIVERHEBUNG ZU EHRENAMT, FREIWILLIGENARBEIT UND BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT. BERLIN, KÖLN, STUTTGART: KOHLHAMMER: 209-302
- BRETZ, MANFRED 2001  
**ZUR TREFFSICHERHEIT VON BEVÖLKERUNGSVORAUSBERECHNUNGEN.** IN: WIRTSCHAFT UND STATISTIK 11/2001: 906-921.
- BRUNTING, JÜRGEN; GRUSS, ESTHER; RÖDEL, THOMAS 1999  
**FUSSVERKEHR.** IN: UNIVERSITÄT DORTMUND, FAKULTÄT RAUMPLANUNG, FACHGEBIET VERKEHRSWESEN UND VERKEHRSPPLANUNG (HRSG.): READER ZUM FUSS- UND RADVERKEHR. 42-61.
- BUCHER, HANSJÖRG; KOCKS, MARTINA; SIEDHOFF, MATHIAS 1998  
**REGIONALE ALTERUNG, HAUSHALTS- UND WOHNUNGSMARKTENTWICKLUNG.** IN: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (HRSG.): REGIONALES ALTERN UND MOBILITÄTSPROZESSE ÄLTERER.

EXPERTISENBAND 2 ZUM ZWEITEN ALTENBERICHT DER BUNDESREGIERUNG. FRANKFURT/MAIN, NEW YORK: CAMPUS VERLAG: 14-69.

BUCHER, HANSJÖRG; SCHLÖMER, CLAUD; LACKMANN, GREGOR 2004

**DIE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DEN KREISEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1990 UND 2020.** IN: INFORMATIONEN ZUR RAUMENTWICKLUNG 3-4/2004: 107-126.

BURZAN, NICOLE 2003

**DIE ZEIT ÄLTERER MENSCHEN IN DER BÜRGERGESELLSCHAFT.** IN: RINDERSPACHER, JÜRGEN (HRSG.): ZEIT FÜR ALLES, ZEIT FÜR NICHTS: DIE BÜRGERGESELLSCHAFT UND IHR ZEITVERBRAUCH. BERLIN: EDITION SIGMA.

CALLIES, CHRISTIAN 2004

**KOMMUNALE EINZELHANDELSZENTRENKONZEPTE UND IHRE ANWENDUNG ALS STEUERUNGSMITTEL DER STÄDTISCHEN EINZELHANDELSENTWICKLUNG – ZIELE, ANSÄTZE, WIRKUNGSWEISE UND ERFAHRUNGEN AUS DER PRAXIS.** UNIVERSITÄT DORTMUND: DISSERTATION AN DER FAKULTÄT RAUMPLANUNG.

CAPITAL 8/2005

**PREISENTWICKLUNG. HÄUSER UND WOHNUNGEN IN 66 DEUTSCHEN STÄDTEN IM VERGLEICH**

DALLINGER, URSULA; WALTER, WOLFGANG 1999

**BERICHT ZUR LAGE DER GENERATIONEN.** BAMBERG: SELBSTVERLAG DES STAATSLNSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG AN DER UNIVERSITÄT BAMBERG.

DER SPIEGEL VOM 09.05.2005

**GENERATION PFLEGE**

DIE WELT VOM 08.03.2005

**SENIOREN SUCHEN NACH ALTERNATIVEN WOHNFORMEN**

DOOL, NICO VAN DEN 2000

**PROJEKTBEISPIEL DE SLEUTEL IN ROTTERDAM.** IN: KURATORIUM DEUTSCHER ALTERSHILFE (HRSG.): WOHNEN IN GEMEINSCHAFT. DOKUMENTATION DES DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN EXPERTEN-WORKSHOPS. KÖLN: SELBSTVERLAG: 28-33.

DRAEGER, WERNER; KLÖCKNER, DOROTHEE 2001

**ÄLTERE MENSCHEN ZU FUSS UND MIT DEM FAHRRAD UNTERWEGS.** IN: FLADE, ANTJE; LIMBOURG, MARIA; SCHLAG, BERNHARD (HRSG.): MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 41-68.

EICHENER, VOLKER; SCHAUERTE, MARTIN; KLEIN, KERSTIN 2002

**ZUKUNFT DES WOHNENS. PERSPEKTIVEN FÜR DIE WOHNUNGS- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT IN RHEINLAND UND WESTFALEN.** DÜSSELDORF: SELBSTVERLAG DES VERBANDS DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT RHEINLAND WESTFALEN.

ENGELN, ARND 2001

**ÄLTERE MENSCHEN IM ÖFFENTLICHEN VERKEHR.** IN: FLADE, ANTJE; LIMBOURG, MARIA; SCHLAG, BERNHARD (HRSG.): MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 69-84.

FGSV - FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR DAS STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN 1995

**EMPFEHLUNGEN FÜR DIE ANLAGE VON ERSCHLIESSUNGSANLAGEN – EAE 85/95.** KÖLN.

FLL - FORSCHUNGSGESELLSCHAFT LANDSCHAFTSENTWICKLUNG - LANDSCHAFTSBAU (HRSG.) 2003

**FACHBERICHT „FREIRÄUME FÜR GENERATIONEN“. ZUM FREIRAUMPLANERISCHEN UMGANG MIT DEN DEMOGRAPHISCHEN VERÄNDERUNGSPROZESSEN.** BONN: SELBSTVERLAG.

FLADE, ANTJE; LIMBOURG, MARIA; SCHLAG, BERNHARD 2001

**MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN.** OPLADEN: LESKE+BUDRICH.

FRIEDRICH, JÜRGEN 1990

**AKTIONSRÄUME VON STADTBEWOHNERN VERSCHIEDENER LEBENSPHASEN.** IN: BERTELS, LOTHAR; HERLYN, ULFERT (HRSG.): LEBENSLAUF UND RAUMERFAHRUNG. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 161-178.

FRIEDRICH, JÜRGEN 1998

**GENTRIFICATION.** IN: HÄUßERMANN, HARTMUT (HRSG.): GROßSTADT. SOZIOLOGISCHE STICHWORTE. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 57-66.

FUHRICH, MANFRED; MANNERT, HARALD 1994

**GROSSWOHNSIEDLUNGEN – GESTERN, HEUTE, MORGEN.** IN: INFORMATIONEN ZUR RAUMENTWICKLUNG 9/1994: 567-594.

GÖSCHEL, ALBRECHT 2004

**STÄDTEBAU UND DEMOGRAFISCHER WANDEL. STATUS QUO UND PERSPEKTIVEN.** IN: BAUWOHNBERATUNG KARLSRUHE; SCHADER-STIFTUNG (HRSG.): NEUES WOHNEN FÜRS ALTER. WAS GEHT UND WIE ES GEHT. FRANKFURT/MAIN: ANABAS-VERLAG: 18-37.

GROßHANS, HARTMUT 2001

**WOHNUMFELD UND QUARTIERSGESTALTUNG FÜR DAS WOHNEN IM GENERATIONENVERBUND.** STUTTGART: FRAUNHOFER IRB VERLAG.

GROßHANS, HARTMUT 2004

**WOHNANPASSUNG FÜR ALTERSGERECHTES LEBEN IM BESTAND. STRATEGIEN DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT.** IN: PLANERIN 4/2004: 33-35.

HANDELSBLATT VOM 11.03.2005

**ALTERSGERECHTE IMMOBILIEN BRINGEN PROFIT**

HANDELSBLATT VOM 28.04.2005

**BETREUTES WOHNEN ALS „MOGELPACKUNG“?**

HANNEMANN, CHRISTINE 1998

**GROßSIEDLUNGEN – OST.** IN: HÄUßERMANN, HARTMUT (HRSG.): GROßSTADT. SOZIOLOGISCHE STICHWORTE. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 91-103.

HATZFELD, ULRICH 2003

**STADTUMBAU WEST: SCHRUMPFEN NACH PLAN? STADTENTWICKLUNG ZWISCHEN WACHSTUM UND SCHRUMPFUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN.** IN: MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HRSG.): STADTUMBAU WEST. INTELLIGENTES SCHRUMPFEN. TAGUNG AM 27. NOVEMBER 2003. DÜSSELDORF: BROSCHE: 6-19.

HEINZE, ROLF G. 1997

**NEUE WOHNUNG AUCH IM ALTER: FOLGEN AUS DEM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL FÜR WOHNUNGSPOLITIK UND WOHNUNGSWIRTSCHAFT.** DARMSTADT: SELBSTVERLAG DER SCHADER-STIFTUNG.

HESSE, MARKUS; SCHMITZ, STEFAN 1998

**STADTENTWICKLUNG IM ZEICHEN VON „AUFLÖSUNG“ UND NACHHALTIGKEIT.** IN: INFORMATIONEN ZUR RAUMENTWICKLUNG 7-8/1998: 435-453.

HEUWINKEL, DIRK; BORCHERS, ANDREAS 1999

**ÄLTERE MENSCHEN AUSSERHALB IHRER WOHNUNG: SICHTWEISEN DER STRUKTURFORSCHUNG.** IN: WAHL, HANS-WERNER; MOLLENKOPF, HEIDRUN; OSWALD, FRANK (HRSG.): ALTE MENSCHEN IN IHRER UMWELT. BEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN GERONTOLOGIE. OPLADEN, WIESBADEN: WESTDEUTSCHER VERLAG: 133-144.

HOFF, ANDREAS 2003

**DIE ENTWICKLUNG SOZIALER BEZIEHUNGEN IN DER ZWEITEN LEBENSHÄLFTE. ERGEBNISSE DES**

**ALTERSSURVEYS 2002.** BERLIN: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN.

HOLZ-RAU, CHRISTIAN; SCHEINER, JOACHIM 2002

**SENIORENFREUNDLICHE SIEDLUNGSSTRUKTUREN.** IN: SCHLAG, BERNHARD; MEGEL, KATRIN (HRSG.): MOBILITÄT UND GESELLSCHAFTLICHE PARTIZIPATION IM ALTER. STUTTGART: VERLAG W. KOHLHAMMER: 198-221.

HULLEN, GERT 2003

**PROJECTIONS OF LIVING ARRANGEMENTS, HOUSEHOLD AND FAMILY STRUCTURES.** IN: HULLEN, GERT (HRSG.) 2003: LIVING ARRANGEMENTS AND HOUSEHOLDS – METHODS AND RESULTS OF DEMOGRAPHIC PROJECTIONS. WIESBADEN: SELBSTVERLAG DES BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG.

IZR - INFORMATIONEN ZUR RAUMENTWICKLUNG 2004

**RAUMORDNUNGSPROGNOSE 2020. REGIONEN UND STÄDTE IM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL.** HEFT 3-4/2004

IAT - INSTITUT ARBEIT UND TECHNIK, GESCHÄFTSSTELLE SENIORENWIRTSCHAFT (HRSG.) 2004

**QUALITÄTSSIEGEL „BETREUTES WOHNEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN“.** O.O.: BROSCUR.

JENNY, MICHAELA 1996

**PSYCHISCHE VERÄNDERUNGEN IM ALTER. MYTHOS – REALITÄT – PSYCHOLOGISCHE INTERVENTIONEN.** WIEN: FACULTAS-UNIVERSITÄTS-VERLAG.

JESSEN, JOHANN 1998

**GROßSIEDLUNGEN – WEST.** IN: HÄUßERMANN, HARTMUT (HRSG.): GROßSTADT. SOZIOLOGISCHE STICHWORTE. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 104-114.

KASPER, BIRGIT; LUBECKI, ULRIKE 2003

**ZU FUß UNTERWEGS – MOBILITÄT UND FREIZEIT ÄLTERER MENSCHEN.** ARBEITSPAPIERE DES FACHGEBIETS VERKEHRSWESEN UND VERKEHRSPANUNG, NR. 10. UNIVERSITÄT DORTMUND, FAKULTÄT RAUMPLANUNG.

KDA - KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE (HRSG.) 2000

**VOM IDEALISMUS ZUM REALISMUS. ÜBER FÜNFZEHN JAHRE GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN ÄLTERER MENSCHEN IN DEN NIEDERLANDEN.** KÖLN: SELBSTVERLAG.

KLEMMER, PAUL 2003

**DEMOGRAPHISCHER WANDEL: STÄDTE AM ENDE?** IN: MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HRSG.): STADTUMBAU WEST. INTELLIGENTES SCHRUMPFEN. TAGUNG AM 27. NOVEMBER 2003. DÜSSELDORF: BROSCUR: 20-33

KREMER-PREIß, URSULA 2000

**BETREUTES WOHNEN IN DEUTSCHLAND UND IN DEN NIEDERLANDEN.** IN: KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE (HRSG.): WOHNEN IN GEMEINSCHAFT. DOKUMENTATION DES DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN EXPERTEN-WORKSHOPS. KÖLN: SELBSTVERLAG: 68-71.

KREMER-PREIß, URSULA; STOLARZ, HOLGER 2003

**NEUE WOHNKONZEPTE FÜR DAS ALTER UND PRAKTISCHE ERFAHRUNGEN BEI DER UMSETZUNG. EINE BESTANDSANALYSE.** KÖLN: KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE.

KREMER-PREISS, URSULA; NARTEN, RENATE 2004

**BETREUTE WOHNGRUPPEN. STRUKTUR DES ANGEBOTS UND ASPEKTE DER LEISTUNGSQUALITÄT. PILOTSTUDIE.** KÖLN: KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE.

KREMER-PREISS, URSULA; STOLARZ, HOLGER 2005

**WERKSTATT-WETTBEWERB QUARTIER. DOKUMENTATION DER AUSGEZEICHNETEN BEITRÄGE.** KÖLN: KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE.

KRICHELDORFF, CORNELIA 2004

**GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN IM ALTER – WÜNSCHE, BEDÜRFNISSE, HOFFUNGEN.** IN: BAUWOHNBERATUNG KARLSRUHE; SCHADER-STIFTUNG (HRSG.): NEUES WOHNEN FÜRS ALTER. WAS GEHT UND WIE ES GEHT. FRANKFURT/MAIN: ANABAS-VERLAG: 159-164.

KUHN, GERD 2002

**SUBURBANISIERUNG: DAS ENDE DES SUBURBANEN ZEITALTERS?** IN: INFORMATIONEN ZUR MODERNEN STADTGESCHICHTE 2/2002: 5-12.

LINDEN, MICHAEL; GILBERG, REINER; HORGAS, ANN L.; STEINHAGEN-THIESSEN, ELISABETH 1996

**DIE INANSPRUCHNAHME MEDIZINISCHER UND PFLEGERISCHER HILFE IM HOHEN ALTER.** IN: MAYER, KARL U.; BALTES, PAUL B. (HRSG.): DIE BERLINER ALTERSSTUDIE. BERLIN: AKADEMIE VERLAG: 475-495.

LORENZ, PETER 1994

**PLANEN UND BAUEN FÜR DAS ALTER. WOHNEN IM DRITTEN LEBENSABSCHNITT.** LEINFELDEN-ECHTERDINGEN: VERLAGSANSTALT ALEXANDER KOCH.

MÄDER, HEIKE 2001

**DATEN ZUR MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN.** IN: FLADE, ANTJE; LIMBOURG, MARIA; SCHLAG, BERNHARD (HRSG.): MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 27-40.

MÄDING, HEINRICH 2000

**WANDERUNGSPROZESSE – HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE WOHNUNGSWIRTSCHAFT UND DIE STÄDTE.** BERLIN: DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK.

MAI, RALF 2003

**DIE ALTEN DER ZUKUNFT. EINE BEVÖLKERUNGSSTATISTISCHE ANALYSE.** OPLADEN: LESKE+BUDRICH.

MBW - MINISTERIUM FÜR BAUEN UND WOHNEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN 2005

**NEUE WOHNFORMEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN. VORAUSSETZUNGEN ZUM SELBSTÄNDIGEN WOHNEN.** DÜSSELDORF: BROSchUR.

MFJFG - MINISTERIUM FÜR FRAUEN, JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN 2002

**LEBEN IM ALTER. ANTWORT DER LANDESREGIERUNG AUF DIE GROßE ANFRAGE 9 DER SPD-LANDTAGSFRAKTION.** DÜSSELDORF: SELBSTVERLAG.

MGSFF - MINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, SOZIALES, FRAUEN UND FAMILIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN 2003

**NEUE WOHNPROJEKTE FÜR ÄLTERE MENSCHEN. GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN.** DÜSSELDORF: BROSchUR.

MOLLENKOPF, HEIDRUN; FLASCHENTRÄGER, PIA; WERNER, STEFFEN 1998

**WOHNEN UND MOBILITÄT ÄLTERER.** IN: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (HRSG.): REGIONALES ALTERN UND MOBILITÄTSPROZESSE ÄLTERER. EXPERTISENBAND 2 ZUM ZWEITEN ALTENBERICHT DER BUNDESREGIERUNG. FRANKFURT/MAIN, NEW YORK: CAMPUS VERLAG: 264-349.

MOLLENKOPF, HEIDRUN; FLASCHENTRÄGER, PIA 2001

**ERHALTUNG VON MOBILITÄT IM ALTER.** STUTTGART, BERLIN, KÖLN: VERLAG W. KOHLHAMMER.

MÖLLER, THOMAS 2000

**PROJEKTBEISPIEL FÜR „NORMALE“ WOHNQUARTIERE: TRADITION UND MODERNE IN DER BAUGENOSSENSCHAFT FREIE SCHOLLE BIELEFELD.** IN: KURATORIUM DEUTSCHER ALTERSHILFE (HRSG.): WOHNEN IN GEMEINSCHAFT. DOKUMENTATION DES DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN EXPERTEN-WORKSHOPS. KÖLN: SELBSTVERLAG: 75-79.

- MÖLLER, THOMAS 2004  
**DAS QUARTIERSKONZEPT „LEBENSGERECHTES WOHNEN“ DER BAUGENOSSENSCHAFT FREIE SCHOLLE EG, BIELEFELD.** IN: KREMER-PREIß, URSULA; STOLARZ, HOLGER: ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG QUARTIERSBEZOGENER WOHNKONZEPTE. KÖLN: KDA: 19-28.
- MSWKS - MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN 2003  
**BARRIEREFREIE WOHNUNGEN. BEISPIELHAFTHE LÖSUNGEN FÜR NEUBAU UND BESTAND.** DÜSSELDORF: BROSCHUR.
- MSWKS - MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN 2003A  
**50ER-JAHRE –SIEDLUNGEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN. PERSPEKTIVEN UND ERNEUERUNGSSTRATEGIEN.** DÜSSELDORF: BROSCHUR.
- MÜNNICH, MARGOT 1999  
**HAUS- UND GRUNDBESITZ SOWIE WOHNVERHÄLTNISSE PRIVATER HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND.** IN: WIRTSCHAFT UND STATISTIK 3/1999: 210-220.
- MÜNSTERJOHANN, URSULA 2004  
**WAS BEWEGT ALTE MENSCHEN IN DER STADT? EIN PLÄDOYER FÜR EINE SENIORENFREUNDLICHE, GESUNDHEITSFÖRDERNDE STADTENTWICKLUNG.** KÖLN: KURATORIUM DEUTSCHER ALTERSHILFE.
- NAEGELE, GERHARD; BRÖSCHER, PETRA; ROHLER, CHRISTIANE 2000  
**FREIE ZEIT IM ALTER ALS GESELLSCHAFTLICHE GESTALTUNGSAUFGABE?** IN: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE B 35-36/2000.
- NARTEN, RENATE 1998  
**RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE ENTSTEHUNG UND ETABLIERUNG NEUER WOHNFORMEN IM ALTER.** IN: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (HRSG.): WOHNFORMEN ÄLTERER MENSCHEN IM WANDEL. EXPERTISENBAND 3 ZUM ZWEITEN ALTENBERICHT DER BUNDESREGIERUNG. FRANKFURT/MAIN, NEW YORK: CAMPUS VERLAG: 12-51.
- NARTEN, RENATE 1999  
**ALTE MENSCHEN IN IHRER WOHNUNG: SICHTWEISE DER ARCHITEKTURSOZIOLOGIE.** IN: WAHL, HANS-WERNER; MOLLENKOPF, HEIDRUN; OSWALD, FRANK (HRSG.): ALTE MENSCHEN IN IHRER UMWELT. BEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN GERONTOLOGIE. OPLADEN, WIESBADEN: WESTDEUTSCHER VERLAG: 82-96.
- NARTEN, RENATE 2004  
**WOHNEN IM ALTER. BAUSTEINE FÜR DIE WOHNUNGSWIRTSCHAFT.** HANNOVER: VDW NIEDERSACHSEN BREMEN.
- OPASCHOWSKI, HORST W. 1998  
**LEBEN ZWISCHEN MUß UND MUßE. DIE ÄLTERE GENERATION: GESTERN. HEUTE. MORGEN.** HAMBURG: GERMA-PRESS.
- OSWALD, FRANZ; BACCINI, PETER 2003  
**NETZSTADT: EINFÜHRUNG IN DAS STADTENTWERFEN.** BASEL, BOSTON, BERLIN: BIRKHÄUSER.
- OVERBEEK, RIKI VAN 2000  
**DIE STUDIE „VOM IDEALISMUS ZUM REALISMUS“ DES VERWEY-JONKER-INSTITUTS.** IN: KURATORIUM DEUTSCHER ALTERSHILFE (HRSG.): WOHNEN IN GEMEINSCHAFT. DOKUMENTATION DES DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN EXPERTEN-WORKSHOPS. KÖLN: SELBSTVERLAG: 17-20.
- PRINZ, DIETER 1993  
**STÄDTEBAU, BAND 1: STÄDTEBAULICHES ENTWERFEN.** STUTTGART, BERLIN, KÖLN: VERLAG W. KOHLHAMMER.

REUTTER, ULRIKE 2004

**ALTERUNG UND MOBILITÄT.** IN: INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG UND BAUWESEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HRSG.): ALTERUNG UND RAUMENTWICKLUNG IN NRW. FOLIEN ZUM WORKSHOP AM 25. NOVEMBER 2004. DORTMUND.

RODEKIRCHEN, ERIKA 2000

**PROJEKTBEISPIEL HAUS MOBILE IN KÖLN.** IN: KURATORIUM DEUTSCHER ALTERSHILFE (HRSG.): WOHNEN IN GEMEINSCHAFT. DOKUMENTATION DES DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN EXPERTEN- WORKSHOPS. KÖLN: SELBSTVERLAG: 33-37.

SAUP, WINFRIED; REICHERT, MONIKA 1997

**DIE KREISE WERDEN ENGER. WOHNEN UND ALLTAG IM ALTER.** IN: DEUTSCHES INSTITUT FÜR FERNSTUDIENFORSCHUNG AN DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN: FUNKKOLLEG ALTERN, STUDIENBRIEF 6, STUDIENEINHEIT 15. TÜBINGEN: SELBSTVERLAG.

SAUP, WINFRIED 1999

**ALTE MENSCHEN IN IHRER WOHNUNG: SICHTWEISE DER ÖKOLOGISCHEN PSYCHOLOGIE UND GERONTOLOGIE.** IN: WAHL, HANS-WERNER; MOLLENKOPF, HEIDRUN; OSWALD, FRANK (HRSG.): ALTE MENSCHEN IN IHRER UMWELT. BEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN GERONTOLOGIE. OPLADEN, WIESBADEN: WESTDEUTSCHER VERLAG: 43-51.

SCHAUERTE, MARTIN; NEITZEL, MICHAEL; SCHNEIDERS, KARIN; EICHENER, VOLKER 1998

**DOKUMENTATION „WOHNEN IM ALTER“. BEMERKENSWERTE HANDLUNGSANSÄTZE UND REALISIERTE PROJEKTE IN DEUTSCHLAND.** IN: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (HRSG.): WOHNFORMEN ÄLTERER MENSCHEN IM WANDEL. EXPERTISENBAND 3 ZUM ZWEITEN ALTENBERICHT DER BUNDESREGIERUNG. FRANKFURT/MAIN, NEW YORK: CAMPUS VERLAG: 112-307.

SCHLAG, BERNHARD 2001

**ÄLTERE MENSCHEN IM PKW UNTERWEGS.** IN: FLADE, ANTJE; LIMBOURG, MARIA; SCHLAG, BERNHARD (HRSG.): MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 85-98.

SCHLÖMER, CLAUS 2004

**AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE DER RAUMORDNUNGSPROGNOSE 2020.** IN: INFORMATIONEN ZUR RAUMENTWICKLUNG 3-4/2004: 201-245.

SCHNEIDER-SLIWA, RITA 2004

**STÄDTISCHE UMWELT IM ALTER. PRÄFERENZEN ÄLTERER MENSCHEN ZUM ALTERSGERECHTEN WOHNEN, ZUR WOHNUMFELD- UND QUARTIERSGESTALTUNG.** BASEL: WEPF & Co.

SCHOLLES, FRANK 2001

**ZIELSYSTEME IN DER PLANUNG.** IN: FÜRST, DIETRICH; SCHOLLES, FRANK (HRSG.): HANDBUCH THEORIEN + METHODEN DER RAUM- UND UMWELTPLANUNG. DORTMUND: DORTMUNDER VERTRIEB: 139-142.

SCHÖNHARTING, JÖRG 2001

**VERKEHRSENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND: AUSWIRKUNGEN AUF ÄLTERE MENSCHEN.** IN: FLADE, ANTJE; LIMBOURG, MARIA; SCHLAG, BERNHARD (HRSG.): MOBILITÄT ÄLTERER MENSCHEN. OPLADEN: LESKE+BUDRICH: 13-26.

SCHULZE-ARDEY, CHRISTIAN 2004

**KONZEPTPAPIER ZUM EXPERTENWORKSHOP „ANFORDERUNG AN DIE GESTALTUNG QUARTIERSBEZOGENER WOHNKONZEPTE“.** IN: KREMER-PREIß, URSULA; STOLARZ, HOLGER: ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG QUARTIERSBEZOGENER WOHNKONZEPTE. KÖLN: KDA: 19-28

SCHULZ-NIESWANDT, FRANK 2001

**WOHNEN IM ALTER – EIN MORPHOLOGISCHER BEITRAG.** IN: JENKIS, HELMUT W. (HRSG.): KOMPENDIUM DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT. MÜNCHEN: OLDENBOURG WISSENSCH.VERL.: 874-886.

- SIEMENS, DORIS 2004  
**SIMBA (SICHERHEIT IM ALTER – BETREUT ZU HAUSE): BETREUTES WOHNEN ZU HAUSE IN DER GEMEINDE GERMERING.** IN: KREMER-PREIß, URSULA; HOLGER STOLARZ: ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG QUARTIERSBEZOGENER WOHNKONZEPTE. KÖLN: KDA: 41-54.
- SIEVERTS, THOMAS 1997  
**ZWISCHENSTADT. ZWISCHEN ORT UND WELT, RAUM UND ZEIT, STADT UND LAND.** BASEL, BOSTON, BERLIN: BIRKHÄUSER
- STADT DORTMUND ET AL. 2005  
**SENIORENBÜRO. DORTMUND INNENSTADT-WEST.** DORTMUND: BROSCUR.
- STADTPLANUNGSAMT DORTMUND O.J.  
**MASTERPLAN EINZELHANDEL. ABSCHLUSSBERICHT.** DORTMUND: BROSCUR.
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2003A  
**BEVÖLKERUNG DEUTSCHLANDS BIS 2050. 10. KOORDINIERTER BEVÖLKERUNGSVORAUSBERECHNUNG.** WIESBADEN: SELBSTVERLAG.
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2003B  
**STATISTISCHES JAHRBUCH 2003.** WIESBADEN: SELBSTVERLAG.
- STATISTISCHES BUNDESAMT; BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (HRSG.) 2003  
**WO BLEIBT DIE ZEIT? DIE ZEITVERWENDUNG DER BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND 2001/2002.** WIESBADEN: SELBSTVERLAG.
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2004  
**LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND. ERGEBNISSE DES MIKROZENSUS 2003.** WIESBADEN: SELBSTVERLAG.
- STAUDINGER, URSULA M. 2003  
**DAS ALTER(N): GESTALTERISCHE VERANTWORTUNG FÜR DEN EINZELNEN UND DIE GESELLSCHAFT.** IN: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE B 20/2003.
- STEINHAGEN-THIESSEN, ELISABETH; BORCHELT, MARKUS 1996  
**MORBIDITÄT, MEDIKATION UND FUNKTIONALITÄT IM ALTER.** IN: MAYER, KARL U.; BALTES, PAUL B. (HRSG.): DIE BERLINER ALTERSSTUDIE. BERLIN: AKADEMIE VERLAG: 151-184.
- SZ - SÜDDEUTSCHE ZEITUNG VOM 20.1.2005  
**DIE ARCHITEKTUR DER ALTERSPYRAMIDE**
- SZ - SÜDDEUTSCHE ZEITUNG VOM 04.04.2005  
**WG DRINGEND GESUCHT**
- TESCH-RÖMER, CLEMENS 1999  
**GESELLSCHAFTLICHE PARTIZIPATION ÄLTERER MENSCHEN AUS DIFFERENTIELLER SICHT.** IN: WAHL, HANS-WERNER; MOLLENKOPF, HEIDRUN; OSWALD, FRANK (HRSG.): ALTE MENSCHEN IN IHRER UMWELT. OPLADEN: WESTDEUTSCHER VERLAG: 210-218
- TEWS, HANS-PETER 1993  
**NEUE UND ALTE ASPEKTE DES STRUKTURWANDELS DES ALTERS.** IN: NAEGELE, GERHARD; TEWS, HANS-PETER (HRSG.): LEBENSLAGEN IM STRUKTURWANDEL DES ALTERS. OPLADEN: WESTDEUTSCHER VERLAG: 15-42.
- UBA - UMWELTBUNDESAMT 2003  
**UMWELTPOLITISCHE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DIE FINANZIERUNG DES ÖPNV. BAND A: SOZIO-ÖKONOMISCHE GRUNDLAGEN.** BERLIN: SELBSTVERLAG.

UNPD - UNITED NATIONS SECRETARIAT, POPULATION DIVISION 2000

**REPLACEMENT MIGRATION: IS IT A SOLUTION TO DECLINING AND AGEING POPULATIONS?** NEW YORK

VENTURI, MARCO 1998

**LEITBILDER? FÜR WELCHE STÄDTE?** IN: BECKER, HEIDEDE; JESSEN, JOHANN; SANDER, ROBERT (HRSG.): OHNE LEITBILD? STÄDTEBAU IN DEUTSCHLAND UND EUROPA. STUTTGART, ZÜRICH: KARL KRÄMER VERLAG: 55-70.

VORTMANN, MARION 2001

**FREIWILLIGES ENGAGEMENT ÄLTERER MENSCHEN. HANDLUNGSBEDARF UND FÖRDERSTRATEGIEN.** MÜNSTER, HAMBURG, BERLIN, LONDON: LIT VERLAG.

WACHAUF, SIGRID 1998

**ABHÄNGIGKEITEN DER GESUNDHEITS- UND LEBENSQUALITÄT VOM ALTER.** TECHNISCHE UNIVERSITÄT MÜNCHEN: DISSERTATION AN DER FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN.

WEEBER, ROTRAUT; HÖRMLE, GABRIELE 1998

**BARRIEREFREIES WOHNEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN, INSBESONDERE MIT BLICK AUF WOHNGEMEINSCHAFTEN.** IN: DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN (HRSG.): WOHNFORMEN ÄLTERER MENSCHEN IM WANDEL. EXPERTISENBAND 3 ZUM ZWEITEN ALTENBERICHT DER BUNDESREGIERUNG. FRANKFURT/MAIN, NEW YORK: CAMPUS VERLAG: 52-111.

WAZ - WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG VOM 13.04.2005

**KANZLER: MEHR KINDER STRATEGISCHE AUFGABE.**

WR – WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU VOM 30.03.2005

**DIE IMMOBILIE ALS WERTANLAGE HAT AUSGEDIENT**

## Gesetze und Verordnungen

**BAUO NRW - BAUORDNUNG FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN – LANDESBAUORDNUNG.**

IN DER FASSUNG DER BEKANNTMACHUNG VOM 1.MÄRZ 2000 (GV NRW S.439/SGV.NRW.2129), GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ VOM 9.MAI 2000 (GV NRW S.439/SGV.NRW.2129).

**EINZELHANDELSERLASS NRW -ANSIEDLUNG VON EINZELHANDELSGROSSBETRIEBEN; BAULEITPLANUNG UND GENEHMIGUNG VON VORHABEN – EINZELHANDELSERLASS.**

GEMÄSS RUNDERLASS DES MINISTERIUMS FÜR STADTENTWICKLUNG, KULTUR UND SPORT (II A 3 - 16.21), DES MINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND, TECHNOLOGIE UND VERKEHR (232 - 58 – 28), DES MINISTERIUMS FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT (VI A 2 - 94.31.20) UND DES MINISTERIUMS FÜR BAUEN UND WOHNEN (II A 1 - 901.11) VOM 7.MAI 1996.

**ModR 2001 - RICHTLINIEN ZUR FÖRDERUNG DER MODERNISIERUNG VON WOHNRAUM IN NORDRHEIN-WESTFALEN.**

GEMÄSS RUNDERLASS DES MINISTERIUMS FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT (IV A 3-31-679/2001) VOM 27.MÄRZ 2001, ZULETZT GEÄNDERT DURCH RUNDERLASS VOM 3.FEBRUAR 2004 (IV B 4-31-42/2004).

## Internet

### WEBSITE AMBET E.V.

[HTTP://WWW.AMBET.DE/](http://www.ambet.de/)  
ZUGRIFF: 22.5.2005, 18 UHR

### WEBSITE BBR - BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR)

[HTTP://WWW.BBR.BUND.DE/RAUMORDNUNG/SIEDLUNG/ABB\\_TA EGL\\_ZUNAHME\\_96-03.HTM](http://www.bbr.bund.de/raumordnung/siedlung/abb_taegl_zunahme_96-03.htm)  
ZUGRIFF: 4.5.2005, 18 UHR

### WEBSITE BBRb - BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR)b

[HTTP://WWW.BBR.BUND.DE/MORO/ARCHIV/002\\_ANPASSUNGSSTRATEGIEN.HTML](http://www.bbr.bund.de/moro/archiv/002_anpassungsstrategien.html)  
ZUGRIFF: 21.5.2005, 19.30 UHR

### WEBSITE DEMENZ-SERVICE-ZENTRUM DORTMUND

[HTTP://WWW.DEMENZSERVICEZENTRUM.DORTMUND.DE](http://www.demenzservicezentrum.dortmund.de)  
ZUGRIFF: 1.2.2005, 14 UHR

### WEBSITE DEUTSCHE WELLE

[HTTP://WWW.DW-WORLD.DE/DW/ARTICLE/0,1564,1447776,00.HTML](http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1447776,00.html)  
ZUGRIFF: 15.6.2005, 15 UHR

### WEBSITE FREIE SCHOLLE

[HTTP://WWW.FREIE-SCHOLLE.DE](http://www.freie-scholle.de)  
ZUGRIFF: 20.5.2005, 19 UHR

### WEBSITE GdW - BUNDESVERBAND DEUTSCHER WOHNUNGS- UND IMMOBILIENUNTERNEHMEN

[HTTP://EXTRANET.GDW.DE/DBGDW/TERMINE.NSF/95EF70366C88422EC1256EA900397EA9/\\$FILE/ALTENGERECHTES\\_WOHNEN\\_VESPER.PDF?OPENELEMENT](http://extranet.gdw.de/dbgdw/termine.nsf/95EF70366C88422EC1256EA900397EA9/$FILE/ALTENGERECHTES_WOHNEN_VESPER.PDF?OPENELEMENT)  
ZUGRIFF: 6.4.2005, 16.30 UHR

### WEBSITE GEMEINSAM STATT EINSAM E.V.

[HTTP://WWW.FGWA.DE/WOPRO22.HTML](http://www.fgwa.de/wopro22.html)  
ZUGRIFF: 22.5.2005, 20 UHR

### WEBSITE GLÜCKKAUF WOHNUNGSBAU GMBH

[HTTP://WWW.GLUECKAUF.DE/](http://www.glueckauf.de/)  
ZUGRIFF: 30.5.2005, 19 UHR

### WEBSITE KAMPA AG

[HTTP://WWW.KAMPA-HAUS.DE/50PLUS/50PLUS/CONTENT.HTML](http://www.kampa-haus.de/50plus/50plus/content.html)  
ZUGRIFF: 15.6.2005, 14.30 UHR

### WEBSITE MARKTTREFF

[HTTP://WWW.MARKTTREFF-SH.DE](http://www.markttreff-sh.de)  
ZUGRIFF: 10.6.2005, 22.30 UHR

### WEBSITE MDR - MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

[HTTP://WWW.MDR.DE/DOKU/1896084.HTML](http://www.mdr.de/doku/1896084.html)  
ZUGRIFF: 19.5.2005, 18.30 UHR

### WEBSITE SENIORENAUSSTATTER

[HTTP://WWW.SENIORENAUSSTATTER.DE/?LINK=TEMPLATE/SENIORENFACHMARKT.HTM&UN=2](http://www.seniorenausstatter.de/?link=template/seniorenfachmarkt.htm&un=2)  
ZUGRIFF: 15.6.2005, 12 UHR

### WEBSITE SIMBA

[HTTP://WWW.SD-GERMERING.DE/SIMBA/INDEX.HTM](http://www.sd-germering.de/simba/index.htm)  
ZUGRIFF: 15.5.2005, 20 Uhr

**WEBSITE STATISTISCHES BUNDESAMT**

[HTTP://WWW.DESTATIS.DE/PRESSE/DEUTSCH/PM2005/P1580024.HTM](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p1580024.htm)

Zugriff: 6.5.2005, 12.30 Uhr

**WEBSITE ZDF - ZWEITES DEUTSCHES FERNSEHEN**

[HTTP://WWW.ZDF.DE/ZDFDE/DRUCKANSICHT/7/0,1986,2098151,00.HTML](http://www.zdf.de/ZDFde/DRUCKANSICHT/7/0,1986,2098151,00.HTML)

ZUGRIFF: 15.6.2005, 14 UHR

**Mündliche Quellen: Fachtagungen, Gespräche, Vorträge**

BUNDESVERBAND DEUTSCHER WOHNUNGS- UND IMMOBILIENUNTERNEHMEN E.V. (GdW)

**GdW FORUM 09 „ZUKUNFTSTHEMA DER BRANCHE – WOHNEN IM ALTER“** am 6.12. und 7.12.2004 in Bochum

GILBERT, CHRISTINE 2005

**MITARBEITERIN DES DORTMUNDER SENIORENBÜRO-WEST.** GESPRÄCH AM 23.5.2005 IN DORTMUND

INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG UND BAUWESEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (ILS NRW)

**DRITTER WORKSHOP ZUR DEMOGRAPHISCHEN ENTWICKLUNG „ALTERUNG UND RAUMENTWICKLUNG IN NRW“** am 25.11.2004 in Dortmund

KLINGHOLZ, REINER (BERLIN-INSTITUT FÜR WELTBEVÖLKERUNG UND GLOBALE ENTWICKLUNG) 2004

**DEUTSCHLAND 2020 AUF DEM GdW FORUM 09 „ZUKUNFTSTHEMA DER BRANCHE – WOHNEN IM ALTER“** AM 6.12.2004 IN BOCHUM

ONLINE-VERSION DES VORTRAGES ABRUFBAR UNTER [HTTP://EXTRANET.GDW.DE/DBGDW/TERMINE.NSF/95EF70366C88422EC1256EA900397EA9/\\$FILE/DEUTSCHLAND\\_2020\\_KLINGHOLZ.PDF?OPENELEMENT](http://extranet.gdw.de/dbgdw/termine.nsf/95EF70366C88422EC1256EA900397EA9/$FILE/DEUTSCHLAND_2020_KLINGHOLZ.PDF?OPENELEMENT)

Zugriff: 11.05.2005, 20 Uhr

MINISTERIUM FÜR STÄDTEBAU UND WOHNEN, KULTUR UND SPORT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MSWKS); VdW RHEINLAND WESTFALEN

**„EINSTEIGEN STATT AUSSTEIGEN! DEMOGRAPHISCHEN WANDEL KOOPERATIV GESTALTEN“** am 4.11.2004 in Essen